

KB **Unser Weg**

KOMMUNISTISCHER BUND

extra

Wie geht's weiter im KB

Eine Debatte, die die ganze Linke angeht

Seit gut zwei Monaten wird im KB in allen Organisationsteilen über die weitere Perspektive unseres Kampfes und die Schwierigkeiten unserer bisherigen Arbeit diskutiert. Wir haben diese Debatte im ARBEITERKAMPF (seit Nr. 132) öffentlich gemacht und uns nunmehr entschlossen, die bisher schon veröffentlichten Stellungnahmen zusammen mit neuen Texten in einer Broschüre zusammenzufassen. Im Anhang drucken wir außerdem mehrere Artikel von Mao Tse-tung ab, die gut ins Thema passen. Bei dieser Diskussion geht es im Grunde nicht nur um spezifische Probleme des KB, sondern auch um eine Krise der 'Neuen Linken' insgesamt, und keineswegs nur in der BRD. Die äußeren Kennzeichen dieser Krise sind in anderen Organisationen ähnliche wie im KB, auch wenn darüber bisher nicht in derselben Weise diskutiert worden ist. Das Thema als ein die gesamte Linke betreffendes begriffen werden. Verschiedenen Organisationen entwickeln würden, so könnte es nicht nur für die Genossen und Freunde des KB, sondern darüber hinaus für alle Linke klarer werden.

4 DM

Vorwort

Es begann mit dem Abdruck der Stellungnahme eines aus dem KB ausgetretenen Genossen in AK 132 (26.6.78). An dieser Stellungnahme und dem redaktionellen Kommentar dazu entwickelte sich eine breite Debatte über die Situation im KB und über die Politik des KB. In AK 133 und 134 wurden eine Reihe weiterer Stellungnahmen zu dieser Diskussion abgedruckt. Inzwischen wird die Diskussion in allen Einheiten und Ortsgruppen des KB geführt, zahlreiche neue Stellungnahmen und Artikel liegen vor. Wir haben uns deshalb entschlossen, die in AK 132 bis 134 abgedruckten Texte, zusammen mit den neuen Stellungnahmen, in einer Broschüre zusammenzufassen. Im Anhang drucken wir außerdem mehrere Artikel von Mao Tse-tung ab, die gut ins Thema passen.

Die in dieser Broschüre vorliegenden Disussionsbeiträge umfassen im wesentlichen folgende Einzelthemen:

- Die innerorganisatorischen „Strukturen“ des KB. Wieweit herrscht Demokratie oder wieweit werden Beschlüsse, Richtlinien etc. „von oben nach unten“ undemokratisch durchgesetzt? Ist der demokratische Zentralismus überhaupt für uns tauglich, und wieweit ist er heute im KB verwirklicht?
- Die Arbeitsbelastung der Genossen und die „Trennung zwischen Politischem und Privatem“. „Unterentwicklung des Privatlebens durch Leistungsdruck“.
- Verbindlichkeit in der Arbeit (auch bei Arbeiten, die nicht unbedingt Spaß machen) oder „Bock-Prinzip“?
- Aufnahmepolitik des KB. Wie und nach welchen Kriterien werden von uns Menschen im KB „organisiert“?
- Damit verbunden die Frage nach dem Selbstverständnis des KB. In der Diskussion als Gegenüberstellung der Positionen „KB als kommunistisch-leninistische Kaderorganisation?“ oder „Auflösung des KB in Massenbewegungen und Massenorganisationen?“
- Vernachlässigung der politischen Schulung und Qualifizierung im KB.
- Politik des KB in Massenbewegungen wie der Anti-AKW-Bewegung und den Grünen/Bunten Listen.
- Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit des KB.

Die beiden letzten Punkte, die die Politik des KB nach außen betreffen, waren bisher im wesentlichen nicht Gegenstand der Diskussion, werden aber in einzelnen Diskussionsbeiträgen schon berührt.

Krise des KB? Krise der Linken!

Es kann uns nicht darum gehen, die konkreten Mängel unserer Politik und unserer innerorganisatorischen Verhältnisse zu beschönigen oder unter den Teppich zu kehren, wenn wir trotzdem feststellen, daß es bei dieser Diskussion im Grunde nicht nur um spezifische Probleme des KB geht, sondern auch um eine Krise der ‚Neuen Linke‘ insgesamt, und keineswegs nur in der BRD. Die äußeren Kennzeichen dieser Krise sind in anderen Organisationen ähnliche wie im KB, auch wenn darüber bisher nicht in derselben Weise diskutiert worden ist. Selbst die DKP hat es anscheinend mit solchen Erscheinungen zu tun, die sich z.B. in Unmut der Mitglieder, Arbeitsverweigerung, Resignation, Verlassen der Organisation usw. ausdrücken. Krasser Ausdruck dieser Krise ist in westeuropäischem Maßstab bisher die faktische Auflösung der kommunistischen Organisation Lotta Continua (Italien) in die spontane Massenbewegung.

Zu den objektiven Ursachen dieser Entwicklung gehören unserer Einschätzung nach folgende Faktoren:

- Die ‚Neue Linke‘ ist im wesentlichen ein Produkt der Studentenrevolte und der APO-Bewegung Ende der 60er Jahre.
- Beträchtliche Teile dieser ‚Neuen Linken‘ bezogen sich vor allem unter dem Eindruck der chinesischen Kulturrevolution auf den Marxismus-Leninismus. Diese Kulturrevolution galt als der konkrete Beweis, daß die Entwicklung des Sozialismus nicht zum bürokratischen Revisionismus führen muß, und daß Elemente der Basisdemokratie und der Spontaneität (wie wir selbst sie in der APO-Bewegung erfahren hatten) auch im Sozialismus ihren Platz haben können.
- Die ‚Neue Linke‘ wurde sehr stark geprägt von der emotionalen Solidarität mit dem historisch beispiellosen Befreiungskampf der Völker Indochinas gegen den US-Imperialismus. Weithin bestand in der ‚Neuen Linken‘ die Stimmung, daß die weltweite Entscheidungsschlacht gegen den Imperialismus (hierhin gehört auch Che Guevara und seine Parole „Zwei, drei viele Vietnam!“) bereits begonnen habe und daß wir – als Revolutionäre in den ‚Metropolen‘ – einen entsprechenden Beitrag zum weltweiten Kampf gegen den Imperialismus zu leisten hätten.
- Die ‚Neue Linke‘ entstand praktisch aus dem Nichts, losgelöst von den traditionellen „kommunistischen“ Parteien. Die neuen Organisationen wurden im wesentlichen von Menschen aufgebaut, die zunächst zwar viel Elan und Optimismus mitbrachten, aber kaum theoretische Kenntnisse des Marxismus-Leninismus und Organisationserfahrungen. Kinderkrankheiten wucherten.

Auslösendes Moment der jetzigen Krise war – so unsere Einschätzung – in erster Linie die Veränderung der objektiven Bedingungen: Die Rechtsentwicklung der chinesischen Innen- und Außenpolitik; das Ende des Vietnam-Kriegs und das Ausbleiben ähnlich beispielhafter Befreiungskämpfe; die Niederlage in Chile; die Niederlage des revolutionären Prozesses in Portugal, der noch einmal viele Hoffnungen auf sich gezogen hatte; das Ausbleiben von Fortschritten bei der Entwicklung der Arbeiterbewegung; das Stagnieren der Anti-AKW-Bewegung seit der Kalkar-Aktion und anderes mehr.

Der Genosse Mao schreibt in „Über den Widerspruch“: „Die Grundursache der Entwicklung eines Dinges liegt nicht außerhalb, sondern innerhalb desselben; sie liegt in seiner inneren Widersprüchlichkeit ..., während der Zusammenhang und die Wechselwirkung eines Dinges mit anderen Dingen sekundäre (zweitrangige) Ursachen darstellen... Schließt die materialistische Dialektik äußere Ursachen aus? Keineswegs. Sie betrachtet die äußeren Ursachen als Bedingungen der Veränderung und die inneren Ursachen als deren Grundlage, wobei die äußeren Ursachen vermittels der inneren wirken“ (Hervorhebung von uns).

Konkret auf die jetzige Krise des KB (und der Linken insgesamt) angewendet: Die Grundlage der Krise sind politische Fehler, die wir gemacht haben; der äußere Anstoß kam von der Veränderung der objektiven Bedingungen. Politische Fehler, wie wir sie jetzt diskutieren, sind teilweise jahrelang schon gemacht worden. Sie fielen aber kaum ins Gewicht, solange der von den äußeren Bedingungen gespeiste Elan, gewisse Erfolgserlebnisse in der politischen Arbeit usw. ausreichten, um die Fehler wettzumachen bzw. über sie hinwegzusehen. Konfrontiert sind wir mit diesen Fehlern massenhaft erst jetzt, wo anfängliche Hoffnungen sich zerschlagen haben, die Begeisterung der „ersten Stunde“ verfliegen ist und weithin Resignation, Tendenzen zum Rückzug aufs alternative Privatleben usw. sich breitmachen.

Die hierdurch ausgelöste Diskussion um das Thema „Wie geht es weiter?“ ist eine sehr gute Sache, denn sie führt dazu, daß erstmals in der Geschichte des KB (und das sind immerhin 2-3 Jahre) eine kritische Bilanz und Überprüfung unsere gesamten Politik vorgenommen wird, und zwar unter Einbeziehung der ganzen Organisation.

Noch fruchtbarer könnte diese Diskussion werden, wenn das Thema als ein die gesamte Linke betreffendes begriffen würde und sich daran ähnliche Diskussionsprozesse auch in anderen linken Organisationen und zwischen verschiedenen Organisationen entwickeln würden. In diesem Sinn empfehlen wir die aufmerksame Lektüre dieser Broschüre nicht nur allen Genossen und Freunden des KB, sondern darüber hinaus allen Linken.

Leserbrief

Lieber R.

Die Sachen mit dem KB beschäftigen mich natürlich immer noch sehr stark. Ich bin jedenfalls nicht mit dem jetzigen Zustand einverstanden, daß die Zahl der Ausgetretenen steigt (wie ich glaube — den genauen Überblick hab ich natürlich auch nicht) und daraus keine Konsequenzen gezogen werden. Weder von „Ehemaligen“ noch von KB'lern selbst. Mein Interesse ist dabei wahrscheinlich noch ein bißchen anders als deins. Weil mein Verhältnis zum KB ist, daß ich ihn für eine derzeit (von Ausnahmen abgesehen) unterstützenswerte Organisation halte und vor allem für diskussionsfreudig und veränderbar.

Es geht mir nicht darum, mit diesem Brief meine Haltung zum KB zu diskutieren. Mein Interesse ist vielmehr, an bestimmten allgemeineren Fragen (wie Struktur und Aufbau und was damit zusammenhängt) eine Diskussion zu eröffnen, die über den Kreis der „direkt Betroffenen“ hinausgeht. Die Diskussion um „Internas“ sollte sich nämlich nicht als Diskussion um „Internas“ verstehen, sondern sollte viele Menschen z.B. in BIs oder anderen Basisinitiativen einbeziehen, die ebenso vom KB betroffen sind. Nicht zuletzt sind die Strukturen ein Ergebnis bürgerlichen Denkens, von dem wir alle nicht ganz frei sind. Sie sind eben nur Ausdruck eines Bewußtseinsgrades. Und weil das Bewußtsein vieler BI-Mitglieder das der KB'lern nicht „übertrifft“, sind die Strukturen in BIs zum Teil die gleichen wie im KB, zum Teil auch, weil die KB'lern diese Strukturen reproduzieren. Das Ziel sollte m.E. sein, KB'lern und anderen diese Strukturen bewußt werden zu lassen und sie offen, direkt und öffentlich anzugreifen. Zum anderen wird der Zustand sein, daß man noch mindestens einige Jahre mit dem KB konfrontiert ist. Man sollte deshalb die BI-Mitglieder und andere zur Unabhängigkeit und Kritik und zum Selbstbewußtsein gegenüber dem KB-ermutigen.

Eine Art „OFFENER BRIEF“ scheint mir dazu das beste Mittel zu sein! (Dazu noch am Schluß mehr!) „Taktische Rücksichtnahmen“ (z.B. mit dem Argument der „KB-internen Angelegenheit“ oder „Zusammenarbeit und Zuarbeit“ für Spontis, Anarchos und andere „KB-Feinde“, ...) wird man von mir nicht erwarten können. Diese Sachen müssen aufs Trapez und die Leitung kann das (hoffentlich!) nicht ignorieren und der Diskussion aus dem Weg gehen. Dafür können wir selbst sorgen, indem wir die Diskussion möglichst überall im Umfeld des KB (BIs, usw.) führen und uns konstruktiv verhalten.

Konstruktiv heißt für mich, daß wir nicht den Eindruck erwecken, wir brauchen die BI-Mitglieder als „Manövierrasse“ gegen den KB. Unser Ziel der politischen und persönlichen Selbständigkeit hat absoluten Vorrang. An allen Sachen, die tatsächlich nur wegen taktischer Vorteile gemacht werden (ich denke dabei besonders an die „KPD“), werde ich mich nicht beteiligen. Ich hoffe, daß du die Sache auch so siehst. Die „KPD“ kann in diesem Anliegen unmöglich zu unseren Verbündeten gehören. Eine derart sektiererische und nach innen repressive Organisation ist das absolute Gegenteil von unserem Ziel und kein Verbündeter, sondern klar ein Gegner, schlimmer als der KB, nur viel unbedeutender. Gut, so weit zur „Form“. Nun zum Inhalt des „Offenen Briefes“:

Ich hab da einfach noch Schwierigkeiten, meine Gedanken zu sammeln und zu ordnen. Daher folgende Sachen, die mir einfach so einfallen:

1. Der KB will den „demokratischen Zentralismus“ (leninistisches Modell des Parteaufbaus). Wie sieht die Praxis dabei aus?

— Die Mitglieder sind mehr oder weniger Objekte, die die Kampagnen der Leitung durchführen sollen (siehe SSB!). Eigeninitiative und Selbständigkeit gehen — gewollt oder ungewollt — zu Bruch. Als Rechtfertigung dient der Leitung die angebliche „Notwendigkeit“ ihrer jeweiligen Kampagne. Diese Aussagen können wir anhand der SSB-Politik beweisen.

— Das ist nicht die Sache des KB, weil durch diese in extremer Form durchgeführte Politik viele gute Ansätze selbst zerstört werden.

Außerdem setzt sich die entsprechende Ideologie in den Köpfen der KB'lern/SSB'lern fort, die die Leute in den BIs, usw. als „Opfer“ betrachten, als Leute, denen man ihre Politik unterjubeln will. Die weitverbreitete Haltung der KB'lern ist, sehr vorsichtig (um nicht zu sagen ängstlich) an ihre Mitarbeiter heranzugehen, weil von ihnen ständig Widerspruch oder Verweigerung zu erwarten ist. Man fürchtet also, sie könnten ganz einfach ihre ehrliche Meinung äußern! Um das zu verhindern, werden die Ziele schmackhaft gemacht/vertuscht!

— Warum verhalten sich KB'lern so? Allgemein: die Sachen sind ihnen nicht so bewußt. Sie haben nicht die Energie, sich das anders vorzustellen oder es sogar zu ändern. Man findet sich eben damit ab.

Außerdem entspricht dieses Verhalten den Ansprüchen der Leitung, die natürlich verlangt, daß ihre Vorstellungen von der Basis umgesetzt und durchgesetzt werden. Die Erfolgreichen werden belohnt, die anderen u.U. belächelt. In jedem Fall sind sie weniger wert (dazu ausführlicher weiter unten!). Für beide Aussagen bin ich als Zeuge fähig, Beispiele zu bringen.

2. Und damit bin ich bei einem für mich wesentlichsten Punkte: das Leistungsdenken!

Leistungsdenken, Erfolgsprinzip usw. existiert sehr wohl weit verbreitet im KB. Es existiert nicht in der Form, wie in bürgerlichen Organisationen, z.B. in der DKP, die ihre Funktionäre (oder auch Funktionierer!) vehement gegen jede Kritik abschirmt. Das ist nicht der Zustand des KB. Es ist meiner Ansicht nach so, daß die Genossen — in welcher Position in der Hierarchie sie auch sind — Erfolge, greifbare Ergebnisse vorweisen sollen. Selten (oder gar nicht) winkt den Glücklichen eine Karriere. Trotzdem ist es doch so, daß viele Genossen des KB sich funktionalisieren lassen. Das liegt daran, daß sie (wie ich das am Beispiel SSB zeigen wollte) dieses Denken noch voll in der Birne haben. Das kann ich auch an anderen Punkten festmachen.

Im KB zählt die vorweisbare Arbeit: soundsoviel AKs verkauft, Leute zu sonstwas mobilisiert usw. Was dagegen nicht zählt: Wie gut haben wir auf dem letzten Termin, statt über eine Veranstaltung zu diskutieren, ihm/ihr bei den „persönlichen“ Problemen weitergeholfen? Jetzt können natürlich einige sagen, man muß eben bei des machen. Richtig. Aber: bedenken

diese Leute das auch, wenn die „persönlichen“ Probleme „mal“ unter den Tisch fallen?? Dahinter steckt letztlich eine Gewinnung dieser Problematik. Nach dem Motto (sehr übertrieben, aber wahr): Wir sind hier nicht, um xy dauernd zu diskutieren, sondern um die Menschheit zu befreien. Also: irgendeine Scheiß-Veranstaltung ist wichtiger, weil „politisch“. Das andere ist „privat“. Wer derart privat und politisch trennt, ist kein Revolutionär, sondern ein gewöhnlicher breitarschiger Spieß. Weil er nämlich glaubt, daß die „Revolution“ (oder besser: was er darunter versteht!) darin besteht, die Kapitalisten zu enteignen und die Partei in die für andere Breitarsche bereitstehenden Sessel zu hieven. Unsere humanistischen Ziele, wirkliche Freiheit, nämlich Unabhängigkeit, Glück, Liebe, Zufriedenheit, Kraft und Zuversicht („Aufbruch + Glück, Freiheit + Zorn“, P.P. Zahl) bleiben dabei auf der Strecke. Das ist kein Thema, sondern muß von uns praktiziert werden. Jetzt und sofort. Uns wurde die Freiheit gestohlen. Wir holen sie uns zurück. Jederzeit. Vor und nach der Revolution. Stück für Stück. Auch gegen den Widerstand der Spieß.

Die Haltung der Spieß im KB drückt sich so aus, daß bestimmte Fragen (s.o.) gar nicht oder zu wenig Gegenstand von Diskussionen sind.

Das hat aber weitere Folgen:

Die fällige Kulturrevolution ist bisher ausgeblieben. Viele Zweierbeziehungen laufen ab wie eine bürgerliche Ehe. Total aufeinander fixiert, meist ziemlich der einzige intensivere menschliche Kontakt.

Kein Wunder, wenn da Verlustängste und Eifersucht, Unzufriedenheit und kleinliche Nervereien an der Tagesordnung sind. Kein Wunder auch, wenn dann Genossen ihre Freundinnen schlagen. In einem Kollektiv von fortschrittlichen Menschen wäre das ganz anders. Aber das ist ja „Privatsache“. Auch für die AG Frauen, die erst dann eingegriffen, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist und nicht im mindesten an den Ursachen arbeitet!

Ein weiterer Punkt: Das „Privatleben“ der meisten Genoss(innen) ist entschieden unterentwickelt. Ein Resultat des Leistungsdrucks. Die notwendigen Erfahrungen und auch die Zeit für einen befriedigenden menschlichen Kontakt fehlen ganz einfach. Wie ist das denn auf Terminen? Da wird gefragt, wer hat dann und dann noch keinen Termin, der soll das machen — Nur wenige trauen sich dann zu sagen: Ich hab aber keinen Bock!

Auch die Beziehungen innerhalb der Einheiten des KB sind in der Regel unterentwickelt. Das hat meiner Ansicht nach den o.g. allgemeinen Grund. Zusätzlich sind die Zellen bunt durcheinandergewürfelt. Oftmals kommt man mit den jeweiligen Genossen nicht so gut klar wie mit anderen. Kriterium für die Organisation ist hier auch: die „politische“ Beurteilung einer Person. Erschwert wird die Situation durch das Konkurrenzdenken (Leistungsprinzip), das leider viele Genossen davon abhält, ihre Situation, Wünsche und Ansprüche klar zu sagen. Stattdessen hält man einen bestimmten Anschein aufrecht und grenzt sich voneinander ab.

Ähnlich läuft dieser Prozeß z.T. in Basisinitiativen ab, besonders kraß zwischen KB'lern und Nicht-organisierten. Ich mer-

ke jetzt, wie ich immer detaillierter schreibe. Das wesentliche ist glaub ich schon gesagt. Nur eins noch: wie die Termine oft aussehen!

Dies ist eins der dunkelsten Kapitel. Oftmals sind die Termine voll mit allerlei „technischem Kram“ und dienen in erster Linie der Kontrolle (AK-Verkauf, usw.) und der Verteilung weiterer Aufgaben. Die „politische“ Diskussion fällt unter den Tisch.

Ich komme mir dabei vor wie ein Angestellter, der Aufträge ausführt oder auch nicht und dann massiv unter Druck gesetzt wird! Das ist das Übelste!

Der Verkauf, der eine Zeitlang seinen absoluten Tiefpunkt erreicht hatte, sollte angekurbelt werden, indem diejenigen, die immer noch nicht verkaufen, „beurlaubt“ werden! Dümmer geht's wirklich nicht. Wo alles nur noch Angestellte sind, wird eben die beschissenste Arbeit nicht gemacht, der Rest halbherzig oder man arbeitet für sich selbst und selbständig, nämlich aus Überzeugung und Spaß.

Im SSB (Schüler) war dieser Zustand extrem, so daß etwa die Hälfte ausgetreten ist! Darüber hat es KB-intern keine Auseinandersetzung gegeben. Vielleicht, weil die Leitung diese Politik jahrelang gefördert hat??!

Kritiker sind echt fertig gemacht worden. Hat die Leitung Angst vor der Wahrheit? Will sie diesen Stil weiterführen?

Es scheint so zu sein. Dann „Gute Nacht“, KBI! Zum Schluß nochmal zur „Form“:

Ich halte es für am sinnvollsten, diesen Brief an alle linken Zeitungen zu schicken, mit der Bitte um Veröffentlichung und Diskussionsbeiträge.

Ich bin sehr dagegen, mit diesem Brief eine Kampagne gegen den KB einzuleiten. Das hat folgenden Grund: Der KB ist in Hamburg die weitaus stärkste Organisation und in letzter Zeit mit verstärkter Zahl von Austritten belastet. Das führte dazu, daß bestimmte Fragen, die hier angesprochen werden, sich direkt auf den KB beziehen. Ich glaube, daß in diesem Brief deutlich wird, daß wir uns alle — ob im KB oder sonstwo — revolutionieren müssen.

Die junge revolutionäre Bewegung in Westdeutschland muß halt noch viele Erfahrungen sammeln. Ich bin zuversichtlich, daß wir auch für diese Probleme Lösungen finden. Wie und wo wird sich noch zeigen. Wir sollten daher alle guten Ansätze fördern und bürgerliche Relikte bekämpfen, wo sie auch auftreten. Da meine eigenen Erfahrungen sehr stark auf den KB bezogen sind, muß ich mich daran halten. Für mich heißt das aber nicht, den KB vielleicht sogar als Musterbeispiel für eine verspielte Organisation zu brandmarken. Dieser Titel gebührt sicher anderen. Mein Ziel ist rein sachlich: eine gute Diskussion und Veränderungen. Überall und bei jedem von uns!

Ich habe meinen Austritt als individuellen Schritt begriffen. Erst langsam wird mir vieles klarer. Auch jetzt kann ich noch nicht sagen, ob ich wieder in den KB gehen werde. Genossen und Sympathisanten des KB habe ich nie geraten, ein- oder auszutreten. Viele kennen meine Kritik. Wenn sie im KB für Veränderungen kämpfen wollen, sollen sie sich nicht unterkriegen lassen. Wenn sie das nicht packen oder wollen, bin ich nicht enttäuscht. Ich hab da die gleichen Probleme.

Ich hoffe, daß die Unzufriedenen im KB sich nicht individuell zurückziehen und mit einem schlechten Gewissen belastet sind. Zum Teil brauchen wir Frustrierten Monate, bevor wir wieder engagiert irgendwo arbeiten können. Und wir sind nicht in der Lage, uns wirksam gegen Leute zu wehren, die Gerüchte über uns lancieren und Verdächtigungen und Mißtrauen zu schüren. Das kann sehr weh tun und ist umso schlimmer, je fester man irgendwo gebunden war. Ich hab beispielsweise mein bisheriges bewußtes Leben (ab 16 Jahre!) nur im KB geführt. Nach einigen Jahren politischer Arbeit fällt mir die Trennung nicht gerade leicht.

Bis dann, M.

„Wir hören, du willst nicht mehr mit uns arbeiten...“ [B. Brecht]

Die Stellungnahme eines aus dem KB ausgetretenen Genossen, die wir hier abdrucken, wurde uns von dem Genossen mit der ausdrücklichen Bitte um Veröffentlichung übergeben. Wir kommen dieser Aufforderung gern nach, weil diese Stellungnahme gute Ansätze bietet, um systematischer eine Diskussion aufzunehmen, die bisher im KB nur vereinzelt und punktuell geführt worden ist.

Die Stellungnahme hat die Form eines Briefes an den Genossen R., der schon vor einiger Zeit den KB verlassen hat.

Das Problem des „Ausflippens“

Es hat im KB (wie wohl in jeder linken Organisation) von Anfang an das Problem des Aus- bzw. Wegflippens einzelner Genossinnen und Genossen gegeben. Besonders stark trat dieses Problem in den nicht direkt im KB organisierten Bereichen der Schüler und Studenten (SSB's) auf, wo es regelrechte organisatorische Zusammenbrüche gegeben hat. Das hat bei den SSB's seine besondere Ursache in der sektiererischen und bornierten Politik nach innen und außen, die sich dort immer wieder durchsetzte. Wir wollen daher zunächst diese besonderen Bereiche aussparen und uns auf die Probleme im KB selbst beschränken.

Obwohl die Zahl der im Laufe der Jahre »weggeflippten« Genossinnen und Genossen recht groß ist, gibt es fast gar keine politischen Erklärungen dieser Genossinnen und Genossen zu ihrem Schritt. Tatsächlich kann man in der Mehrzahl der Fälle nicht einmal von einem förmlichen Austritt sprechen, sondern von einem allmählichen, widerspruchsvollen Rückzug aus der Organisation, ihren Arbeitszusammenhängen und Verbindlichkeiten.

Es gibt eine sehr kleine Zahl von ehemaligen Genossinnen und Genossen des KB, die sich jetzt — vorzugsweise bei den »Spontis« — als demagogische Hetzer und Denunzianten gegen den KB betätigen. Für die Mehrzahl der »Weggeflippten« jedoch gilt, daß sie kaum politische Kritik an der allgemeinen Richtung der Politik des KB haben und selbst gar keine bessere Alternative zum KB sehen.

Ohne die Rolle politischer Widersprüche bei einzelnen Genossinnen und Genossen völlig zu bestreiten, läßt sich das Problem des Aus- und Wegflippens insgesamt auf einen sehr einfachen Kern zurückführen: Die Unvereinbarkeit zwischen den Ansprüchen einer politischen Arbeit im KB einerseits und den individuellen Bedürfnissen andererseits. Individuelle Bedürfnisse kommen zu kurz, Schwierigkeiten in persönlichen Beziehungen verschärfen sich durch den auf beiden Beteiligten lastenden Arbeitsdruck, Kinder kommen nicht auf ihre Kosten und werden vernachlässigt... Man

könnte noch viele andere Punkte in diesem Zusammenhang nennen.

Die bisherige Erfahrung des KB mit dem Problem des Aus- und Wegflippens zeigt, daß fast immer diese Dinge die Ursache sind; »politische Widersprüche« werden dann vielleicht noch nachträglich dazukonstruiert bzw. subjektiv als solche erfunden. Bei den Genossinnen und Genossen, die mit solchen »politischen Widersprüchen« aus dem KB ausscheiden, ist meistens zu beobachten, daß ihrer Kritik an irgendwelchen Erscheinungen unserer Politik jede Logik und Konsequenz fehlt, mal kommen ihre »politischen Widersprüche« von rechts und mal von links... Dabei ist gar nicht zu leugnen, daß diese Genossinnen und Genossen teilweise an tatsächlichen Mängeln und Fehlern in unserer Politik ansetzen.

Die revolutionäre Organisation ...

Der KB versteht sich seit seiner Gründung 1971 als eine revolutionäre, kommunistische Organisation.

Wir haben es in den sieben Jahren seither geschafft, unsere politische Linie innerhalb der Linken zu behaupten und einen gewissen Einfluß zu erlangen. Das ist kein Lotto-Treffer gewesen, sondern ist das Ergebnis harter und konsequenter Arbeit. Der KB konnte dabei nicht, wie die DKP, auf einen riesigen Etat (mit dem man

selbst ein so unsinniges Pleite-Unternehmen wie die „UZ“ finanzieren kann) und auf einen großen Stamm von Kadern mit langjähriger politischer »Berufserfahrung« zurückgreifen. Er konnte sich nicht einmal, wie KBW und »KPD«, auf eine nennenswerte Zahl von Kadern aus der Studentenbewegung stützen. Daß also in diesen sieben Jahren große Anforderungen an alle Genossinnen und Genossen gestellt wurden, liegt auf der Hand.

Wir kämpfen mit relativ schwachen Mitteln gegen einen übermächtigen, hoch organisierten Feind, der über praktisch unbegrenzte Mittel verfügt. Allein der Verkauf von 15 - 20.000 Exemplaren des AK alle vierzehn Tage, was doch gemessen an der Macht der bürgerlichen Medien nicht mehr ist als ein Tropfen auf den heißen Stein, bedeutet insgesamt einen enormen Zeitaufwand und einen entsprechenden Verzicht auf befriedigendere Tätigkeit. Dasselbe gilt für andere politische Arbeiten. Es ist natürlich die leichteste Sache von der Welt, sich diesem Zeitaufwand zu entziehen und diejenigen, die sich verzweifelt um die Einhaltung gewisser Verbindlichkeiten bemühen, auch noch als menschenfeindliche Scheusale zu brandmarken.

Die revolutionäre, kommunistische Organisation kann nur überleben, und Fortschritte machen, wenn strikte Verbindlichkeit in der Arbeit eingehalten wird und wenn jeder/jeder entsprechend seinen Fähigkeiten politische Leistung einbringt. Zu meinen, daß es auch anders ging, womöglich nach dem »Bock-Prinzip« (Lust-Prinzip), ist reine Illusion. Es gibt dafür in der gesamten Geschichte der Arbeiterbewegung und der gesellschaftlichen Revolutionen nicht den geringsten Anhaltspunkt.

... und die „Spontis“

Die „Spontis“ sind in diesem Punkt das genaue Gegenteil einer revolutionären, kommunistischen Organisation: Ein Maximum an individueller Entfaltung (sofern es der kapitalistische Alltag zuläßt) verbindet sich mit einem Minimum an politischer Arbeit. Mit der Verbindlichkeit ist es schon gar nicht weit her. Dafür findet man/frau aber bei den „Spontis“ womöglich eine stärkere menschliche Zuwendung und Fürsorge als etwa im KB (obwohl das bei den »Spontis« auch nicht das reine Zuckerschlecken ist).

Daß Genossin X, die jahrelang im KB aktiv war und jetzt „wegflippt“, auf einmal viel mehr Zeit für ihre persönlichen Bedürfnisse und Probleme hat und daß sie sich geradezu befreit vorkommt, ist eigentlich keine besonders sensationelle Entdeckung. Daß Genosse Y, der im KB jahrelang seine Homosexualität vor den meisten Genossinnen und Genossen versteckt hielt, sich als ganz neuer Mensch fühlt, seit er nicht mehr im KB, sondern „nur“ noch in einer Schwulen-Gruppe arbeitet, ist auch kein Wunder.

In der Mehrzahl der Fälle ist es ganz einfach so, daß diese Genossinnen und Genossen sich jahrelang in der politischen Arbeit abgerackert haben, daß sie jahrelang weitgehend auf ein „Privatleben“ verzichtet haben, daß sie mit ihrer Gesundheit Raubbau getrieben haben usw. usf. Dahinter stand als treibende Motivation vor allem der enorme Elan, der von der „antiautoritären“ Revolte 1967/68 ausgelöst worden war. Mit der Dauer der Jahre und dem Ausbleiben spektakulärer Erfolge, mit der Stagnation bzw. teilweise dem Rückgang linker Politik in der BRD, hat sich diese Motivation abgenutzt. Hinzu kommen ganz normale Ermüdungserscheinungen.

All das, wie gesagt, ist nichts Sensationelles, ist kein Anlaß zur Resignation oder zu antikommunistischen Rachefeldzügen gegen den KB. Es ist eine Krise, die derzeit die gesamte „Neue Linke“ Westeuropas durchmacht. Die bisher krassste Folge dieser Krise ist die faktische Auflösung der früheren kommunistischen Organisation Lotta Continua (Italien), die heute kaum mehr als ein loser Verband von Zeitungslesern ist, und die zudem mit kommunistischer Politik kaum noch etwas zu tun hat.

Die „Spontis“ im weitesten Sinne (als Sammelbegriff für die unorganisierten Teile der „Neuen Linken“) haben viele Probleme zu Recht benannt, die sich in linken Organisationen ergeben; sie haben, wie man so sagt, den Finger auf manche offene Wunde gelegt. Was sich in den linken Organisationen, auch im KB, tut, kann man nicht einfach alles mit der bitteren Notwendigkeit und zwingender Arbeitsbelastung rechtfertigen. Deshalb ist es sinnvoll und notwendig, die von den „Spontis“ in die Diskussion gebrachten Elemente kritisch aufzunehmen und alles, was daran für uns als organisierte Kommunisten nützlich und nutzbar ist, zu übernehmen.

Nur: Eine politische Alternative zur revolutionären, kommunistischen Organisation können die „Spontis“ gleich welcher Couleur, keinesfalls bieten. Die Freiräume, die sie den Einzelnen schaffen, sind mit dem nahezu vollständigen Verzicht auf ein politisches Eingreifen in die gesellschaftliche Entwicklung der BRD bezahlt worden. Das Kunststück, mit einem Minimum an Arbeit und Verbindlichkeit beispielsweise die politische Stärke und Kontinuität des KB zu erreichen, schaffen auch die „Spontis“ nicht.

Die Politik der radikalen Phrase

Für uns als Kommunisten (und wahrscheinlich für jeden politisch denkenden Menschen) steht fest, daß es enormer, mühsamer und kontinuierlicher Arbeit bedarf, um in einem Land wie der BRD die gesellschaftlichen Verhältnisse zugunsten der Beherrschten zu verändern und in Richtung auf eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung voranzukommen. Da es heute nur relativ wenige Men-

schen sind, die diese Arbeit systematisch und kontinuierlich angepackt haben, ist die Belastung für jede(n) einzelne(n) von ihnen umso größer. Wenn einzelne dann wegflippen, ist die Belastung für die Übrigen noch ein Stückchen größer. Die „Spontis“ lösen diesen Widerspruch nicht. Da der Verzicht auf eine systematische und kontinuierliche revolutionäre „Kleinarbeit“ überhaupt die Voraussetzung für die attraktiven individuellen Freiräume ist, die die „Spontis“ anzubieten haben, ist es nur logisch, daß die „Spontis“ sich für diesen Verzicht auf die „Kleinarbeit“ auch ein ideologisches Gerüst gebastelt haben.

Dabei geht es im Wesentlichen 1. um die Abwertung der revolutionären „Kleinarbeit“ und 2. um die Aufwertung der eigenen verkümmerten politischen Praxis.

Zu 1.: Vorzugsweise wird bereits die bloße Organisiertheit und Verbindlichkeit als „kleinbürgerlich“ abgewertet. Ebenso werden die Arbeit in den Gewerkschaften, die Beteiligung an Wahlen usw. als „opportunistische Scheiße“ abgetan. Agitation und Propaganda in der Bevölkerung werden als nahezu bedeutungslos abgewertet, gemessen an den gelegentlichen „praktischen Aktionen“, die fast die einzige Praxis der „Spontis“ sind, und die von ihnen daher als die revolutionäre Praxis überhaupt hingestellt werden. Eine andere Variante ist, daß man/frau die eigene sehr eingeschränkte Praxis in einem bestimmten Bereich (Bürgerinitiative, Frauengruppe, Betrieb etc.) verabsolutiert, um dann zur Behauptung zu kommen, das („Arbeit an der Basis“) sei heute die einzig wahre revolutionäre Arbeit, und nicht die systematische und kontinuierliche kommunistische Agitation und Propaganda.

Zu 2.: Dabei geht es vor allem um das, was man die Revolution im privaten Bereich nennen könnte: Veränderung der eigenen Beziehungen zu anderen Menschen, Abschaffung der Zweier-Beziehung, „alternative Lebensformen“ aller Art usw. usf. Sinngemäß wird dabei oft behauptet, die Revolution müsse bei uns selbst beginnen und wir müßten erst uns selbst revolutionieren, bevor wir die Gesellschaft revolutionieren können. Auch diese Theorien kommen meist sehr „radikal“ aufgezupft daher: Man/frau wollen „Befreiung schon jetzt“, „keine Macht für niemand“ etc.

Daran ist soviel richtig, daß die Veränderung unserer zwischenmenschlichen Beziehungen nicht erst bis auf den Tag nach der Erstürmung des Kanzler-Bungalows aufgeschoben werden muß, sondern daß sie schon heute beginnen sollte. Das lenkt, richtig angepackt, nicht vom sozialistischen Ziel ab, sondern dient ihm.

Trotzdem muß einschränkend festgestellt werden, daß heute zwei Genossen/Genossinnen, die in einer Zweier-Beziehung total aufeinander fixiert sind, aber revolutionäre politische Arbeit leisten, immer noch viel

wertvoller für unseren Kampf sind als zwei „sexuell befreite“ Individuen, die allenfalls noch einmal im Vierteljahr zur Demo gehen und sonst nicht mehr politisch aktiv sind.

Ganz falsch wird die Theorie der privaten Revolution, wenn sie vom revolutionären Kampf losgelöst und geradezu als Ersatz und Alternative für diesen angeboten wird, wie es heute vielfach der Fall ist.

Das Aufkommen dieser Rechtfertigungstheorien hat objektive Ursachen, es hängt mit der relativen Stagnation der revolutionären Bewegung einerseits und dem zunehmenden staatlichen Druck andererseits zusammen. Umso verkehrter wäre es, diese meist sehr radikal aufgemachten Theorien ernst zu nehmen. Sie sollten als das behandelt werden, was sie sind: Ausreden, herbeigesuchte Rechtfertigungen (teilweise gegenüber dem eigenen schlechten Gewissen).

Es muß allerdings zugegeben werden, daß diese Theorien zumindest teilweise auch ein Reflex auf den psychischen Druck sind, dem „wegflippende“ Genossinnen und Genossen oft ausgesetzt sind: Da wird nicht akzeptiert, daß jemand müde geworden ist, daß er/sie mehr Zeit für sich selbst, für seinen/ihren Partner, für die Kinder braucht, daß er/sie sich stärker um seine/ihre Berufsausbildung o.ä. kümmern will, und was dergleichen achtbare Gründe mehr sind. Sondern da wird immer noch allzu oft der Genossin oder dem Genossen moralisch eingeheizt, er/sie müsse seinen/ihren Schritt doch bitte schön erst mal politisch begründen. Daß sich dann tatsächlich „politische Widersprüche“ einstellen, ist nicht verwunderlich.

Die Frage der zwischenmenschlichen Beziehungen

Der Genosse, dessen Stellungnahme wir in diesem AK abdrucken, geht offensichtlich sehr stark von seiner eigenen Erfahrung im SSB (Schüler) aus. Daß diese Erfahrungen sehr negativer, Resignation produzierender Art sind, wird niemand verwundern, der die Entwicklung des SSB's bzw. mehr oder weniger beider SSB's (Schüler und Studenten) kennt.

Besonders im Schüler-SSB hat sich immer wieder ein miserables zwischenmenschliches Klima durchgesetzt, das vor allem von einem unmenschlichen Anpassungsdruck gekennzeichnet war. Ehemalige Mitglieder des SSB (Schüler) berichten davon nur mit Schauern und einem Kopfschütteln, „warum ich das damals überhaupt mitgemacht habe“.

Schülerinnen und Schüler wurden scharenweise aus dem SSB hinausgeekelt!

Neben dem politischen Leistungsdruck (gemessen vorzugsweise an Daten wie AK-Verkauf, „Kontakt-Gesprächen“, Mitbringen von „Kontakten“ zu Veranstaltungen und Demos etc.) gab es eine höchst abstruse Reglementierung des privaten Bereichs: Wie man/frau sich als Revolutionär gefälligst anzuziehen hat, daß frau sich als Kommunistin nicht schminken darf (oder nur „dezent“), welche Musik man/frau zu mögen hat und welche nicht, welche Filme, welche Fernsehsendungen usw. usf. All dies wurde natürlich nicht durchgesetzt über irgendwelche Anweisun-

gen des geheimnisvollen LG des KB, sondern durch gegenseitige Anpassung und Kontrolle. Tatsächlich gab und gibt es objektiv nichts in der Politik des KB, was solche Erscheinungen von mißverstandenen „revolutionären Lebensstil“ gerechtfertigt oder gar verbindlich gefordert hätte.

Solche Tendenzen hatten sich naturgemäß dort am stärksten durchgesetzt, wo die jüngsten Genossinnen und Genossen organisiert sind und wo auf der anderen Seite die politische Anleitung durch den KB am schwächsten ist. Ähnliche Tendenzen, wenn auch mit anderen Erscheinungsformen, gab (gibt?) es auch im Studenten-SSB, und ebenso treten sie oft in neuen, schwachen Ortsgruppen des KB auf, die aus ihrer Schwachposition heraus eine sektiererische Politik nach innen und außen entwickeln und damit in einen politisch tödlichen Kreislauf geraten.

Es gibt all diese Probleme aber auch in einer so alten und starken Ortsgruppe des KB wie der Hamburger. Da dies nicht mehr sein soll, als ein Einstieg in die Diskussion, wollen wir nicht auf die Erscheinungsformen dieser Probleme eingehen, sondern es erst einmal mit diesem Anriß bewenden lassen.

Wir wollen in den nächsten Monaten eine umfassende Diskussion um diese und andere Fragen unserer weiteren Arbeit führen, an der sich nicht nur die gesamte Organisation beteiligen soll, sondern zu der auch ausgetretene, ausgeschiedene Genossen und Genossinnen ihre Standpunkte und Erfahrungen einbringen sollten!

RUSSELL-REIHE



Die Reihe stellt anhand einzelner Komplexe die fortschreitende Faschisierung des BRD-Staates und der westdeutschen Gesellschaft dar. Mit Übersichten, Statistiken und zahlreichen Originaldokumenten wird das Zusammenspiel staatlicher Instanzen mit alten und neuen Faschisten belegt, wird das heute erreichte Ausmaß und

Unterdrückung Verfolgung antifaschistisch-demokratischer Kräfte einerseits, der Begünstigung und Förderung polizeistaatlicher und faschistischer Entwicklung andererseits sichtbar. Die in der „Russell-Reihe“ vorgelegten Dokumentationen sind deshalb Anklagematerial gegen den BRD-Staat und seine gesellschaftlichen Träger. Sie sind identisch mit Untersuchungsmaterial, das dem dritten „Russell-Tribunal“ (über Repression und Verletzung von Menschenrechten in der BRD) vorgelegt wurde bzw. werden soll.

1 Dokumentation von Texten und Vorschriften gegen den Faschismus und ihre Anwendung, Verdrehung, Mißachtung seitens der BRD-Staatsorgane von 1945 - 1977.

In dieser, mit reichhaltigen Originalmaterialien ausgestatteten Dokumentation werden u.a. folgende im Gegensatz zu den Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens stehende Maßnahmen aufgezeigt: der Abbau und die schnelle Beendigung der Entnazifizierungsverfahren, die massive Wiedereingliederung von Nazis in Staat und Gesellschaft, die schleppende und begünstigende „Verfolgung“ von Nazi-Verbrechern.

184 Seiten

DM 10,—

3 Dokumentation antisemitischer, antidemokratischer und offener NS-Provokationen der Roeder-Christophersen-Schönborn-Bande und ihrer Deckung seitens staatlicher Organe.

Unter den neofaschistischen Gruppierungen, die heute in der BRD nahezu ungehindert durch Behörden auftreten können, sind die rassistischen und nazistischen Aktionisten um Manfred Roeder, Thies Christophersen und Erwin Schönborn am provokativsten. Seit Jahren betreibt dieser Kreis offen antidemokratische Hetze für ein neues faschistisches „Reich“; dabei sind sie keine isolierten „Spinner“, sondern stehen mit allen neofaschistischen Zirkeln (einschließlich NPD) in Kontakt.

Die Entwicklung der Umtriebe dieser Nazi-Bande, ihre in- und ausländischen Beziehungen und Helfershelfer, ihre Tolerierung und Unterstützung durch Stadtverwaltungen, Regierungsstellen, Gericht und Polizei und der Skandal, daß diese Bande noch immer nicht hinter Gittern ist, wird in dieser Dokumentation detailliert und umfassend dargestellt.

200 Seiten

DM 13,50

5 Nach Schleyer: „Sonderkommandos“ in der BRD - Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo

Seit Jahren ist in der BRD ein Polizeiapparat aufgebaut worden, der — unter Umgehung und Aufhebung von Länderkompetenzen und „Polizeipartien“ (wie Bundeskriminalamt, „Verfassungsschutz“, „Grenzschutz“ usw.) — immer stärker zentralisiert worden ist: Seine Kommandozentrale beim Bundeskanzleramt ist weder parlamentarisch noch gerichtlich, geschweige denn durch die Öffentlichkeit, also praktisch nicht mehr „kontrollierbar“.

240 Seiten

DM 14,—



„Dies soll ein Beitrag zu der von Euch im AK 132 eröffneten Diskussion werden. Vorneweg: Ich finde es sehr gut, daß ihr die Diskussion so breit führen wollt. — Das spricht mal wieder für den KB.“

Man kann sehr viel zu den einzelnen Punkten schreiben, zu einigen (wenigen) eurer Positionen kann ich auch nicht über-einstimmen. Ich möchte hier aber nur den Blick auf einen Punkt lenken, der in beiden Argumentationen als Konstante vorausgesetzt wird (bei euch) oder nur am Rande einfließt (bei M.). Es ist die Frage nach dem Bewußtsein, mit dem man/frau an die tägliche politische Arbeit herangeht: Wie die Leute im Einzelnen zur politischen Arbeit bzw. zum KB kommen, dürfte uns allen hinreichend bekannt sein. Meist passiert das doch durch persönliche Kontakte oder /und ein bestimmtes Oppositions-verhalten, zusammen mit einigen persönlichen Erfahrungen auf einzelnen Sektoren. Selten besteht schon am Anfang eine bestimmte Vorstellung vom Ziel und Mittel, in der dann einer Organisationsarbeit eine konkrete Funktion zugeordnet wird. Auch die konkrete Wut, die einen über momentane Tiefpunkte hinweg nach vorne treibt, wird auch (wenn sie überhaupt als solche akzeptiert wird) erst später 'im Kampf' entwickelt.

Ich merke immer wieder — meist bei Genossen — eine Herangehensweise an politische Arbeit, die ihr eben den Charakter einer 'entfremdeten Arbeit' gibt. M. schreibt: „Trotzdem ist es doch so, daß viele Genossen des KB sich funktionalisieren lassen. Das liegt daran, daß sie dieses Denken noch voll in der Birne haben.“ — Was ist das, was wir in der Birne haben und warum wehren wir uns nicht alle dagegen, wo wir doch sonst den Kampf gegen entmenslichende Tendenzen auf allen Ebenen führen? Verhaltensweisen wie Autoritätsdenken, Funktionalisieren, Trennung von Arbeit & Privat, Abtun von 'Wut' als 'emotional', 'moralisch' und 'in politische Diskussionen nicht integrierbar', haben wir alle drin. Und eben dies wird auch in jeder Form von Organisation zwangsläufig gefördert, da es immer Leute gibt, die länger dabei waren und mehr wissen. Wenn wir aber nun davon ausgehen, daß wir eine Organisation brauchen, um den Kampf sinnvoll zu führen, dann muß es die Aufgabe eben dieser Organisation bzw. ihrer Mitglieder sein, diese Tendenzen **a k t i v** und bewußt zu bekämpfen.

D.h. konkret: Es muß in den einzelnen Einheiten die Diskussion darüber vorangetrieben werden, warum die einzelnen Genoss(inn)en ihre politische Arbeit machen. Dies muß jedem individuell bewußt sein und er muß daran erkennen können, wann er entfremdete Arbeit macht, die nicht seinen Bedürfnissen (d.h. hier seiner Motivation zum Kampf) entspricht. Und dies muß auch dem Kollektiv bekannt sein, denn das schafft dann a) das allgemeine Vertrauen und wirkt der Trennung Privat/Arbeit entgegen; b) dies führt zu Selbstbewußtsein und wirkt Autoritätsgläubigkeit entgegen; c) die anderen wissen, warum man/frau eine Arbeit macht, ein unvermitteltes Funktionalisieren wird erheblich erschwert.

Wir müssen gerade die jüngeren Genoss(inn)en ermutigen, die Autoritätsgläubigkeit abzulegen, sich eigene Positionen zu erarbeiten und die mit Mut zu vertreten.

Ein Beispiel, wie's nicht sein soll, ist die Stellungnahme des AK zu dem Leserbrief:

Mit welcher Berechtigung nehmt ihr an, daß alle Mitglieder in den Ortsgruppen in dem selben Anspruch (hoher eigener Anspruch) an die Arbeit herangehen wie ihr? Viele sind doch gekommen, weil sie gesehen haben, daß ihre Arbeit, an der sie angesetzt hatten (BI's Frauengruppen, JZ-Initiativen), Teile **e i n e s** Systems sind, das man also nur in größerem Rahmen (Organisation) bekämpfen kann. Viele wollten auch vielleicht nur 'was machen' gegen das unmenschliche System. Auf der Ebene sind sie natürlich die idealen Ansprechobjekte für Kampagnen, zumal diese ja meist politisch einwandfrei begründet werden. Aber wenn nicht gleichzeitig die Suche nach der eigenen Position und vor allem dem eigenen Anspruch an sich selbst (der schließlich die Arbeit vorantreibt) gefördert wird, ist das Ausflippen von vorneherein angelegt. Man/frau wird merken, daß das 'was machen' ihn/sie zu nichts anderem mehr kommen läßt. Kontakte schlafen ein, Beziehungskrisen werden nicht aufgearbeitet — man steht in einer Mühle, die man so nicht selbst bestimmt hat, weil man/frau z.B. auch nicht den Mut besessen hat, Positionen zu beziehen.

Ist es denn schädlich, wenn nicht alle gleich so arbeiten wie die 'Kader'? Ich meine nein — aber schädlich ist, wenn sie erst reinklotzen, dann boykottieren und sich dann in die große Menge der 'ML-Geschädigten' einreihen.

Ich meine, erst in der Diskussion im Kollektiv ist es möglich, eigene Ansprüche (Forderungen an sich selbst) festzusetzen, d.h. zu niedrige (z. B. mangelndes Selbstbewußtsein) festzustellen, anzuhaken und zu hohe (Raubbau mit Gesundheit und Privatleben) zu senken.“

P. aus Bochum



„Als ich den Artikel des AK zur Stellungnahme des Genossen M. las, wurde ich an Termine erinnert, die mit Komitee-Genossen gemacht wurden, wenn Widersprüche zur Arbeit innerhalb der Zelle nicht geklärt werden konnten. Statt auf Widersprüche einzugehen, wird, wie es im Artikel heißt, moralisch eingeweiht. Dies erscheint mir vor dem Hintergrund der recht großen Zahl der im Laufe der letzten Jahre „weggeflippten“ Genossen Unverständlich, ebenso wie man dies als **d e r z e i t i g e** Krise der „Neuen Linken“ bezeichnet. Dies erinnert an die ebenso falsche Begründung der DKP für ihr Dahinvegetieren mit dem vorhandenen Antikommunismus. Daß, wie im Artikel vertreten, **Arbeitsdruck** und mangelnder persönlicher Frei-

raum **die Ursache für „Aus- und wegflippen“** (alleine der Ausdruck „wegflippen“ zeugt von gewisser Überheblichkeit) und politischer Widerspruch dann als Rechtfertigung „erfunden“ werden, halte ich so für falsch. Der mangelnde persönliche Freiraum ist häufig Auslöser für einen Austritt. Daß viele Ausgetretene nach wie vor den KB für eine unterstützenswerte Organisation halten, liegt sicher an der politischen Linie, wie sie im AK vertreten wird. Wie diese aber in der Praxis aussieht und umgesetzt werden soll, da setzen die Widersprüche an. Die Arbeit wird an den Notwendigkeiten (Kampagnen u.s.w.) vom LG her verteilt, nicht an den Kräften, die zur Verfügung stehen, und orientiert sich selten (falls gerade mal keine Kampagne läuft) an der Situation und den Problemen, die die Genossen „vor Ort“ sehen. Stellen Genossen diese Arbeit mal in den Vordergrund, gibt's Druck von „oben“ und Selbstkritik ist fällig. Daß hier dann Unzufriedenheit auftritt, ist wohl zwangsläufig die Folge. Wenn dazu die Überbelastung durch „Angestelltentätigkeiten“ kommt, indem man die Arbeit Ausgetretener, sogenannter „Ausgeflippter“ übernehmen muß, um das vom LG gesteckte Ziel zu erreichen ist man bald selbst soweit. Statt durch vernünftige Arbeitsverteilung und praxisbezogener Arbeit Austritte zu verhindern, auch das heißt langfristig denken, wird weitergeholt.

Sicherlich ist es richtig, daß bei organisierter Arbeit gewisse Verbindlichkeiten eingehalten werden müssen. Daß aber entsprechende persönliche Fähigkeiten eingebracht werden sollen, wurde zwar immer wieder betont, fand aber keine Berücksichtigung und war durch Arbeitsüberbelastung auch gar nicht möglich. Daß politische Arbeit Spaß machen soll und auch kann, wurde dabei ganz vergessen. Wenn es dafür in der Geschichte der Arbeiterbewegung keine Anhaltspunkte gibt, heißt das noch lange nicht, daß bisher alles richtig gemacht wurde. Und hier ist das eigentliche Defizit des Artikels. Es wird den „Spontis“ gegenüber zwar zugegeben, daß sie manche richtige Kritik geübt haben, wie diese aber bislang umgesetzt wurde oder versucht wurde, fehlt. Denn die vom Genossen M. kritisierten Punkte wie ständige Kampagnen, Leistungsdenken bei AK-Verkauf und Mobilisierung zu Veranstaltungen und Demos, bei denen Kollegen sich tatsächlich als Opfer vorkommen müssen, sowie die Haltung bzw. Neigung, persönliche Probleme unter den Tisch zu kehren, sind keine besonderen Auswüchse im SSB, sondern waren (und sind?) auch im KB gang und gebe. Es ist mir einfach unbegreiflich, wie man diese Gesellschaft verändern und revolutionieren will, wenn man den einzelnen Menschen dabei ausnimmt. Wohin dies führt, haben wir doch in allen Revi-Staaten vor Augen. Um Mißverständnissen vorzubeugen und der Neigung vieler KB-Genossen, für jeden gleich die richtige Schublade parat zu haben, zu begegnen: Ich bin kein Sponti geworden und halte, wie der Genosse M., trotz aller Kritik den KB für eine unterstützenswerte Organisation. Wenn ich aber die Karikatur zum Leserbrief und die Tendenz des Artikels, die Kritik des Genossen M. als

„Spontium“ abzutun, sehe, habe ich allerdings wenig Hoffnung, daß dieser Zusatz ernst genommen wird.“

Ein „ausgeflippter“ Genosse aus Hamburg



Man kann die jetzt im AK eröffnete Diskussion meiner Meinung nach nicht losgelöst von der Frage sehen, was für eine Organisation wir denn überhaupt wollen, ob wir eine revolutionäre kommunistische Organisation wollen oder etwas anderes.

Ich glaube, daß folgende Tatsache wir uns noch längst nicht genügend klar gemacht haben: Es hat seit der Oktoberrevolution 1917 praktisch keine erfolgreiche sozialistische Revolution in einem Industrieland gegeben (die nach dem Krieg im Schutz der sowjetischen Armee erfolgten Veränderungen in einigen Ländern Europas rechne ich hier nicht), und wir scheinen eigentlich überall in Europa heute von einer sozialistischen Revolution sehr, sehr weit weg zu sein, viel weiter beispielsweise als in den 20er Jahren. Auf der anderen Seite wachsen erkennbar die Faktoren für einen neuen imperialistischen Krieg, dessen Folgen kaum zu bezweifeln sind. Das verschärft die Situation noch, und das ist ja wohl auch der Widerspruch, aus dem „RAF“ u.ä. hervorgehen.

Man muß realistisch sagen, daß es heute in Europa nirgendwo revolutionäre kommunistische Parteien der Arbeiterklasse gibt, höchstens kleinere Organisationen mit einem sehr begrenzten Einfluß. (Vielleicht liegt die objektive Ursache dafür in der Tatsache, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern heute nicht nach revolutionärer Veränderung „schreien“?). Das heißt, die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist unvorstellbar hart und kompliziert.

Die Frage ist doch, ob man/frau unter diesen Bedingungen tatsächlich systematisch und beharrlich für den revolutionären Sturz der bürgerlichen Klasse und ihres Staates kämpft – oder aber zwar irgendwie zeitweise (vorzugeweise in einigen Jugendjahren) revolutionär gestimmt ist, aber sich letztendlich entweder einrichtet, sich auf das Gebiet des „Machbaren“ (des Sozialdemokratismus) begibt oder wirkungslos an einigen Punkten mit dem Kopf gegen die Wand des kapitalistischen Systems rennt. Im besten Fall kann dahinter vielleicht noch die Meinung stehen, wir müßten heute erst einmal „kleine Brötchen backen“ und abwarten, bis irgendwie die Massen vielleicht durch die objektiven Verhältnisse in Bewegung gebracht werden und es dann leichter geht mit dem revolutionären Kampf.

Ich glaube, daß diese Dinge heute in der Linken längst nicht klar genug sind, auch im KB noch nicht. Wenn wir ernsthaft die Sache der Revolution unter den konkreten Bedingungen der Gegenwart voranbringen wollen, dann kann es meiner Meinung nach überhaupt keinen Zweifel an der Notwendigkeit solcher Dinge wie Verbindlichkeit, Arbeit und Leistung, Suche nach der höchstmöglichen politischen Wirkung (Effektivität) usw. usw. geben. Dann kann es meiner Meinung nach auch keinen Zweifel geben, daß es eine unserer Hauptaufgaben ist, zu lernen und immer wieder zu lernen, und zu lernen ganz besonders von der Partei der Bolschewiki (und vom Rückschlag der russischen Revolution, von der Entwicklung des „Revisionismus“).

Ist es heute nicht ein Problem, daß in den KB als bekanntermaßen „undogmatische“ Organisation viele Genossinnen und Genossen gekommen sind, die im Grunde etwas anderes wollen als den Mar-

xismus-Leninismus und die revolutionäre kommunistische Organisation? Und wie wird dieser Widerspruch diskutiert? Ich glaube, dieser Widerspruch müßte auch Gegenstand der jetzt begonnenen Diskussion sein.

X Kt., Hamburg



Obwohl ich mit den wesentlichen Aussagen Eures Artikels voll übereinstimme, finde ich, daß der Aspekt der Selbstkritik, der kritischen Betrachtung der eigenen Organisation sehr oberflächlich abgetan wird – der Eindruck einer gewissen Unehrlichkeit muß daher zwangsläufig entstehen.

Es geht doch nicht an, zu „tatsächlichen Mängeln und Fehlern in unserer Politik“ kein inhaltliches Wort zu sagen und sie ansonsten nur als Produkt bestimmter Organisationsbereiche darzustellen („naja die beiden SSB's“, „neue schwache Ortsgruppen“ usw.), „wo die (ansonsten wohl unfehlbare? Anm. d.Verf.) Anleitung durch den KB am schwächsten ist.“ Ansonsten werden diese Fehler lediglich als „gegenseitige Anpassung und Kontrolle“ der einzelnen Mitglieder erklärt. Ja, woher kommt denn dieses Verhalten? Ihr schreibt z.B. von der sektiererischen Politik der beiden SSB's, „die sich dort immer wieder durchsetzte“. Ja warum denn bloß? – etwa durch Gottes Fügung?

Kurz zusammengefaßt:

Wir müssen den realen Ursachen für sektiererische Seiten der KB-Politik ernst und selbstkritisch nachgehen, sonst wird die angekündigte Debatte lediglich ein Schattenboxen mit abwegigen Spontipositionen werden – vom frischen Wind in der Organisation keine Spur. Was ich schon lange loswerden wollte: Dazu sollten die zentralen Leitungsorgane endlich damit aufhören, sich als unfehlbarer Olymp darzustellen, der an allem schuldlos ist, von allem nichts wußte und leider erst so spät eingreifen konnte!!! Das k o t z t mich an!!! Wenn ihr Euch auf VVs, DKs usw. schon immer (naja) in väterlich-oberlehrerhafter Manier darstellt, dann sollte bei einer solchen existentiellen Diskussion doch wenigstens mal offen vorgegangen werden. Wenn ihr meint, sowas hätte z. T. in der Öffentlichkeit nichts zu suchen (wobei ich gar nicht widersprechen würde), dann sollte die Diskussion von vornherein nicht im AK, sondern intern geführt werden!

Ro., Bochum



Ich fühle mich durch den Artikel „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns kämpfen ...“ im AK 132 angeregt, Euch einige Zellen zu schreiben, zumal ich zu den Genossen gehöre, die nach mehreren Jahren politischer Arbeit beim KB das Handtuch geschmissen haben, oder doch zumindest ausgeschlossen sind. Im Gegensatz zu dem Genossen M. (und vermutlich den meisten „Ehemaligen“) arbeite ich jedoch heute noch in einer kommunistischen Organisation, der Kommunistischen Aufbaugruppe Osnabrück.

Ich glaube, daß Ihr in Eurem Artikel voll auf der Ebene der Trennung von privater und politischer Diskussion und Arbeit abfährt. Auf den Hinweis des Genossen M., daß bei Diskussionen der „private“ Teil wegfällt, geht Ihr ebenso-

wenig ein, wie auf die von M. angerissene Tatsache, daß Termine oftmals auf der organisatorischen Ebene hängenbleiben. Gerade das Letztere ist natürlich ein Problem aller kommunistischen Organisationen. Da müssen tausend Sachen organisiert werden, und politische Widersprüche fallen dabei unter den Tisch. Diese Frage kann man aber m.E. nur sehr direkt und sehr konkret lösen. Insofern bleibt mir im Moment nur, Euch mein sehr herzlich empfundenes Beileid auszudrücken, unsere Organisation hat die gleichen Probleme.

Nun zu einer anderen Sache. Ihr schreibt:

„Die bisherige Erfahrung des KB mit dem Problem des Aus- und Wegflippens zeigt, daß fast immer diese (die persönlichen Probleme) die Ursache sind; politische Widersprüche werden dann vielleicht noch nachträglich dazu konstruiert bzw. subjektiv als solche erfunden. Bei den Genossinnen und Genossen, die mit solchen 'politischen Widersprüchen' aus dem KB ausscheiden, ist meistens zu beobachten, daß ihrer Kritik an irgendwelchen Erscheinungen unserer Politik jede Logik und Konsequenz fehlt, mal kommen ihre politischen Widersprüche von links und mal von rechts...“

Mir scheint das doch eine ziemliche Unverschämtheit gegenüber diesen Genossinnen und Genossen zu sein. Meine eigene Erfahrung ist, daß ich zunächst nach meinem Ausscheiden den KB nur an einem Punkt kritisieren konnte (ich komme gleich dazu) und auch heute, ein halbes Jahr später, zu einer Kritik der KB-Linie nicht in der Lage bin, sondern nur einzelne Erscheinungen kritisieren kann. Das erscheint mir erst mal auch logisch. Da in fünf Jahren natürlich eine ungeheure Identifikation mit dem KB stattfindet, braucht es seine Zeit, um diese Widersprüche aufzuarbeiten und dann den KB solidarisch und umfassend kritisieren zu können. Ich kann das noch nicht. Allerdings möchte ich hier an einem m.E. zentralen Punkt Kritik üben. Es ist dies die Frage der kommunistischen Bewegung (außerhalb des KB). Für den KB scheint es im wesentlichen nur „linke Sozialdemokraten“ (SB, GIM), Spontis und „Schrott“ (KBW, KPD/ML, DKP, KABD, KPD mit Einschränkungen) zu geben. (Ich hoffe, ich habe damit Euren Standpunkt richtig wiedergegeben). Die kommunistische Bewegung existiert heute für den KB ebensowenig wie für den KBW, den KABD oder die KPD/ML, die sich selbst schon für die Partei bzw. deren unmittelbaren Vorläufer halten.

Aus dieser Einschätzung heraus kann sich der KB über den KABD z.B. nur wundern, „mit wie erbärmlich wenig politischer Substanz sich diese schwäbische Sekte nun schon seit 10 Jahren über die Runden schleppt“ (AK 132, S.13), wobei das Sich-über-die-Runden-Schleppen untertrieben ist: Gerade im letzten Jahr hat der KABD einige „Stützpunkte“ dazugewonnen, und zwar im Ruhrgebiet und in Niedersachsen, nicht in Schwaben. Da der KB sich selbst auch für so was wie die unmittelbare Vorstufe der Kommunistischen Partei hält, steht er höchst erstaunt vor der Tatsache, daß in den letzten 2 - 3 Jahren etwa 20 lokale kommunistische Zirkel entstanden sind, und – weil nicht sein kann, was nicht sein darf – schwelgt er diese Zirkel tot, vor allem dann, wenn diese Zirkel auch noch in der Lage sind, eine einigermaßen solidarische Kritik am KB zu leisten (wie bei der Kommunistischen Gruppe Bonn geschehen, die 1977 eine Kritikbrochure am KB verfaßt hat und bis heute auf eine Auseinandersetzung darum wartet).

H.H., Osnabrück



Redaktionelle Vorbemerkung: Die folgende Kritik wurde schon vor einiger Zeit geschrieben, nachdem im AK ein Artikel zu dem Buch „Wir war'n die Stärkste der Partei“ erschienen war. Die Kritik wurde damals nicht abgedruckt, scheint uns aber sehr gut in die jetzt angelaufene Diskussion zu passen.

„Es gibt ein – auch in linken Kreisen – sehr beliebtes Strickmuster, Kritik mundtot zu machen.

1. Man betrachtet sich die Person des Kritikers und stellt fest, daß er Sponti, ausgeflippt oder sonst ein Müßiggänger ist: „Der eine Verfasser ist total ausgeflippt und erlebt Politik überhaupt nur noch als ‚Horror-Trip‘; die Frauen machen Selbst-erfahrung‘; ein Autor arbeitet immerhin (!) in einem Berufsverbote-Komitee; ein anderer macht reformistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit“. Zudem haben die Autoren den von ihnen angeprangerten Psychoterror selbst mitgetragen, üben aber keine richtige Selbstkritik, bieten keine Lösungsvorschläge. Summa summarum: „Kulturhistorisch gesehen gehört das Buch in die lange Tradition der ‚Überläufer‘-Bekenntnisse, der von der Bougeoisie vorgeführten ‚Kronzeugen‘, von Ruth Fischer und Herbert Wehner bis zu Ruhland, Müller und Klein. Dies bedeutet kein Werturteil über die einzelnen Autoren, bezeichnet aber die reale Funktion des Buches.“

2. Nachdem die Kritiker in die Nähe von Handlangern des Staatsschutzes gebracht und wegen ihres früheren Verhaltens unglaublich gemacht wurden, wird folgerichtig der Kritik abgesprochen, von links zu argumentieren: „Es ist ein Buch gegen den Marxismus-Leninismus, gegen organisierte nicht-reformistische Politik. Es ist unwissenschaftlich und demagogisch, indem es die Absage an den Marxismus-Leninismus und an kommunistische Organisation nicht auf der Ebene einer sachlichen Auseinandersetzung formuliert, sondern einzig und allein mit dem aus der bürgerlichen Propaganda bekannten Mittel der Stimmungsberichte ..., die weder das ganze Spektrum der immerhin über 100jährigen Geschichte kommunistischer Organisation noch auch nur das Spektrum der heute in der BRD aktiven ‚kommunistischen‘ Gruppierungen erfassen!“ Was Wunder, „daß dieses Buch wohlwollend schadenfrohe Kommentare in der Presse erhielt. Der ‚Spiegel‘ nahm das Buch sogar zur Grundlage für einen längeren Artikel“.

Nachdem derart ein ‚logischer‘ Zusammenhang zwischen der Person des Kritikers, dem Interesse der Reaktion und dem Angriff auf kommunistische Politik zu rechtgebastelt wurde, kann man es sich selbst ersparen, auf die Kritik selber überhaupt noch einzugehen.

3. Mehr zum Schein wird bezüglich der kritisierten Strukturen dann auch großmütig zugestanden: „Selbst der schadenfrohe Gedanke ‚Bei uns gibt's sowas aber nicht, will sich beim Lesen nicht so ohne weiteres einstellen. Denn manche (!?) der in dem Buch geschilderten Verhältnisse sind, wenn auch in abgeschwächter (!) Form ebenfalls innerhalb unserer Organisation anzutreffen ... Es ist sinnvoll, die ‚zwischenmenschlichen Beziehungen‘ auch in unserer eigenen Organisation zu kritisieren und zu verändern.“

Ende des Kommentars. – Das ist alles, was dem Schreiber zu 120 Seiten Kritik an den Strukturen von K-Gruppen und zum KB einfällt!

Er hat seine Aufgabe mit Bravour gelöst, denn eine alte Weisheit besagt, daß man sich mit Kritik dann nicht auseinanderzusetzen braucht, wenn sie nicht in allen Punkten stichhaltig ist: Und tatsächlich sehen sich die Autoren nur als Objekte in den K-Gruppen, ohne eigene

Möglichkeit sich dagegen zu wehren, haben von der Organisation die Vorstellung wie von einem Monster, begreifen sie nicht als ‚Gruppe von Menschen‘, die für die Organisationsstrukturen selber mitverantwortlich sind.

Insofern muß dem AK-Schreiber Recht gegeben werden. Seine Ignoranz besteht allerdings darin, seine berechtigte Kritik an den Autoren als Werkzeug einzusetzen, deren Kritik unter den Tisch fallen zu lassen.

Gerade weil diese Strukturen von weiten Teilen der Linken den Kommunisten angelastet werden, hätte sich ein Eingehen auf die Kritik der Ex-ML'er gelohnt. Um so lohnender sollte dieses Kritikaufnehmen aber sein, wenn man selber davon ausgeht, daß sich einzelne dieser Verhaltensweisen auch bei uns wiederfinden. Diese mit intellektualistischer Akrobatik betriebene Reinwäscherei nutzt niemand, läßt vielmehr den Verdacht aufkommen, daß die von dem AK-Schreiber so vehement vertretene Kritik an den Autoren ob deren Unfähigkeit, zu ‚ML-Lebzeiten‘ diese Strukturen zu analysieren und zu verändern, auch auf ihn selber zutrifft. Er hat mit diesem Artikel einen Beitrag dazu geleistet, wie man zwar Mängel konstatieren, im Grunde aber darüber hinweg reden kann. Den Stein, den er erhoben ...

Ich will jetzt erst mal auf einige Bedingungen eingehen, die das hervorbringen, was die Ex-ML'er in ihrem Buch gebrandmarkt haben. Danach dann diese Verhaltensweisen ansatzweise auf Strukturen zurückzuführen, wie sie in den linken Gruppen auftreten. Hervorstechendstes Merkmal linker Gruppen ist, daß sie alle mehr oder weniger isoliert sind. Dies in mehrfacher Hinsicht: Einmal grundsätzlich von ihrer Umwelt, die andere Bedürfnisse hat, nicht in dem Maße und auch nicht so unvermittelt der staatlichen Repression ausgesetzt ist. Wer in der BRD linke Politik macht, muß sich mit dem Gedanken vertraut machen, deswegen Berufsverbot, Gewerkschaftsausschluß, Rechtlosigkeit usw. einzuhandeln.

Gegenpol kann dazu die Verankerung in einer fortschrittlichen Masse (Frauen-, AKW- ...) Bewegung sein. Da diese in der BRD zwar eine relative Breite und zum Teil auch eine beachtliche Militanz mitbringt, andererseits aber noch sehr stark links-sozialdemokratischen Positionen anhängt, ist hier eine relativ langwierige und zunächst einmal keine großen Erfolge bringende Kleinarbeit notwendig. Dazu gibt es dann Arbeitsgruppen, wo es häufig noch um die einfachsten und grundsätzlichen Fragen (z.B. Demokratieverständnis) heiße Auseinandersetzungen gibt.

Das Dilemma unserer relativ kleinen linken Organisationen besteht nun darin, in verschiedenen Arbeitsgruppen, Arbeitsfeldern präsent sein zu müssen und die eigene Politik zu vertreten. Das sieht dann häufig so aus, daß in einer Betriebsgruppe Resolutionen zu den Fischisten, gegen den DGB etc. verabschiedet werden sollen, und auch zu Veranstaltungen zur Frauenunterdrückung, Chile, Russell-Tribunal mobilisiert werden soll. Diese Komplexität der politischen Arbeit ist natürlich an und für sich nicht schlecht, birgt aber die Gefahr in sich, den anderen Gruppenmitgliedern gegenüber immer mehr in die Rolle des Organisierten zu geraten, der die Anderen für seine Politik instrumentalisiert will.

Hinzu kommt, daß es meist unmöglich ist, in mehreren Arbeitsfeldern gleichzeitig mitzuarbeiten. Anstatt nun die Vorrangigkeit von dem individuellen Arbeitsbereich der Genossen, des Genossen abhängig zu machen, wird sich dafür entschieden, was gerade in ist. Da war zunächst die Frauen-, dann die Anti-AKW-Bewegung, dazwischen mal die Uni und jetzt das Russell-Tribunal. Um nicht miß-

verstanden zu werden: Mir gehts nicht darum, daß jemand sich in einem Kleinbetrieb verzettelt, nur weil er da acht Stunden arbeitet. Ich meine aber, daß es auch im KB die Tendenz gibt, Arbeitsfelder schematisch zu bestimmen. So sollte es meine Aufgabe sein, die Wirtschaftsentwicklung im Rhein-Main-Gebiet und die AKW-Industrie zu untersuchen. Begründung: Du hast es gelernt, wirtschaftliche Zusammenhänge zu analysieren. Mit demselben Argument könnte ich ein halbes Jahr später zum Russell-Tribunal arbeiten: Die politischen Folgen der Durchdringung Europas durch das BRD-Kapital.

Konsequenz dieser Willkürlichkeit: man arbeitet häufig lieber in irgendwelchen Komitees als in der Schule, dem Fachbereich, der Abteilung, der Gewerkschaft ..., weil man glaubt, daß es da schneller vorangeht, man mehr Erfolgserlebnisse hat, mehr unter Gleichgesinnten ist. Indem man aber mit den Leuten, die man täglich sieht, dieselben Erfahrungen macht, nur mal hin und wieder gemeinsame Aktivitäten entwickelt, verliert man die Beziehung zu ihnen und damit seine natürliche Basis. Wieviel schwerer ist es doch, unter Leuten Vertrauen zu gewinnen, die man nur einmal in der Woche zum Gruppentreff sieht.

Häufig sind diese Arbeitsgruppen dann auch nicht von langem Bestand. Wo was aus dem Boden gestampft wurde, weil in diesem Bereich (Frauen, AKW) gerade mal was los war, aber nicht, weil die betreffenden Genossen da selbst ein langfristiges Interesse dran haben, steht die Neugründung von noch was Interessanteren ständig auf der Tagesordnung.

Eine besonders schädliche Variante dieses Verhaltens ist die sog. Marktlückentheorie. Man stellt beispielsweise fest, daß in Hamburg eine erfolgreiche Veranstaltung zum Heimterror gelaufen ist, daß es in Frankfurt auch Heime gibt und irgendwo auch einen Kontakt, aber daß in letzter Zeit niemand mehr was zur Heimerziehung gemacht hat, man wittert also die Chance, sich zu profilieren, und zieht eine Veranstaltung durch. Mit der Illusion, daraus eventuell eine Heim-Arbeit entwickeln zu können. Ob man dazu die Kräfte hat, was die konkrete Situation im Heim-Widerstand vor Ort ist, usw., all das bleibt offen. Aber auch auf die Gefahr hin, mal irgendwas zu machen, Illusionen zu erwecken und dann zu verschwinden, will man die Marktlücke ausnutzen.

Dieses Verhalten zu den Arbeitsfeldern isoliert uns und macht eine Verankerung von vorneherein unmöglich. Wenn man es nicht verhindert, in jeder Arbeitsgruppe den großen Politiker zu spielen, der die Allseitigkeit der politischen Zusammenhänge immer wieder erneut demonstriert, dürfte die Bündnisfähigkeit des Betreffenden gegen Null wandern. Natürlich sollte man in einer demokratischen Gruppe auch als Kommunist auftreten, sich aber vor der Illusion hüten, in dieser Gruppe andere als ganz ‚einfache‘ demokratische Ziele zu erreichen. Der Weg zu schnellen Erfolgen in Komitees, wo ja schon viel Fortschrittlichere sitzen, ist nicht von Bestand.

Parallel zu dieser Flucht in Komitees läuft die Kampagnenpolitik. Man organisiert, kümmert sich um Flugblätter, wirbelt von Aktionseinheit-Treffen zu Aktionseinheit-Treffen und ‚vergißt‘ darüber, seine Kontakte zu der Veranstaltung zu mobilisieren. Vor lauter Geschäftigkeit wird der AK-Verkauf und die Kontaktarbeit nur noch nebenher laufen gelassen. Man entwickelt sich zu einer Veranstaltungs-Agentur und ist am Ende überrascht, daß der Erfolg für die eigene Organisation fehlt.

Ich meine, daß diese Verhaltensweisen besonders die K-Gruppen (incl. KB) auszeichnen, weil z.B. die Spontis meist in fest umrissenen Arbeitszusammenhängen stehen und sich die oben gezeigte Gefahr

anders ausdrückt, und weil gerade die K-Gruppen auf den Leitspruch eingeschwo- ren sind: „Die Politik an die erste Stelle setzen“, wobei die Bedürfnisse der Agit- ten meist nach weiter hinten verschoben werden.

Die Basisarbeit hat auch eine nicht zu unterschätzende Kontrollfunktion. Leute, die hier und da mal herumwirbeln, aber keinen festen Arbeitsbereich über einen längeren Zeitraum haben, lassen sich schlecht kontrollieren, was den Erfolg ih- rer Arbeit ausmacht. Das mag ja kurzfristig alles ganz erfolgversprechend aussehen, aber wenn dann nach Monaten der Mit- gliederstand immer noch sinkt, der AK- Verkauf stagniert, werden häufig die ver- antwortlich gemacht, die in ihrer Kleinar- beit resignieren und nicht die Möglichkeit haben, von großen Erfolgen zu schwär- men, weil sie die Realität hautnah erfah- ren.

Dies alles ist natürlich nur ein Aspekt – vielleicht können andere mal andere Kom- plexe oder einige Beispiele aus dem Buch aufgreifen und wir zu einer offenen Dis- kussion über K-Gruppen-Politik kommen.

Wesentlich ist auch die Angst, die kleinbürgerliche Mentalität als Ursache für sektiererisches Verhalten, und vieles ande- re mehr, was auch in der Politik der jewei- ligen Organisation begründet ist.

Gerade bei KBW und KPD ist dieser Realitätsverlust am weitesten fortgeschrit- ten. Innerorganisatorisch kapselt man sich dann mehr und mehr ab. Begreift sich als Gruppe, die auf einsamen Posten steht in einem Meer von Links- und Rechtsoppo- rtunisten, Sozialimperialisten, 5. Kolonnen, Revisionisten und Vierer-Banden. Was man sich bewahrt hat, ist der fast religiöse Glaube, man sei die Avantgarde und wenn man nur den nötigen Arbeitsaufwand mit- bringt, in der Lage, die Welt aus den Ang-eln zu heben.

Innerhalb dieser Globalstrategie treten andere Menschen dann nur noch in der Rolle von Sympis, Kontakten, Abgehau- enen, noch zu überzeugenden und Feinden auf. Andere Menschen werden nicht mehr auf Grund ihres sozialen Verhaltens, son- dern nach irgendwelchen politischen Kli- schees beurteilt.

Innerhalb der Organisation unterschei- det man zwischen Herumwirblern und Faulenzern, wobei letztere durch ihre un- solidarische Arbeitsmoral für die Hetzerei der Ersteren verantwortlich gemacht werden.

Nachbemerkung:

Im Übrigen bin ich der Auffassung, daß dieses Buch in den Nachttisch jeder Ge- nossin, jedes Genossen gehört.

Obwohl es den korrekten kommuni- stischen Standpunkt vermissen läßt, kann es doch zum Nachdenken anregen.

Denn: Bei u n s gibts' sowas auch!“

Klaus, Frankfurt



Wir setzen in diesem AK den Abdruck von Diskussionsbeiträgen fort (siehe auch AK 132 und 133). Vorweg zwei Korrekturen: 1. In der redaktionellen Stellungnahme in AK 132 war von „subjektiv e r f u n d e n e n“ Widersprüchen die Rede. Das ist ein Schreibfehler, richtig sollte es heißen: „subjektiv e m p f u n d e n e n“. 2. Ein Genosse der Niederlande-Kommission hat uns darauf aufmerksam gemacht, daß es in Brechts Gedicht heißt: „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns a r b e i t e n“ und nicht: „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns k ä m p f e n“.

„Ist es heute nicht ein Problem, daß in den KB als bekanntermaßen undogmatische Organisation viele Genossinnen und Genossen gekommen sind, die im Grunde etwas anderes wollen, als den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre kommunistische Organisation? Und wie wird dieser Widerspruch diskutiert? Ich glaube, dieser Widerspruch müßte auch Gegenstand der jetzt begonnenen Diskussion sein“ (Zitat aus einem Leserbrief in AK 133, S. 58, mittlere Spalte). Diese Einschätzung der „Jetzt-Lage“ und die daraus resultierende Fragestellung trifft m. E. den politischen Nagel genau auf den Kopf. Wenn dies so ist, und davon gehe ich aus, stellt sich für mich zwangsläufig tiefergehend die 1. Frage: Wie versteht sich der KB, d. h. konkreter: Wie stehts um das Selbstverständnis des KB (als Gesamtorganisation), und die 2. Frage: Was wollen die einzelnen Genossinnen und Genossen, die sich im KB organisiert haben (oder organisiert wurden)? Wo liegt ihr Anspruch an sich selbst und wo liegt der Anspruch der Gesamtorganisa- tion an die einzelnen Genossinnen und Genossen? Das mag sich alles so ungeheuer durcheinander und abgehoben anhö- ren. Also konkretisieren wir. Zum Selbstverständnis des KB: „Der Kommunistische Bund verteidigt die unmittelbaren politi- schen und ökonomischen Interessen der Arbeiterklasse, kämpft für die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutersystems und die Zerschlagung seines Staatsapparates, für den Aufbau des Sozialismus unter der Klassenherrschaft des Proletariats, für eine kommunistische Gesellschaft ohne Ausbeutung des Menschen, und ohne Herrschaft des Menschen über den Menschen“ (Statut des KB, „Kommunistische Arbeiterzeitung“ 11/12). Und weiter: „Der Kommunistische Bund erhebt keinen Führungsanspruch. Unser Selbstverständnis als führende politische Kraft kann nur den Anspruch an uns selbst bedeuten, unsere Arbeit zu verbessern und zu verbreitern, an der Erarbeitung einer revolutionären Strategie und Taktik für die BRD verstärkt teilzunehmen und die Fest- legung eines politischen Programms voran- zutreiben“ (Zitat ebenda); Das soll reichen zum politisch-ideologischen Selbstver- ständnis des KB als Gesamtorganisation.

Dies ist, in der Gesamtheit betrachtet, ein ziemlich hoher Anspruch und würde in der Praxis jeder Genossin und jedes Genossen folgendes bedeuten: „Ein Kommunist soll offener, ehrlich und aktiv sein, das Interesse der Revolution muß ihm teurer sein als sein eigenes Leben, er hat seine persönlichen Inter- essen der Revolution unterzuordnen; er soll immer und überall an den richtigen Grund- sätzen festhalten und einen unermüdlichen Kampf gegen alle falschen Ideen und Handlungen führen, um so das kollektive Leben der Partei und die Verbindung zwischen der Partei und den Massen zu festigen; er muß sich mehr um die Partei und um die Massen kümmern als um die eigene Person, mehr um andere Menschen als um sich selber. Nur dann kann er als Kommunist angesehen werden“ („Gegen den Liberalismus“ – Ausgewählte Werke Mao Tse tungs, Bd. II). „Niemals und nirgends darf ein Kommunist seine per- sönlichen Interessen an die erste Stelle setzen; er muß sie den Interessen der Nation und der Volksmassen unterordnen. Deshalb sind Selbstsucht, Passivität und Lässigkeit, Bestechlichkeit, Geltungsdrang usw. höchst verächtlich; dagegen sind Selbstlosigkeit, Aktivität und Eifer, Selbst- aufopferung für das Gemeinwohl und zähe harte Arbeit achtungsgebietend“ („Der Platz der Kommunistischen Partei Chinas im nationalen Krieg“ – Aus- gewählte Werke Mao Tse tungs, Bd. II).

Sicher darf das nicht der Anspruch sein, an dem h e u t e die im KB mitar- beitenden Genossinnen und Genossen „gemessen“ werden dürfen. Es ist sowieso

schon schwer genug, den herrschenden Antikommunismus soweit abgelegt zu haben, um in eine kommunistische Orga- nisation mit Theorie und Praxis einzu- steigen. Auch ist klar, daß nicht jede Genossin und jeder Genosse mit dem Eintritt in den KB jede bourgeoise ver- haltensweise automatisch ablegt, son- dern ganz im Gegenteil diese auch gerade hier erkannt und bekämpft werden muß.

Aber die Frage, die sich aufdrängt, ist: Finden wir heute für jeden der mit dem KB oder im KB mitarbeiten will, den „linken“ organisatorischen Rahmen? Fördern wir seinen individuellen poli- tischen Stand, erzeugen wir durch „vor- sichtiges“ Heranführen an die Organisation solche Dinge wie Organisationszugehö- rigkeitsgefühl, Vertrauen in die in den Zellen mitarbeitenden Genossinnen und Genossen, Eigenständigkeit, Selbstvertrau- en, Betroffensein für Fragen der eigenen Organisation, Kritikfähigkeit und andere Dinge mehr?

Es ist doch klar, daß die Motivation für einen Menschen, sich politisch zu organisieren, auf unterschiedlichster Ebene verläuft. Da gibt es Leute, die über persönliche Kontakte in die Organi- sation kommen, und andere, denen bloß irgend etwas stinkt in diesem Staat. Was machen wir daraus?

Ich glaube z. B., daß ein erheblich größeres Maß an politischer Schu- l u n g dem KB dienlich wäre. Für mich stellt sich das so dar: Auf der Leitungsebene besteht der KB zwar aus politischen Kadern, während die Basis politisch einfach zu schwach ist, hier bricht eine zu g r o ß e K l u f t auf. Es ist nicht in genü- gendem Maße gewährleistet, daß neue Kader heranwachsen, ideologische Klarheit vermittelt wird, daß auf die einfachsten Fragen eingegangen wird. Logisch ist es auch so, daß es aus dieser Diskrepanz zwischen Anspruch der Gesamtorgani- sation und der Motivation der „einfachen“ Genossinnen und Genossen zu Austritten kommt. Es ist m. E. weiterhin nur logisch und verläuft zwangsläufig, daß aus diesem zu kurzem Blick für das neue Rausbilden von Kadern es zu Tendenzen wie Organi- sationsgläubigkeit und „sich funktionalisie- ren lassen“ kommt.

Ein anderer Punkt bei der Betrachtung der Gründe, die zum Ausfließen von Genossinnen und Genossen führt, unter- mauert dies noch mehr. Es ist m. E. die Tatsache, daß fast alle den KB nach ihrem Austritt noch für eine unterstützenswerte Organisation halten. Dies macht sich wahrscheinlich fest an den sehr guten Publikationen (AK, Broschüren) und an der ständigen Diskussionsbereitschaft des KB. Auch wird gesagt, daß es selten an konkreten politischen Widersprüchen kracht, diese werden meistens erst hinter- her dazukonstruiert. Da ist es doch einmal ganz interessant zu beobachten, warum es z. B. in der DKP oder dem KBW zu Austritten kommt. Hier sind es genau politische Widersprüche zu diesen Organi- sationen. Hier geht es um i n h a l t l i c h e D i f f e r e n z e n. Anders gesagt: Die DKP krankt daran, ihre politisch-ideologi- sche Grundklarheit korrekt in die Praxis umzusetzen. DKP'ler sind zwar teilweise gut geschult, benutzen dies aber nicht oder zumindest grundlegend falsch (oder dürfen dies nicht benutzen). Der KBW ist da anders. Der KBW schult anscheinend auch sehr intensiv, nur: Was ?!... (inhalt- liche Frage). Beim KB ist das Ganze sehr entscheidend anders. Hier wird geholt und gerodelt, die Praxis wird ü b e r b e t o n t. Es ist noch kein „linkes“ Mittel- maß zwischen Theorie und Praxis gefun- den worden, und zwar klar in der Heran- gehensweise den eigenen Genossinnen und Genossen gegenüber. Es besteht kein aus- reichendes dialektisches Verhältnis zwi- schen Theorie und Praxis.

Die Effektivität der Gegebenheiten (Zelle) wird nur in völlig unzureichender Weise genutzt. (Jeder kennt das: Die kleinste Kleinigkeit wird genauestens durchgeplant.) Ich meine, daß organisierte Genossinnen und Genossen eigentlich in der Lage sein müßten, einen Großteil ihrer praktischen Arbeit selbst und eigenständig zu planen und durchzuführen. Diskutiert werden muß in der Zelle natürlich jeder praktische Arbeitsansatz, aber der Schwerpunkt muß eindeutig auf dem politisch-inhaltlichen liegen. Genau an dieser Stelle steht aber der Anspruch der Gesamtorganisation (LG) im Widerspruch zum Anspruch der meisten „einfachen“ Genossinnen und Genossen. Wie kann ich andauernd Kampagnen durchziehen, ständig röhren, wenn mir überhaupt kein längerfristiges Ziel vor Augen schwebt? Muß da die Arbeit nicht perspektivlos werden? Kann so die Basis vorankommen?

Um zum Schluß zu kommen. Der KB sollte m. E. sich wieder mehr als Aufbauorganisation (innerorganisatorisch) für die kommunistische Partei verstehen. Dazu ist es auch erforderlich, das natürliche Umfeld des KB (Symple-Zelle, Lesekreise) intensiver zu nutzen, um neue Genossinnen und Genossen „vorsichtiger“ an die Theorie und Praxis des KB heranzuführen. Außerdem sollte die politisch-ideologische Schulung (revolutionärer Haß auf den Staat!) im KB intensiviert werden.
D., Hamburg-Harburg



Ich habe mit großer Freude die Debatte ab AK 132, „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns kämpfen“, aufgenommen. Zwei Sachen haben mich dabei gestört:

1. Die Karikatur im AK 132 auf Seite 56. Diese Karikatur hat natürlich eine reale Basis bei großen Teilen der Spontibewegung, der „ML“-Bewegung, den Revis usw. Wenn ich an Brokdorf III denke, an den Schmutz, der von allen Seiten über dem KB ausgeschüttet worden ist, dann kann ich diese Karikatur nur unterschreiben. (Das gilt auch zunehmend für alle möglichen anderen Bereiche, wo von allen möglichen Seiten übel auf dem KB herumgehackelt wird.)

Nur in diesem Zusammenhang finde ich die Karikatur absolut verfehlt. Sie ist gebracht worden inmitten eines Artikels von einem früheren SSBl, der sich jetzt als Sponti bezeichnet. Wenn die Leitung alle, die Kritik haben, Fragen haben, meinetwegen auch Blech im Kopf haben, ermuntern will, die Sachen auf den Tisch zu packen, dann sollte sie nicht mit derartigen Karikaturen antworten. So etwas schreckt ab und ermuntert nicht. Die Karikatur steht auch im Widerspruch zu der angenehmen Art, die im Artikel der Leitung auf Seite 55 zu sehen ist.

2. An den bisherigen Stellungnahmen, die im AK 133 zu der ganzen Problematik abgedruckt sind, stört mich, daß die Genossinnen und Genossen sich total auf die Leitung einschießen und sich total auf die Leitung fixieren. Eine Organisation ist doch immer nur so gut, wie die Mitglieder sie gestalten. Eine Organisation, wo nur von oben angeordnet wird, geht kaputt. Da, wo Leitungsgenossen die Mitglieder behindern, selbstständig zu arbeiten, muß das ganz konkret angepackt werden. In keinem der bisherigen Briefe ist irgendein konkreter Beweis für derartige Dinge erbracht worden. Wenn es solche Sachen gibt, dann müssen sie jetzt auf den Tisch gepackt werden.

Übel fände ich auch, wenn die Leitung jetzt vor den Kritiken auf den Knien

rutschen würde, so wie es in den China-, Albanien- oder Moskau-sekten üblich ist. Jeder (ob leitender Genosse oder einfaches Mitglied) hat das Recht und die Pflicht, um seine Meinung zu kämpfen.

Ich möchte jetzt einen Punkt sagen, wo ich Kritik habe: Mir stinkt es, wie mit Leserbriefen verfahren wird, die aus inhaltlichen oder Platzgründen nicht in den AK oder Rebell reinkommen. Ich habe unterdessen einen ganzen Ordner voll mit solchen Artikeln und Briefen. Das Problem ist, daß selbstverständlich nicht alles in den AK reinkommt, was nach Hamburg geschickt wird. Nur möchte ich gerne wissen, warum der jeweilige Artikel nicht reinkommt. In 5 Fällen habe ich mehrfach bei der Redaktion oder der jeweiligen Kommission mehrfach im Brief nachgefragt und keine Antwort bekommen. Ich habe eine ganze Zeit in einer Kommission mitgearbeitet und mir klingen die Ruffel noch in den Ohren, die ich bekommen habe, als ich die Antwort auf nicht abgedruckte Artikel oder Leserbriefe verschluppt habe.

Ich weiß, daß viele Genossinnen und Genossen sich ständig ärgern, daß sie keine Antworten bekommen auf Anfragen, warum ihr Artikel nicht gebracht wurde.

Wie sollen wir denn guten Gewissens Sympathisanten ermuntern, für den AK zu schreiben, wenn so mit Artikeln und Leserbriefen verfahren wird?

B. aus Münster

Kommentar der Redaktion

Das von Genossen B. angeschnittene Problem bezüglich nicht gedruckter Artikel und Leserbriefe besteht tatsächlich, wenn auch wohl insgesamt nicht in dem von B. angedeuteten Ausmaß.

Generell ist festzustellen, daß von uns noch keine Kritik unterdrückt wurde, die wir von mehr als einer Stelle aus der Organisation bekommen haben. Das heißt: Wenn zu einem Thema mehr als eine kritische Stellungnahme aus der Organisation kam, haben wir das Thema im AK zur Diskussion gestellt. (Es wäre interessant, ob es in der BRD noch eine Zeitung gibt, die das gleiche praktiziert?) Nur bleibt natürlich selbst bei diesem Verfahren ein nicht unbeträchtlicher Rest von Briefen zu den verschiedensten Fragen. Hierzu kommt ein wahrer Berg von Artikeln, die im Laufe der Zeit nicht gedruckt wurden – aus Platzgründen oder weil die Artikel schlecht waren. Politische Widersprüche haben beim Nichtabdruck von Artikeln eine Rolle gespielt.

Wenn Genosse B. allein schon von einem ganzen Ordner spricht, den er mit nichtabgedruckten Artikeln und Briefen hat, dann mag man sich ausmalen, welche Wagenladungen solcher Manuskripte es insgesamt im Laufe der Zeit gegeben hat. Die aus wenigen Leuten bestehende Redaktion wäre total überfordert, wenn sie all diese Manuskripte mit einem Kommentar versehen müßte, warum im jeweiligen Fall nicht abgedruckt wurde. Das ist schlechthin nicht zu leisten. Wenn Genosse B. mal wieder nach Hamburg kommt, sprechen wir gern mit ihm über die Arbeitsbelastung der leitenden Genossen. Und übrigens: Ein Großteil der Manuskripte, die nicht gedruckt werden, wird tatsächlich kommentiert zurückgegeben. Daß das im Grunde für alle Manuskripte irgendwie erreicht werden müßte, soll also nicht bestritten werden.



Als ausgeflippte KB'lerin finde ich es zu-erstmal positiv, daß der „Arbeiterkampf“ eine Auseinandersetzung aufnimmt, die schon lange im Untergrund schwelt. Trotzdem bin ich der Meinung, daß in dem Redaktionsartikel einige Sachen falsch bzw. demagogisch abgehandelt werden. Es ist häufig so, daß besonders junge Genoss(innen) (zu denen ich mich auch zähle) Schwierigkeiten haben, ihre politischen Kritiken und Widersprüche auszu-diskutieren. Zum Teil, weil ihnen das Selbstbewußtsein fehlt, zum Teil aufgrund des Abwürgens von seiten der Anleitung. Das hängt häufig mit Kampagnenpolitik und Unsicherheit seitens der Anleitung zusammen. Dazu kommt, daß es innerhalb des KB eine ausgewachsene Hierarchie gibt, wonach Genoss(innen) in gute und schlechte, linkssektiererische und rechtsopportunistische Schubladen gestopft werden. Guter Genosse ist, wer unheimlich „röhrt“, d.h. massenweise Zeitungen verkauft (egal wie), Leute auf Demos und Veranstaltungen schleppt etc. Es geht also häufig das ursprüngliche Interesse, sinnvolle linke Politik zu machen, aufgrund des Karrierismus baden.

Wenn man an seine unorganisierten Bekannten z.B. nur noch nach deren quantitativen Veranstaltungsbesuchen rangeht, das zum Maßstab macht, dann ist es ein sehr materielles, unmenschliches Ranghehen, das mit Politik nicht mehr viel zu tun hat.

Hinzu kommt eine immer beschissene-re politische Lage in der BRD. D.h. die Genossen sind natürlich im Betrieb, in der Schule, beim Verkauf unter einem teilweise unerträglichen Druck. Unter dem fällt es natürlich auch schwer, die gewünschten Erfolge zu organisieren. Irgendwann eskaliert diese Situation und führt zum Austritt. Vordergründig also nur persönliche Gründe, die meiner Meinung aber ihre tiefere Ursache in sehr politischen Widersprüchen haben. Daß man/frau dann zum Teil (die Erfahrung mußte ich glücklicherweise nicht machen) von ehemaligen Freunden geschnitten und als Drack behandelt wird, ist das die Krönung des materiellen Verhältnisses zu Menschen? Insgesamt bin ich der Meinung, daß frau/man linke Politik nur dann organisiert betreiben können, wenn die Auseinandersetzungen offener geführt werden, zu unorganisierten fortschrittlichen Menschen eine weniger selbstherrliche Einstellung besteht und man die persönliche Betroffenheit an politischen Ereignissen nicht vergißt.

Eine Genossin aus Hamburg/Altona



Nachsinnend über Eure Lage fiel mir dies Erlebnis ein:

Tu kam zu Me-ti und sagte: Ich will am Kampf der Klassen teilnehmen. Lehre mich.

Me-ti sagte: Setz dich.

Tu setzte sich und fragte: Wie soll ich kämpfen?

Me-ti lachte und sagte: Sitzt du gut? Ich weiß nicht, sagte Tu erstaunt, wie soll ich anders sitzen?

Me-ti erklärte es ihm.

Aber, sagte Tu ungeduldig, ich bin nicht gekommen, sitzen zu lernen.

Ich weiß, sagte Me-ti geduldig, du willst kämpfen lernen, sagte Me-ti geduldig, aber dazu mußt du gut sitzen, da wir jetzt eben sitzen und sitzend lernen wollen.

Tu sagte: Wenn man immer danach strebt, die bequemste Lage einzunehmen und aus dem Bestehenden das Beste herauszuholen, kurz, wenn man nach dem Genuß strebt, wie soll man da kämpfen?

Me-ti sagte: Wenn man nicht nach Genuß strebt, nicht das Beste aus dem Bestehenden herausholen will und nicht die beste Lage einnehmen will, warum sollte man da kämpfen?

B.B., Berlin (DDR)



Vorweg möchte ich mal sagen, daß ich den Ausdruck „ausgeflippt“ reichlich überheblich und arrogant finde. Das Problem der Austritte aus dem KB liegt sicherlich tiefer, als man es mit dem Wort „ausgeflippt“ darstellen kann. Man (Frau) „flippt“ ja nicht aus, weil man (Frau) kein Bock mehr auf die „scheiß Politik“ hat, sondern es gibt dort ja Widersprüche. Ich z.B. habe im KB 5 Jahre mehr oder weniger schlecht mitgearbeitet und in diesen 5 Jahren sehr viel gelernt. Dafür bin ich allen Genossinnen und Genossen dankbar. Wenn man lange Zeit im KB gearbeitet hat, steigt man ja nicht von einem Tag zum anderen aus, sondern ich habe eine Entwicklung durchgemacht, die mich letzten Endes zum Austritt gebracht hat.

Da waren im Herbst 77 die Morde an den Genossen in Stammheim, die mich eigentlich schon sehr getroffen haben. Noch mehr fertig gemacht hat mich die Situation in der BRD danach. Es wurde überall von Selbstmorden gesprochen, mit konstruierten Beweisen, und ein Großteil der Bevölkerung schreit danach, die anderen inhaftierten Genossen auch noch so zu behandeln und schreit nach Lynchjustiz! Zu dieser Situation kommt hinzu, daß es bei uns in der Zelle trotz intensiver Diskussionen Schwierigkeiten gab, die nicht zu packen waren. In dieser Situation bin ich zu der Überlegung (nicht Überzeugung) gelangt, daß die ganze Arbeit, die ich und wir anstellen, sehr wenig Erfolge zeigt. Anstatt daß es mit uns voran geht, gibt es im größeren Rahmen nur Rückschläge (Bunte Liste hierbei ausgenommen). Wie sollen wir mit unserem kleinen Haufen z.B. die Faschisierung stoppen, die mehr voranschreitet, als daß wir sie aufhalten können?

Politisch war mein Austritt also in erster Linie Resignation, was ich jetzt klarer sehe als zum Zeitpunkt meines Austrittes.

Hinzu kommt, daß für die politische Arbeit sehr viel Zeit erforderlich ist, besonders wenn nicht alle mit anpacken und in die gleiche Richtung ziehen.

Da hat man dann ja auch keine Zeit mehr, private Bedürfnisse wahrzunehmen. Hier bin ich jetzt, glaube ich, am entscheidenden Punkt angelangt. Politisches oder privates Problem? „Ausgeflippt“ oder überlastet und mit privaten Schwierigkeiten alleingelassen, weil ja politische Dinge wichtiger sind?

Ich streite nicht ab, daß eine Diskussion über die Gründung der KPD, wenn sie anstehen würde, wichtiger ist als ein momentanes persönliches Einzelproblem. Aber wir müssen eine geeigneten Weg finden, die Bedürfnisse des Einzelnen in der Masse zu sehen, gerade in einer kommunistischen Organisation, wie der KB eine ist. Die Organisation besteht doch nicht nur aus dem Apparat, sondern aus Genossen und Genossinnen und solchen, die es werden wollen. Und diese Leute haben unterschiedliche Interessen und unterschiedliches politisches Bewußtsein und sind von daher in allen Hinsichten unterschiedlich zu belasten. Wer das nicht sieht, hat auf Sand gebaut und handelt politisch blind.

Was tun? Wir müssen m.E. eine Struktur schaffen, die diese unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigt. Ich möchte be-

tonen, daß dieser Diskussionsbeitrag eine solidarische Kritik an der Struktur des KB sein soll und nicht eine Kritik am KB schlechthin. Wir brauchen in der BRD eine Organisation, die den Ansprüchen des einzelnen gerecht wird und die eine solche Politik wie die des KB vertritt!

Ein (immer noch!) politisch interessierter ehemaliger Metallgenosse



Aus verschiedenen Gründen möchten wir den AK-Verkauf sowie die KB-Arbeit in Kaiserslautern aufgeben. Vieles wurde bereits monatelang erörtert, es erscheint uns müßig, nochmals auf alles einzugehen. Außerdem haben wir insgesamt den Eindruck gewonnen, daß Euch an unserer Mitarbeit nicht sehr viel gelegen sein kann, betrachtet man Eure Bemühungen um Unterstützung, besonders in letzter Zeit. Die Tatsache, daß nach unserem letzten Treff absolut nichts mehr von Euch zu hören war, müssen wir entsprechend werten. Wir glauben nicht, daß uns die Organisation des KB regional bzw. überregional politische Vorteile in irgendeiner Hinsicht bringen kann, wie auch der Verkauf einer (zweifelslos insgesamt guten) Zeitung, die selbst auf 'lebenswichtige' Probleme aus südlichen Breiten (Prozesse gegen 30 Leute etc.) zum wiederholten Male nicht eingeht und stattdessen zweifelhafte Statements sehr zweifelhafter Mütter breittreten kann (womit wir uns nicht inhaltlich mit dem 'Kinderartikel' auseinandersetzen wollen ... dieser Artikel ist indiskutabel! Eine 'erwünschte Totgeburt' des Artikels hätte der Genossin besser zu Gesicht gestanden!) Im Übrigen bestehen noch eine Menge theoretischer Zweifel am KB, die wir unmöglich hier aufführen können. Wir sind aber zu einem anderen Zeitpunkt dazu bereit, dies näher zu erörtern, glauben aber nicht, daß die mittlerweile entstandenen Schwierigkeiten dadurch behoben werden können.

Mit sozialistischem Gruß:
W., Kaiserslautern

Anmerkung der Redaktion

Die außerordentlich sensiblen und inhaltsreichen Ausführungen der Genossen zur Stellungnahme einer Mutter im AK lassen darauf schließen, daß wir diese Leute wohl keine Träne nachzuweinen brauchen.



Als momentan noch „Ehemaliger“ habe ich mich einerseits sehr gefreut, andererseits sehr betroffen gefühlt beim Lesen der Briefe und Stellungnahmen, die in den letzten beiden AK-Nummern erschienen sind. Betroffen vor allem deshalb, weil ich zu den Genossen gehöre, die mehr oder minder kommentarlos aus der organisierten Arbeit ausgestiegen sind (bei mir waren's insgesamt 8 Jahre „Org.“, davon 7 am/im KB). Trotzdem verstehe ich diesen Brief nicht als nachgereichte „Austrittsbegründung“ - eher als Diskussionsansatz zum „Wiedereinstieg“. Da die bisher veröffentlichten Briefe eine Unmenge von Fragen aufwerfen, auf die einzugehen den Rahmen eines Diskussionsbeitrages sprengen würde, möchte ich mich auf die Redaktionsstellungnahme im AK 132 beschränken, die m.E. in der Tat - neben sehr vielen richtigen Dingen - eine Reihe von

Ungereimtheiten enthält, die zumindest den Anschein erwecken, als versuche man dort, sich möglichst elegant um einige Kritikpunkte herumzumogeln.

Da geht's gleich im ersten Teil los, wenn der Rückzug vieler Genossen von der politischen Arbeit im KB begründet wird aus dem Widerspruch zwischen eben dieser Arbeit „einerseits“ und den individuellen Bedürfnissen (der Genossen/-innen) andererseits. „Aber was sind denn das für „individuelle Bedürfnisse“? Das Bedürfnis, einfach mal auszuspazieren, der Wunsch nach möglichst „problemlosen“ persönlichen Beziehungen (auch außerhalb der Organisation) usw., das sind doch Dinge, die absolut jede Genossin und jeden Genossen betreffen. Sie sind von sich aus deshalb auch nicht „individuell“, sondern kollektiv. „Individuell“ werden sie doch erst dadurch, daß sie getrennt werden von dem, was man „sonst“ macht, von der „politischen Arbeit im KB“ z.B. Die Beziehung zum Partner wird dann zur „Erholung“ vom politischen Kampf - und dadurch unpolitisch. Und der Kinobesuch wird dazu genutzt, die eben erst gelaufene Zellsitzung zu vergessen. Diese bei vielen Genossen ausgeprägte, starke Trennung von „Politik“ und „Privatleben“, die m.E. auch in dem Artikel stillschweigend akzeptiert wird, ist nicht nur zurückzuführen auf eh vorhandene bürgerliche oder kleinbürgerliche Vorstellungen von Politik in den Köpfen der Genossen, sondern gerade auf eine weit verbreitete Unfähigkeit vieler Anleiterinnen und Anleiter, diese Vorstellungen richtig zu bekämpfen. Die Ursache für diese Trennung liegt ja oft gerade in der Art und Weise, wie die Genossen lernen, „Politik zu machen“; darin z.B. daß die „politische Notwendigkeit“, in diesem oder jenem Bereich (JZ, BI usw.) ein Bein an Deck zu kriegen, der einzige Orientierungspunkt ist, nach dem oft über den Einsatz von Genossen einer Zelle beschlossen wird - unabhängig davon, ob diese Genossen/-innen auch in der Lage und willens sind, in diesen Bereich wirklich einen Großteil ihrer Kraft hineinzustecken und langfristig dort zu arbeiten. Für diese Genossen wird Politik zur Pflicht, ihre Tätigkeit zur abstrakten „Notwendigkeit“, und das Bedürfnis nach Erholung von dieser „Pflicht“ wird umso größer. Die dadurch entstehende mangelnde Identifizierung der Genossen/-innen mit ihrem „Arbeitsfeld“, mit den Problemen der Menschen, mit denen man dort zu tun hat, führt dann dazu, daß Massenpolitik verstanden wird als das abstrakte Hereintragen der „richtigen Linie“ ins jeweilige Arbeitsfeld. Das Prinzip „In die Massen tragen - aus den Massen schöpfen“ wird glattweg halbiert. Daß man von den Kollegen und Kolleginnen im JZ, in der BI, im Betrieb usw. auch lernen kann, kommt vielen unserer „Pflicht-Politiker“ nicht in den Sinn - sie haben nicht gelernt, zu lernen.

Und noch etwas fällt dann an diesen Genossen/-innen auf: Sie verlieren mit der Zeit das, was man gemeinhin als „Klassenhaß“ bezeichnet: ihre Wut über die alltägliche Unterdrückung im Betrieb, in der Schule, überall. Als Kommunisten können wir die Ursachen dieser Unterdrückung erklären - und das tun wir denn auch reichlich. Aber diese „Fähigkeit“ verleitet viele von uns, Unterdrückung als „normal“ zu betrachten, als etwas, mit dem man gewohnt ist zu leben. (...).

Wie wollen wir wohl, wenn wir selbst nicht mehr empört sind, bei den Massen die Empörung wecken, die die Grundlage ist für die politische Aktion?

Und noch etwas finde ich wichtig in diesem Zusammenhang: Viele Genossen verlieren mit der Zeit das Ziel aus den Augen, für das wir eigentlich kämpfen. Z.T., weil ihnen die politische Schulung fehlt, z.

T. weil sie sich einfach scheuen, mit Kollegen in der Kneipe, im Betrieb, in der Initiative über den Sozialismus zu sprechen - aus Angst vielleicht, als Kommunist attackiert zu werden und mühsam aufgebaute Gesprächsbasen mit den Kollegen wieder zu verlieren. Mir ist sehr oft aufgefallen, daß - wenn die Frage nach Alternativen zum herrschenden System in Diskussionen eingebracht wurde - oft von Genossen die Antwort kam, das stünde doch gar nicht zur Debatte, es sei doch erstmal notwendig, gegen Lohnraub und Faschisierung eine breite Bewegung aufzubauen usw. Eine solche nur-radikaldemokratische Argumentation führte dann nach meiner Erfahrung vielfach dazu, daß Genossen z.B. in Initiativen als unehrlich betrachtet wurden, als Leute, die ihre wirkliche Position hinter einem demokratischen und aktiven Mäntelchen verstecken, um irgendwelche Positionen zu erringen, zu majorisieren etc. Natürlich ist der Grund dafür der herrschende Antikommunismus, nur meine ich, daß wir solchen Entwicklungen entgegenwirken können - auch ohne, daß wir uns nun alle gleich ein Schild „Kommunist“ um den Hals hängen. Wir sollten da auch mit dem Ziel zu identifizieren!

Natürlich, die hier beschriebenen Tendenzen sind nicht durchgängig im KB, aber sie greifen um sich und sie haben ihre Ursachen auch in der Organisation selbst.

Vielleicht habe ich zu ausführlich und zu „destruktiv“ über diese Punkte geschrieben, aber ich halte dies auch deshalb für so wichtig, weil es sozusagen das erste war, was mir (leider erst) nach meinem Ausscheiden aus dem KB an mir selbst richtig aufgefallen ist; weil mir klar wurde, daß ich mit der Zeit mir selbst und den Menschen „draußen“ gegenüber zum „Funktionierer“ geworden bin, und - was eigentlich noch schlimmer ist - als Anleiter z.B. auch an andere Genossen die gleichen Maßstäbe angelegt habe.

Aber zurück zum AK-Artikel: Genossen, ihr schreibt, daß nach dem „Ausflippen“ von Mitgliedern „politische Widersprüche“ ... dann vielleicht noch nachträglich dazukonstruiert bzw. subjektiv als solche erfunden werden. Und weiter unten: „Dabei ist gar nicht zu leugnen, daß diese Genossen und Genossinnen teilweise an tatsächlichen Mängeln und Fehlern unserer Politik ansetzen“.

Abgesehen davon, daß es dem Leser erstmal unklar bleibt, wie „subjektiv erfundene“ Widersprüche an „tatsächlichen Mängeln und Fehlern unserer Politik“ ansetzen können - und sei es auch nur teilweise - drängt sich doch die Frage auf, was das eigentlich für Mängel und Fehler sind und was mit dieser Kritik dann passiert. Zum ersten Punkt, meine ich, solltet ihr selber Stellung nehmen, aber zumindest zum zweiten Punkt kann ich aus eigener Erfahrung sagen, daß Genossen/-innen, die aus den einen oder anderen Gründen die Organisation verlassen haben, meist sehr herablassend und z.T. recht übel begegnet wird. Schon der Begriff „ausgeflippt“ deutet die Richtung an, wie diese Genossen oft betrachtet werden: Als für die Revolution nicht mehr brauchbar. Der Grund für den „Abgang“ wird dann meist auch zu allererst bei den Genossen gesucht, und nicht in der Zelle, dem Komitee usw., in dem die Genossen gearbeitet haben. Entsprechend wird auch Kritik von diesen Genossen, gerade wenn sie nachträglich kommt, oft als Anpinkerei aufgefaßt. Ganz hektisch reagieren dann die „Verbliebenen“, wenn solche Kritik beispielsweise an einigen Aspekten der Massenarbeit auch noch öffentlich geübt wird. Der „Sponti-“ und „Anti-KBler“-Stempel ist dann oft das erste, was die organisierten-Genossen bei der Hand haben. Das zweite sind dann Gerüchte über die angeblichen „wahren Hintergründe“ für das „Ausflippen“ der Betroffenen, die vornehmlich innerhalb der Organisation verbreitet werden. Oft

sind diese Genossen aber doch erst „weggeflippt“, weil ihre Kritiken, die sie innerhalb der Organisation an der Organisation übten, unter den Tisch gefegt bzw. kaum beachtet und diskutiert wurden. (Auch dies ist übrigens ein Punkt, der mir erst auffiel, als ich selbst „Betroffener“ war - nachdem ich jahrelang gerade diese Sachen ziemlich „drauf“ hatte). (...).

Dieses teilweise etwas gestörte Verhältnis, das Teile der Organisation zu Kritik und Selbstkritik haben, hat zur Folge, daß „Ehemalige“ nach ihrem Ausscheiden erst richtig in die Ecke der KB-Feindlichkeit geschoben werden. Womit ich natürlich nicht diejenigen meine, die heute z.B. innerhalb der Sponti-Szene an führender Stelle gegen den KB hetzen und mit z.T. bewußten Lügen und Verdrehungen ihren „linken“ Beitrag zum herrschenden Antikommunismus leisten, sondern diejenigen, die mit der Zeit - mangels Alternativen und mangels solidarischer Diskussionsmöglichkeiten mit dem KB - ins Sponti-Umfeld abgewandert sind.

Ich denke, daß sich hier sehr bald etwas ändern muß, wenn der KB die im Artikel sehr richtig benannten Erfolge halten und ausbauen will. Kommunist-Sein heißt eben auch, sich selbst ständig zu hinterfragen und die Fähigkeit zu besitzen, sich auch ruhig mal „abschlägige Antworten“ auf diese Fragen zu erteilen. Ich sehe an mir selbst, wie schwierig das ist. Trotzdem: Je mehr Anforderungen besonders heute an uns gestellt werden, umso „überlebensnotwendig“ wird gerade diese Fähigkeit.

Tja, soweit erstmal. Beim Lesen des Brecht-Gedichtes, dessen 1. Zeile („Wir hören, Du willst nicht mehr mit uns arbeiten“) Ihr als Überschrift für Euren Artikel verwandt habt, ist mir übrigens noch ein weiteres Brecht-Gedicht aufgefallen, das ich - außer mir selbst - vor allem den Genossen und Genossinnen ans Herz legen möchte, die derzeit mit rauchenden Köpfen über ihren jeweiligen Kritikpapieren sitzen. (Vor dem Schreiben zu lesen!):

„WIR HABEN EINEN FEHLER BEGANGEN“

Du sollst geäußert haben: wir Haben einen Fehler begangen, deshalb Willst du dich trennen von uns.

Du sollst gesagt haben: wenn Mich mein Auge ärgert Reiß ich es mir aus. Damit wolltest du immerhin andeuten Daß du dich uns so verbunden fühlst wie Ein Mensch sich verbunden fühlt Mit seinem Auge.

Das ist schön von dir, Kamerad, aber Gestatte, daß wir dich darauf hinweisen: Der Mensch in diesem Bild, das sind wir, du Bist nur das Auge. Und wo hat man gehört, daß das Auge Falls der Mensch, der es besitzt, einen Fehler begeht

Sich einfach entfernt? Wo will es denn leben? -

In diesem Sinne, Genossen, ein möglichst zuversichtliches „Rot Front“!

Jü., Hamburg-Wedel



Erst einmal zu mir: Ich bin einer der „langsam weggeflippten“ Genossen, von denen im AK stand. Jetzt, nachdem ich etwa ein Jahr „in Studium“ gemacht habe, versuche ich, wieder in die politische

Arbeit reinzukommen, dabei jedoch nicht, was einfach wäre, bruchlos in die alte Mühle einzusteigen, sondern meine Erfahrungen zu verwerten und einzubringen, die zu meinem Beinahe-Austritt führten. Dies ist umso mehr notwendig, da es auch in Hannover nicht nur um mich geht, sondern der KB in den letzten zwei Jahren eine breite Spur resignierter Genossen hinterlassen hat und mir bekannt ist, daß einige Genossen mit dem Gedanken eines Austritts spielen. Es geht also um eine Frage, die für die weitere politische Arbeit des KB am Ort von nahezu existentieller Bedeutung ist. (Zumal es nicht die passivsten Mitglieder waren, die uns verließen.) Deshalb ist es auch höchste Zeit, daß die Diskussion im AK darüber beginnt. Es sind eben leider nicht nur hannoversche Probleme.

Doch wie beginnt sie? Es fängt schon an mit dem Brecht-Gedicht. „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns kämpfen ...“ Dieses Gedicht nachlesend, stellt man fest, daß alles wohl an einem selber liegt: Man hat die Langwierigkeit und die Härte des Kampfes falsch eingeschätzt, ist müde geworden vor der Zeit, und die müdesten Kämpfer verlieren die Schlacht. Doch wie die Müdigkeit bekämpfen? Ist es nicht eher ein Zeichen von Hilflosigkeit, der Müdigkeit der Genossen nur den moralischen Imperativ des „Du darfst nicht müde werden!“ entgegenzustellen - mal drohend, mal solidarisch? Auch in der gesamten Antwort der Redaktion auf den Brief des Genossen M. vermag ich, trotz einiger weiterführender Tendenzen, kaum etwas anderes herauszulesen. Da steht das „Leistungsprinzip“ unvermittelt gegen das „Bockprinzip“, die erdrückenden politischen Kräfteverhältnisse gegen die beschränkten eigenen Möglichkeiten, es gibt keinen Weg von hier nach dort. Im KB fühlt man sich eben nicht so wohl wie bei den Spontis, dafür arbeiten wir effektiver. Punkt. Ist das „Wegflippen“ damit zu einem Sachzwang geworden, mit dem man eben leben muß?

Mal kraß gesagt: Eine Organisation, die einen derartigen „Sachzwang“ in sich trägt, wird zum „Durchlaufrührer“ und zu einem Ding, das den Keim des Unterganges schon in sich trägt. Meine These ist, daß auch unsere Effektivität zusammenbricht, wenn sich die Genossen ihrer Arbeit entfremden, wenn sie sich nicht mehr wohlfühlen. Die Chance des KB, dieser Entwicklung zu entgehen, liegt in der Möglichkeit einer offenen Diskussion, die nicht nach selbigem ML-Muster dadurch abgeschnitten wird, daß dieser Prozeß der Ausblutung zu einem „Trennen von Spreu und Weizen“ umgelogen wird. Doch auch die Theorie des „Sachzwanges“ bietet keiner Diskussion und erst recht keiner Veränderung Raum (es sei denn, daß „pädagogischer“ vorgegangen wird).

Die „Linke Handwerkerlei“

Eine griffige Formel hat immer den Nachteil, daß sie leicht zur Schublade werden kann, in die alles hineingepackt wird, was einem nicht paßt. Deshalb werde ich versuchen, bevor ich zu den Erscheinungsformen dieser Politik komme, ihren Hintergrund etwas zu beleuchten. Sie ist nicht etwa, wie man dem Redaktionsartikel entnehmen konnte, in den Randgebieten des KB angesiedelt. Zumindest in Hannover kommt diese Politik von den Genossen, von denen man eine enge Verbindung zu zentralen Gremien erwarten dürfte. Es handelt sich auch nicht einfach um Reste der „ML“-Tradition, das sicherlich auch, doch diese Reste wurden „aktualisiert“ und verstärkt durch die Entwicklung der letzten Jahre. Diese war dadurch gekennzeichnet, daß erstmals in spürbarem Ausmaß nach der Studentenbewegung tatsächliche Massenbewegungen entstanden. Frauen, Anti-AKW, Antirepression, Anti-

fa als Stichworte. Dieses Aufkommen von Massenbewegungen hatte eine ziemliche Veränderung des Arbeitsstiles des KB zur Folge. Irgendwie mußte aus dem „behaglichen“ Trott der internationalistischen Veranstaltungen, der Basisarbeit und der Politik der kleinen Schritte (auch wenn damals nicht weniger Mühe aufgewandt wurde) herausgekommen werden. Die Massenbewegungen waren „Prüfstände der Organisationen“. Wer es nicht schaffte, dort brauchbare Vorschläge zu bringen und die richtigen Fragen zu diskutieren, war schlicht weg vom Fenster. Und so wurde denn - gegen starken innerorganisatorischen Widerstand - durchgesetzt, daß Vorschläge gemacht wurden, die Organisation zu einer schnellen „Eingreiftruppe“ zu verwandeln. Dieser Schritt war erstmal eine Befreiung. Eine Befreiung aus dem abgeklärten „Dreisprung“ Flugblatt - Veranstaltung - Demo, aber auch aus dem zum Korsett erstarrten Termin-Rhythmus. Dieser Umschwung brachte uns sehr schnell spürbare Erfolge. Gerade die Grohnde-Demo war für Hannover der Gipfel. Wir waren erstmals in Hannovers unorganisiertem Lager anerkannt, ein ganzer Schwung Sympathisanten kam auf uns zu und der AK ging weg wie warme Semmeln.

Nun hat aber die „linke Handwerkerlei“ gerade auch ihre Ursachen in einer Fortführung und Verabsolutierung dieser ursprünglich notwendigen und erfolgreichen Linie. Schon ihre Geburt war mit starken „Wehen“ verbunden: Ein Teil der Genossen zog nicht mit, wurde durch einen engen Begriff des „Opportunismus“ bekämpft und in eine Randhaltung gedrängt, von der aus sie weder ihre alte Arbeit fortsetzten noch die neue Politik mittrugen. Abgesehen davon, daß dieser „Opportunismus“-Vorwurf sehr schnell verteilt und diffamierend gebraucht wurde (neben anderen aussagekräftigen Kürzeln wie „Schlußlicht“, „Träger der roten Laterne“ usw.) und dadurch das innerorganisatorische Klima „sibirisch“ wurde, konnten durch ihn verschiedene Aspekte, die in der Vorzeit, u.a. durch die Entwicklung der Frauendiskussion, neu entstanden waren (wie die Frage des „Wohlfühlens“, der persönlichen Emanzipation, Beziehungsfragen, aber auch der Beginn einer Kulturarbeit und etwas weiterführender Schulungen), einfach nicht mehr positiv aufgenommen werden. Alle diese Bereiche stagnierten in der Folgezeit oder brachen zusammen, sie standen der „Eingreif“-Politik entgegen.

Das Umschlagen in eine schädliche Politik erfolgte spätestens da, wo das quantitative Moment des „Eingreifens“ in die Massenbewegung sich verselbständigte gegenüber dem qualitativen. Damit zerfiel einerseits weitgehend die Wirksamkeit dieser Politik, denn die inhaltlichen Defizite der von Termin zu Termin eilenden Genossen verhindern eine wirksame Überzeugungsarbeit, zum anderen entfremdete sich die politische Arbeit immer mehr, immer weniger Genossen bewältigten immer unzufriedener die immer mehr wachsende Terminflut. Nun ist allein schon der Zeitfaktor ein entfremdendes Moment: Die schönste Arbeit macht einem unter Zeitdruck nur noch Ärger. Wenn dazu noch das Unbehagen kommt, überhaupt nicht mehr zu verstehen, was man denn auf dem und dem Termin eigentlich soll, ist es nur eine Frage der Zeit, bis das ganze zusammenbricht. Nun zeigt sich die „linke“ Handwerkerlei“ in einigen Aspekten sehr deutlich, und ich will versuchen, diese in ihrer hannoverschen Erscheinungsform darzustellen.

Innerorganisatorische Diskussion

Das Niveau der innerorganisatorischen Diskussion zerfällt rapide. Auf Terminen werden nur noch die organisatorischen Aspekte der betreffenden Arbeit durchgehechelt.

Kaum wird der eine oder andere AK-Artikel oder die eine oder andere politische Frage diskutiert. Die inhaltlichen Arbeiten kristallisieren sich um sehr wenige Genossen, die Flugblätter schreiben können, AE-Verhandlungen führen, Veranstaltungen vorbereiten usw., die aber aufgrund ihrer immensen Arbeitsbelastung diese Fähigkeiten kaum mehr weiter vermitteln können, geschweige denn an innerorganisatorische Bedürfnisse geknüpfte Aktivitäten wie z.B. Schulungen durchführen können. Diese Auseinanderentwicklung von Führungsgruppe und „Basis“ zerstört die demokratische Struktur der Gruppe und das Vertrauen der Mitglieder in führende Genossen, die nur noch als arbeitsverteilende Wähler gesehen werden, denen man sich gerne entzieht. Aber auch das Mißtrauen der führenden Genossen wächst. Genossen, die sich ihren Ansprüchen entziehen oder gar offen dagegen auftreten, werden erst einmal als „Sand im Getriebe“ angesehen, nicht als Leute, die einen Kopf zum Denken haben, in dem vielleicht etwas Brauchbares drin ist. Das hat zur Folge, - und das ist fast das Übelste - daß in der Führungsgruppe jede Sensibilität für Kritik und Selbstkritik verlorengeht, die für eine solche Funktion unbedingt notwendig ist. Gerade z.B. Mao weist immer wieder darauf hin, daß Kritiken selbst in unsachlicher Form oder mit falschen Konsequenzen sehr ernstgenommen werden müssen: Sie haben materielle Ursachen, und gerade führende Genossen müssen ein Gespür dafür entwickeln. Einige der führenden Genossen in Hannover entwickeln allerdings eher Mauer-, Block- und Durchhalte-Techniken, was wiederum eine fast anarchistische Verweigerung bei den betreffenden Genossen auslöst. Es ist leicht geworden, Termine „platzen“ zu lassen wie weiland die ungeliebten Vorlesungen eines Ordinarius. Man muß den Anleiter nur auf seiner Tagesordnung sitzen lassen und seine moralischen Anforderungen mit der eigenen moralischen Verweigerung konfrontieren - nach zehn Minuten weiß keiner mehr weiter und im KB wimmelt es von „Saboteuren“ und „ML-Oberkadern“. So spitzten sich die Widersprüche zu bis zur Androhung von Prügelein (kein Spruch!), ohne daß inhaltlich irgendetwas mehr dabei herauskam als ein „pädagogisches“ Verhalten der Anleiter und das resignierte Abspringen einzelner Genossen (...).

Zeitungsarbeit und theoretische Arbeit

Hier geht es um den Lebensnerv der Organisation - die Zeitung. Da gab es inzwischen -zig Diskussionen über den AK-Verkauf, wo versucht wurde, den stagnierenden Verkauf - oft nur widerwillig ausgeführte Pflichtübung - zu beleben, allerdings in moralischer Hilflosigkeit. Zwar gab es mehrere Ansätze, zumindest einige Artikel vorher zu diskutieren, aber doch auch dies nur unter dem vordergründigen Aspekt der Steigerung des Verkaufs. Tatsächlich ist aber die theoretische und die Untersuchungsarbeit der Gruppe der entscheidende Hebel, um die Einstellung der Genossen zu „ihrer“ Zeitung zu ändern. Nur eine Zeitung, die in ihren wesentlichen Aussagen begriffen ist und auf deren Niveau man steht, ja, an der man in dem einen oder anderen Aspekt mitgearbeitet hat, wird ohne Entfremdung verkauft werden. Solange sich in dieser Richtung keine Entwicklung vollzieht, kann man entscheidende Veränderungen im Verkauf nur nach unten erwarten. (Es sei denn, die aktuelle Nachfrage steigt, wie zu Beginn der Anti-AKW-Bewegung usw., das ist dann aber eben nicht das Produkt unserer subjektiven Arbeit.) Deshalb ist die Verstärkung der theoretischen Arbeit und der Untersuchungsarbeit unbedingt notwendig. Ich hatte schon weiter oben erwähnt, daß die Führungsgruppe kaum mehr ihre vielen Aktionen in die Organisation hinein

vermitteln kann. Umso mehr gilt dies für die theoretischen Grundlagen, auf denen sie arbeitet. Damit meine ich vorderhand noch nicht einmal den Marxismus-Leninismus-Maoismus als historischen Erfahrungsschatz (ich gehe sicher nicht fehl in der Vermutung, daß fast alle leitenden Genossen davon selber nur noch eine blasse Ahnung aus ML-Schulungszeiten haben). Nein, bescheiden geworden, verlange ich erstmalig nur den Nachvollzug der Diskussion, die im AK oder in der „Soli“ ihren Niederschlag finden. Stattdessen findet die theoretische Arbeit ihre „natürliche“ Grenze an der jeweils nächsten Aktion, und auch dann ist die „Diskussion“ oft eher ein Monolog des Anleiters, der sich nicht die Zeit und Geduld nimmt, so eine Schulung ausführlich vorzubereiten, evtl. zusammen mit Genossen, die sowas noch nicht gemacht haben, das Ganze in faßbare Schritte zu zergliedern und so die Aktivität der Gruppe zu steigern, statt sie mit einem halbstündigen Vortrag zu zerschlagen.

Darüberhinaus muß doch die Tatsache zu denken geben, daß weit über die Hälfte der aus Hannover stammenden AK-Artikel von einem außerhalb der Organisation stehenden Sympathisanten kommen - und es sind nicht die schlechtesten. Ähnliches gilt für die Ermittlungen zum Anti-AKW-Komplex. Auch die Ermittlungen, die z.B. in der Antifa-Arbeit veröffentlicht wurden, stammen eben nicht von der Antifa-Kommission Hannover, die großkotzig darunterstand, sondern weitgehend von einem Arbeitskreis, in dem mehrheitlich Unorganisierte mitarbeiten. Seit dieser Arbeitskreis aufgrund innerer Schwierigkeiten (auf die noch im Kapitel „Bündnispolitik“ einzugehen ist) nichts mehr ermittelt hat, kann auch die Antifa-Kommission nichts mehr berichten. Sowas ist doch wirklich Scheiße, etwas anderes fällt mir da nicht ein. Es geht mir keineswegs um verletzte Urheberrechte und ähnlichen Quark, aus den Beispielen wird nur drastisch deutlich: Was wir zur Zeit können, ist den Wirbelmann machen, Aktionen usw. organisieren. Den Inhalt überlassen wir denen, die noch nicht (oder nicht mehr) in der Mühle drinstecken. Lange wurde z.B. auch darüber gerätselt, warum Sympathisanten oft wesentlich mehr AKs verkaufen als fest organisierte Genossen. Die Antwort war einfach: Sie hatten mehr Zeit dafür. Doch das ist nur die halbe Antwort: Sie hatten auch Zeit, den AK durchzuarbeiten, waren oft durch die intensive politisch-theoretische Auseinandersetzung, die dem Eintritt vorauslief, „auf der Höhe“ und der AK war „ihre“ eben entdeckte Zeitung. Muß dieser Elan nach einem halben Jahr verschwinden - was er oft tat? Wer will diesen „Sachzwang“ begründen?

Tatsächlich steht hinter dem oft beobachteten „Ausglühen“ gerade neuer Genossen ein sehr zweifelhafter Begriff von Qualifikation, an dem nur die Hälfte stimmt: Die eine nämlich, daß die politische Aktion der entscheidende Hebel ist, um politisches Bewußtsein zu entwickeln. Dabei fällt aber die andere Hälfte unter den Tisch: daß nämlich zwischen politischer Aktion und politischem Bewußtsein dennoch ein erheblicher Unterschied besteht. Das politische Bewußtsein sollte nicht nur die gedankliche Widerspiegelung der Aktionen sein, dann wäre es ständig hinter ihnen her und hätte nur bejahenden und unkritischen Charakter. Nein. Die Fragen der Praxis müssen beantwortet werden nicht nur durch neue Praxis als blinde Wiederholung, sondern durch Theorie. Das ist Zeitung, Buch, Diskussion, Schulung, Marxismus als Wissenschaft. Dabei ist es völlig logisch, daß die Theorie Fragen aufwirft, die nicht so schnell auf die Praxis zurückwirken, wie es das handwerklerische Bewußtsein verlangt. Das Studium der Klassiker gehört mitunter dazu, will man sie nicht zu „Rezeptbüchern“ und „Zitatenschatzen“ herunterbringen. Ich erinnere

mich an diese Szene aus dem Popow-Roman, der auf jedem unserer Büchertische liegt (oder liegen sollte), wo der Held Pawel das eben erschienene Lenin-Buch „Materialismus und Empirio-kritizismus“ verschlingt und daraus Kraft schöpft. Ja, Kraft schöpft, nichts weiter. Denn weder beantwortet Lenins Buch die unmittelbaren praktischen Fragen des Helden, noch fließen die Sätze Lenins direkt in Pawels weitere Arbeit ein. Die Ablehnung einer über die tägliche Praxis hinausgehenden theoretischen Arbeit ist ein wesentlicher Mangel unserer Politik und die Nichterschließung einer starken Quelle von Kraft, Zuversicht und der Hoffnung auf die Veränderung unserer politischen Landschaft. War es nicht auch das Bewußtsein, daß wir wohl unterdrückt, niedergeschlagen, ja besetzt werden können, aber nie, nie widerlegt werden können außer durch uns selbst, was der Studentenbewegung ihre Sprengkraft gab? Haben wir dieses politische Selbstbewußtsein nicht mehr nötig?

Durch die einseitige Qualifikation der Genossen ist ein Apparat entstanden, der ganz gut in politische Verhältnisse konjunkturrell eingreifen kann. Da kommen Aktionsvorschläge, sagen wir ein Mai-Fest, da machen wir eine Aktionsseinheit, stehen ganz gut da, weil unsere Verbindungen laufen (...), die Show läuft ab, klappt alles. Aber Bilanz: Ein paar Genossen ausgefilppt, einige andere Sachen liegengeblieben, kein neuer Genosse. Schluß, aus nächste Aktion (...). Der Apparat läuft ganz gut, aber er überzeugt niemanden. Der KB ist bekannter geworden, ein Faktor, aber kein sehr beliebter - nicht nur bei unseren politischen Gegnern, das wäre zu verschmerzen. Oft ist es die Spur der Resignierten, die sich durch die Jahre hinzieht, die das Mißtrauen wachhält. Sie erinnern an die ausgebrannten Genossen, die von ML und KBW hinterlassen wurden. Und solche schmerzlichen Erfahrungen will man lieber nicht wiederholen.

Bündnispolitik

Am krassensten zeigt sich die schon beschriebene Tendenz in den Fällen, wo KB-Genossen in Initiativen mitarbeiten, also nicht nur eine Aktionsseinheit von Organisationscracks vor sich haben, sondern Leute, die in der Zusammenarbeit gewonnen werden könnten. Ja, könnten, denn oft geht das in die Hose. Hier treibt oft die gute alte Einsack-Politik ihre Blüten. Nicht wie beim KBW, wo sich die Initiative plötzlich unter irgendwelchen Resolutionen wiederfindet, nein, „praktischer“: Da wird Aktionsvorschlag auf Aktionsvorschlag in die Gruppe hineingetragen, oft in einer Art, wie Anleiter in ihren Zellen agieren. Natürlich ziehen dann höchstens ein paar aus der Gruppe mit, doch die Aktion wird durchgezogen, und sei es, daß nur die in der Gruppe arbeitenden Genossen zusammen mit anderen KBlern, die nicht in der Gruppe sind, Projekte unter dem Firmenschild der Gruppe durchziehen. Natürlich können die restlichen Gruppenmitglieder inhaltlich kaum etwas gegen das Projekt sagen. Ihnen wird die Sache nur mühsam und aufgesetzt, von einer Mitarbeit im KB entfernen sie sich immer mehr. Vielleicht landen sie bei den Spontis. Genauso ist es gelaufen in der schon erwähnten Antifa-Arbeitsgruppe, in der ich selber mitarbeitete. Nur aus dem unseligen Zwang heraus, sich eine Aufgabe und einen Termin gestellt zu haben, die wohl KB-Routiniers, nicht aber unorganisierte und erstmalig politisch aktive Genossen in dieser Zeit mit Gewinn „durchziehen“ konnten. Resultat: eine ganz gute Broschüre, filippen KBler, die Gruppe heruntergewirtschaftet, aber natürlich bekannt. (...) Wenn wir unser Ziel, eine ernstzunehmende politische Front aufzubauen, nicht vergessen haben, müssen wir zugeben, daß wir dem entgegengearbeitet haben, trotz aller Anstrengungen. Laßt uns in Initiativen die

Geduld aufbringen, Aktionen und Propagandakram usw. kollektiv vorzubereiten. Selbst auf die Gefahr hin, daß alles dreimal so lange dauert, daß zu wichtigen Sachen nichts kommt, daß nach außen hin weniger Effektivität zu spüren ist. Dann werden wir effektiver und bauen nicht auf Sand.

Wie können wir was ändern?

Das erste ist dabei, sich selbst zum Maßstab der Politik zu machen, aber nicht bei einem nur gefühlten „Bockprinzip“ stehen zu bleiben, sondern sich darüber klar zu werden, warum einen manche Sachen mit ständigem Unbehagen erfüllen. Das zweite ist, sehr bewußt die Qualität vor die Quantität zu stellen. Besser, als alles halb und schlecht zu machen, dabei aber alle formalen Anforderungen, die Genossen an einen stellen, zu erfüllen, ist es, wenige Aufgaben gut zu machen und sich gegen weitere Ansprüche inhaltlich zu wehren. Was jeder macht, ist Gegenstand der politischen Diskussion, doch wo es beim einzelnen aufhört, wenn sein Niveau absinkt, darf er nicht mehr mit Sachen vollgepackt werden, auch wenn sie aus eng gesehenen „politischen Notwendigkeiten“ wichtig und dringend sind. Die Genossen, die sich so langsam verkümmert fühlen, sollten sich nicht auf „ruhigere Zeiten“ vertragen lassen, die kommen nie, immer sind die Aufgaben größer als die Kräfte. Sie sollten selbstbewußter ihre Interessen einklagen, denn sie sollen die Politik machen, nicht die Politik mit ihnen gemacht werden. Und die Organisation kann an selbstbewußteren Genossen nur gewinnen.

Klaus, Hannover



Begonnen hat die Diskussion in AK 132 mit der Überschrift „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns kämpfen ...“ Ich hatte dies begriffen als einen Ansatz darüber zu diskutieren, warum in einem nicht unbeträchtlichen Teil der Linken im Augenblick eine gewisse Resignation zu verzeichnen ist, wenig Perspektive in der politischen Arbeit gesehen wird, warum gerade jetzt eine ganze Reihe von Linken die politische Arbeit einschränkt bzw. einstellt. Im folgenden AK wird diese Diskussion allerdings eingeschränkt auf Fragen der innerorganisatorischen Situation. Ich halte dies für gefährlich, weil hierdurch der Eindruck erweckt wird, allein in der Organisation liegen die Ursachen unserer augenblicklichen Schwierigkeiten. Und diese sind erstmalig woanders zu suchen, auch wenn wir in der Organisation bestimmte Fehler gemacht haben, die sich noch verschärfend ausgewirkt haben.

Die auftretende Resignation ist meiner Meinung nach auf folgendem gesellschaftlichen Hintergrund zu betrachten:

— Seit dem Tode Maccs entwickelt sich China immer deutlicher vom Sozialismus weg, nicht mehr nur in der Außenpolitik; in zunehmendem Maße finden auch kapitalistische Elemente in der Innenpolitik wieder Eingang. Auch in dem letzten Land, das für uns Linke ein Beispiel, Hoffnung gegeben hat, hat es also nicht geklappt.... In anderen sozialistischen Ländern, der Sowjetunion, Albanien, Kuba mußten wir diese Entwicklung schon früher beobachten. Auch wenn dies sicherlich nicht sofortige, unmittelbare Auswirkungen auf die Linke anderer Länder hatte, meine ich doch, daß wir diese Erfahrung, die letztendlich den Verlust einer praktizierten Perspektive und Alternative bedeutet, in die Diskussion miteinbeziehen müssen.

— Die Repression in der BRD hat sich in den letzten Jahren immer mehr verschärft. Sicher, Linke sind schon immer

bespitzelt und verfolgt worden. Georg von Rauch ist schon 1971 auf offener Straße erschossen worden. Doch die Bespitzelung ist perfekter, umfassender der Polizeisystem noch brutaler, kaltblütiger geworden, der Knast bedroht einen wesentlich größeren Teil der Linken als noch vor 10 Jahren. Tausende von AKW-Gegnern haben unmittelbar die Erfahrung machen müssen, machdos mit erhobenen Händen dazustehen, eine Maschinenpistole im Rücken, sind zu tausenden nicht mal an den Ort gekommen, wo sie demonstrieren wollten.

— 10 Jahre ist die „Neue Linke“ alt, 10 Jahre hat sie gegen die herrschende Repression angekämpft, trotz Antikommunismus und anderer Vorurteile. Die „alten Kämpfer“ haben ihre Anfangsbegeisterung verloren, die „Neuen“ blicken etwas sehnsüchtig und bewundernd auf das, was damals, 68 – 69, gelaufen ist.

Die damals noch einigermaßen einheitliche Bewegung ist zersplittert, immer neue Strömungen bilden sich heraus, die es zum einen schwieriger machen, überhaupt noch „durchzufinden“, die zum anderen das Gefühl, eine verschworene Gemeinschaft zu sein, vermissen lassen. In diesen Bedingungen liegen meiner Ansicht nach die Ursachen für den weitverbreiteten „Frust“.

Nun zur Situation in der Organisation: Wenn ich auch die Stoßrichtung der Kritik des ausgetretenen Genossen und v.a. seine Konsequenz in keiner Weise teilen kann, meine ich doch, daß hiermit tatsächlich vorhandene Mißstände angesprochen werden.

Und der Kern dieser Mißstände liegt wohl in der Frage, die der Gen. KC (AK 133) aufgeworfen hat, nämlich die der unterschiedlichen Ansprüche an die Organisation. Ist der KB (bzw. sollte sein) eine revolutionäre Organisation oder eine mehr unpolitische, zusammenfassende von Linken mit ähnlicher politischer Stoßrichtung? Natürlich hängt mit solchen unterschiedlichen Vorstellungen auch eine unterschiedliche Einsatzbereitschaft und Aktivität zusammen, was dazu führt, daß die einen, die „Herumwülbler“, sich im Stich gelassen fühlen, während sich die „Fauleulen“ sich moralischem Druck ausgesetzt fühlen. Ich nehme es niemandem übel, sehe ihn nicht als schlechteren Menschen an, wenn er sagt: Ich bin im Augenblick eben nur in begrenztem Maße bereit, politisch zu arbeiten, ich will zwar in der BI arbeiten, aber zum AK-Verkauf hab ich keinen Bock.... Ich meine nur, daß man so ein unterschiedliches Herangehen nicht in einer Organisation und schon gar nicht in einer revolutionären zusammenfassen kann!

Noch zu den einzelnen Kritiken an den Verhältnissen im KB:

Neben dem Konflikstoff, den die oben beschriebenen unterschiedlichen Ansprüche in sich bergen, kommt in der Kritik des ausgetretenen Genossen eine recht bürgerlich-individualistische Einstellung zum Ausdruck. Ich will mit dieser (erst mal ziemlich platten) Kategorisierung diese Kritik nicht einfach in eine bestimmte Schublade packen und damit vom Tisch wischen. Ganz im Gegenteil, denn wir haben fest alle eine bürgerliche Erziehung „genossen“, die im krassem Gegensatz steht zu unseren jetzigen kommunistischen Ansprüchen, was eine ganze Reihe von Konflikten aufwirft, deren Lösung wir nur näher kommen, wenn sie offen diskutiert werden..

Da ist z.B. die Kritik des Genossen an der Kontrolle, am Druck von oben. Kontrolle ist in dieser Gesellschaft tatsächlich etwas, was nur als Druck von oben, als Zwang erfahren wird, durch Personen, die auch bestimmte Machtmittel in der Hand haben. Das fängt an bei den Eltern, setzt sich in der Schule, Uni, im Beruf fort. Im Grunde genommen erst

mal verständlich, daß diese Erfahrungen eine Reaktion zur Folge haben, die jegliche Kontrolle ablehnt, eine Reaktion, wie sie in breiterem Umfang in der anti-autoritären Bewegung der 60er Jahre zum Ausdruck kam. Wie gesagt: Verständlich im Ansatz als erstes Aufmucken gegen die Zwänge dieser Gesellschaft, sicherlich auch nicht unpolitisch, aber eine Einstellung, die weder den Sozialismus herbeiführen noch eine sozialistische Gesellschaft am Leben erhalten kann. Ich möchte hier nicht noch mal näher ausführen, was um Verbindlichkeit und Kontrolle unabdingbare Elemente sozialistischer Arbeit sind, das ist in AK 132 schon getan worden. Mir geht es nur darum, darauf aufmerksam zu machen, daß der Genosse M. in seiner Kritik einfach den bürgerlichen Begriff von Kontrolle und damit ihre Ablehnung auf eine sozialistische Organisation überträgt, ungeachtet der Tatsache, daß hier Kontrolle doch eine ganz andere Funktion hat, nicht von einer Minderheit ausgeübt wird, um ihre Machtposition abzusichern. Teilweise führt eine solche Haltung schon dazu, daß jede Art der Absprache, ein bloßes Nachfragen als „ungerechtfertigte Einmischung ins Privatleben“ begriffen wird. So nach dem Grundsatz: Was ich mach, geht andere nur soweit an, wie ich auch bereit bin, das offenzulegen.

Ich will gar nicht abstreiten, daß im KB/SSB noch viel zu oft Druck statt politischer Überzeugung angewandt wird, daß auch hier Kontrolle oft nicht gegenseitig, sondern einseitig „von oben“ ausgeübt wird.

Nur — einmal ist hier nicht die allgemeine Ablehnung jeglicher Kontrolle die richtige Reaktion, sondern die Kritik konkreter falscher Verhaltensweisen der betreffenden Genoss(inn)en. Zum anderen macht man es sich wohl allzu einfach, die Schuld für derartige Mißstände einfach den leitenden Genossen in die Schuhe zu schieben.

Diese sind oftmals gar nicht die Autoritäten, die Druck ausüben, sondern sie werden dazu gemacht. Eben auch ein Relikt unserer bürgerlichen Erziehung: Wir schauen zu jemandem auf, drücken ihm/ihr den Stempel „Autorität“ auf, nur weil er/sie eine bestimmte Funktion hat.

Man hat auch gleich Angst, „solchen Leuten“ gegenüber Kritik offen zu äußern, Angst davor, gegen ihre Argumente nicht anzukommen. — Diese Einstellung ist erst mal ganz unabhängig vom konkreten Verhalten der betreffenden Genoss(inn)en. Die ist es letztendlich auch, die viele daran hindert, vorhandene Kritik sofort zu äußern, anstatt zu warten, bis sich ein unüberwindbarer Berg angehäuft hat.

Zudem sollte sich jeder mal überlegen, ob das Gefühl, „unter Druck zu stehen“, tatsächlich durch diejenigen Genoss(inn)en vermittelt wird, die sich um die Durchführung politischer Aufgaben bemühen, oder ob dieser Eindruck nicht vielmehr von einem eigenen schlechten Gewissen herrührt, das man als Linke(r) bekommt, wenn man sich persönlich nicht in der Lage sieht, der politischen Repression etwas entgegenzusetzen. Ein schlechtes Gewissen, das man nicht eingestehen will, weil man seine „Müdigkeit“ nicht eingestehen will. Ich halte es allerdings für unbedingt notwendig, daß die Genoss(inn)en, die im Augenblick „nicht so große Lust“ haben zur politischen Arbeit, sich nur begrenzt engagieren wollen, dies auch offen sagen. Leider ist es fast immer so, daß dies nicht getan wird, sondern irgendeine andere Beschäftigung oder politische Widersprüche vorgeschoben werden. Was dazu führt, daß ständig an für dieses Problem sekundären Fragen diskutiert wird und sich natürlich trotzdem nichts ändert.

Kritisiert wird von den ausgetretenen Genossen auch, daß die Organisation sich zu wenig um die persönlichen Schwierigkei-

ten einzelner Genossen kümmert. Für mich ist die Organisation erstmal eine politische Zweckgemeinschaft, in der ich bin, um gemeinsam mit anderen eine bestimmte Politik (vielleicht auch mal Revolution) zu machen. Auf dieser Grundlage ergibt sich für mich auch ein Interesse an den persönlichen Schwierigkeiten der Genossen, mit denen ich zusammenarbeite. Es ist kein Wunder, daß gerade jetzt, wo die Arbeitsgrundlage, d.h. die Anforderungen, die man an die Organisation und die anderen Genossen stellt, unklar ist, daß gerade jetzt dieses gegenseitige Interesse kaum mehr da ist, daß Vereinzelung und schlechtes Klima stärker erscheinen als früher. Mir liegt es fern, abzustreiten, daß allzu oft Genossen mit ihren Problemen hängengelassen worden sind, oder zu behaupten, Leitungsgenossen würden sich immer korrekt verhalten. Natürlich werden auch im KB bürgerliche Verhaltensweisen reproduziert. Nur, der wichtige Unterschied liegt hier wohl in der Vorsilbe „re“, nicht der KB als Organisation, nicht die Leitungsgenossen produzieren bestimmte Verhaltensweisen (z.B. Leistungsdenken, Autoritätsgläubigkeit und autoritäres Verhalten), sondern dies wird hier eben nur reproduziert. Wir können und müssen das diskutieren, versuchen dem entgegenzuwirken, aber abschaffen können wir bürgerliches Verhalten in dieser Gesellschaft nicht vollständig.

Eine Genossin des SSB/Hamburg



Mein Eindruck vom KB ist der, daß es bei uns ganz schön scheißliberal zugeht. (Allerdings komme ich aus dem BDJ, wo die irrevolutionäre Disziplin reichlich hochgehalten wurde.) Es mag sein, daß es in den Bereichen unterschiedlich ist und daß die Lehrer — dazu gehöre ich — eher einen unausgesprochenen Sympathisantenstatus besitzen und von daher nicht so gefordert werden ...

In Diskussionen mit Genossen anderer Bereiche habe ich mit meiner Liberalitätstheorie keinen Blumentopf gewinnen können (nur bei wenigen); ich habe im Gegenteil den Eindruck, als suche nun jeder noch extra nach einem Punkt in seiner politischen Vergangenheit oder Gegenwart, wo man ihm dogmatisch gekommen ist oder ungerechtfertigte Forderungen gestellt wurden usw. usw.

Das stimmt ja alles, Leute, das passiert immer wieder und man muß auch dagegen angehen, aber wieso kommt das heute so massiv mit den „eigenen Interessen“ zum Tragen? (Ich komme nacher noch auf die „ureigensten“ Interessen des Kommunisten zurück.) Meine eigenen Erfahrungen laufen darauf hinaus, daß der Rückzug der Kollegen in Betrieb und Schule, in der Gewerkschaft uns mit sich zieht. Daß man glaubt, um heute im Gespräch mit den Kollegen bleiben zu können, diese Privatleben-Kiste mitmachen zu müssen und — daß man sie selbst voll übernimmt. Schließlich kommt das dem inneren Schweinehund (mal krass gesagt) sehr schön entgegen! Man ist so herrlich mit aller Welt im Einklang ...

Jetzt taucht aber die Frage nach dem ureigensten Interesse des Kommunisten wieder auf (man stelle sich vor, Mao mault rum und will sich nicht an das Konzept für die Landwirtschaftsreform setzen, weil der Abgesandte des ZK ihm das so muffelig gesagt hat... Ist gut, ist gut, wir sind alle nicht Mao, auch entfernt nicht und in China sind wir auch nicht, aber man wird ja noch mal polemisieren dürfen!). Ich meine, das ureigenste Interesse — und damit das grundlegende — des Kommuni-

sten ist, die Welt zu verändern oder dem Volke (an sich) zu dienen. D.h. alle seine Handlungen zu messen, ob sie der Revolution dienen.

Dazu genügt es nicht, sich einmal irgendwann entschlossen zu haben, Kommunist zu sein und damit basta! Diese Entscheidung wird stündlich und täglich neu getroffen. Z.B.: Gehe ich jetzt mit meinem Freund spazieren oder schreibe ich dieses Flugblatt? Ich sage nicht: Flugblatt geht immervor (kann man manchmal delegieren oder morgen machen), aber das Wichtige ist doch: Auf welcher Grundlage fällt diese Entscheidung — ist man politisch so selbstsicher, daß man auch ohne schlechtes Gewissen (dem Freund oder dem gegenüber, der das Flugblatt verlangt) diese Entscheidung treffen kann — oder gibt man dem jeweils größten Druck nach, was auf die Dauer Magenschmerzen und Ausflippererscheinungen verursacht und die Flugblätter und die Freundschaften auch nicht gerade besser macht.

Wie ist solch ein bitter notwendiges politisches Selbstbewußtsein und die politische Eigenständigkeit zu erreichen? (Bitter notwendig vor allem auch deshalb: Du bist in der Illegalität auf dich allein gestellt, keine 17 Termine halten dich von der Frage „Was konkret tun, da wo ich bin“ ab, keiner kann dir mehr sagen, was du zu tun hast!)

1. In den Zellen muß ein Überblick bei allen über die politische Arbeit aller vorhanden sein und es muß kontrolliert (!) werden, was jeder in seinem Bereich tut.
2. Die marxistisch-leninistische Schulung muß vorangetrieben werden.

zu 1) Hier entsteht natürlich ein gewisser Druck, aber wir wollen uns doch nichts vormachen, Genossen, so gut sind wir doch alle nicht, daß wir nicht einen gewissen Druck brauchen, um unseren eigenen Ansprüchen überhaupt annähernd gerecht werden zu können! Man kann es auch Kontrolle nennen. (Übrigens sind solche Tugenden wie Sauberkeit, Ordnung, Fleiß und Pünktlichkeit und auch Leistung durchaus revolutionäre Tugenden, wenn sie für die revolutionäre Sache eingesetzt werden.)

zu 2) Über die heutige, allgemein eingetretene Durststrecke, die die linke Bewegung hier durchzustehen hat, hilft uns in großem Maße ein Vertrauen in die geschichtliche Entwicklung aus marxistischer Sicht und ein Vertrauen in die Stärke der Massen. Wir brauchen die revolutionäre Theorie, um den Überblick zu behalten! Deshalb: Her mit den Klassikern, her mit der Geschichte der KPdSU, wie es ein Genosse im letzten AK gefordert hat.

Erstens können wir einiges für die Praxis daraus lernen und zweitens wird es leichter, durchzuhalten, wenn wir die geschichtliche Perspektive vor Augen haben. Sonst wird's tatsächlich verdammt schwer, am Ball zu bleiben.

i., KB/Gruppe Hamburg

Impressum

Herausgeber: Kommunistischer Bund
Verlag: J. Reents Verlag
Druck: Hein & Co.
Auflage: 3.000
Erschienen im August 1978

Wie ich die Situation sehe — Michael aus Bielefeld

Schon seit längerem äußern Genossen in der Organisation ihre Unzufriedenheit, ohne daß sie genauer sagen können, womit sie unzufrieden sind. In vielen Fällen sind Genossen ohne eine konkrete, bemerkbare Auseinandersetzung aus der Organisation rausgedrückt.

Ich finde es sehr wesentlich, daß in der laufenden Diskussion häufig darauf hingewiesen wurde, daß da r a n nichts Neues ist. Neu ist lediglich das A u s m a ß, in dem augenblicklich Verweigerung praktiziert wird, bzw. der Einbrüche.

Es führt deshalb auch nicht allzuweit, wenn verschiedentlich in den Diskussionsbeiträgen (z.B. AK-Red./AK 132) versucht wird zu erklären, warum gerade jetzt in diesem Ausmaß derartige Prozesse in der Organisation stattfinden. Damit findet man eben nur Faktoren, die die bereits bestehenden Mängel verschärft haben — nicht die Mängel selbst und schon gar nicht deren Ursachen.

Die Trennung zwischen „Privatem“ und Politik

In den bisherigen Diskussionsbeiträgen im AK/auf VVs/ usw. wurde fast durchgehend davon gesprochen, daß viele Genossen die politische Arbeit als entfremdet empfinden. Also eine Arbeit, die sie nicht direkt einsehen, sondern indirekt vermittels Sachzwängen, gegenseitigem Druck, Gewohnheit, usw. Dieser Meinung bin ich auch. Allerdings meine ich überhaupt nicht, daß sich das ändert, wenn die Genossen ihre »privaten« Probleme in die Arbeit/Termine der Gruppen reinbringen (also die vielbeschworene »Trennung von ‚Privatem‘ und ‚Politik‘«, »Verbesserung der Beziehungen unter den Genossen«, usw.). Das ist sicher auch notwendig und erstrebenswert, trifft aber nicht den Kern der Sache.

Unter kapitalistischen — und selbst unter sozialistischen — Verhältnissen ist diese Trennung nicht ganz aufzuheben. Und die gemeinsame Tätigkeit in der Organisation beruht auf gemeinsamen politischen An/Einsichten, nicht auf persönlichen Beziehungen.

Das soll natürlich kein Persilschein dafür sein, diesen Dingen keine Aufmerksamkeit zu schenken und nicht auch daran zu arbeiten. Aber das allein ist noch nicht die Lösung. Warum laufen Diskussionen in vielen Gruppen so beschissen ab — mechanisch, technisch-organisatorisch? Warum ist bei uns die politische (und damit meine ich eine analytische, an den Verhältnissen orientierte, flexible) Diskussion so stark unterentwickelt? Doch nicht, weil die Beziehungen so schlecht sind, oder die Genossen »private« Sachen nicht einbringen können. Das kann diesen Zustand nur verschlimmern.

Ich meine, das kommt daher, daß dies die meisten von uns gar nicht gelernt haben. Und so, wie im Augenblick unser Lern- und Arbeitsstil ist,

wird sich das auch nicht ändern.

Es ist ja tatsächlich so, daß unheimlich viel Kleinarbeit notwendig ist und auch gemacht wird (Kampagnen, Veranstaltungen, AK-Verkauf, Arbeit in Initiativen). Was dabei viel zu kurz kommt, ist meiner Meinung nach die Schulung und Entwicklung der Genossen.

Politische Diskussionen finden bei uns nur solange statt, bis relativ sicher ist, daß die anstehende Arbeit auch gemacht wird — nicht bis die Sache voll eingesehen wird, geschweige denn, daß nachher darüber wirklich reflektiert wird. Ein systematisches Erarbeiten des wissenschaftlichen Sozialismus, der Erfahrungen der Arbeiterbewegung usw. findet bei uns gar nicht statt. Oder es ist auf Privatinitiativen und zufälliges Wissen/Interesse einzelner Genossen zurückzuführen. Ebenso fehlt im großen und ganzen eine genaue Untersuchung lokaler/regionaler Verhältnisse und deren Besonderheiten.

Das führt z. B. dazu, daß Kampagnen örtlich sehr mechanisch umgesetzt werden, daß man eigentlich immer dasselbe macht mit wechselndem Thema. Was übrigbleibt, ist eben die ständig gleiche Kleinarbeit. Der Blick für die Zusammenhänge wird bei den Genossen gar nicht erst entwickelt.

Das erklärt z. B. auch das stark unterschiedliche politische Niveau der Genossen und vor allem seine Beständigkeit. Es gibt, gemessen an den Mitgliedern/Sympathisanten nur eine Handvoll Genossen, die einen großen Durchblick haben. Meistens sind das Veteranen aus der Studentenbewegung, oder aus KB-Gründzeiten. Ein Organisationsmittelbau fehlt fast völlig, und dann kommt die Masse der Genossen/Sympathisanten.

Das eigentliche Problem ist aber, daß dieses Verhältnis statisch ist, daß es kaum Möglichkeiten gibt, sich zu entwickeln. Und hier muß sich die Leitung fragen lassen, was sie eigentlich tut, um das zu ändern. Es ist einfach zu billig, darüber zu klagen, daß nicht genügend Kader für Anleitungsarbeit zur Verfügung stehen, wenn in diese Richtung nichts unternommen wird.

Zusammenfassend: Die Entfremdung gegenüber der politischen Arbeit kommt nicht daher, daß zu wenig Persönliches in die Arbeit einfließt. Sie kommt, weil viele Genossen gar nicht v o l l verstehen, warum sie etwas machen sollen und wie man das a m B e s t e n macht. Das hat seinen Grund darin, daß in den Gruppen darüber nicht diskutiert wird bzw. diese Themen mechanisch (organisatorisch) abgehandelt werden, und weil eine systematische (also sorgfältige und kontinuierliche) Anleitung fehlt.

Zur Kritik an der Kampagnenpolitik

Jetzt möchte ich was zur Kampagnenpolitik schreiben. In verschiedenen Diskussionsbeiträgen ist dieses politische Mittel abgelehnt worden. Die Argumente sind etwa:

1. daß die Belastung durch die kon-

tinuierlich laufenden Arbeiten eh schon zu groß ist;

2. daß die Bereichsarbeit viel sinnvoller ist, weil man mit den Leuten direkt zu tun hat bzw. bei Kampagnen eh nichts raus kommt;

3. daß die Kampagnen von der Leitung aufgesetzt werden.

In allen Argumenten steckt meiner Meinung nach ein Teil Wahrheit. Der spricht allerdings nicht gegen die Kampagnenpolitik, sondern gegen die Art, wie sie bei uns gehandhabt wird.

Zu 1.: Es ist richtig, daß die Belastung durch die kontinuierlichen Arbeiten schon groß ist. Trotzdem könnten die Kampagnen zusätzlich allesamt noch durchgeführt werden.

In Bielefeld haben wir meines Wissens in den letzten beiden Jahren kaum eine Kampagne ausgelassen. Und das lag nicht an der Stärke der Gruppe. Im wesentlichen haben fünf Genossen die Kampagnen getragen. Das ging auch nur deswegen, weil wir sozusagen ein »Schema F« entwickelt haben: Folgende Kampagne steht an — auf der DK/VV wurde diskutiert, daß das folgenden Sinn hat — folgende Sachen müssen erledigt werden: Wer schreibt Einladung zur Aktions-einheit/Flugblatt (kurze inhaltliche Skizze), wer besorgt Saal und welchen — wen können wir noch dazu kriegen, Arbeiten zu übernehmen — wer bringt das in die BIs/Initiativen/Komitees/Organisationen (immer dieselben) rein usw. Das ist ein ganz mechanisches Rangieren, wobei zusätzlich auch keine richtige Auswertung gemacht wurde. Die Termine sind immer randvoll mit solchen Sachen (die berühmten 1000-Punkte-Tagesordnungen). Wir haben also zwar alle Kampagnen gemacht, aber wir haben sie nicht gut umgesetzt. Aber eben: Wenn die Anleitung fehlt — wo lernt man das? Bei einer guten Umsetzung hätten wir aber auch nicht alles machen können (siehe unten).

Zu 2.: Daß bei einer derartigen Praxis eine Kampagne an Durchschlagskraft verliert, ist eh klar. Das spricht aber nur gegen die Praxis. Außerdem ist es nicht legitim, Bereichsarbeit gegen Kampagnen auszuspielen. Das sind zwei verschiedene Methoden politischer Arbeit mit unterschiedlicher Zielsetzung. Bei einer Kampagne geht es darum, einer breiteren, für uns sonst nicht erreichbaren Öffentlichkeit etwas zu vermitteln, daraus natürlich auch neue Ansatzpunkte und Kontakte zu gewinnen. Da können kaum direkt meßbare Erfolge erzielt werden.

Die Genossen, die Kampagnenpolitik ablehnen, sollen doch mal erklären, wie wir unseren internationalen Verpflichtungen gegenüber Eritrea/Libanon/ usw. anders nachkommen sollen, als kampagnenmäßig Veranstaltungen zu organisieren, unterstützt durch die Berichterstattung im AK. Oder wie wir unsere Positionen anders so massiv in- und außerhalb der Russell-Bewegung / AKW-Bewegung zur Diskussion stellen und verbreiten können usw.

Zu 3.: Daß die Leitung die Kampagnen aufsetzt, kann ich so auch

nicht stehen lassen. In den Leitungsorganen sitzen zum einen die Genossen, die politisch am meisten draufhaben (es gibt sicher auch Ausnahmen), zum anderen haben sie den besten Überblick. Es ist also nur logisch und richtig, daß hauptsächlich von dort Vorschläge zu Agitations-schwerpunkten/Kampagnen kommen. Daß sowas »von unten nach oben« gehen soll, ist heute reiner Firlefanz. Da käme nur wenig, und viele Möglichkeiten würden dann nicht genutzt.

Der Haken sitzt woanders.

Einmal werden Kampagnen nicht genügend politisch klargemacht. Eine DK/VV und ein AK-Artikel reichen häufig nicht aus. Mir ist es schon oft passiert, daß meine Fragen auf einer DK ausreichend geklärt wurden, in der Gruppe allerdings neue Gesichtspunkte auftauchen, wo ich dann trotzdem in der Luft hänge. Und da die Anleitung zu schwach ist (mit dem Telefonieren haut das eben oft nicht hin), können sie auch nicht geklärt werden.

Dann ist das Klima auf den DKs miserabel. Wenn man zu 'ner Sache eine andere Meinung hat als die Leitungsgenossen, stürzen sich scharenweise andere Genossen in die Bresche und machen einen fertig. Das ist keine politische Auseinandersetzung, sondern persönliche Anmache, was oft dazu führt, daß man halt nichts sagt. Unterstützt wird das auch noch durch das häufig genug arrogante Verhalten verschiedener Leitungsgenossen. Da sind halt »Die Widersprüche auf den Tisch«-Parolen nicht mehr so ganz glaubwürdig.

Und schließlich: Natürlich erwartet die Leitung, daß von ihr vorgeschlagene Kampagnen, gegen die keine gewichtigen Argumente vorgebracht wurden, auch von uns umgesetzt werden. Das ist auch völlig legitim. Die Leitung kann erwarten, daß die aufgezeigten Möglichkeiten auch genutzt werden. Das ist ja nicht nur das Interesse der Leitung, sondern von uns allen.

Aber auch hier gibt es einen Haken. Relativ schwache Ortsgruppen können nicht alles machen. Es fehlen aber die Kriterien, was wichtiger und was weniger wichtig ist. Und es fehlt eben eine sorgfältige Anleitung, mit der man so etwas, in Kenntnis der örtlich besonderen Situation, auch besprechen kann.

Was übrig bleibt, ist das eigene Interesse, die diffuse Einsicht »eigentlich müßte man ja noch«, und der Effekt eine für die Genossen relativ inhaltsleere Rödelei.

Zusammenfassend: Auch bei dem Problem der richtigen Umsetzung der Kampagnen stoße ich auf die mangelhafte politische Qualifikation vieler Genossen und die schwache Anleitung.

Sektierertum und Opportunismus in der Organisation

Nun möchte ich noch auf ein drittes Problem eingehen, nämlich auf sektiererische und opportunistische Tendenzen nach innen und außen, die in der Organisation sehr verbreitet

sind. In Bielefeld haben wir schon seit langem schwer mit diesen Problemen zu kämpfen. Mir fiel dabei auf, daß Opportunismus und Sektierertum sehr nahe beieinander liegen, eigentlich zwei Erscheinungsformen der selben Sache.

1. Sektierertum und Opportunismus nach innen:

Bei uns drückte sich das z. B. so aus, daß versucht wurde und wird, Genossen durch Gruppendruck und Aufzählen von »Notwendigkeiten« zum Besuch von Terminen, AK-Verkauf, Zahlung höherer Beiträge, Übernahme von Arbeiten usw. zu bringen. Kennzeichnend ist daran, daß nicht versucht wird (bzw. es nicht gelingt), die politische Einstellung von jenen Genossen zu verändern. Solche »Notwendigkeiten« können zwar kurzfristig eingesehen werden, aber weil sich im Grunde an der Einstellung/bestehenden Problemen nichts ändert, tauchen dieselben Differenzen andauernd wieder auf.

Eine andere Erscheinungsform ist, daß innerhalb der Gruppe starre Fronten auftreten. So hat man von einzelnen Genossen eine festgelegte Meinung und alles, was sie sagen oder tun, wird auf diesem Hintergrund gesehen. Das hat natürlich gar nichts mehr mit einem objektiven wissenschaftlichen Ranges an Vorschläge/Probleme zu tun. In Diskussionen verrennen wir uns, das Ergebnis hätte man schon vor Beginn der Diskussion nennen können.

Da sich recht bald herausstellt, daß wir so nicht weiterkommen, wird ein opportunistisches Verhalten an den Tag gelegt. Sind die Genossen auf formale Weise nicht zur Mitarbeit zu bewegen, so läßt man sie eben und wartet ab, bis sich das evtl. von selbst ändert. Kann man sich auf ein gemeinsames Vorgehen nicht einigen, so gibt's halt 'nen faulen Kompromiß oder sogar eine Abstimmung (der dann eben eine saubere Grundlage fehlt); oder es wird versucht, über das ZRK eine bestimmte Linie durchzusetzen, was so eine rein formale Angelegenheit ist.

Auf DKs und VVs spielen sich dieselben Sachen ab. Ich habe oben schon geschrieben, daß von den Leitungsgenossen abweichende Meinungen von vielen als ein Feuer-frei-Signal angesehen werden, daß da oft nur wild rumgehakt wird. Das ist meiner Meinung nach Sektierertum gegenüber den betreffenden Genossen und Opportunismus gegenüber der Leitung. Die Folge ist, daß Widersprüche nicht mehr geäußert werden, eine »Oh laß den Kelch an mir vorübergehen«-Mentalität.

Eine viel schlimmere Folge ist die politische Abhängigkeit von der Leitung. Das es bisher noch keine schlimmen Fehler in der politischen Linie der Organisation gegeben hat, ist nur der in diesen Dingen sauberen Arbeit der Leitungsgenossen zu verdanken. Darauf allein können wir uns aber nicht verlassen. Wir müßten so weit kommen, daß der größte Teil der Genossen in der Lage ist, die Leitungsarbeit objektiv zu beurteilen. Wenn auf DKs allerdings eine von der Leitung abweichende Meinung von

vorneherein keine Chance hat, wenn falsche Positionen nicht sauber inhaltlich widerlegt, sondern totgebombt werden, wenn sogar ein sog. Anleitertreffen völlig von der Anwesenheit weniger als besonders politisch versiert geltender Genossen abhängt, dann zweifle ich doch sehr daran, daß wir schon soweit fortgeschritten sind.

Genauer möchte ich noch auf die ultralinken Positionen eingehen, die nach meiner Beobachtung in der Organisation an Boden gewinnen. In dem Orientierungsprozeß, in dem sich die gesamte Linke heute befindet, finde ich diese Positionen am gefährlichsten. In so einem Stadium gibt es zwangsläufig gewisse Aufweichtendenzen, die nur durch eine ernsthafte, inhaltliche Diskussion ausgeräumt werden können. Diese Genossen schlagen aber alles tot.

Konkret meine ich hier Genossen, die den AK als »besseres Nachrichtenblatt für die Linke« ansehen, die nach einer »kommunistischen Orientierung« im KB schreien, die die Fakten des Russell-Reihe-5-Buches als »zusammengesucht« abtun, weil irgendwelche historischen Tendenzen ganz anders laufen (reiner Idealismus!), die über alle Genossen wütend herfallen, die nicht mindestens mit drei roten und blauen Bänden mühe-los operieren können. Genossen, die auf der anderen Seite nicht die geringste konstruktive Initiative an den Tag legen (KB-Positionen inhaltlich kritisieren, »kommunistische Orientierung« selber entwerfen, AK konkret kritisieren/Leserbrief, Vorschläge machen).

Als einen Beitrag dieser sektiererischen Strömung betrachte ich den Leserbrief von Kt. aus Hamburg (AK133). Der Genosse stellt fest: »Die Aufgabe, die wir uns gestellt haben, ist unvorstellbar hart und kompliziert (ach ja? - M.) Die Frage ist doch, ob man/frau unter diesen Bedingungen tatsächlich (also ehrlich - M.) systematisch und beharrlich für den revolutionären Sturz der bürgerlichen Klasse und ihres Staates kämpft«. Wer dabei Schwierigkeiten hat, wird als »vorzugsweise in einigen Jugendjahren revolutionär gestimmt« angemacht, der sich »letztenendes entweder einrichtet«, oder in den »Sozialdemokratismus« abgleitet. Aber: »Wenn wir ernsthaft (und die Hervorhebung stammt von Kt. selber - M.) die Sache der Revolution ... voranbringen wollen, dann kann es meiner Meinung nach überhaupt keinen Zweifel an der Notwendigkeit solcher Dinge wie Verbindlichkeit, Arbeit und Leistung, Suche nach der höchstmöglichen politischen Wirkung [Effektivität] usw. geben«. Und wer bezweifelt angeblich diese unbezweifelbaren Notwendigkeiten? »Ist es nicht ein Problem, daß in den KB als bekanntermaßen »undogmatische« Organisation viele Genossinnen und Genossen gekommen sind, die im Grunde etwas ganz anderes (meine Hervorhebung - M.) wollen als den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre kommunistische Organisation?«.

Das erinnert ganz fatal an „Argumentationen“ aus der KuK des KBW. Kt. hält es gar nicht für nötig, auf die zur Diskussion gestellten Probleme einzugehen, ja er leugnet die Existenzberechtigung dieser Schwierigkeiten im KB. Die Zeiten sind halt hart und da müssen wir durch. Die Probleme kommen daher, daß „viele“ Genossen im KB gar nicht ehrlich die Revolution wollen (Agenten?). Er ist bloß nicht so ehrlich, die logische Konsequenz hinzuschreiben, nämlich: Schmeißt sie raus, dann hat das ganze Gelaber ein Ende und wir können wieder richtig arbeiten.

Diese Genossen haben — trotz allem schlaubergischen Getue (andauernd einen Klassiker auf der Zunge) — noch nicht einmal begriffen, daß eine sinnvolle politische Auseinandersetzung nicht mit Binsenweisheiten, ominösen historischen Tendenzen und Verunglimpfungen bestritten werden kann. Sie betrachten sich selbstgefällig als die Avantgarde und schleudern wütend Blitze von ihrem marxistisch-leninistischen Olymp. Ich weiß allerdings auch nicht, wie man diese Genossen wieder auf den Teppich holen kann. Sie machen ja keine konkreten Vorschläge, mit denen man sich auseinandersetzen könnte.

Sektierertum und Opportunismus nach außen

Beispiele für sektiererische (Bündnis)Politik wurden schon von Klaus aus Frankfurt (AK133) aufgezeigt: In die Bereiche alles und jedes reinzubringen/abstimmen zu lassen, zu funktionalisieren; die leere Kampagnen/Veranstaltungsroderei; das Reduzieren anderer Genossen auf „Sympis, Kontakte, Abgehauene, noch zu Überzeugende und Feinde“, usw. Klaus nannte für diese Erscheinungen allerdings keine Ursache (und die muß man erst kennen, bevor etwas geändert werden kann). Er meint: „Wesentlich ist auch die Angst, die kleinbürgerliche Mentalität als Ursache für sektiererisches Verhalten, und vieles andere mehr, was auch in der Politik der jeweiligen Organisation begründet liegt“. So richtig das sein mag, so wenig kann ich damit anfangen. Diese „Antwort“ paßt auf jede Abweichung zu allen Zeiten.

An einer Stelle wird er jedoch konkreter, wo es darum geht, wie sektiererisches/funktionalisierendes Verhalten in der Initiativenarbeit abzustellen sei. In diesem Beitrag sehe ich opportunistische Tendenzen.

Er führt zunächst aus, daß wir beim heutigen Stand der demokratischen Bewegung einerseits und K-Gruppen andererseits auf die Mitarbeit in zig Initiativen angewiesen sind, um unsere Positionen zu verankern. Dies „birgt aber die Gefahr in sich, den anderen Gruppenmitgliedern gegenüber immer mehr in die Rolle des Organisierten zu geraten, der die Anderen für seine Politik instrumentalisieren will“. Daraus zieht Klaus den Schluß: „Wenn man es nicht verhindert (also soll man es verhindern - M.), in jeder Arbeitsgruppe den großen Politiker zu spielen, der die Allseitigkeit der politischen Zusammenhänge immer wieder erneut demonstriert, dürfte die Bündnisfähigkeit des Betreffenden gegen Null wandern“.

Ich bin genau der gegenteiligen Meinung. Ich finde, daß das, was Klaus „Politiker spielen“ nennt, unsere Aufgabe ist. Wir sollten auf jeden Fall immer wieder auf die Gemeinsamkeiten/Zusammenhänge der antimilitaristischen mit der Anti-AKW-Bewegung hinweisen und konkrete Vorschläge machen, usw.

Das Problem liegt genau darin, daß nicht nur das gemacht wird, sondern die Initiativen unbesehen mit allem und jedem genervt werden. Die Arbeitsgruppen werden von uns mit Unterstützungsforderungen / Resolutionen/Flugblattentwürfen/ usw. bombardiert, mit denen sie eigentlich gar nichts zu tun haben (bzw. wo sich die „Allseitigkeit der Zusammenhänge“ erst nach 6 geistigen Steppschritten herstellen läßt). Der Diskussionsstand, die zeitlichen Möglichkeiten der Treffen, usw. werden nicht berücksichtigt. Oder andersherum: Wir sind da rücksichtslos. Das ist meiner Meinung nach Funktionalisieren.

Vor der „Rolle des Organisierten“ brauchen wir uns gar nicht zu fürchten, wenn wir belegen können, daß der jeweilige Vorschlag / eine bestimmte Position im Interesse dieser Initiative ist, oder ein Standpunkt der Initiative im Widerspruch zur Entwicklung der Bewegung am Ort/ in der BRD steht (wie z.B. Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit Kommunisten). Die Bündnisfähigkeit wird dann nicht gegen Null gehen, sondern sie wird im Gegenteil wachsen. Der Vorschlag von Klaus dagegen wäre ein politischer Rückzug.

Soweit meine Darstellung von Opportunismus und Sektierertum in der Organisation. Ich sehe die Schwierigkeit aber nicht darin, daß es bei uns solche Tendenzen gibt, sondern darin, daß viele Genossen nicht in der Lage sind eine Abweichung auch als solche zu erkennen, bzw. nach dieser Erkenntnis eine korrekte Linie zu erarbeiten. In Bielefeld gibt es schon lange Auseinandersetzungen über und mit derartigen Fehlern, aber wir schaffen es nicht, sie zu überwinden. Wir wissen nicht, wo wir ansetzen sollen.

Solche Fehler gibt's aber, seit die Arbeiterbewegung/demokratische Bewegung existiert und alle Klassiker haben sich intensiv damit auseinandergesetzt. Wenn man diese Auseinandersetzungen kennen würde, wäre das eine sehr große Hilfe. Vor allen Dingen würden damit von vornherein einige Probleme vermieden.

Ich bin jetzt z.B. auf die 4 Seiten „Über den Liberalismus“ (Mao, Band II) gestolpert. Da sind mir über einen Haufen Sachen, die ich so gebracht habe, die Augen aufgegangen.

Und jetzt?

Von welcher Seite ich unsere Probleme auch angehe, ich stoße letztlich immer auf dasselbe: Die nicht ausreichende politische Qualifikation der meisten Genossen, die auf diesem Hintergrund zu „schwacher Anleitung

und die Unmöglichkeit, diesen Zustand bei unseren heutigen Lern- und Arbeitsstrukturen zu ändern.

Leider ist mein Wissen über die Erfahrungen der Arbeiterbewegung/den wissenschaftlichen Sozialismus und mein Einblick in die Organisation zu gering, um konkrete Vorschläge machen und auch ausreichend belegen zu können. Deshalb nenne ich zum Abschluß die Fragen, die ich habe und die ich gern diskutieren würde.

1. Zur Verstärkung der Anleitung: Kann das ZRK noch verstärkt werden? Ist es sinnvoller, die Regionalleitungen auszubauen und wie sollten die arbeiten?
2. Zur Schulung: Ist ein spezielles Diskussionsorgan (z.B. interner Rundbrief) sinnvoll und realisierbar? Müssen Schulungsprogramme erarbeitet werden, oder reicht es, wenn der AK diese Sachen stärker berücksichtigt?
3. Kontaktarbeit: Wie können wir den enormen Sprung von der Zusammenarbeit mit Genossen in der Initiative in den KB verkürzen, bzw. was läßt sich da sinnvoll dazwischenschieben?

Diese Fragen sind natürlich etwas grob, aber es ist wohl klar, wie ich sie meine. Auf jeden Fall ist mir die Diskussion darüber sehr wichtig.

Rote Grüße - Michael, Bielefeld



„Ich verstehe die Entrüstung von M. über meinen kleinen Text in AK 133 nicht. Wenn ich bewußt einen ganz bestimmten Aspekt der Frage aufgegriffen und eben nur diesen problematisiert habe, so bedeutet das doch nicht, daß ich andere Aspekte der Frage nicht sehe oder gar leugne, wie M. mir kühn unterstellt. Hätte ich, da ich mich kurz fassen wollte und daher keinen allseitigen Streifzug durch das Thema gemacht habe, eine kleine Entschuldigung oder Gebrauchsanweisung zum richtigen Verständnis voranstellen müssen?“

Es scheint so, denn so wie M. habe ich auch andere argumentieren gehört: „Was soll denn das, das ist doch eine Verarschung! Natürlich wollen wir alle tatsächlich die Revolution. Wozu sind wir denn sonst im KB?“

Es ist zwar richtig, daß es sich bei den Punkten in meinem Leserbrief um Banalitäten, um Binsenweisheiten handelt, wie M. schreibt. Indessen: Klar sind diese Punkte doch keineswegs überall? Schließlich führen wir doch gerade eine Debatte darum, daß viele Genossen die kommunistischen Organisations- und Arbeitsprinzipien für sich ablehnen bzw. für falsch halten. Und eine Tatsache ist auch (und das ist das von M. gegebene Stichwort „Agenten?“ wirklich ziemlich albern!), daß im KB sehr viele Genossen „organisiert“ worden sind, die im Grunde gar nicht in einer kommunistischen Organisation, jedenfalls nicht in einer mit der Politik des KB, sein wollten. Diese Erscheinung hängt beispielsweise auch damit zusammen, daß der Marxismus-Leninismus in einer bestimmten Phase zur Mode-Erscheinung

nung geworden ist, und z.B. auch mit der gewachsenen äußeren Attraktivität des KB im Verlauf der Anti-AKW-Aktionen, Diskussionen ums Russell-Tribunal, Wahl-Diskussionen usw.

Um ein weiteres Mißverständnis zu klären: Ich verstehe meine Hinweise auf verbindliches Arbeiten usw. nicht als flammenden Appell zu der berühmten „Unterordnung persönlicher Interessen“ zur „Aufopferung für die Arbeiterklasse“ usw. Mit der Ideologie der „Unterordnung persönlicher Interessen“ und des Abrackerns bis zur totalen physischen Erschöpfung würden die Menschen und damit auch die Organisation solcher Menschen längerfristig zerstört werden. Man kann übrigens – noch so eine Binsenweisheit, die ich mal von meinem marxistisch-leninistischen Olymp herunterschleudern möchte – politisch sich abrackern bis zur Erschöpfung, – und trotzdem weder verbindlich noch sinnvoll arbeiten. Und umgekehrt: Auch jemand, der sich selbst ein beschädeltes Maß von politischer Arbeit setzt, kann diese Arbeit mit der größten Verbindlichkeit und dem größten politischen Nutzen für die Sache machen. Letztlich sollte meiner Meinung nach jeder Genosse/Genossin für sich selbst das Maß an politischer Arbeit bestimmen, mit dem er/sie langfristig bei uns mithalten und der Sache dienen kann, ohne sich irgendwann als von unserer Organisation ausgebeutet, „um seine besten Jahre betrogen“ usw. zu fühlen und für den kommunistischen Kampf vielleicht auf lange Zeit verloren zu gehen. Nur: Bei diesem letztlich selbstgesetzten Maß an Arbeit halte ich hochprozentige Verbindlichkeit und Zuverlässigkeit ebenso wie das Bemühen um immer besseres Arbeiten für unerlässlich. Ja, zugegeben, in einer kommunistischen Organisation eigentlich eine Banalität.



Liebe Genossinnen und Genossen des Kommunistischen Bundes,

ich verfolge und studiere ein wenig die Auseinandersetzung im und um den Kommunistischen Bund. Ich habe die Stellungnahmen einiger Mitglieder Eurer Organisation gelesen, leider nur oberflächlich, weil ich dazu im Moment nicht die notwendige Ruhe und Zeit habe. Trotzdem kurz meine vorläufige Meinung:

- 1) Dem Kommunistischen Bund ein dickes Lob dafür, daß er die Kritik/Selbstkritik seiner Mitglieder veröffentlicht in der nach wie vor besten kommunistischen Zeitung ARBEITERKAMPF.
- 2) Auch ein Lob der Redaktion des ARBEITERKAMPF dafür, daß sie sich die viele Mühe macht, die ganzen Briefe zu sammeln und zu lesen – auch die unerfreulichen (nicht selbstverständlich!).
- 3) Weiter ein Lob dem leitenden Gremium (LG) für sein politisch und politisch-ideologisch umsichtiges Eingreifen in dieser für alle Kommunisten in der BRD und Westberlin so schwierigen Situation.

Ich habe mit Erstaunen auf dem letzten ARBEITERKAMPF die Zeile gelesen: „Wie geht's weiter im Kommunistischen Bund?“. Die Beiträge auf den Seiten 43 ff. habe ich gelesen, sie berühren meiner Meinung nach z.T. zentrale Aspekte der Diskussion, aber auch Aspekte, die mir „weniger wichtig“ erscheinen. Gut finde ich z.B., daß der Genosse B. (Genossin) darauf verweist, daß der KB nach wie vor ein gültiges Statut hat, leider scheint dieses Statut im KB selbst nicht allen Genossen bekannt zu sein.

Gut finde ich auch, daß der/die Genosse schreibt: „Ich glaube z.B., daß ein erheblich größeres Maß an politischer Schulung (sprich mehr an ideologischer Auseinandersetzung) dem KB dienlich wäre“.

Nicht ganz der gleichen Meinung bin ich mit einer SSB-Genossin aus Hamburg, die schreibt: „Seit dem Tode Maos entwickelt sich China immer deutlicher vom Sozialismus weg (was heißt das?), nicht mehr nur in der Außenpolitik, in zunehmenden Maße finden auch kapitalistische Elemente in der Innenpolitik wieder Eingang“.

Vielleicht verstehe ich die Genossin falsch, aber mir ist unklar geblieben, was der verstorbene Genosse Mao Tse Tung mit der aktuellen Diskussion im KB selbst zu tun hat, hat er schon eingegriffen? Oder etwa Lin Piao? Ich stimme allerdings der Genossin zu, wenn sie schreibt: „Und der Kern dieser Mißstände liegt wohl in der Frage, die der Genosse Kt. aufgeworfen hat, nämlich die der unterschiedlichen Ansprüche an die Organisation“ (und ich möchte hinzufügen, die die Genossen an sich selbst stellen; da besteht eine dialektische Wechselwirkung, denn eine kommunistische Organisation ist so gut oder schlecht wie das Selbstverständnis der Kommunisten in dieser Organisation).

Meine Meinung: Ich bin der Meinung, auch aufgrund des oberflächlichen Studium im Arbeiterkampf und aufgrund meiner jahrelangen Erfahrungen mit Mitgliedern des KB, daß der KB u.a. am Liberalismus erkrankt ist. Ich kann viele Beispiele für diese Annahme bringen, will dies aber an dieser Stelle noch nicht tun, bin aber bereit, das zu tun. Nur einige Beispiele: Ich habe mich z. B. jahrelang nicht ehrlich mit meiner Freundin über meine politische Arbeit und Anschauungen auseinandergesetzt. Habe „persönliche Freunde“ nicht kritisiert „um des lieben Friedens willen“. Auch meine Anleiter nicht kritisiert aus Angst vor Kritik seitens der Anleitung. War manchmal unehrlich und habe mich vor politischer Arbeit gedrückt und vieles mehr.

Ich möchte Euch nun bitten, liebe Arbeiterkampf-Redaktion: Druckt an dieser Stelle meines Briefes, wenn ihr ihn im nächsten AK veröffentlicht, die meiner Meinung nach einzigartige Schrift des verstorbenen Kommunisten Mao-Tse Tung „Gegen den Liberalismus“ ab. Ich würde allen Kommunisten vorschlagen, mal kurz zu überprüfen (anhand der sehr hohen Maßstäbe Maos), ob sie in etwa Kommunisten sind oder eben Liberale.

Ich denke, man wird erst nach Jahren praktischer politischer Arbeit innerhalb einer kommunistischen Organisation Kommunist. Und das auch nur, wenn man auf sich selbst ehrlich und offen das Prinzip: eins teilt sich in zwei anwendet, d.h., wenn man sich selbst und den Genossen gegenüber ehrlich und offener ist. In „Was tun“ sagt Lenin klar und deutlich (den Menschiwki gegenüber), wer nicht in eine kommunistische Organisation gehört. Speziell ist dort von der Abgrenzung der Kommunisten (damals Sozialdemokraten) gegenüber dem spontaneistischen Kleinbürgertum die Rede, die halt, so leid's dem Lenin wohl tat, nicht in eine kommunistische Organisation gehören und gehörten. Das heißt nicht, daß die Situation heute nicht anders ist als damals, aber die Prinzipien, nach denen man eine kommunistische Organisation aufbaut, sind dieselben geblieben.

Den STAATSAPPARAT DER IMPERIALISTISCHEN BRD kann man nur unter Zuhilfenahme einer kommunistischen Organisation zerschlagen.

Also, die politisch-ideologische Auseinandersetzung muß verstärkt werden. Gründe gibt es viele, einer könnte sein, daß die politische Arbeit in demokratischen Massenbewegungen (z.B. Anti-AKW-Bewegung) sehr hohe Anforderun-

gen an das politische Bewußtsein der Genossen stellt, manch einem ist bei dieser Arbeit die Klarheit abhanden gekommen, dasselbe gilt für die „Buntenbewegung“, da denkt man manchmal, wenn man die Leute so hört, wir lebten wie in Kuba oder Angola oder Mozambique. „Warm anziehen“ zählt doch noch oder nicht. Stolz ja – Euphorie nein!

Ich halte, und dies zum Schluß, folgende alte Weisheiten immer noch für richtig:

- 1) Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution (Lin Piao)
- 2) Letzten Endes kann man alle Wahrheiten des Marxismus in einem Satz zusammenfassen: Rebellion ist gerechtfertigt (Mao)
- 3) Die Wahrheit in den Tatsachen suchen (gedacht als Aufforderung an alle Kommunisten innerhalb und außerhalb des KB) (Zitat aus „Unser Weg“)

Ein Genosse aus der Schweiz (mit Erfahrungen aus dem Westberliner KB)



Ich will ein Stichwort von Klaus aus Hannover aufgreifen: Der KB als „Einsatztruppe“. Meines Erachtens ist der KB die einzige Organisation in der BRD, die angemessen schnell und schlagkräftig auf die Erfordernisse der politischen Situation reagieren und Angriffe der Bourgeoisie beantworten kann. Zwei Beispiele, die das sehr gut illustrieren und die uns und insbesondere unsere Zeitung in breiten Kreisen bekannt und auch politisch beachtet gemacht haben, sind Brokdorf III und Stammheim.

Wie anders hätte ein „Umkippen“ der BI-Bewegung in Richtung Itzehoe (dem sogar eine revolutionäre Gruppe wie die GIM nicht gefeit war) verhindert werden können, als durch die „schnelle Einsatztruppe“ KB und durch die Mobilisierung aller Kräfte in der Organisation zu diesem Zweck? Und wer außer dem KB hat nach Stammheim, als alles den Kopf und Schwanz einzog und eine Distanzierung nach der anderen vom Stapel ließ, eine „Gegenoffensive“ initiiert, die für viele Linke in jener Phase eigentlich ein Strohalm fürs Bewahren der politischen Identität war?

Durch dieses Eingreifen wurden auch greifbare politische Erfolge erzielt, die Bedeutung weit über den eigenen Laden hinaus haben. Wo stünde die Linke auf der einen, die Faschisierung auf der anderen Seite ohne den Erfolg von Brokdorf III und die Gegenoffensive im Herbst?

Diese Erfolge waren nur möglich durch eine relativ straffe Kaderorganisation mit revolutionärer Kontrolle und revolutionärer Disziplin. Und, kein Zweifel, wenn sich die Klassenausschreitungen in diesem Land weiter zuspitzen, wird es genau diese Qualität sein, die die Massenkämpfe anleiten und im rechten Augenblick so etwas wie „die Kunst des Aufstandes“ (Lenin) in die Gänge setzen kann!

II
Auf der anderen Seite sehe ich als Horrorvision den Werdegang von Lotta Continua, die von einer ehemals revolutionären Organisation zu einem Sammelsurium der Linken verkommen ist – unfähig, auch nur die kleinste Veränderung in Italien zu bewirken. LC mag seinen Platz haben als Selbsthilfeorganisation, die die Genossen psychisch aufrüstet und ihnen persönlich sicher sehr hilft, aber eine revolutionäre Organisation kann sie nicht ersetzen. Aber man muß auch sehen, wieso LC so den Bach runter ging: Eben weil man sich persönliche Bedürfnisse nicht eingestanden hat, und insbesondere die Be-

dürfnisse der Genossinnen aufs übelste erdrückt wurden. Die Debatte darum brach sich auf dem II. Kongreß mit Gewalt ihre Bahn und riß die ganze Organisation zusammen – weil sie in den Jahren vorher peinlichst gemieden wurde.

Aus diesem Grunde habe ich es für einen guten Schritt, daß im KB die Sache praktisch schon zwei Jahre nach der (von Klaus beschriebenen) Umstellung auf eine „Eingreiftruppe“ im Zusammenhang mit dem Entstehen neuer Massenbewegungen (insbesondere AKW-Bewegung ab 1977) in Angriff genommen wird, obwohl die Notwendigkeit einer solchen Diskussion sich eigentlich (zumindest für uns in Freiburg) schon im letzten Jahr abzeichnete. Aber auch die Leitung ist kein allwissender Gott; oft wird wohl vergessen, daß es für die Leute im LG auch neue Erfahrungen sind, die sie beim Aufbau des KB machen.

III

Die Frage stellt sich m.E., wie man die Qualitäten einer Eingreiftruppe erhalten kann, ohne die beteiligten Genossen so total auszubrengen, daß sie nach drei, vier, fünf Jahren abspringen. Oder, aus einer anderen Sicht: Gerade für uns in Freiburg stellt sich das Problem so, daß viele Leute, die mit uns sympathisieren und unsere Positionen weitgehend teilen, nicht bei uns mitarbeiten wollen, weil sie denken, sie müßten da persönlich zu viele Opfer bringen, müßten die ganze Zeit rumrödeln und wären nach einigen Jahren fix und fertig. „Ist es denn schädlich, wenn nicht alle (gleich) so arbeiten wie die Kader“, fragt P. aus Bochum – und recht hat er damit. Nur darf das eben nicht dazu führen, daß das Kaderprinzip überhaupt in Frage gestellt wird. Vielmehr muß man zusätzliche Strukturen schaffen für die Leute, die sich noch nicht, nicht mehr oder im Augenblick nicht als Kader verstehen. Diese Strukturen würden nicht nur wertvolle Kräfte für die Organisation erhalten oder an sie heranführen, sondern wären auch für die Kader selbst von Bedeutung: Man weiß, man kann sich partiell aus der Kaderarbeit zurückziehen, ohne gleich vor dem Nichts zu stehen, ohne gleich vor dem Wahl „zu den Spontis oder zu den MLern“ zu stehen, ohne von den (bisherigen) Genossen geschnitten oder verachtet zu werden. Man kann weiter für die Organisation arbeiten, der man am nächsten steht, nur mit weniger Zeitsaufwand oder nur in einem Spezial-/Lieblingssbereich oder nur Untersuchungsarbeit etc. Das kann eine Haltung vermeiden helfen, die viele Genoss(inn)en drauf haben: Durchhalten, Zähne zusammenbeißen, es muß. Das führt nämlich zu einem Punkt, wo plötzlich gar nichts mehr geht, zum Ausflippen. Dann schon lieber, wenn die Belastung zur groß wird, sich teilweise zurückziehen, kürzer treten, Luft holen! Und dazu benötigen wir Strukturen, aber mehr noch: Ein Verständnis der anderen Genossen, die denjenigen nicht als „Filipper“ betrachten, sondern als einen, der Kraft schöpft (übrigens haben die Betroffenen selber oft genug dasselbe im Kopf). Dazu ist die eingeleitete Debatte ein guter Ansatz.

Sektiererische Fehler in der Sympathisantenarbeit haben z.B. in Freiburg dazu geführt, daß wir an neue Leute die gleichen Ansprüche gestellt haben wie an uns, obwohl sie weder so geschult waren, noch ein gleiches Verständnis von politischer Arbeit hatten. Die Folgen kann man sich ausmalen. Wir wollen jetzt so vorgehen, daß wir in einer Sympathisantengruppe die Leute sammeln und dort eher auf die Bedürfnisse der Leute eingehen, das heißt: geduldiger und ausführlicher diskutieren, geringere Arbeitsbelastung, keine Forderungen nach Aufgabe der politischen Besitzzusammenhänge der einzelnen, sondern Versuche, das Beste daraus zu machen. Und: Politische Schulungen.

IV

Das ist auch so ein Zauberwort in der Diskussion. Klaus aus Hannover sieht in der Schulung durch die Klassiker, daß man „Kraft schöpft, nichts weiter.“ Diese Verständnis habe ich für falsch.

Schulung muß dazu dienen, in erster Linie die konkrete politische Situation erfassen und einschätzen zu können. Dazu gehören zu allererst mal Fakten; ab und zu muß eine historische Parallele gezogen werden, wozu die Klassiker recht nützlich sind. Mangelnde Qualifikation bei den Genoss(inn)en liegt von diesem Verständnis her weniger darin begründet, daß zuwenig Klassiker geschult werden (das macht der KBW ganz toll!), sondern daß zuwenig die konkrete Situation analysiert und eingeschätzt wird. Konkret: Viele Genossen lesen den AK überhaupt nicht, bzw. nur unvollständig. Wer den AK genau liest, wird darin eben die Kriterien für Schulung finden, die ich oben angegeben habe. Ein zweiter Fehler liegt darin, daß zuwenig über den AK diskutiert wird. Wir wollen das jetzt so angehen, daß wir alle vier Wochen eine Schulung für Mitglieder, Symple und Kontakte machen, die an einer aktuellen Sache anknüpft, aber auch Hintergrundinfos einbringt, ausführlich Fakten präsentiert, die Analyse der anderen linken Gruppen und auch der Klassiker.

So wollen wir das nächste Mal eine Schulung zu „Kommunisten und Wahlen“ machen; das letztmal stand, wie auch schon in anderen Regionen, eine Afrika-schulung an (hat übrigens ne Menge gebracht).

V

Zum Schluß noch ne Randkritik: Wer ausgelegene Genossen so anpöbelt wie der Redakteur des AK die Kaiserslauterner Kritiker, braucht sich über nichts zu wundern. Indem ein – zugegeben kinderfeindlicher, polemischer, frauenfeindlicher – Kritikpunkt niedergemacht wird, wird die ganze Kritik vom Tisch gewischt. Dabei haben die Genossen durchaus recht, wenn sie z.B. die katastrophale Anleitungstätigkeit für den jungen Bereich Rheinland-Pfalz kritisieren, da ist wirklich (zumindest eine Zeit lang) kolossal geschlampt worden. Auf diese Kritik müßt ihr aber eingehen, und nicht so widerlich holzen! So nicht, Genossen!!

Jürgen, Freiburg



„Me-ti sagte: Wenn man nicht nach Genuß strebt, nicht das Beste aus dem Bestehenden herausheben will und nicht die beste Lage einnehmen will, warum sollte man da kämpfen?“

In der Praxis des KB, in der ersten Stellungnahme des LGs zum Austrittspapier und nun in einigen Leserbriefen erscheinen jedoch persönliche Bedürfnisse (von Genuß ganz zu schweigen) als bürgerliches Reizit, als notwendiger Widerspruch zur politischen Arbeit, bestenfalls als ein Faktor, der eben mitgedrungen, mitberücksichtigt werden muß; jedoch nicht als Inhalt oder Ziel unserer Politik. Wer dennoch seine eigenen Interessen wichtig nimmt und sich für sie einsetzt, wird bestenfalls als Sponti, „abqualifiziert“ oder gar als im Widerspruch zum KB und zum Marxismus-Leninismus stehend angesehen. Bis zur Ausschlussdrohung kann es da nicht weit sein.

Dabei werden hier völlig irrwitzige „Widersprüche“ konstruiert, die dann erst recht zu gegenseitigen Abgrenzungen führen, statt zur zunehmenden Integration von Genuß und Kampf, zu einer lebendigen und kraftvollen Politik.

Voraussetzung für eine gute selbständige und kollektive Arbeit ist die bewußte Entscheidung jedes Genossen, wie er/sie politisch arbeiten will. Die Selbstständigkeit und Fähigkeit zu klaren Entscheidungen kann jedoch keineswegs als selbstverständlich vorausgesetzt werden, wie dies in manchen Leserbriefen getan wird, noch hilft es, sie einfach zu fordern. Vielmehr wird es ein nicht endender Lernprozeß sein, aus der sich ständig verändernden objektiven gesellschaftlichen Situation, der Einschätzung der subjektiven Möglichkeiten, Fähigkeiten, Bedürfnisse und der Beurteilung der Möglichkeiten, Fehler usw. des KBs jeweils Schlüsse für die eigene politische Arbeit zu ziehen.

Meist beginnt ein neuer Genosse seine Arbeit aufgrund eines dieser drei Faktoren. Eine langfristig erfolgreiche Politik erfordert jedoch die Berücksichtigung aller drei Bereiche:

Fehlen die Kenntnisse und die Fähigkeit, die gesellschaftliche Situation einzuschätzen, führt das zu Aktionismus, falschen Schwerpunkt- und Zielsetzungen, übermäßigem Frust bei Mißerfolgen, geringem Durchhaltevermögen (z.B. Resignation seit Herbst 77). Werden die eigenen Bedürfnisse und Fähigkeiten nicht berücksichtigt, so entwickeln sich leicht Verhaltensweisen wie Karrierismus, autoritäres und autoritätshöriges Verhalten, Aktivismus, Restlosigkeit und Märtyrertum bis zum Zusammenbruch oder totalem Ausstieg aus der Politik; in der Gruppe zunehmende Aggressionen, immer weniger Fähigkeit und Möglichkeit, Probleme befriedigend zu lösen. Oder irgendwann die „Neuentdeckung“ von Gefühlen und Bedürfnissen, einer neuen Welt, die dann so sehr zur bisherigen Erfahrung im Widerspruch steht, daß es dann nur die Möglichkeit zu geben scheint, sich für eine dieser Welten zu entscheiden, oft zu Ungunsten der Politik. Und zuletzt, wenn keine Klarheit darüber besteht, wer der KB ist, welche Bedeutung und welchen Stellenwert der einzelne Genosse, das LG ...hat, welches die Grundlagen, Ziele, Vorstellungen und Praxis des KBs sind, wo die Stärken und Schwächen liegen, wie Veränderung möglich ist ..., dann kommt es zu unnötigen Mißverständnissen, Schwierigkeiten, Enttäuschungen, Ärger, Unverantwortlichkeit einzelner Genossen, Überhöhung des LGs (positiv wie negativ), Austragen von Konflikten am falschen Ort oder auf sinnlose Weise.

Allen Beispielen gemeinsam ist ein Kräfte- und Energieverschleiß, der weder der Politik, noch dem KB noch dem einzelnen Genossen dient, und somit unnötig das Erreichen unseres Ziels, des Sozialismus verzögert. Unsere Gegner wissen unsere Fehler auszunutzen: Pseudobedürfnisbefriedigung, Verunsicherung, Bedrohung und Isolierung aktiver Genossen, Unterstützung aller antkommunistischen Tendenzen, Verhinderung von Erfolgserlebnissen (Bunte Liste, Befreiungsbewegungen...), Zerstören von Hoffnungen und Vorbildern (China). Unsere stärkste Waffe dagegen ist: Wege zu einem tatsächlich befriedigenden Leben aufzuzeigen, zu erleben, Vertrauen in die eigene Kraft zu entwickeln, sich gegen Unterdrückung zu wehren und neue, bessere Möglichkeiten zu entwickeln. Das können wir jedoch nur vermitteln, wenn wir es selbst so erleben. Das heißt, erfolgreiche politische Arbeit ist eng damit verbunden, steht in dialektischem Verhältnis zur Entwicklung unserer eigenen Fähigkeiten, ein befriedigendes Leben zu führen. Und das bedeutet eben heute nicht nur Harmonie, Glück, wie es in dem Austrittsbrief steht, sondern auch Wut, Kampf, Zorn (P.P. Zahl hatte dies nämlich keineswegs vergessen: „Aufbruch + Glück, Freiheit und Zorn“). Denn erst diese recht illusorische, unrealistische Vorstellung vom sorglosen, harmonischen Leben, wie einige Alternivos, Spontis, Psychofreaks es sich vorstellen, macht Scheuklappen für die gesellschaftliche Realität nötig (was an sich schon „Freiheitsein-

schränkung" genug ist), und bildet dann tatsächlich einen Widerspruch zur politischen Arbeit.

Politische Arbeit heißt also für mich, klare Vorstellungen zu entwickeln für das, was ist, was ich will, was möglich ist, mich bewußt zu entscheiden, Selbstbewußtsein und Verantwortung für das zu entwickeln, für das, was ist, was ich will, was möglich ist, mich bewußt zu entscheiden, Selbstbewußtsein und Verantwortung für das zu entwickeln, wofür ich mich entscheide und was ich mache, und auch andere dabei unterstützen.

Ich habe im KB viel gelernt, eine eigene politische Meinung zu entwickeln und zu vertreten und in die Praxis umzusetzen. Ich habe außerhalb und teilweise gegen den Widerstand von KB-Genossen gelernt, meine eigenen Bedürfnisse wichtig zu nehmen und mich (statt andere Leute) für das verantwortlich zu machen, was ich mache oder nicht mache.

Ich halte es für eine sehr wichtige Aufgabe, gerade auch für den KB, für uns Genossen ..., uns gegenseitig darin zu unterstützen, uns besser zu entscheiden, die eigene Entscheidung zu verantworten und die der anderen zu akzeptieren. Voraussetzungen dafür sind:

1. Verbreiterung und Vertiefung des historischen Wissens um wesentliche gesellschaftliche Entwicklungen und Zusammenhänge, Kontroversen... Mehr Studium der „Klassiker“ des Marxismus, Lernen aus den Erfahrungen der bisherigen Revolutionen und Entwicklungen in UdSSR und China ... durch Schulungen, regelmäßige Diskussionen. Höhere Bewertung der Bedeutung der Theorie für eine kontinuierliche politische Arbeit als bisher (Theorie nur im Zusammenhang mit konkreter praktischer Politik). Ein so eingeschränktes Wissen, wie es bei den meisten Genossen vorhanden ist, macht es nahezu unmöglich, Fehler zu erkennen und die Politik zu verbessern.

2. Genaues Wissen über Stärke, Probleme, Diskussionen, Aufgaben und Machtverteilung im KB, Einflußmöglichkeiten (gerade für jüngere Genossen sehr wichtig). Konsequenter Diskussion über Ziele, Möglichkeiten, Alternativmöglichkeiten, Bedeutung, Erfolgchancen von Aktionen, Kampagnen, Begründung für bestimmte Schwerpunktsetzungen.

3. Akzeptieren der einzelnen Genossen mit ihren subjektiven Bedürfnissen und Entscheidungen. Keine Werthierarchie nach Leistung (meßbar in AK-Verkauf...), Diskussion und Hilfe, statt Druck auszuüben. Bei Kritik von Genossen, Ex-Genossen, anderen Gruppen auf die inhaltlichen Punkte eingehen, statt wegen einzelner oder Formfehler die ganze Kritik nicht gelten zu lassen (wie z.B. in der Antwort auf W. Kaiserslautern, oder auf Spontikritik...), mehr Selbstironie statt bissige Schärfe und Bezeichnungen, die weder witzig sind noch die politische Diskussion weiterbringen, sondern nur verletzend, abwertend sind (KABD – schwäbische Sekte: In der Stellungnahme wird gerade zum Wort „Sekte“ nichts gesagt!). Diese Beispiele müssen viele davon abschrecken, ihre Kritik laut zu äußern, weil sie befürchten müssen, mit beißender Ironie fertig gemacht zu werden. Das steht in deutlichem Gegensatz zu den sonstigen Bemühungen, Genossen zu Kritik aufzufordern und erschwert die Diskussion mit Nicht-KBlern.

Statt Ablehnung einer bürgerlichen, ins System integrierenden Psychotherapie oder einer unpolitischen Psychosoziale wäre es für uns wichtig, eine systemkritische, im Endeffekt gegen jegliche Form von Unterdrückung gerichtete Psychotherapie zu entwickeln, zu unterstützen. (Z.B. sind Selbsterfahrungsgruppen in Bezug auf politische Arbeit noch recht selten). Jeder einzelne Genosse oder Ex-Genosse kann sich selbst fragen, was er will, kann sich entscheiden und braucht dann nicht das LG oder andere Genossen für seinen Frust verantwortlich zu machen, kann neue

Formen entdecken, wie er/sie seine/ihre Kritik erfolgreicher anbringt. Austritt ist zwar eine Möglichkeit, trägt aber oft so etwas wie Resignation mit sich, die vielleicht gar nicht unbedingt nötig wäre. Selbstbewußtsein und Vertreten der eigenen Interessen ist auch und gerade im KB möglich und nötig. Dabei gibt es ja auch unterschiedliche Möglichkeiten: Kritik, um jemanden fertig zu machen, oder um die eigenen Positionen besser verständlich, nachvollziehbar zu machen. Ein Eingehen auf persönliche Schwierigkeiten und politische Unklarheiten (statt allzuleicht alle Probleme auf politische Widersprüche zu reduzieren, die dann vielleicht leichter zu „klären“ erscheinen) ermöglicht eine befriedigende Verbindung von beidem statt einer Polarisierung – eine politische Arbeit im KB, die uns Spaß macht, befriedigt und erfolgreich ist. Die Diskussion um das „Wie geht es weiter im KB“ ist sicher ein wesentlicher Schritt in diese Richtung.

B., Heidelberg



In Anbetracht der veränderten Bedingungen (verstärkte Repression, Diskreditierung des Sozialismus in China, Cuba etc., sowie 2 Jahre Erfahrung in der Bündnis- und Massenarbeit) möchte ich auf einige Punkte eingehen, die bisher aus den Leserbriefen nicht klar genug herausgekommen sind.

Ich meine, daß durch die Politik und die Kampagnen zu Stammheim, Antifa- und AKW-Aktionen der KB einen enormen Zuwachs an Einfluß in den entsprechenden Bewegungen gewonnen hat, was aber gleichzeitig auch eine Gefahr in sich birgt. Durch die direkte Mitarbeit in den div. Initiativen sind viele Genossen „angesteckt“ worden von dem Niveau der Initiativen – nämlich einem radikaldemokratischen – und haben auf dieser Ebene zunehmend den Blick für die Aufgabe verloren, kommunistische Standpunkte und Positionen zu entwickeln und auch als Kommunisten in den div. Initiativen Bündnis-Politik zu machen. Daß man heute z.B. in der BL nur radikaldemokratische und nicht sozialistische Standpunkte vertritt, ist doch zunächst einmal eine taktische Frage. Diese Taktik wird aber inzwischen bei vielen Genossen schon als kommunistische Politik selbst verstanden (...). Diese Position vor allem degradiert m.E. den KB auf die Funktion des „massenverbundenen Ideenproduzenten“, der der Bewegung hier und dort vielleicht ein paar Anstöße gibt und ihr ansonsten wohlwollend zur Seite steht. Zu Ende gedacht wäre dies wohl die fatale, aber konsequente Auflösung des KB in die Bewegung, wie wir es ja schon bei der Auflösung von Lotta Continua beobachten konnten. Der Führungsanspruch einer kommunistischen Organisation in der Bewegung wird durch solche Positionen und Verhaltensweisen total gelehnet und das bedeutet, sich der Spontaneität unterzuordnen. Meiner Meinung nach ist es aber unbedingt erforderlich, daß die Genossen sich so qualifizieren, daß wir insgesamt mit allen Mitgliedern den schwankenden Abläufen der spontanen Bewegung eine bewußte kontinuierliche Politik entgegenzusetzen können. Diese Tendenzen der Aufweichung der Prinzipien und der Politik einer kommunistischen Organisation wird es wohl immer geben, solange wir den Kapitalismus haben, aber schlimm ist die Tatsache, daß darüber überhaupt nicht mehr diskutiert wird, daß jeder Genosse relativ individuell seine Aufgaben steckt

und danach handelt. Das ist m. E. auch der Hauptausgangspunkt unserer Krise. Daraus ergibt sich auch, daß viele – zu viele Meinungen und persönliche Ansichten als KB-Politik herumschwirren und dadurch die Einheit der Organisation und des Handelns erschwert wird.

Die anderen Fragen wie Bockprinzip und Klima-Debatte halte ich auch für wichtig, jedoch dem obengenannten untergeordnet. Hierzu nur eines: Es wird häufig in Kritiken der Genossen benannt, daß Anleiter nicht fähig seien, die persönlichen Bedürfnisse und Probleme der Genossen bei der Arbeit zu berücksichtigen. Ich meine, daß es notwendig ist, falsches Verhalten der Anleiter sofort und scharf zu kritisieren und die Frage nach den Fähigkeiten und Neigungen der einzelnen Genossen zu berücksichtigen. Aber es ist doch nicht die „Schuld“ der Anleitung, wenn Genossen persönlich zu kurz kommen. Das ist die Schuld des Kapitalismus und seiner beschissenen Bedingungen, die uns immer stärker und in Zukunft verschärft dazu zwingen, unsere persönlichen Bedürfnisse den politischen Kampfverordnungen unterzuordnen. Darüberhinaus ist dieses Problem nicht allein bei den Zielengenossen gegeben, Anleiter stehen vor denselben Schwierigkeiten, und ich wehre mich dagegen, daß hier unterschwellig mit zweierlei Maß gemessen wird. Natürlich gibt es Situationen, wo man abwägen muß und sich auch mal vorrangig für persönliche Belange stark machen muß. Aber wenn es zum Dogma wird, wenn die Organisation verantwortlich gemacht wird für das persönliche Wohlergehen des Genossen, dann hat das mit organisierter Arbeit nichts mehr zu tun.

Häufig wird auch das Klima der Diskussion kritisiert. Ich kann nur sagen, daß wir in letzter Zeit viel zu „freundlich“ im Sinne von nachsichtsvoll für Schludereien und Liberalismus an die Debatten herangegangen sind; herausgekommen ist dabei nichts anderes als eine Unzufriedenheit, weil um Positionen nicht mehr gestritten wird. Mir ist eine harte und scharfe Diskussion tausendmal lieber, wenn dabei die Widersprüche eher herauskommen und unsere Arbeit verbessert wird.

Wir können nur geschlossener und schlagkräftiger werden, wenn wir gerade über die unterschiedlichen persönlichen Bedürfnisse und Charaktere, die wir nun mal haben oder sind, hinweg die Einheit der Organisation stärken, denn das ist der Sinn und Zweck und die Notwendigkeit der Organisation. Betrieb und Gewerkschaft:

Vorweg erst mal folgendes: In den Anfangszeiten unserer Organisation sind viele Genossen in die Betriebe gegangen, um innerhalb der Arbeiterklasse Politik zu machen. Das war eine politische Notwendigkeit und ein Meilenstein im Aufbau des KB. Die intensive Betriebsarbeit der ersten Zeit war zwar mit vielen Verlusten verbunden, Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse etc., die auch teilweise auf Fehler zurückzuführen sind; trotzdem haben wir bedeutende Erfolge erzielt, denkt man dabei an die BR-Wahlen 75 und auch in der nachfolgenden Zeit.

Heute stellen sich jedoch viele Genossen die Frage: hat es sich gelohnt, daß ich jetzt 5 oder 10 Jahre in diesem Betrieb arbeite, daß ich die ganzen Jahre morgens um 6.00 Uhr aus dem Bett hoch bin und vielleicht nur einen oder sogar keinen meiner Kollegen im KB habe organisieren können oder mit meiner wenn überhaupt existierenden Kollegenrunde so vor mich hinkreple? Lohnt es sich überhaupt, in der Arbeiterklasse zu arbeiten, wo doch die anderen Schichten wie Schüler, Intellektuelle etc. viel eher aktivierbar sind, während die Arbeiterklasse im Sozialdemokratismus vor sich hindämmert?

Ich meine, es lohnt sich nicht nur, es ist auch unbedingt notwendig, daß die Arbeit in den Betrieben wieder intensiviert wird. Grundsätzlich hat sich doch nichts verändert: Die Arbeiterklasse ist die am meisten ausgebeutete und nur mit der Arbeiterklasse und durch sie kann der Kapitalismus gestürzt werden. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Arbeiterklasse heute noch relativ am Rande der gesellschaftlichen Auseinandersetzung steht.

Sicherlich, die Situation in den Betrieben hat sich im Vergleich zu vor 5 Jahren verschärft und die Gewerkschaften richten sich immer reaktionärer aus. Trotzdem und gerade deshalb darf doch die Frage nicht heißen, lohnt es sich überhaupt - sondern muß heißen: wo und wie ist unsere Arbeit in den Betrieben sinnvoll und notwendig.

Die Situation mit der Anti-AKW, der Anti-Repressions-, der ZDL-, der alternativen Wahllisten etc. hat das Aufgabengebiet des KB enorm erweitert; aber das heißt doch nicht, daß damit die Notwendigkeit der Betriebsarbeit auf einmal hinfällig wird!

Dies scheint sich aber in einigen Köpfen so festgesetzt zu haben. Die mühselige Klein- und Überzeugungsarbeit ist vielen Betriebsgenossen zu mühselig geworden; der erste Elan ist weg, weil die großen Aktionen und Massenbewegungen, wie man sie bei der Buntten Liste oder der Anti-AKW-Bewegung sieht, ausbleiben oder teilweise erzielte betriebliche Erfolge nicht gehalten werden konnten. Sicher ist dies auch darauf zurückzuführen, daß für die allseitigen Aufgaben der Organisation die Kader fehlen und deshalb viele Betriebskader in andere Bereiche abgezogen werden mußten. Aber das rechtfertigt keinesfalls die Haltung vieler Genossen, jetzt im Betrieb die Hände in den Schoß zu legen und nur noch zum Brötchen-Verdienen irgendwo nach individuellen Kriterien zu arbeiten. Zum einen müssen wir doch heute feststellen, daß die meisten Genossen ihr elementares Handwerk, nämlich fundierte Kenntnisse der Gesetze, der Tarife und der betrieblichen Zusammenhänge sowie gewerkschaftliche Auseinandersetzung überhaupt nicht mehr beherrschen, woraus zu erkennen ist, daß sie sich nicht mehr in die betriebliche Auseinandersetzung einmischen. Zum anderen werden m.E. gerade jetzt nicht umsonst häufiger Vorstellungen geäußert wie: Ich will 'nen Job mit Gleitzeit oder halbtags, ich will einen mit hoher Bezahlung und wo ich meine beruflichen Qualifikationen anwenden und weiterbilden kann. Natürlich sind dies erstmal verständliche und auch gerechtfertigte Forderungen, nur mir fehlen dabei die politischen Kriterien:

Wo ist der Betrieb mit den besten politischen Ansätzen? - In welchem Betrieb läuft was von fortschrittlichen Kollegen? - Wo ist nach unseren Kräften das meiste herauszuholen? - Wo brauchen uns die Kollegen als Kommunisten?

Diese Kriterien vermisst ich total bei der Berufs- und Arbeitsplatzwahl - aber nicht nur das - es gibt derzeit einfach keinerlei Diskussion mehr um Schwerpunkt-betriebe und keinerlei organisiertes Herangehen an die Frage, wo Betriebsarbeit sinnvoll ist (...).

Jetzt zum Wie: Die diesjährige BR-Kampagne ist zum Unterschied zu der von 1975 ziemlich individualistisch abgelaufen. Erst im Nachhinein ist die Information im AK eröffnet worden, eine gezielte Ausrichtungsdebatte ist unterblieben. Auch hierbei spielt natürlich wieder das Fehlen von Kadern eine Rolle, die in der Buntten-Liste Kampagne bis über die Ohren zu tun hatten. Trotzdem ist dies keine Erklärung dafür, daß die Zellen nicht selbst die Debatte auch im AK und in den Bereichen eröffnet haben, um zu einem einheitlichen politischen Vorgehen zu kommen. Die Erklärung ist m.E. einfach

die, daß die Betriebsgenossen von sich aus die „Vergleiche“ gezogen haben zur Buntten Liste, Anti-AKW-Bewegung, und dabei zu dem Schluß gekommen sind, daß die Betriebspolitik einfach weniger wichtig sei. Aber das ist ein Vergleich, der gewaltig hinkt. Einmal muß es doch zu Denken geben, daß wir trotz Nachlassen in der Betriebsarbeit auch diesmal wieder recht gut bei den BR-Wahlen abgeschnitten haben; zum anderen wäre es doch gerade unsere Aufgabe gewesen, die Erfahrungen aus der Buntten Liste und Anti-AKW-Bewegung verstärkt in die Betriebe hineinzutragen, mit Kollegen Diskussionsrunden zu machen, was schlichtweg unterblieben ist. Weiterhin hinkt der Vergleich, weil wir ja nicht aus den Betrieben rausgehen, bloß wenn eine Kampagne woanders besser läuft. Wir sind doch drin - und zwar täglich 8 Stunden - und keiner behauptet ja auch, daß man in dieser Zeit keine Ansätze für Diskussionen und auch Aktionen finden kann. Zum dritten hinkt der Vergleich, weil wir unsere Politik doch nicht isoliert von den Bereichen in denen wir arbeiten, betrachten dürfen, Bereiche, wo derzeit bestimmte Erfahrungen nicht direkt vermittelt werden, von den anderen profitieren müssen. „Die Bewußtheit in die Arbeiterklasse hineintragen“ - ein uraltes Zitat, aber offensichtlich vergessen. Wir haben viele Chancen im Betrieb nicht genutzt, wir haben es kaum geschafft (ist es denn überhaupt noch versucht worden?), eine Verbindung herzustellen zwischen den fortschrittlichen Erkenntnissen der Bewegung und den sozialistischen der Organisation einerseits und den oppositionellen Kollegen andererseits. Wir haben in Fragen wie Bunte Liste und Anti-AKW in der Regel nicht nur Nachtrab-, sondern häufig gar keine Politik gemacht.

Wo ist denn eine Branchenzeitung des KB erschienen, die die Fragen der Kollegen aufgreift, und die Bewegung außerhalb der Betriebe an die Kollegen heranbringt? Die Zeiten der Branchenzeitungen scheinen momentan vorbei zu sein - aber doch nicht aus der politischen Entscheidung heraus - wohlmöglich auch noch vom LG - daß sich das nicht mehr lohnt! Kann mich an kein Artikel diesbezügliche Beschlüsse des LG erinnern - wäre ja auch verrückt. Dies ist die individualistische Entscheidung unserer einzelnen Bereiche und Komitees und letztlich aller Betriebsgenossen, im Herabwürdigen der Notwendigkeit einer kontinuierlichen Betriebsarbeit konsequent zu sein und dem Einschleifen der Aktivitäten auch noch das Einstellen der Branchenzeitungen hinterherzuschicken.

Nochmals grundsätzlich:

Die Notwendigkeit der Arbeit in den Betrieben, innerhalb der Arbeiterklasse, ist durch nichts widerlegt. Im Gegenteil, wir haben schon allerhand Erfahrungen auf diesem Gebiet aufzuweisen. Die Frage der Taktik, d.h. wie und wo und in welchem Stellenwert zu anderen Aufgaben die Betriebsarbeit der einzelnen Genossen laufen soll - diese Debatte muß schnellstens beginnen!

Ulrike, Hamburg (Druckbereich)



1. Zum Ausflippen

Die Stellungnahme der Redaktion ist m.E. recht oberflächlich. Als Hauptgründe für das Ausflippen werden persönliche Gründe angegeben. Dadurch begnügt man sich mit der Erscheinung und fragt nicht weiter nach den Hintergründen. Man spürt sich dadurch auch in der Tat eine intensivere Selbstanalyse und Selbstkritik, wie Klaus aus Frankfurt schrieb, und kann alles auf Unzulänglichkeiten schieben, die mit unserer Politik nur mittelbar zusammenhängen. Tatsächlich ist es so, daß viele Genossen bei ihrem Ausflippen erst mal persönliche Gründe (Überlastung, schlechtes Klima ...) anführen. Dies liegt m.E. auch daran, daß die politische Kritik nicht in der Klarheit auftreten kann, wie dies bei den Linksschwenks von KPD, KBW... der Fall ist. Unsere globalen Einschätzungen zur VR China, Frauen, AKW ... sind eben im großen und ganzen vernünftig. Eine politische Kritik unserer Politik ist daher wesentlich schwieriger und beinhaltet sehr viel mehr die Umsetzung unserer Einschätzung in praktische Politik. Die hierbei auftretenden Probleme und Fehler bieten aber von ihrem Charakter her wesentlich stärker die Möglichkeit, sie als persönlich zu begreifen. Ich glaube, daß auch vielen ausgeflippten Genossen dies nicht bewußt ist. Die politische Kritik ist deshalb anfangs, oder überhaupt, sehr schwierig. Charakteristisch ist doch auch, daß das Ausflippen relativ oft bei Genossen auftritt, die vorher unheimlich rangeklotzt haben und dies nachher nicht mehr recht verstehen. Die dann folgenden politischen Begründungen (wenn sie kommen) sollten nicht einfach als nachgeschoben (Ausreden) abgetan werden, sondern entsprechen oft dem schwierigen Erkenntnisprozeß der Genossen.

Über diese Erscheinungen der Unzufriedenheit und ihre sicher auch persönlichen Gründe möchte ich nichts weiter schreiben. Dies ist bereits in anderen Briefen geschehen und sicher nicht auf den SSB oder neue Ortsgruppen beschränkt (uns gibt es schon recht lange), wie die Redaktion behauptet.

2. Politische Hintergründe a) Das Herumwirbeln

Ein Aspekt ist sicherlich der von Klaus/F angesprochene. Wir sind relativ wenige und wollen (müssen) überall dabeisein. Dies ist in Westberlin mit seiner großen und zersplitterten Linken und unserer im Vergleich hierzu kleinen Organisation besonders krass (die Merklückenthese gibt es bei uns übrigens auch). Hinter dem Herumwirbeln stehen m.E. sehr kurzfristige Vorstellungen von politischer Arbeit, die überhaupt nicht im Kopf haben, die Kräfte so zu benutzen, daß man sehr lange politisch aktiv sein kann. Daneben gibt es die idealistische Vorstellung, durch genügend persönlichen Einsatz beliebig viel erreichen zu können. Aber politische Prozesse dauern sehr lange - speziell in der BRD, wie es richtig im Wahlartikel im AK 131 betont wurde. (Vergleiche hierzu den Artikel in Unser Weg 18).

b) Zur polit.-ideologischen Diskussion

Im Brief des Genossen R. ist einiges zum Verlauf von Zellenarbeiten gesagt worden. Charakteristisch wohl überall ist die Überladung mit Technik. Eine politisch-ideologische Schulung fehlt sehr oft. Dahinter steckt m.E. Methode und nicht eine Häufung von Zufälligkeiten, nämlich die Geringschätzung von Theorie und die Fetischierung der Aktion, Demo, Veranstaltung. Diese Geringschätzung der Theorie ist oft eine Art Gegenpol zu den langatmigen Theoriediskussionen der Stu-

dentebewegung. Die Vernachlässigung der politisch-ideologischen Schulung führt in Zusammenhang mit dem „undogmatischen“ Eintritt vieler Genossen in den KB, der häufig an einer Frage geschieht, zu einer großen politisch-ideologischen Vielfalt und Schwäche. Schwäche deshalb, weil diese Vielfalt nicht Thema von kontinuierlichen Auseinandersetzungen ist, sondern nebeneinander einfach undiskutiert da ist. Auch der Einwand, daß der AK genug Schulung bietet, trifft nicht den Kern, da das Lesen des AK (wenn es überhaupt ausreichend geschieht) eine Schulung und Diskussion nicht ersetzen kann. Abgesehen davon beschränken sich die AK-Artikel jeweils auf Einzelpunkte und sparen den Teil über unser Selbstverständnis aus. Doch dazu weiter unten.

Neben der Schulung fehlt es in den Zellen und Ortsgruppen (nur in WB?) auch an der kollektiven Diskussion unserer praktischen Arbeit. Genossen, die in verschiedenen Bereichen arbeiten, tragen oft nur noch ihre (natürlich unheimlich wichtigen) Anliegen in die Zelle oder Ortsgruppe. Wegen technischer Vorbereitungen und feststehender Termine fällt die inhaltliche Diskussion flach. Ausdruck davon ist dann die Kampagnenpolitik. Besonders schlimm ist dies in WB, wo Genossen im wesentlichen individuell AE's, Veranstaltungen etc. vorbereitet haben oder in zentralen Bereichen mitgearbeitet haben und dann der Organisation die fertigen Anforderungen serviert haben. Der Arbeitsstil hat sich mehr und mehr individualisiert. Begünstigt wird diese Tendenz auch dadurch, daß manche Genossen weder in Zellen organisiert sind noch in politische Kleinarbeit durchführenden Gruppen mitarbeiten. Sie bewegen sich weitgehend in höheren Sphären der Politik: Organisieren hier eine Demo, da eine AE, dort eine Veranstaltung, alles schön individuell; es muß ja schnell gehen und sie können es eben am besten.

Gibt es irgendwo etwas Interessantes, wird eine neue „Verantwortlichkeit“ übernommen - die alte fällt eben weg. Scheinbar können damit unentwegt Erfolge organisiert werden, die sich aber zum guten Teil als auf Sand gebaut herausstellen. Damit keine Mißverständnisse entstehen: Dies liegt nicht einfach nur an persönlichen Mängeln der Genossen. Diese Politik ist seit langem eingebürgert und die Übernahme einer Verantwortlichkeit durch einen Genossen führt dazu, daß die Organisation als Kollektiv diesen Bereich als abgehackt ansieht; er ist nicht mehr unsere gemeinsame Angelegenheit und es gibt eh noch tausend andere Aufgaben. Der verantwortliche Genosse ist dann auf sich gestellt. Bei anstehenden Kampagnen oder technischen Aufgaben wendet er/sie sich dann mit einem Hilfeschrei an die Organisation. Ein Grund für diesen Zustand ist der unter a) behandelte Anspruch, alles machen zu müssen.

c) Wohin wollen wir?

Diese Frage hat der Genosse Kt/HH bereits angesprochen. Wollen wir eine kommunistische Kaderorganisation (Komm. Partei) sein bzw. aufbauen? Wenn ja, wie stellen wir uns den Parteaufbau vor? Der Weg über die Vereinigung von Zirkeln ist für die BRD offensichtlich nicht gangbar. Welche Rolle kann in diesem Zusammenhang die entstandene BI-Bewegung spielen? Welche Schlüsse müssen wir für unsere Aufgaben aus der Tatsache ziehen, daß, wie der Genosse schrieb, seit 1917-19 in keinem Industrieland mehr eine Revolution stattfand. Zu dieser unbedingt notwendigen Diskussion können wohl auch die Thesen von Bahro einigen Diskussionsstoff bieten.

In WB hatten wir im Frühjahr bereits mit einer Diskussion über die Schwächen und Fehler unserer Politik begonnen. Da-

bei kristallisierte sich dann u.a. auch die Frage „Wohin wollen wir?“ heraus. Wollen wir eine kommunistische Kaderorganisation oder verstehen wir uns als linker Flügel der BI-Bewegung? Dies ist keine rhetorische Frage, die bereits ihre Antwort enthält. Ich bin überzeugt, daß die spontane Antwort eines Genossen, er sehe uns tatsächlich als linker BI-Flügel und verstehe auch den AK entsprechend, kein Einzelfall ist. Ich glaube, daß sehr verschiedene Vorstellungen oder noch sehr viel mehr Unklarheiten hierüber im KB bestehen. Daß die Ansicht, wir seien so etwas wie der linke Flügel der BI-Bewegung, recht spontan, (d.h. ohne bewußte Entscheidung hierfür) sich bei vielen Genossen entwickelte, und auch in unserer praktischen Politik seinen Ausfluß fand (Motto: Was für die Bewegung gut ist, ist auch für uns gut - was so mechanisch eben nicht stimmt) hat wohl im wesentlichen folgende Ursachen:

Einmal hat sich in den letzten zwei Jahren mit Beginn der AKW-Bewegung die gesamte Basisinitiativbewegung enorm entwickelt. Der KB hat von Beginn an hier sehr stark mitgearbeitet; unser politischer Einfluß vergrößerte sich relativ stark. Im Verlauf dieser Entwicklung kamen eine Reihe Genossen recht „undogmatisch“ zu uns. Zum anderen besteht im KB schon länger eine gewisse „Theoriefeindlichkeit“ (siehe oben). Schulung über Themen, die nicht unmittelbar in Praxis münden, ist verpönt. Dies führte in der Praxis zu einer starken Identifizierung zwischen uns und der „Bewegung“. Ich will nun nicht etwa für einen Rückzug aus der „Bewegung“ sprechen, sondern dafür, daß wir uns die dadurch auftauchenden Probleme bewußt machen um sie bewußt zu entscheiden.

In WB ist die gesamte Diskussion leider erst einmal wieder im Sand verlaufen bzw. wurde auch mangels Bewußtsein über die Wichtigkeit dieser Diskussion und wegen ungebrochener Identifizierung mit unserem bisherigen Vorgehen abgeblockt.

Im AK ist die Diskussion über derartige Probleme, die unser Selbstverständnis betreffen, sehr lange nicht mehr geführt worden; parallel hierzu wurde „Unser Weg“ eingestellt.

Wenn aber, wie ich behaupten möchte, im KB grob vereinfacht zwei Vorstellungen (Kaderorganisation - BI-Flügel) über unsere Aufgaben und unsere Perspektiven bestehen, die noch dazu undiskutiert und nebeneinanderstehen, dann ist es auch nicht verwunderlich, wenn unterschiedliche Ansprüche mit unserer Politik verbunden werden. Diese Unklarheiten sind m.E. zum guten Teil auch Grundlage für Unzufriedenheit, Perspektivlosigkeit ... Hier hat wohl auch die vorgebrachte Kritik von Genossen am AK und überhaupt das Problem des AK-Verkaufs eine wichtige Ursache.

Mit solidarischen Grüßen
Pe/Westberlin-Wedding



Die im AK begonnene Debatte über „Wie geht's weiter...“ spricht viele Fragen und Probleme an, mit denen auch ich mich in letzter Zeit herumgeschlagen habe.

M.E. schält sich immer mehr die Frage heraus: In welchem Verhältnis stehen die Anforderungen einer kommunistischen Organisation zu den persönlichen Emanzipationsbestrebungen der Einzelnen? Ich finde es sehr gut, daß ihr im AK 132 zunächst einmal herausgearbeitet habt, daß es zur kommunistischen Organisation mit Verbindlichkeit, persönlichem Einsatz, persönlichen Opfern keine Alternative gibt, wenn man tatsächlich im gesellschaftlichen Maßstab die Verhält-

nisse verändern will. Der Beitrag von Kt. aus Hamburg hat diese Position ja noch einmal unterstützt. Erstaunlich, daß so wenig offener Protest gegen diese doch recht scharfen Töne kommt.

Nun kann man aber nicht dabei stehenbleiben, einfach nur den Gegensatz zwischen den „Ansprüchen einer politischen Arbeit im KB einerseits und den individuellen Bedürfnissen andererseits“ zu konstatieren, quasi als Sachzwang, wie Klaus aus Hannover richtig kritisiert.

Die Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung, Emanzipation, Selbständigkeit, Abbau von Autoritätsdenken hängen auf verschiedene Weise mit der Politik zusammen. Einmal ist die Teilnahme am politischen Kampf eines der Hauptfelder, auf dem wir das selbstbewußte Einsetzen für eigene Interessen und Rechte lernen. Diese Erfahrung haben doch die meisten gemacht, daß durch die Teilnahme an politischen Kämpfen und Auseinandersetzungen das Selbstbewußtsein und die Selbständigkeit wachsen. Wer meint, daß die „persönliche Emanzipation“, die „Revolutionierung der eigenen Person“ nur durch Rückzug aus dem politischen Kampf erfolgen kann, ist in meinen Augen auf dem Holzweg.

Zweitens: Natürlich gibt es noch eine Menge „Strukturen“ im KB, die die Entfaltung aller Fähigkeiten der Genossinnen und auch der Genossen behindern, natürlich gibt es Anleiter, die mit moralischem Druck und anscheinend sogar physischen Drohungen arbeiten. Natürlich besteht die Gefahr, daß die notwendige Disziplin und Verbindlichkeit in militärischen Drill ausartet. Natürlich müssen solche Dinge immer wieder aufgezeigt und bekämpft werden. Meines Erachtens bekämpft man sie aber nicht dadurch, daß man Psycho-Debatten über das Verhalten von Diesem und Jenem führt. Lenin schreibt im „Linken Radikalismus“, daß eine tatsächlich revolutionäre Disziplin nur in einer Partei möglich ist, die die Fähigkeit hat, sich mit den breitesten Massen zu verbinden und die über die richtige Strategie und Taktik verfügt (Band 31, S. 9). Ob Verbindlichkeit und Disziplin die Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten, die persönliche Emanzipation behindern, ist abhängig von politischen Inhalten. KPD/AO und KBW sind anschauliche Beispiele dafür, welche Art von Disziplin durch eine verrückte Politik hervorgebracht wird, bzw. wie durch eine verrückte Politik die Emanzipation der Genossinnen (besonders) mit Füßen getreten wird.

Die richtige politische Strategie und Taktik kommt nur dadurch zustande, daß wir uns sehr viel mehr über politische Inhalte auseinandersetzen. Je mehr wir uns tatsächlich ernsthaft an dieser Auseinandersetzung beteiligen, desto mehr Möglichkeiten schaffen wir für unsere Emanzipation, für unseren Wunsch, ein freier, selbständiger, zufriedener Mensch zu werden.

Als Beispiel: Genossinnen mit Kindern fallen oft aus der politischen Arbeit raus - die „Strukturen“ sind halt gegen sie. Da helfen keine moralischen Appelle an die Solidarität der anderen - da hilft nur die scharfe Debatte darüber, welchen politischen Stellenwert wir eigentlich dem Kampf für die Befreiung der Kinder zumessen. Nur wenn diese Frage diskutiert und geklärt wird, bestehen begründete Chancen, auch an den „Strukturen“ rütteln zu können. Gleiches haben wir an der Frauenfrage auch schon mal durchgezweifelt.

Die Fähigkeit zur politischen Auseinandersetzung will gelernt sein. Sich um sie zu bemühen, indem man seine Meinung auch vertritt, seine Bedenken anmeldet, sich nicht selbst übers Ohr haut, ist Aufgabe jeder Genossin/jedes Genossen. Sie an allen Punkten zu fördern, ist Aufgabe der Anleiter; dazu hat Klaus aus Hannover schon einiges geschrieben.

Also auf zur Debatte um die Inhalte unserer Politik! Insofern in Kellerslautern mit „gutem“ Beispiel vorausgegangen. Bei solchen Positionen erübrigt sich jede Diskussion um Strukturen.

G., Göttingen



Eine Genossin des SSB/HH schreibt in AK 134 es sei gefährlich, „die Diskussion einzuschränken auf Fragen der innerorganisatorischen Situation“, weil dadurch der Eindruck erweckt werde, daß allein in der Organisation die Ursachen unserer augenblicklichen Schwierigkeiten lägen. Mir scheint es aber eher so zu sein, daß diese Genossin die gemachten Fehler „verständlich“ macht, und sich letztlich damit abfindet (denn tun will sie dagegen ja nichts - außer des obligatorischen ständigen Kampfes gegen bürgerliche Verhaltensweisen!).

Es ist natürlich richtig, daß die erschwerten Bedingungen der politischen Arbeit unter den repressiven Bedingungen in der BRD, die bürgerliche Erziehung in uns ..., also letztlich diese Gesellschaft diese Schwierigkeiten verursacht! Nur, hilft uns das? Wir wollen doch schließlich die Organisation, um damit fertig zu werden!

Deswegen geht es m.E. jetzt darum, alle Fehler in der Organisation aufs Schärfste offenzulegen und sie zu bekämpfen! Die Zustände, die in vielen Leserbriefen ans Licht kommen, sind ja wahrlich schlimm genug, sie gefährden das „Ergebnis harter und konsequenter Arbeit“ von 7 Jahren (AK 132, Stellungnahme Red.) Es seien hier nur die Zustände in dem Brief aus Hannover (AK 134), der Nürnberger Brief zur Kinderfrage, und vor allem die Tatsache, daß es offenbar reihenweise Genossen gibt, die weitgehend hinter KB-Politik stehen, z.T. Jahre dabei sind, aber in der Organisation für ihre Arbeit politisch einfach „kein Land“ mehr sehen!

Kt, Hamburg schreibt im AK 133, die Frage sei, „ob man/frau ... beharrlich für den revolutionären Sturz der bürgerlichen Klasse und ihres Staates kämpft ... oder wirkungslos an einigen Punkten mit dem Kopf gegen die Wand des kapitalistischen Systems rennt“. M.E. zeigen die Leserbriefe, daß doch sehr viele Genossen und Einheiten des KB überwiegend das letztere tun (vielleicht merken wir auch gerade jetzt was davon, weil in letzter Zeit immerhin allerhand Putz runtergebrockelt ist, wenn wir mal gut „gewerkelt“ haben, aber dann sieht man ja erst richtig, wie dick die Mauer ist!).

Anders als Kt. meine ich aber nicht, daß das Problem darin liegt, daß „in den KB ... viele Genossen und Genossinnen gekommen sind, die im Grunde etwas anderes wollen als den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre Organisation“, denn nur wenige der aufgetretenen, „ausgeflippten“ lehnen heute den Marxismus-Leninismus und die revolutionäre Organisation ab, sondern sie sagen, so wie die revolutionäre Organisation aussieht - und außer dem KB kommt da ja nichts in Frage - können sie darin nicht arbeiten. Die wenigsten lehnen verbindliche Arbeit, Leistung usw. prinzipiell ab. Ich würde sagen - um im Bild zu bleiben - die Genossinnen und Genossen haben sich den Kopf an der besagten Mauer verbeult und das ist offenbar Ergebnis organisierter KB-Politik gewesen. Es ist viel zu häufig vorgekommen, daß zum Sturm auf eine morsche Stelle in der Mauer geblasen wurde, ohne daß den Beteiligten der Plan klar war, ohne daß sie wußten, wo das Werkzeug und die Helme liegen. Da sie aber nun mal un-

bedingt mitmachen wollten, sind sie mit dem Kopf gegen die Wand Gerade diese Leute, die wir so brauchen, deren Kopf wir so brauchen, haben sich denselben verbeult.

Was sich daraus ergibt, ist eigentlich klar: Der Plan für unsere „unvorstellbar harte und schwierige Aufgabe“ (Kt) muß wieder diskutiert werden, alle unsere Arbeiten, die wir anpacken, müssen als Bestandteil dieses Plans begriffen werden und alle Genossinnen und Genossen es als ständige Aufgabe ansehen, neue Menschen für die Mitarbeit an diesem Plan zu gewinnen! Der Genosse D., Hamburg-Harburg, hat da in AK 134 ja schon konkrete Vorschläge gemacht und was Me-Ti den Tu zum Kampf der Klassen zu lehren hatte (AK 134), sollten wir auch ruhig etwas mehr beherzigen. So etwas hat wohl noch niemand gehört, der sich im KB organisieren wollte! Die Genossin des SSB/Hamburg z. B. sieht da in AK 134 nur noch die andere Seite: Erst auf Grundlage der „politischen Zweckgemeinschaft“ ergibt sich für sie ein Interesse an den persönlichen Schwierigkeiten der Genossen. Dazu sinnig gemäß Me-Ti: Wenn man nicht nach guten zwischenmenschlichen Beziehungen strebt und nicht das Beste dabei herausholen will, warum sollte man da kämpfen?

Wenn wir also in Zukunft mehr auf den Zusammenhang, den Plan achten, auch mit Kräften haushalten, weil der Kampf lang ist, sollte sich natürlich keiner täuschen. Das alles nicht, um weniger zu röhren, um weniger „Marktlücken“ der politischen Landschaft auszunutzen, sondern besser und effektiver!

Reinhard



Wir haben es alle kennengelernt: Ein kleines Volk schlägt den US-Imperialismus! Das, was so unmöglich schien, für einige Linge theoretisch „klar“ war, wurde zur Wirklichkeit. Wir kennen auch das Gefühl größter Freude im Zusammenhang mit Erfolgen im KB und in Basisinitiativen. Selbst Achtungserfolge (gute Mobilisierung, saubere Veranstaltung etc.) geben uns viel Kraft, Selbstvertrauen und Mut zu weiteren Schritten. In Westeuropa sind auf längere Sicht keine revolutionären Umwälzungen zu erwarten, das macht uns bescheiden. China, die Depression großer Teile der Linken nach Stammheim, die Tatsache, daß „Links sein“ die persönliche Existenz kosten kann, bedrückt wohl jeden Genossen. Es ist logisch, daß jeder Genosse derartige politische Ereignisse unterschiedlich empfindet und verarbeitet.

Resignative Tendenzen und großer Elan stehen im ständigen Wechsel. Dies gilt umso mehr, wenn man subjektiv betroffen ist. Der Kapitalismus bürdet uns täglich in Schule und Betrieb Leistungsdruck und Repressionen auf. Seine Verhaltensnormen werden auch von uns reproduziert und so in die Organisation getragen: Karrieretum, Kraftmeierei und Duckmäusertum äußern sich in sehr unterschiedlichen Verhaltensformen. Aber auch Fähigkeiten und von der kapitalistischen Gesellschaft unterdrückte Fertigkeiten tragen wir in uns. Aus all dem resultiert aber auch, daß es immer Hochs und Tiefs im politischen Einsatzwillen geben wird. Das muß auch denjenigen gesagt werden, die hochmütig die Nase rümpfen, wenn ein Genosse ausgebrannt ist. Dieses mit der Nase rümpfen habe ich als schrecklicher empfunden als die gemeinste Beleidigung. Diese Hochs und Tiefs charakterisieren aber auch das jeweilige Verhältnis zur Organisation. D.h., die zweifelsohne richtige Forderung, menschliche Probleme und Fähigkeiten

menschlicher zu behandeln, wird nie eine Garantie sein, Tiefs und damit Entfernungen zur Organisation zu umgehen.

Ich gebe dem Genossen Klaus aus Hannover recht darin, daß politischer Streß die Gefahr der Entfremdung produzieren kann. Eine Verallgemeinerung aber scheint mir nicht legitim zu sein, da politischer Streß subjektiv verschieden empfunden wird. Dies gilt umso mehr für die Auffassung, daß die politische Arbeit „nur noch Ärger macht“, wenn sie unter Zeitdruck verrichtet wird. Zeitdruck wird es auch beim geschicktesten Arbeitsstil geben (Die von Klaus beschriebene „Terminflut“ dagegen läßt sich beheben, weil oft wir es sind, die dafür verantwortlich sind.). Der Zeitdruck allgemein aber läßt sich darum nicht beheben, weil nicht wir, sondern die Herrschenden uns ganz allgemein gesagt nur einen gewissen Zeitraum lassen.

Unsere Aufgabe muß meines Erachtens darin bestehen, eine politische Kampforganisation zu sein, die die kapitalistischen Zustände: Ausbeutung, Unterdrückung, Haß, Neid etc. gemäß den taktischen Erwägungen nach Ort, Zeit und Bedingungen bekämpft (auch innerorganisatorisch), um sie abzuschaffen. Menschen, die sich entschlossen haben (aus den unterschiedlichsten Motiven und Erwartungen), diesen Kampf in einer kommunistischen Organisation zu führen, werden immer dem Widerspruch zwischen persönlichen Bedürfnissen und Problemen und den politisch oft nervigen Anforderungen ausgesetzt sein. Das ist im Konkreten sehr schwierig, und wir haben es zweifelsohne noch nicht geschafft, mit diesem Widerspruch fertig zu werden. Ihn in den Griff zu bekommen, wird im Einzelnen auch immer bedeuten, daß man einen sehr schmalen Weg zwischen „Anforderung und Hobby“ gehen muß. Hat man sich aber entschieden, sich zu organisieren, wird man sich den zwingenden Anforderungen, die das organisatorische Leben mit sich bringt und die erst die Existenz dieser Organisation garantieren, unterordnen müssen. Dies keineswegs im Sinne des Duckmäusertums, sondern im Sinne der Unterordnung der persönlichen Interessen unter die politischen Anforderungen. Der „Politroboter“ aber, der meint, keine persönlichen Probleme und Bedürfnisse zu haben, sich selbst belügt, weil er sie verdrängt, kann so eines Tages krachend auf die Nase fallen (so ist es mir ergangen).

Wir müssen mit diesem Widerspruch leben und ihn in den Griff bekommen. Die laufende Diskussion macht uns aufgeschlossener, auch endlich einmal „die andere Seite“ zu sehen, um sie im Einzelnen in praktischen Entscheidungen zu berücksichtigen. Den Widerspruch zwischen Anforderung und Bedürfnis durch diese Diskussion abzuschaffen, wird nicht gelingen. Dies würde unterstellen, daß es keinen Kapitalismus mehr gäbe, der umgekehrt eine kommunistische Organisation notwendig macht. M.E. ist die Auffassung des Genossen Klaus aus Hannover richtig: Veränderung des Arbeitsstils, mehr politische Schulung. Patentrezepte sind beide Dinge nicht, auch wenn es schön wäre. Die politische Schulung und Auseinandersetzung nach innen wird es uns sicher erleichtern, die Entfernungen z.B. zum AK-Verkauf zu überwinden. Mehr aber auch nicht. Es wird immer Überwindung kosten, zu verkaufen; wir werden trotz bester Schulung immer Angst vor z.B. Polizeiknüppeln haben etc.

Angst macht mir die Auffassung eines Metallgenossen. Er schreibt zu den Konsequenzen der laufenden Auseinandersetzung: „Wir müssen m.E. eine Struktur schaffen, die diese unterschiedlichen Bedürfnisse berücksichtigt“. Sind wirklich Strukturen die Ursache für den beschriebenen Widerspruch? Beweisen tut es der Genosse jedenfalls nicht. Die Ursache übler Verhaltensweisen, auch nerviger politischer Anforderungen, ist der Kapitalismus.

Eine Strukturveränderung umschiffte das Problem. Veränderungen müssen wir in unseren Köpfen erzielen, erst dies wird auch bürgerliche Umgangsformen eingrenzen. Schwieriger ist das darum als die Strukturveränderung, weil dieses „sich gegenseitig weiterbringen“ aufwendiger, komplizierter und auch zeitraubender ist. Was mir aber noch viel wichtiger ist, ist die schlichte Frage, wie man mit einer Organisation, die ihre Struktur nach persönlichen Bedürfnissen ausrichtet, den Kapitalismus stürzen will.

Lenin beschrieb die Notwendigkeit einer demokratisch-zentralistischen Organisationsstruktur als Kampfmittel gegenüber der hochorganisierten Bourgeoisie und ihrem Staat im „Linken Radikalismus“ so: „Verneinung des Parteibegriffs und der Parteidisziplin – das ist es, was bei der Opposition herausgekommen ist. Das ist aber gleichbedeutend mit völliger Entwaffnung des Proletariats zugunsten der Bourgeoisie. Das ist gleichbedeutend eben mit jener kleinbürgerlichen Zersplitterung, Unständigkeit und Unfähigkeit zur Konsequenz, zur Vereinigung, zu geschlossenem Vorgehen, die unweigerlich jede proletarische revolutionäre Bewegung zugrunde richten wird, wenn man ihr die Zügel schießen läßt“.

Ho/ÖTV-Bereich (Hamburg)



Daß wir heute den Zustand haben, daß große Teile der KB-Genossen die D u r c h f ü h r u n g der KB-Politik (Kampagnen, Demos, AK-Verkauf, Bündnisarbeit) nur widerwärtig oder gar nicht mehr mitmachen, ist nach meiner Meinung durch die Rekrutierungspolitik der letzten Jahre zustande gekommen. Es ist doch logisch, daß in einer K o m m u n i s t i s c h e n Organisation diese Zustände auftreten, wenn alle möglichen Vorstellungen von Kommunistischer Arbeit und Organisation liberalistisch undiskutiert bleiben. Wenn die Mitgliedschaft im KB lediglich als Selbstzweck gesehen wird, um sich irgendwie persönlich zu verändern. Dann kommt es natürlich zu der Auffassung: „Ich mach nur soviel, wie der KB als Gegenleistung mir für meine persönliche Qualifikation bietet“. Wenn in der Mitgliedschaft im KB eine rein pädagogische Rolle oder sinnvollere Freizeitausfüllung gesehen wird, kommt es zu Widersprüchen, wenn der ei-

gene Einsatz für die Organisation gefordert wird.

Als ich selbst vor ca. 9 Jahren ins SALZ kam, hatt ich ähnliche Vorstellungen, verbunden mit „Revolutionsromantiken“ („mit Panzer und Che über den Rathausmarkt fahren“). Nur, diese Vorstellungen wurden durch Schulungen und die damaligen Auseinandersetzungen der BRD-Linken auf einen realistischen Boden gestellt. Links- und rechtsoportunistische Entwicklungen hat man lange analysiert und lange dazu gebraucht, sie so zu verarbeiten, bis man den richtigen Weg einsah. Später waren rein radikal-demokratische Ansichten und einfach der Wunsch, im KB mitzuarbeiten aufgrund persönlicher Beziehungen, ausreichend für die Mitgliedschaft. Es ist ja bequem, die Organisation so zu vergrößern, und mit mehr Leuten kann man breiter arbeiten. Daß aber Quantität nicht gleich Qualität ist, wurde nicht gesehen. Es wurde versucht, mit dieser Quantität qualitative Kaderarbeit zu leisten. So in Hamburg wie auch in anderen Städten. Hamburger Genossen, die ein- bis zweimal im Monat in andere Städte fahren, sollten mit gerade frisch

interessierten Genossen eine Massenarbeit aus dem Boden stampfen. Kein Wunder, daß viele neue Genossen in der Konfrontation mit dieser Praxis bald wieder absprangen, wenn sie ganz andere Vorstellungen mitbrachten. Damit soll nicht gesagt werden, daß diese Rückschläge, wenn anders herangegangen wird, immer vermeidbar sind. Nur durch Anwendung von Theorie und Praxis festigen neue Genossen sich. Also bloße Theorie oder Praxis führt letztlich zu den heutigen Erscheinungsformen.

Insgesamt gesehen ist aber auf die Frage der kommunistischen Theorie und Ideologie zu wenig Gewicht gelegt worden. Als Ballast, der in der täglichen „Rödelei“ zur Seite geschoben wurde. Die praktischen Anforderungen des „KB-Zentrums“ gegenüber der ideologischen schwachen „KB-Basis“ wurden so groß.

Neue Genossen sind auf die Fragen, die eine Organisation mit sich bringt, nicht vorbereitet worden. Lediglich „Hinein in die Praxis – der Rest kommt schon“ reicht nicht aus. So werden keine Genossen gewonnen, die mit einem festen Boden unter den Füßen für die kommunistische Idee arbeiten und leben.

Politisch schwache Genossen sind so mehr und mehr auf „Anleiterbene“ gerutscht. „Gerutscht“ deswegen, weil sie dazu zwar nicht geschult, aber als einzige bereit waren („irgendeiner muß das ja machen“). Anleiterwahlen – das ist ein Trauerspiel im KB. Meistens werden die Genossen Zellenanleiter, die nicht wie andere Zellengenossen genügend andere Tätigkeiten vorweisen konnten (wie: „ich habe ein Kind“ oder: „ich habe Schichtarbeit“ oder: „ich habe noch so viel anderes“). Die politischen Fähigkeiten, wie Überzeugungsarbeit, Wissen und Argumentationskraft spielten keine Rolle. Solche Genossen, ich schließe mich damit nicht aus, waren aufgrund der Mängel gezwungen, nur noch schematisch, nicht politisch-ideologisch „anzuleiten“. Sie waren nicht in der Lage, Perspektiven und Taktiken anzugeben, Widersprüche und Alternativen zu erkennen und zu formulieren. Daß so, zur anderen Seite hin, nach „oben“ in weitere KB-Ebenen nichts ankam, wie jetzt über diese Fragen, ist dann kein Wunder. Unmut und Mißtrauen machte sich dann natürlich bei den „Angeleriteten“ gegenüber den „Anleitern“ breit. Alle notwendigen Anforderungen und Aufgaben von Leitung und Komitee wurden als „Druck“ aufgefaßt. Der politische Erfahrungsaustausch zwischen „oben“ und „unten“ blieb aus; es blieben scheinbar für die Zellengenossen nur noch Anforderungen von „oben“, denen sie sich langsam nicht mehr gewachsen fühlten. Das, verbunden mit politisch-ideologischen Lücken, führte zur Ansicht, der KB verlange bürgerliche Leistungsnormen und führte letztlich zum tendenziellen Boykott der KB-Arbeit. Eine Auseinandersetzung im Rahmen des demokratischen Zentralismus fand nicht mehr statt.

So entstand nicht zuletzt die Situation, daß es nur noch einige wenige „Kader“ gibt; andererseits eine große Masse, die diese Kader als „Übermenschen“ sahen, die kein Gefühl für die tatsächlichen Bedingungen, „unter denen wir leben“, haben. Der Begriff Kader oder Kaderkriterien wurde dann aus dem Wortschatz verbannt. Aber kommunistische Arbeit ist Kaderarbeit, deswegen wurden in letzter Zeit einfachere Wege bevorzugt. Ich erinnere da an die Aktivitäten für die BL, die ich damit nicht in Frage gestellt habe. Es zeigte sich aber, daß diese Tätigkeiten lieber als z.B. AK-Verkauf gemacht werden. In extremen Fällen wurde dann überhaupt die Notwendigkeit einer kommunistischen Organisation in Frage gestellt. Wie sonst ist zu verstehen, daß sich nicht an Fraktionsabsprachen gehalten wird oder gar die fraktionsmäßige Politik ganz abgelehnt wird und von „KB-Machtpolitik“ die Rede ist.

Es wäre unsinnig, die Leitung, das „Zentrum des KB“ oder einzelne Genossen für den jetzigen KB-Stand verantwortlich zu machen. Die BRD-Linke hat sich erst wieder seit 10 Jahren entwickelt und gegenüber anderen Ländern enormes erreicht (AKW-Bewegung, Beteiligung an Wahlen). Die Massenarbeit hat sich gegenüber den Mitgliederzahlen linker Organisationen breit entwickelt. Daß da Widersprüche auftreten und die Notwendigkeit einer kommunistischen Organisation in Zweifel gezogen wird, ist logisch. Wir haben einen Punkt in der Entwicklung kommunistischer Arbeit, wo verstärkt eine ideologische Ausrichtung notwendig ist bei der Vielzahl von politischen Strömungen und „Alternativen“. Wird das nicht gemacht, verweht der KB im Winde. Es ist an der Zeit, zu überdenken, mit welchem Potential der KB die Aufgaben angeht und demnach die nächsten Ziele absteckt. Das eigene Potential muß gesammelt werden, mehr geschult werden und Fähigkeiten und Schwächen mit den Anforderungen verglichen.

Lo., ÖTV-Bereich (Hamburg)



Die bisherige Diskussion um den weiteren Weg unserer Organisation hat gezeigt, daß es in unseren Reihen tiefgehende Unterschiede im Verständnis der kommunistischen Organisation gibt und entsprechend auch im Selbstverständnis der organisierten Genossinnen und Genossen. Diese politischen Widersprüche berühren grundlegende Organisationsfragen und betreffen Form und Inhalt unserer politischen Arbeit sowie der politischen Perspektive unserer Organisation. Einige Aspekte, die mir besonders wichtig erscheinen, will ich kurz herausgreifen.

Einen Kern bildet die Frage, welche Organisation wir unter den heutigen Bedingungen als notwendig für die revolutionäre Arbeit ansehen. Zugespitzt geht es um die Alternative: eine radikal-demokratische Massenpartei oder die bolschewistische Kaderpartei. Damit zusammenhängend stellt sich die Frage nach dem Parteaufbau. Gerade diese Perspektive ist zunehmend aus dem Bewußtsein vieler geschwunden. Mir scheint dies vor allem eine Folge davon zu sein, daß auch die Perspektive der sozialistischen Revolution scheinbar gegenwärtig nicht mehr aktuell ist. Dies ist mir verständlich angesichts der objektiven Schwierigkeiten und einiger international gemachter Erfahrungen. Doch ist dies nicht Subjektivismus und Ausdruck einer idealistischen Weltanschauung? Diese ideologische Krise hat damit zu tun, daß es in unseren Reihen an der wissenschaftlich begründeten Einsicht in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß mangelt. Und diesen Zustand haben wir mitverschuldet, indem wir den historischen Materialismus im ideologischen Kampf innerhalb der eigenen Reihen arg vernachlässigt haben. Erst der wissenschaftliche Sozialismus kann uns zeigen, daß die revolutionäre Perspektive kein utopischer Traum, sondern eine objektive Realität ist. Auch bei uns kann die Theorie zur materiellen Gewalt werden, indem sie uns Kraft im Klassenkampf gibt. Darum gilt es ernsthaft zu kämpfen. Ein zweiter Aspekt hängt mit der Vernachlässigung der ideologischen Aufbauarbeit zusammen. Die politischen Aufgaben, mit denen wir konfrontiert sind, zwingen uns zu einem möglichst effektiven Einsatz unserer politischen Kräfte. Deshalb müssen wir Leistung und Disziplin fordern. Unsere Freiheit besteht in der Einsicht in diese Notwendigkeit. Wir verwirklichen unsere Freiheit, indem wir die-

se Gesellschaft der Unfreiheit bekämpfen. Doch dies ist nur eine Seite unserer revolutionären Tätigkeit. Eine zweite Seite ist die revolutionäre Erziehung, um die wir miteinander kämpfen müssen. Darunter verstehe ich vor allem die Veränderung unserer Einstellungen insbesondere in der Frage, wie wir miteinander umgehen. Um nämlich auch langfristig politisch effektiv zu sein, brauchen wir gegenseitigen Respekt, Sensibilität und Interesse an den Menschen, mit denen wir zu tun haben. Erst auf dieser Grundlage wird auch Solidarität zu einer Kraft, die uns stärkt. Ich selbst habe auf diesem Gebiet Fehler gemacht, die ich nicht wiederholen möchte. Zellsitzungen unter meiner Anleitung wurden zu Instruktionsstunden, ich habe die Genossen instruiert und nicht angeleitet. Politische Meinungen, die Linie der Organisation wurde diskutiert, das konkrete Vorgehen wurde bis ins einzelne besprochen, geplant und organisiert. Mir ging es um die politische Effektivität der Zelle, an den Genossen hatte ich relativ wenig Interesse. Politische Widersprüche wurden vom Tisch gefegt; die Hauptsache war, daß die Sache lief. Die Fragen der Genossen, ihre Unklarheiten blieben dabei auf der Strecke. Ich hatte nicht verstanden, daß ein Kommunist sich nicht nur durch seine politischen Ansichten von bürgerlichen Menschen unterscheidet, sondern ein Mensch der Zukunft ist und sich deshalb ein anderes Bewußtsein, eine andere Moral, andere Einstellungen erkämpfen muß. So habe ich tatsächlich die Genossen zum Zwecke der politischen Arbeit funktionalisieren wollen. Was ist es da für ein Wunder, daß sie sich irgendwann verheizt, untergebutert usw. fühlen mußten und sich mit einem schleichenden Boykott dagegen zu wehren begannen? Ihre Kritik an dem in dieser Ausschließlichkeit betriebenen Instruktionswesen wendeten sie dann auch zu einer Kritik an der Organisationsstruktur, dem demokratischen Zentralismus, der dann an der Stelle meiner eigenen bürgerlichen Fehler als Sündenbock herhalten mußte. Aber nicht die Struktur „an sich“ ist repressiv, sondern die bürgerlichen Verhaltensweisen der Genossen und Genossinnen, die sie ausfüllen. Und dies ist der dritte für mich sehr wichtige Aspekt der gegenwärtigen Diskussion. Alleinherrschaft, Angeberei, Bürokratismus, Konkurrenz, Mackertum, Obrigkeitshörigkeit usw. sind Verhaltensweisen, die in einer kommunistischen Organisation nicht geduldet werden dürfen. Gerade bei Anleitern wiegen diese Fehler besonders schwer und Rebellion ist gerechtfertigt. Dies sollte auch zu einem Gegenstand der gegenwärtigen Diskussion werden, damit daraus eine Kampagne zur Stärkung des revolutionären demokratischen Zentralismus werden kann. Orientieren wir uns an einem Leitbegriff der chinesischen Kulturrevolution:

„Kampf – Kritik – Umgestaltung“!

Re, ÖTV-Bereich (Hamburg)



Mit aller Gewalt wird zur Zeit in Hamburg versucht, die Diskussion innerhalb des KB in die „richtigen“ (alten) Bahnen zu lenken: Den Liberalismus überwinden, die revolutionäre Organisation aufbauen! So kann man es im Brief von Kt/HH und der HHger SSB Genossin nachlesen, so vor allem auch in einem Rundbrief eines Genossen aus der ZRK. Das erscheint mir aus zwei Gründen gefährlich: einmal werden keine Lehren aus Mißerfolgen gezogen, zum anderen geschieht es aus einem total desolaten Zustand heraus.

Zu 1) Aus dem Scheitern der sozialistischen Bewegung in China, Cuba... wird lediglich der Schluß gezogen, daß dies

die „Laune“ der westeuropäischen Genossen verdrängen hätte. Auf keinen Fall sollten z.B. „die Strukturen der Avantgardeparteien für die Restauration“ z.B. „der SU verantwortlich gemacht werden“. Ich bin allerdings der Meinung, daß diese Strukturen Teil unseres Dilemmas sind, wie sie auch zur Korruption in sozialistischen Staaten beigetragen haben. Insbesondere seit dem Ständigen auf und ab Deng Hsiao Pings sollten wir uns die Frage stellen, wie so etwas passieren kann, ob es unter anderem auch mit dem selbst von Mao beschriebenen demokratischen Zentralismus zu tun haben kann. Wie konnte es vorkommen, daß Deng in einer Demokratie erst aller Parteiamter enthoben, dann aber wieder in sie eingesetzt wird (und das zweimal)? Oder sollte es sich in der VR China nicht mehr um eine Demokratie handeln? Inhaltlich, das sehen wir alle, hat sich in diesem Lande eine ganze Menge geändert, formal, zentraldemokratisch wird dort aber alles beim Alten geblieben sein.

Auch bei uns wird nach dem Schema verfahren: Delegierte/Anleiter (bzw. innen) wird der (nach Meinung der Leitung), der am besten die KB/SSB Positionen bezieht, entwickeln, verteidigen kann und nicht etwa, wer sozusagen als Vertrauter der jeweiligen Grundeinheit (GE) von der GE gewählt wird und so fort, bis zur Leitung. Sicherlich, oft decken sich die Vorschläge, wenn aber nicht... An dieser Stelle wird dann auch häufig noch das Argument der Fähigkeit angeführt, aber ist nicht gerade dies kleinbürgerlich, wenn die „Fähigkeit“ von den „Fähigen“ bestimmt wird? (Beispiel: mit den von Weißen ausgebildeten Intelligenztest wird bei der schwarzen Bevölkerung ein IQ von nur 80 gemessen!) Wenn tatsächlich ein nicht so fähiger Genosse in die Anleitung gerät, dann wird man auch eher damit konfrontiert und muß (!) dem abhelfen, da helfen endlich auch keine Argumente mehr wie „Basissarbeit ist wichtiger als Schulung“.

Demokratie bedeutet doch Kontrolle - Volkskontrolle und nicht Regierungskontrolle - nur mit ihr ist es möglich wirkliche Mehrheiten entstehen zu lassen und nicht welche, die auf K.O.-Siegen beruhen (den Genossen fielen gegen die Argumente der Anleitung keine Gegenargumente mehr ein). Auch hier wieder: Nur eine gut geschulte Organisation (s.u.) kann demokratisch sein.

Als weiteres Prinzip des demokratischen Zentralismus wird dann auch das Prinzip der Beschlußfähigkeit der Mehrheit über die Minderheit genannt. Sicher gibt es Situationen, als extremstes Beispiel die Ausrufung der Revolution, in denen größtmögliche Bündnisse geschlossen werden müssen, in denen auch eine Organisation an einem Strang ziehen muß. Nur: dies ist lang nicht so oft der Fall, wie es zur Zeit gehandelt wird, nämlich immer! Als wesentliches Argument möchte ich das der Entfremdung von der politischen Arbeit nennen (siehe dazu auch den Brief von Klaus, Hannover AK 134); unweigerlich entsteht dann Bruch, nicht nur bei uns, sondern auch in dem von uns beeinflussten Umfeld, mit denen wir dann fast zwangsläufig genauso umgehen (z.B. in Initiativen). Es ist widersinnig, Meinungen zu vertreten, die man nicht vertritt. Unter anderem führt dies auch dazu, daß die innerorganisatorische Kritik und das Weiterarbeiten an Standpunkten verkümmert: Auf der einen Seite: was soll ich noch mit dem diskutieren, der funktioniert auch so, ich habe wichtigeres zu tun; auf der anderen Seite: es hat sowieso keinen Zweck, die Mehrheit ist anderer Meinung und jetzt muß es getan werden. Zur weiteren Ausdiskussion bleibt tatsächlich so gut wie nie die Zeit. Ein weiterer Irrtum bei einer solchen Demokratie besteht darin, daß man mehr erreicht, wenn man an einem Strang zieht.

Es besteht nämlich ein gewaltiger Unterschied zwischen der Anstrengung für eine weder eingesehene noch für richtig gefundene Aktion und einer mit Wut, Begeisterung und selbst entwickelten und ausgeführten Aufgabe! Wenn unsere politischen Ansichten nicht auseinanderklaffen, werden sich unsere Taten auch ergänzen und nicht behindern! Was hinter diesen Sätzen steckt, ist die Autonomie der Gruppe, Zelle o.ä. und die Selbstbestimmung der eigenen Person, nur so vermeiden wir Abgehobenheit in unseren Arbeitsfeldern und eine Identifizierung mit der Arbeit.

Oft wird beklagt, daß die Organisation z.B. in der Bunten Liste auch gegenteilige Positionen vertritt. Ich halte das für richtig. Nur auf diese Weise können tatsächliche Mehrheitsverhältnisse in den BIs festgestellt werden, wenn tatsächlich jeder seine eigene Meinung vertritt. Zudem: wir machen uns sonst etwas vor: von unserem Einfluß, von der Stärke der Bewegung. Unsere einzige Stärke bei der demokratischen Auseinandersetzung darf unsere Argumentation sein und damit das, was wir als Wahrheit erkannt haben!

All diese Ausführungen werden erstmal auf die tiefste Empörung aller KB'ler stoßen, die unsere Krise mit den Texten von Lenin und Mao zu überwinden versuchen: Ich verstoße gegen Prinzipien, ja, daß so einer bei uns in der Organisation drin ist, da mußte es ja schief gehen... Die Kritik, die von diesen KB'lern geäußert wird, ist total immanent, sie vertraut total auf die alten Weisheiten (die ich gar nicht schlecht machen will, man muß sie immer wieder überprüfen). Wir sind dann auch schon bei dem zweiten großen KB-Dilemma: der Unfähigkeit anders zu argumentieren. In vielen Leserbriefen wird von Schulung gesprochen, die fehlt, von der mangelnden Qualifikation der Genossen. Sehr treffendes dazu hat wieder Klaus aus Hannover geschrieben, ich möchte dem aber noch einiges hinzufügen, vor allem, weil ich selbst ein „Betroffener“ bin, denn meine politische Qualifikation hat eher ab- als zugenommen. Natürlich nicht auf den Gebieten, in denen wir gearbeitet haben, z.B. Wahlen. Hiermit haben wir uns ausführlich beschäftigt. Meist jedoch bleibt gerade noch die Zeit, die Aufgabe der Kommunisten in aller Kürze darzustellen, nicht einmal zu diskutieren. Wenn's gut geht, bleiben einige Lenin-Zitate hängen. Die politische und auch philosophische Auseinandersetzung dagegen bleibt fast immer außen vor, nur zufällig, zu Themen, die wir gerade behandeln - in Artikeln oder Veranstaltungen - sehen wir nach, ob auch noch jemand anderes etwas dazu geschrieben hat, so quasi als schlechtes Beispiel. Da erscheinen Bücher, z.B. Bahros Alternative, anderswo entstehen neue Zirkel und Gedanken und den KB läßt das kalt. Sicherlich, über Jutta Weinhold schreibt man sich die Finger wund, die anderen Diskussionen sind allein intellektuell von dem größten Teil der Organisation nicht mehr leistbar, da machen auch die Studenten keine Ausnahme. Wenn geschult wird, dann Texte wie „Gegen den Liberalismus“! damit man nicht auf dumme Gedanken kommt? Überhaupt bleibt sowas meist auf der organisatorischen Ebene stehen. Selbst diese Texte werden nie in Zweifel gezogen. Wenn wir jedoch Kommunisten sein wollen, dann müssen wir alles radikal in Frage stellen, alles und immer wieder. Neue Gedanken dankbar aufgreifen, diskutieren! Ob etwas dran sein kann, nur so schulen wir uns wirklich, bleiben Teil einer linken Bewegung und heben nicht ab. Nur so verstehen wir wirklich, was unsere nächsten Aufgaben sind, die dann von allen mitgetragen werden können, weil sie von allen mitentwickelt wurden.

R. SSB/HH



„Diese vorgefundenen Lebensbedingungen der verschiedenen Generationen entscheiden auch, ob die periodisch in der Geschichte wiederkehrende revolutionäre Erschütterung stark genug sein wird oder nicht, die Basis alles Bestehenden umzuwerfen; und wenn diese materiellen Elemente einer totalen Umwälzung, nämlich einerseits die vorhandenen Produktivkräfte, andererseits die Bildung einer revolutionären Masse, die nicht nur gegen einzelne Bedingungen der bisherigen Gesellschaft, sondern gegen die bisherige ‚Lebensproduktion‘ selbst, diese ‚Gesamtaktivität‘, worauf sie basiert, revolutioniert, nicht vorhanden sind, so ist es ganz gleichgültig für die praktische Entwicklung, ob die Idee dieser Umwälzung schon hundertmal ausgesprochen ist - wie die Geschichte des Kommunismus dies beweist“ (Karl Marx, ‚Feuerbach, Gegensatz von materialistischer und idealistischer Anschauung‘).

Da diese revolutionäre Idee vom Genossen Kt. in seinem Diskussionsbeitrag zu „Wie gehts weiter in der Linken“ (nicht KB) im AK 133 als Maxime und verbindlicher Ist-Zustand für jede linke Organisation gefordert wird, möchte ich versuchen, meine Kritik an seinem Papier zu entwickeln.

Genosse Kt., wer macht uns denn zu Revolutionären, doch nicht der Anspruch, nicht die abstrakte Einsicht, daß dieser Staat durch und durch morbide ist, nicht die Organisation in einer Organisation, die das Attribut ‚kommunistisch‘ trägt, auch nicht die bloße Schulung der Klassiker. Ein für allemal, wir sind keine Revolutionäre, keine revolutionäre Organisation! Für alle, die jetzt meinen, hier würden heilige Kühe geschlachtet: Die kollektive Erkenntnis, daß der Kapitalismus revolutionär gestürzt werden muß, reicht nicht!

Kt. hat Recht, solange er schreibt, „was für eine Organisation wir denn überhaupt wollen, ob wir eine revolutionäre kommunistische Organisation wollen oder etwas anderes“.

Der Kampf um eine revolutionäre Organisation, die kommunistische Partei als aktuelles Ziel, gewachsen aus den Kämpfen der Arbeiterklasse, aus der Wut derer, die von diesem Staat drangsalieren werden, hat Gewicht, aber nicht die revolutionäre Organisation als subjektiver Eindruck im Hirn des einzelnen. Die Frage, ob wir eine revolutionäre Organisation sind, läßt sich eben nicht aus unserem ‚guten Willen‘ ableiten. Als Marxisten müssen wir davon ausgehen, daß die Frage, was revolutionär ist oder nicht, sich in den realen Massenbewegungen der Arbeiterklasse entscheiden wird und nicht in den isolierten Grübeleien „kleinerer Organisationen mit einem sehr begrenzten Einfluß“, wie Kt. sagt.

Wir haben vor ein paar Jahren diese Geschichte selbst kritisiert, als der Zirkelblock um das NRF sich zur selbsternannten „Partei der Arbeiterklasse“, sprich KBW, konstituierte. Diesen Anspruch erheben wir zwar nicht, aber trotzdem erhält die ganze Debatte darüber, was ein „Kommunist“ oder ein „Revolutionär“ tut oder nicht tut, ausschließlich einen moralischen Anstrich. Wer und aufgrund welcher materiellen Verhältnisse bestimmt denn, was heute und hier „revolutionär“ ist? Wir verkommen mit diesem abstrakten Anspruch doch zu unhistorischem und unmaterialistischem Herangehen, wenn wir revolutionäre Politik als eine Frage des Kraftaktes sehen - und wenn's nicht so läuft, sind wir selbst schuld, weil

wir uns nicht genügend angestrengt haben und unsere Interessen zu wenig der Revolution untergeordnet haben (was ist denn heute „die“ Revolution??). Wenn Kt. selbst feststellt, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse in den kapitalistischen Ländern heute nicht nach revolutionärer Veränderung schreien, so können wir das nicht durch idealistische Bemühen ändern - das ist nicht nur eine „unvorstellbar harte und komplizierte Aufgabe“, wie Kt. sagt, sondern schlicht unmöglich.

Deine derzeitige Konsequenz heißt dann nämlich, Propaganda, Propaganda und nochmals Propaganda, die Menschen nur über den Kopf überzeugen wollen, Ideen einhämmern, von der Realität abstrahieren und mit dem revolutionären Anspruch die Wirklichkeit zurechtfrisieren. Aber für Kritiker hast du ja gleich deine Schubladen parat: „vorzugsweise in einigen Jugendjahren revolutionär gestimmt... auf das Gebiet des ‚Machbaren‘ (des Sozialdemokratismus) begeben, ... kleine Brötchen backen und abwarten, bis irgendwie die Massen vielleicht durch die objektiven Verhältnisse in Bewegung gebracht werden, und es dann leichter geht mit dem revolutionären Kampf“. Welch Zynismus und Demagogie! Lieber Kt., der revolutionäre Kampf geht dann erst los. Ich verstehe jedenfalls meine bisherige politische Arbeit als Anknüpfen an objektive Verhältnisse, an dem, was ist, und nicht, was ich gerne hätte. Ich will Bewußtsein schaffen, d.h. die vorgefundenen Verhältnisse als Reflex des Kapitalismus dechiffrieren und als solche in meiner Agitation und Propaganda deutlich machen, in meiner konkreten Arbeit in Initiativen, in der Betriebsratsarbeit, an der Uni, und (Achtung) auch auf eine revolutionäre Veränderung orientieren. Haben wir denn in der Bürgerschaftswahl so viel Erfolg gehabt, weil wir kleine Brötchen gebacken haben, weil wir den revolutionären Kampf aus unserem Vokabular gestrichen haben? Wenn das so war, kann ich nur sagen: weiter so, laßt uns kleine Brötchen backen, wenn die Menschen dadurch befähigt werden, bewußt und sensibel für das, was dieser Staat aus ihnen machen will, welche politischen Ziele er verfolgt, wie und warum er den Antikommunismus einsetzt, wenn diese Menschen sich wieder empören können, sich betroffen fühlen, wieder lernen, ihre latente Wut nicht irgendeiner persönlichen Macke zuzuordnen. Haben diese Menschen nicht „ernsthaft die Sache der Revolution unter den konkreten Bedingungen der Gegenwart“ vorangebracht? Machen wir hier weiter, dann kann es „auch keinen Zweifel geben, daß es eine unserer Hauptaufgaben ist, zu lernen immer wieder zu lernen“ (wie du so schön schreibst), auch von der Partei der Bolschewiki, aber vor allem von denen, die wir von der Notwendigkeit einer revolutionären kommunistischen Partei überzeugen wollen. Wenn wir das nicht begreifen, verkommen wir zu Schwätzern, Phrasendreschern, Marktschreibern, die eine Doktrin, eine Heilslehre, genannt ML, verkaufen wollen, zu Mitgliedern einer Sekte, mit all ihrer Exklusivität, ihren Absonderlichkeiten, ihrem eigenen Erscheinungsbild, das den meisten Menschen so fremd, so exotisch vorkommt, wie der Wachturmverkäufer an der nächsten Straßenecke. Diese Menschen können sich dann eben nicht mit dieser Organisation, dieser Zeitung identifizieren; das Bewußtsein unserer Notwendigkeit, wie es bei der BUNTEN LISTE festzustellen war, kann sich nicht entwickeln. Und wir, wir verkümmern zu gespaltenen Individuen, die ein paar Stunden AK verkaufen, sich politisch darstellen, ohne Fleisch und Blut, mit einem politischen und einem persönlichen Gesicht, die eine sonderbare Mimikry demonstrieren, wenn sie die Zellsitzung verlassen und in der Kneipe vor

ihrem Halben hocken. Viele Genossen erlangen eine wahre Perfektion darin; andere gehen an dieser Schizophrenie kaputt und schmeißen „plötzlich“ alles hin. Dieser Drang zum Hinschmeißen wird um so stärker, je größer die Kluft zwischen Idee und Realität wird, je deutlicher die Idee sich als nur intellektuelle Einsicht herauschält. Da viele Anleiter derselben Trennung unterliegen, gelingt es ihnen nicht, die Genossen zu überzeugen; sie bemühen in Diskussionen zum x-ten Mal die berühmten Verstorbenen - die Eklektiker bei den alten Griechen würden ihre wahre Freude haben - um schließlich von den Genoss(inn)en die gleiche ‚leninsche‘ Disziplin, Verbindlichkeit, Arbeit, Leistung etc. zu fordern. Der Graben zwischen persönlich und politisch wird vertieft, es stinkt nach Askese, Verzicht, Fasten, Mönchstum. Der Terminkalender wird zum Maßstab für die revolutionäre Reife, der ML-Zitatenschatz zum Qualitätszeichen, die Schlaf- und Studiergewohnheiten zum Gradmesser für Verbindlichkeit. Wer da nicht mithält, gilt als kranke Stelle im rotbäckigen Organisationsapparat und muß herausgeschnitten werden, sprich: der KB muß geschrumpfen. Diese gesamte Widersprüchlichkeit reproduziert natürlich kleinbürgerliches Verhalten; eigene Unsicherheit wird als persönliches Versagen interpretiert, es wird nach der klaren Linie geforscht, an die man sich klammern kann, Eigeninitiative versickert, sie könnte ja in die falsche Richtung gehen, Kritik nur dann, wenn man/frau sie im AK untermauert findet, wie kopiere ich am besten „die Eßgewohnheiten der ‚Hohen Priester‘, wie rülpsen sie?“.

Genosse Kt., ist es heute nicht ein Problem, daß in dem KB als bekanntermaßen ‚undogmatische‘ Organisation (deine Worte) sich Leute hinstellen und jetzt plötzlich nach der Motivation für eine Organisation fragen, obwohl sie selber einen Undogmatismus im KB mit all seinen Freiheitsgraden feststellen, den es ständig in seiner Politik zu berücksichtigen gilt? Meines Erachtens ist das die Achillesferse des KB, daß er im AK undogmatisch erscheint, aber dogmatisch ist, d.h. daß der KB recht schwerfällig auf Massenkämpfe, z.B. Anti-AKW-Bewegung reagiert und politische Strömungen innerhalb des KB nur wenig berücksichtigt. Das Problem ist es eben nicht, daß „viele Genoss(inn)en etwas anderes wollen als den ML und die revolutionäre kommunistische Organisation“, sondern daß wir den Anspruch haben, eine solche Organisation zu sein, und dieser Anspruch zur Gretchenfrage für alle Genoss(inn)en wird. Das äußert sich vor allem darin, daß die Betroffenheit gegenüber Angriffen dieses Staates so stark abgestumpft ist, daß das „eigene“ Problem, der eigene Gerichtsprozeß, der Strafprozeß gegen den KB, der Mietkampf, das Berufsverbot, der Gewerkschaftsausschluß der Genossin oder des Genossen, oder der miese AK-Verkauf, die Situation im KB kurzerhand unter die Rubrik ‚Repression‘ katalogisiert wird. „Ein Revolutionär weint eben nicht“! Fertig ist der Prototyp des oft zitierten Politroboter, und der Schritt zum Nurfunktionieren ist nicht weit. Der Erfolg der BUNTEN LISTE resultierte nicht zuletzt daraus, daß die Genoss(inn)en endlich den lästigen und zur entfremdenden politischen Arbeit zwingenden Ballast des „Revolutionärscheitens“ abschütteln mußten; endlich deckten sich die gesellschaftlichen Widersprüche mit den eigenen, ein neues (bzw. ein altes, nämlich zu Beginn seiner Organisation) Gefühl der Lust an der Politik wurde (wieder) wach. Die „Lust an der Politik“ abzutun als bloßes „Bockprinzip“, ist demagogisch: es heißt nur, daß man Politik nicht aus abstrakter „Erkenntnis“ macht (jetzt helfe ich den armen Unterdrückten mal aufs Fahrrad!), sondern um seine eigene Lage als Unter-

drückte(r) zu ändern, ganz schlicht, damit's uns besser geht. Wer diesen „Bock“ nicht mehr aufbringt, kann organisierte Politik m. E. nur entfremdet machen, wie den Job im Betrieb. Wen wundert's, wenn wir dann Karrierismus in der Organisation feststellen, was eigentlich ja ein Widerspruch in sich ist, denn faktisch gibts ja nichts zu holen, im Unterschied zum Betrieb.

Die Organisation erscheint als Dienstleistungsbetrieb an der Arbeiterklasse, die Genossen als Avantgarde derselben. Aber Vertrauen in das Proletariat entwickelt sich nur spärlich. Nicht umsonst fristet die Auseinandersetzung und Schulung betrieblicher und wirtschaftlicher Fragen, wie Betriebsratsarbeit, Arbeitslosigkeit, Steuerkonzepte der Bundesregierung, etc. (obwohl der AK voll davon ist) in vielen Teilen der Organisation ein Kümmerdasein. Die „Arbeitswelt“ scheint nicht existent.

Wenn dann in seinen traditionellen politischen Schwerpunktbereichen, Schule, Uni, Jugendarbeit, etc. der aktuelle politische Erfolg nur schwer oder gar nicht zu erreichen ist, wird ein Schuldiger gesucht. Für den einen ist es dann die Bourgeoisie, die auf einmal bösser geworden ist, für den anderen der Arbeiter, der zu doof ist, den revolutionären Wind zu schnupern. Die revolutionäre Triebkraft der Arbeiterklasse, irgendwann mal abstrakt anerkannt, wird in Frage gestellt. Da steht er nun, der Revolutionär ohne Revolution, und manche beginnen, von der Revolte im Privatbereich zu träumen; eine Revolte auf dem Lande im biologisch reinen Gemüsegarten.

Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, nicht der Genosse ist schuld, sondern eine Organisation, die solch ein Verständnis von revolutionärer Arbeit produziert, solch realitätsfernes Bewußtsein nicht ändert, solange sich das nicht konkret auswirkt, sprich, solange der Genosse seine AK's verkauft, mit Disziplin, Verbindlichkeit, ... seine politische Arbeit macht.

Ich finde, wir sollten das Prinzip der Bunten Liste zu unserem Prinzip machen und die Erwartung „undogmatisch“ zu sein, erfüllen - auch auf die Gefahr hin, daß der KB als Organisation meinetwegen in der Bunten Liste aufgeht. Es ist leicht, sich Marxist-Leninist zu nennen; was aber zählt, sind die konkreten politischen Erfolge und Schritte hin zur, wie man/frau so schön sagt, „Entmystifizierung des Kapitalismus“. Ein revolutionäres Korsett schafft zwar einen geraden Sektenrücken, nur zwickt es u n s - und nicht den bürgerlichen Staat.

Die Zeitungsdiskussion sollte in dieselbe Richtung laufen. Das Problem des Umfangs einer Zeitung stellt sich nur sekundär, es gibt genug bürgerliche ähnlich seitenstarke Beispiele. Die konstatierten objektiven Schwierigkeiten beim Verkauf einer kommunistischen Zeitung würden sich bei einem komprimierten und journalistisch anspruchsvolleren Erscheinungsbild des AK genauso stellen. Ökonomisch würden wir mittelfristig bei einem auf mehrere Broschüren zerstückelten AK auf den Hund und politisch keinen Schritt weiter kommen. Ich mal provozieren und den Vorschlag machen, den AK einzustellen und stattdessen für eine Zeitung plädieren, die einer inhaltsschwangeren Bunte-Liste-Zeitung entspricht, mit wöchentlichem Erscheinen (also die Möglichkeit, aktueller in politische Entwicklungen einzugreifen), mit einer Zeitungsredaktion, die nichts mit der AK-Redaktion gemein hat. Also eine Zeitung, die stärker einen Kristallisationspunkt der laufenden Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene in den einzelnen Initiativen, Betrieben, Unis, ... darstellt. Als KB

sollten wir dann, einmal über diese Zeitung, aber vor allem über das theoretische Organ „Unser Weg“ die ideologische Auseinandersetzung führen.

Leo (SSB-Hamburg)



Möchte auf folgenden „kleinen Unterschied“ im Artikel „Wir hören, du willst nicht mehr mit uns kämpfen...“ hinweisen: „Das Problem des Aus- und Wegflippens (läßt sich) insgesamt auf einen sehr einfachen Kern zurückführen: Die Unvereinbarkeit zwischen den Ansprüchen einer politischen Arbeit im KB einerseits und den individuellen Bedürfnissen andererseits. Individuelle Bedürfnisse kommen zu kurz, Schwierigkeiten in persönlichen Beziehungen verschärfen sich ... Die bisherige Erfahrung des KB mit dem Problem des Aus- und Wegflippens zeigt, daß fast immer diese Dinge die Ursache sind...“.

Mit diesem Schlenker fällt der Verfasser hinter seinen eigenen Ansatzpunkt zurück und schiebt den „Schwarzen Peter“ letztlich allein den Ausgetretenen in die Schuhe. Die Unvereinbarkeit von politischer Arbeit und persönlichen Bedürfnissen, letztlich von Theorie und Praxis, ist eine typische Erscheinung des Spätkapitalismus. Dieser Widerspruch, in dem wir alle stehen, ist absolut und läßt sich nur zeitweise lösen. Eine Einheit dieser Gegensätze ist relativ und muß ständig aufs Neue erkämpft werden, wodurch mal das eine und mal das andere Element die Oberhand gewinnt.

Das läßt sich weder einseitig gegen die Organisation noch gegen die Ausgetretenen wenden. Bei den einen besteht die Tendenz darin, ihren Austritt nachträglich zu politisieren - und die Organisation neigt dazu, die Sache zu personalisieren (der ist weg vom Fenster, bringt nichts mehr etc.).

Im KB geht man davon aus, daß sich die richtige Erkenntnis mehr oder weniger schematisch in eine entsprechende persönliche Praxis umsetzen läßt, wenn man nur genügend moralischen Druck anwendet. Es wird in der Organisation ja nicht akzeptiert, daß ein (ehemaliger) Kommunist „auf einmal“ nicht mehr die alte Leistung bringt. Er kriegt die Pistole auf die Brust gesetzt und wird gefragt: Was bist du, Kommunist oder Ausgeflippter? Mit den Worten „Aus- oder Wegflippen“ hat man den so herbeigeführten Austritt auf eine Weise gekennzeichnet, die die Mühe des weiteren Nachdenkens erspart: Klappe zu, Affe tot! Genau so steht die Alternative für viele „Ehemalige“ eben nicht, wie u.a. die Leserbriefe zu diesem Thema beweisen.

Das heißt: Jemand, der mal „drin“ war, hat keine Möglichkeit, seine Widersprüche durch Verringerung der politischen Arbeit zu lösen, weil er sonst neben seinen Schwierigkeiten noch ständig den Hammer vom Verein auf den Kopf kriegt. Was in diesem Klima bleibt, ist nur der radikale Bruch.

Im Gegensatz zur weit verbreiteten Meinung in der Organisation muß doch mal klar gesagt werden, daß der Austritt eben kein individueller Vorgang ist, sondern ein wechselseitiger Prozeß, der sich schon lange vorher ankündigt und sich oft gegenseitig hochschauelt. Viele Ausgetretene würden wahrscheinlich noch in irgendeiner Form mit dem KB zusammenarbeiten, wenn man dort ein bißchen flexibler wäre und mehr Rücksicht auf die individuelle Leistungsbereitschaft genommen hätte, statt die Leute immer nur mit dem kommunistischen Anspruch vorwärts zu treiben. Wie das organisatorisch umzusetzen ist (Gibt es mehrere Ebenen der Mitgliedschaft?), ist eine andere Frage.

Es scheint aber angebracht, die Vereinsstruktur mal unter diesem Gesichtspunkt zu überprüfen und die Frage zu stellen, wer wirklich subjektiv den Anspruch hat, Kommunist zu werden. Das ist vielleicht nicht unbedingt bei allen der Fall. Natürlich wird man zum Kommunisten erzogen, aber das Problem ist doch, daß sich das einmal erreichte Niveau der politischen Arbeit nicht in jedem Fall über Jahre hinweg aufrecht erhalten läßt. Genau hier gilt es eben, Lösungen zu finden.

Eine andere Erscheinung des schematischen Herangehens an o.g. Widerspruch ist, daß viele KBler offenbar nur mit Leuten zusammenarbeiten wollen, die im theoretischen Niveau „unten“ stehen, die man sozusagen auf kommunistisches Niveau hinaufentwickeln kann. Wer aber den „Durchblick“ hat, muß auch eine entsprechende Praxis entwickeln, sonst ist das ein schlechter Mensch, mit dem man am besten jeden Kontakt abbricht. Da ist doch was faul, daß für die Organisation oftmals eine Zusammenarbeit mit SPDlern eher möglich ist als mit ehemaligen Genossen! Motto: Der Kerl soll voll mitmachen oder wegleiben. AK-Verkaufen (ohne organisiert zu sein) und denn noch im Stadtpark auf der Wiese liegen wollen, scheint an den Grundlagen des Vereins zu rütteln.

Das Problem der Austritte läßt sich politisch nur lösen, wenn man wirklich anerkennt, daß es verschiedene Ebenen der politischen Arbeit gibt, die hinsichtlich des persönlichen Einsatzes unterscheiden. Das Maß an individueller Freiheit und politischer Leistung ist verschieden. Aufgabe einer kommunistischen Organisation wäre es, eine entsprechende Bündnispolitik nicht nur mit anderen Zirkeln, sondern auch mit Individuen auf diesen verschiedenen Ebenen zu entwickeln. Zusammenarbeit so weit wie möglich, auch wenn der (oder die) Betreffende daran kein Interesse hat, Kommunist zu werden. Genau diesen Ansatz hat der KB nur in begrenztem Maße, was seine Politik nach außen angeht, aber nicht gegenüber ehemaligen Genossen. Es fragt sich, wie lange man unter den gegebenen Verhältnissen dieses Potential noch brachliegen lassen kann. Natürlich muß eine kommunistische Organisation verlangen, daß sich jeder, der Kader ist und sein will, voll für die Sache einsetzt - ohne wenn und aber. Das berechtigt die KBler aber in keiner Weise, in bekannter abfälliger Manier über ein ehemaliges Mitglied zu sprechen („Der flippt rum“).

Frage: Flippen alle rum, die politisch arbeiten, ohne im KB zu sein? Wo ist die Grenze? Was weiß die einzelne Zelle eigentlich wirklich über ihre „Ehemaligen“? Hat man mal abgecheckt, inwieweit die Leute noch bereit sind, was zu tun? Welche Initiativen wurden (außer einer vernichtenden Kritik) noch ergriffen, um vielleicht eine andere Ebene der Zusammenarbeit zu entwickeln?

„Die Krankheit heilen, um den Patienten zu retten“ - das ist Trumpf!

(ohne Verfasser-Angabe)



Soweit ist es mit uns gekommen!

(Von einem Genossen der AK-Redaktion).

Eine seit 1972/73 im HBV-Bereich des KB (HBV = Handel, Banken und Versicherungen) „organisierte“ Genossin hat über ihren Werdegang im KB und ihre jetzige Situation einen Bericht geschrieben, der mich (obwohl mir Vorgänge wie dort geschildert eigentlich nicht neu waren) ziemlich erschüttert hat. Hier zunächst die meiner Meinung nach wichtigsten Auszüge. Es empfiehlt sich, nicht flüchtig darüber weg zu lesen, sondern den Text sehr genau zu verfolgen:

„1972/73 wurde ich durch eine Genossin im Betrieb organisiert. Diese Organisation habe ich im Wesentlichen gemacht, damit ich meine Betriebsarbeit mit fortschrittlichen Leuten diskutieren konnte. Nicht jedoch mit dem Anspruch, mich als Kommunist total für die Arbeiterklasse aufzuopfern. Die Ansprüche in der kommunistischen Organisation sind wesentlich höher gewesen als mein Wissensstand und mein Bewußtsein, denn ich hatte mich vorher weder um linke noch um fortschrittliche Zeitungen gekümmert.

Obwohl ich diesen niedrigen Bewußtseinsstand hatte, wurde ich sofort in den HBV-Bereich integriert und mit entsprechenden Aufgaben belegt. Es wurde nicht versucht, dieses Defizit durch Schulungen etc. auszugleichen. (Ich hatte z.B. nur 2 - 3 AKs gelesen und war dann schon organisiert worden). Insbesondere fiel mir das Verhalten der Genossen auf, als ich organisiert war, daß die Betreuung um mich rapide sank, um sich wieder um die sogenannten neuen Sympis zu kümmern.

Im Betrieb gab es ziemlich viele Widersprüche und Differenzen und unsere Unterstützung von außen [Zelle] war wenig bis gar nicht. In der ersten Zeit hatte ich für viele Sachen eine ungeheure Begeisterung eingebracht, die sich auch auf viele Genossen bezog [Zusammengehörigkeitsgefühl, Stärke, Vertrauen etc.]. Der Unmut in der Zelle bei mir und auch bei anderen [...] verstärkte sich, als konkrete Diskussionen über Kollegengespräche oder sonstige Schwierigkeiten der Genossen unter den Tisch fielen und angeblich wichtigere Themen diskutiert wurden. Dies war zum großen Teil abgehoben vom Interesse und Wissensstand der Genossen, wurde aber geschluckt. Gewerkschaftliche Arbeit wurde fallengelassen mit dem Argument, dies würde nichts bringen [...]. Es gab auch einige Proteste von uns, da fast nie Zeit war für Kollegentreffs, weil die Organisationstermine nach Ansicht der Anleiter immer wichtiger waren. Vielfach mußten sie [Kollegentreffs] auch kurzfristig abgesagt werden. Wie sich das auf die Kollegen und die mit ihnen geführte

Zusammenarbeit auswirkte, sollte klar sein. Wir selbst waren leider nicht in der Lage, uns mit unseren Forderungen durchzusetzen oder hielten unsere Meinung auch zum großen Teil hinterm Berg.

(Die Genossin beschreibt dann den häufigen Anleiterwechsel in ihrer Zelle, die negative Reaktion anderer Genossen auf ihren Rausschmiß aus dem Betrieb — »selbst schuld« — und ihre Versuche, aus gesundheitlichen Gründen ein Rauchverbot auf Terminen durchzusetzen).

„...Ich selbst habe des öfteren gemerkt, daß ich Angst hatte, meine Position, wenn sie nicht der KB-Meinung entsprach, zu vertreten, weil ich Angst hatte, angemacht zu werden. Oder daß ich wieder [AK] verkaufen ging, weil das einen immer in die Situation versetzte, daß man wieder „in“ war, man konnte wieder mitreden, man wurde wieder akzeptiert. Eine Diskussion über allgemeine Unzufriedenheit und Resigniertheit wurde total abgeblockt von der Anleitung. Dies sei nur Gejammer und führe zu nichts. Ich war der Meinung, daß man doch erstmal darauf eingehen sollte, auch wenn jemand die Lage oder Kritik nicht genau analysieren kann oder eventuell noch keine besseren Vorschläge machen kann. [...] Ich habe auch gemerkt, daß ich nicht in der Lage bin, viele Probleme an andere weiterzugeben und die Politik des KB zu tragen, weil ich vielfach mir selbst noch nicht klar bin, was ich für richtig halte und was nicht. Z.B. hinter die Parolen des Bauzaunsturmens kann ich mich heute noch nicht stellen und kann infolgedessen auch nicht — so wie von mir verlangt wird — mit anderen Leuten so diskutieren. Und das geht mir bei vielen Sachen so, die mir noch nicht klar sind — wo ich aber auch Angst habe, meine eigene Meinung zu äußern, z.B. zur Terroristenfrage.“ (Die Genossin schreibt dann über Aktionismus und über das AK-Verkaufen).

„...Ein anderer Punkt ist das Verkaufen in der Probezeit. Ich wollte nur noch Außenverkauf machen, da ich ziemlich viel Angst hatte, gesehen zu werden und wieder rausgeschmissen zu werden. Die Anleitung versuchte mich aber zu bewegen, auch hier in linke Kneipen verkaufen zu gehen, weil dort wahrscheinlich keine Kollegen verkehren. Dies hatte ich im zweiten Betrieb zwar teilweise auch in der Probezeit gemacht, aber wenn man dann wieder rausgeschmissen wird, wird man doch vorsichtiger.

Außerdem wurde mir auch vorgeworfen, ich hätte mich bei der zweiten Kündigung [Ablauf der Probezeit] politisch zu still im Betrieb verhalten. Auf welche Basis sollte ich wohl meine politischen Aktivitäten hier stützen, wenn ich nur 2 — 3 Monate dort war und die Kollegen kaum

kenne. Dies wäre ja wohl mehr als abgehoben. Wohl habe ich versucht, diese Kündigung mit 1—2 Kollegen zu diskutieren, soweit möglich, aber dort etwas hochzuziehen, wäre absurd. Gerade diese abgehobene Haltung gegenüber Kollegen ist ein wesentlicher Faktor, den ich abzubauen versuche. Da man mehr Kenntnis und Informationen hat als die Kollegen, und die hohen Ansprüche der Organisation auch auf die Kollegen zu übertragen versucht, stößt man viele ab. Die Diskussionen, die ich meistens mit ihnen geführt habe, waren aggressiv von vornherein. Schon gar, wenn sie eine andere Meinung hatten, obwohl ich doch angeblich die besseren Argumente hatte. Viele Kollegen interessieren sich gar nicht für die Probleme, die wir behandeln, oder nur aus »Bild« und »Morgenpost«. Wir müssen uns erstmal herantasten, versuchen zu verstehen, warum der andere diese oder jene Meinung hat und ihm nach und nach die Fakten und Argumente geben, die er benötigt, um sich selbst mehr oder weniger ein Bild von der Situation zu machen, d.h. er muß möglichst unsere Meinung und Beweggründe nachvollziehen können...“ (Die Genossin schließt dann, sie habe in all diesen Jahren den AK fast nie »richtig« gelesen, und in letzter Zeit gar nicht mehr. Sie möchte aus der Organisationsarbeit aussteigen, aktuelle Tagesthemen aus verschiedenen Zeitungen und den AK lesen, eine Frauengruppe aufbauen ...).

Sind wir überhaupt eine kommunistische Organisation?

Ist die Art, wie wir die Genossin bei uns »organisiert« hatten, ein Einzelfall? Ganz bestimmt nicht! Im Protokoll über eine Vollversammlung eines unserer Hamburger Bezirke (August 78) heißt es z.B.:

»Die meisten Genossen meinten, daß sie, seit sie organisiert sind, keine systematische Erweiterung ihrer politischen Perspektive erfahren haben ... Besonders in letzter Zeit haben sich neue Genossen über die praktische Arbeit in der BI oder einer Frauengruppe im KB organisiert, ohne wesentliche Fragen, die über diesen Bereich hinausgehen [Faschisierung, sozialistische Revolution] mit Genossen diskutiert zu haben. Wir arbeiten völlig planlos mit AK-Lesekreisen und Sympathisantengruppen, und versuchen jedenfalls nicht, mit diesen systematisch an die Organisation von neuen Genossen heranzugehen. Wir müssen klären, welche Bedeutung AK-Lesekreis und Sympathisantengruppe für unsere Arbeit haben...«

(Hervorhebungen von mir).

Der DKP haben wir immer vorgeworfen, daß man dort nur noch einen Vordruck auszufüllen braucht, um »Mitglied der Kommunistischen Par-

tei“ zu werden. Wenn man aber liest, wie wir diese Genossin bei uns „organisiert“ haben, sind wir im Grunde nicht besser als die DKP.

Der Unterschied ist nur der, daß man bei der DKP als Mitglied nur seinen Beitrag zu zahlen braucht und ansonsten kaum mitzuarbeiten braucht, während bei uns die »Neuen« gleich mit Arbeit vollgeknallt werden — was ihnen allerdings auch Zeit nimmt, um sich tiefere Kenntnisse unserer Politik und des Marxismus-Leninismus anzueignen. Eine kommunistische Organisation unterscheidet sich von anderen Organisationen auch dadurch, daß nicht einfach jeder Mitglied werden kann, der diesen Wunsch äußert (oder womöglich, wie in dem Falle der Genossin, eigentlich noch nicht einmal selbst diesen Wunsch hat). Im alten KPD-Statut (von 1951) hieß es beispielsweise: „Mitglied kann sein, ... wer die Grundsätze und Ziele der Partei anerkennt“. Das setzt voraus, daß diese Grundsätze und Ziele dem neuen Mitglied bekannt sein müssen, was bei unserer Aufnahme-Politik aber oft überhaupt nicht der Fall ist. Einfach wäre die Sache, wenn wir ein Programm hätten oder ein Heftchen „Was will der KB?“, die zur Pflichtlektüre gemacht werden könnten. Auf der anderen Seite würde ein solches Programm oder Heftchen zwangsläufig die volle Realität unserer Politik und deren zeitliche Entwicklung nicht zum Ausdruck bringen können. Auch wenn also ein solches Programm oder Heftchen erstellt werden würde, würde sich immer noch die gleichzeitige Lektüre wichtiger Artikel aus alten AKs empfehlen. Dies könnte etwa so laufen: jemand möchte näher an den KB heran oder Mitglied werden; es wird eine Liste von alten AK-Artikeln, Broschüren etc. zusammengestellt (unter besonderer Berücksichtigung der vom Betreffenden angegebenen speziellen Interessen und Fragen); dann wird mit dem Betreffenden über aufgetretene Fragen diskutiert, eventuell zu bestimmten Punkten weitere Lektüre (auch der »Klassiker«) empfohlen — so daß schließlich einigermaßen klar geworden ist, was der KB ist und was er will, und beide Seiten (das neue Mitglied bzw. der »Kandidat« und der KB) ungefähr wissen, worauf sie sich einlassen wollen.

Der ganze Vorgang könnte sich auch kollektiv abspielen, also in Schulungsgruppen für »Kandidaten«. Von einem herkömmlichen AK-Lesekreis (wovon es ja schon viele gibt) müßten sich solche Schulungsgruppen dadurch unterscheiden, daß hier nicht mehr oder weniger willkürlich interessante Artikel aus den laufenden AKs herausgesucht und besprochen werden, sondern daß systematisch und planmäßig vorgegangen wird, vor allem eben auch in der Aufarbeitung alter AK-Artikel.

Eine derartige »Kandidaten«-Schulung kann nur dann sinnvoll verlaufen, wenn sie von qualifizierten Kadern unserer Organisation angeleitet und ständig betreut wird. Die Sache geht natürlich schief, wenn sich beispielsweise ein Zellenanleiter darum kümmern soll, der selbst nur un-

vollständige und verzerrte Vorstellungen von der Politik des KB und vom Marxismus-Leninismus hat.

Von einer Aufnahme-Politik, wie ich sie hier skizziert habe, sind wir heute weiter entfernt, als in den Anfängen unserer Organisation. Obwohl dies weithin bekannt war (ich schließe mich ein), hatten wir das bisher überhaupt nicht problematisiert, was zeigt, daß uns die Sensibilität für solche primitivsten Voraussetzungen einer kommunistischen Organisation ziemlich abhanden gekommen ist.

Was sind die Ursachen unseres Versagens?

Daß im KB vielfach eine sozialdemokratische Aufnahme-Politik eingerissen ist (die auch nicht durch eine verbindliche Schulung im KB ausgeglichen wird), hat u.a. folgende Ursachen:

- 1) Es wirkt im Grunde dasselbe Prinzip wie bei den berüchtigten Wettbewerben der DKP („Wer wirbt bis Jahresende die meisten neuen Mitglieder?“). D.h., eine Einheit, ein Anleiter, die auf das „Gewinnen“ neuer Mitglieder verweisen können, stehen bei ihren „Vorgesetzten“ besser da als eine Einheit, deren Mitgliederzahl stagniert oder gar abbröckelt.
- 2) Es ist nicht klar, was überhaupt die Organisation des KB ist und wer ihr angehört. Es gibt keine für den gesamten KB verbindliche Definition der Organisation, der Mitgliedschaft und des Aufnahmeverfahrens. Die Grenze zwischen Mitgliedern, Sympathisanten, AK-Lesekreisen etc. ist offen.
- 3) Wir verfügen nicht über ein abgestuftes System von Arbeitskreisen, Organisationen usw., die wir denjenigen „anbieten“ können, die sich (noch) nicht im KB organisieren wollen, aber die in bestimmter Weise mit uns zusammenarbeiten wollen. Die Einrichtung eines solchen Systems wird bisher zusätzlich dadurch erschwert, daß sektiererisches und überhebliches Denken im KB immer noch weit verbreitet ist. D.h., man geht davon aus, daß „Kommunisten“ (KB-Mitglieder) etwas „Besseres“ seien als beispielsweise die Mitglieder einer Frauengruppe oder eines demokratischen Jugendverbands. Man tritt an solche Gruppen und Organisationen besserwisserisch als Inhaber der sogenannten „langfristigen politischen Klarheit“ heran und mißt sie an der Elle des KB. Man betrachtet sie nur als Durchlauferhitzer, sozusagen als politischen Vorschulkindergarten des KB. Das Ziel ist, die Leute dort möglichst bald herauszuholen und sie im KB zu „organisieren“.

Dabei wird nicht bedacht, daß die kommunistische Organisation auf Dauer nur lebensfähig sein kann, wenn neben ihr, außer ihr, um sie herum usw. die vielfältigsten Arbeitskreise, Gruppen, Initiativen, Organisationen etc. bestehen, in denen Kommunisten mitarbeiten können — und die wir gerade auch aus diesem Grund nicht durch eine idiotische Rekrutierungs- und Spal-

tungspolitik auf den Hund bringen dürfen.

- 4) Die Genossin äußert sehr klar, mit welchen Vorstellungen sie zunächst an den KB herangetreten ist: „... damit ich meine Betriebsarbeit mit fortschrittlichen Leuten diskutieren konnte“. Wenn die Vorstellungen derart klar sind und auch so klar geäußert werden, wäre das Problem nur noch, den Betreffenden etwas für sie Zweckmäßiges, ihren Interessen Entsprechendes anzubieten (siehe Punkt 3). Dies wird aber wahrscheinlich nicht in allen Fällen so bewußt sein und so klar geäußert werden. Das heißt, subjektiv wird vielleicht oft tatsächlich der Wunsch geäußert, sich im KB zu organisieren. Dies umso mehr wenn wir nichts anderes „anbieten“ bzw. empfehlen, und wenn wir zudem andere Arbeits- und Organisationsformen abwerten, als im Grunde minderwertig gegenüber einer „Organisierung“ im KB hinstellen. In jedem Fall müßten wir den subjektiven Wunsch nach Organisierung im KB erst einmal hinterfragen. Wenn dann auch noch gewährleistet ist, daß sich „Neue“ erst einmal mit den Grundsätzen und Zielen unserer Organisation vertraut machen (und auseinandersetzen) müssen, braucht es nicht mehr zu passieren, daß Menschen versehentlich, aus einem Mißverständnis oder gar gegen ihren Willen im KB „organisiert“ werden.
- 5) Die vielfach von uns betriebene sozialdemokratische Aufnahme-Politik hängt wohl auch mit dem undogmatischen Selbstverständnis und Anspruch des KB zusammen. Wir haben es bisher aus gutem Grund vermieden, im KB die Köpfe stromlinienförmig auszurichten. Es ist aber doch ein Riesensunterschied, ob die Existenz unterschiedlicher Standpunkte zu einzelnen Fragen auf der Einheit und Klarheit in den grundlegenden Dingen und auf einer ständigen politisch-theoretischen „Weiterbildung“ aller Mitglieder aufbaut — oder ob sie teilweise einfach Ausdruck von Unkenntnis unserer Politik und der „Klassiker“, Ausdruck mangelnder innerer Diskussion und fortschreitender Versumpfung ist.

- 6) Ein wesentliches Problem ist, daß es uns an qualifizierten Kadern mangelt, die die Voraussetzung für eine kommunistische Aufnahme-Politik und weitere politisch-theoretische Betreuung neuer Mitglieder schaffen könnten. Bzw. es gibt für unsere qualifizierten Kader allzuviel an der e Arbeit. Kader, die zwar praktisch schon erfahren und einigermaßen standfest, aber politisch-theoretisch noch nicht ausreichend qualifiziert sind, können sich oft nicht weiterentwickeln, weil sie im Alltagskram steckenbleiben. Es wird nicht bedacht, daß unsere Kader ihre sonstigen Arbeiten eben einschränken müssen, um sich selbst ständig politisch-theoretisch weiterzuentwickeln und um auch anderen dabei zu helfen. Sonst nutzen uns auf Dauer die schönsten politischen Erfolge nicht — weil wir dabei unsere Organisation zugrunde richten!

Wir alle brauchen mehr Schulung

Die Genossin schreibt: „... Es wurde nicht versucht, dieses Defizit durch Schulungen etc. auszugleichen“. Das dürfte im KB sogar noch häufiger sein als die beschriebene sozialdemokratische Aufnahme-Politik: Neue Mitglieder werden gleich mit Arbeiten vollgeknallt, die sie teilweise inhaltlich gar nicht tragen können. Verkaufs-Einsätze, Mitgliedsbeitrag, regelmäßige und pünktliche Teilnahme an Terminen zählen weit mehr als die politisch-theoretische Weiterentwicklung der „Neuen“.

Das KPD-Statut von 1951 sah die „Durchführung einer systematischen marxistisch-leninistischen Schulung der Mitglieder“, besonders die „politische Erziehung“ neuer Mitglieder vor. Auch im KB-Statut (es gibt tatsächlich eines!) ist die Verpflichtung enthalten, „den politisch-theoretischen Bewußtseinsstand der einzelnen Mitglieder zu heben“.

Es gibt jedoch meines Wissens im KB keine systematische Schulung der Mitglieder, insbesondere auch keine spezielle Schulung neuer Mitglieder. Es gibt schon gelegentlich Schulungen, das ja, aber ohne Systematik und Kontinuität, auch ohne Zentralisierung.

Man kann häufig von Kadern und „alten Hasen“ des KB hören, daß sie seit langer Zeit nicht mehr dazu gekommen seien, den AK „richtig“ zu lesen, und daß sie von den „Klassikern“ in den letzten Jahren kaum etwas gelesen hätten. Im Wesentlichen zehren wir von der Substanz, von dem politisch-theoretischen Fettpösterchen, das wir uns teilweise noch vor Gründung des KB (Herbst 1971) angelesen haben.

Als Grund heißt es überall: „Ich schaff das einfach nicht mehr, das zu lesen“. Wahrscheinlich ist tatsächlich die Überlastung aller Genossen, insbesondere auch unserer Kader, der Hauptpunkt des Problems. Die Arbeitsüberlastung ist jedoch nicht der einzige Grund für die Vernachlässigung marxistisch-leninistischer Schulung und Weiterbildung:

Beispielsweise haben ziemlich idiotische Bücher wie das von Shulamit Firestone oder die „Hautungen“ von Verena Stefan, oder auch der „Kleine Unterschied“ (auf das ich das Wort „idiotisch“ nicht beziehe) von Alice Schwarzer im KB teilweise sehr engagierte Diskussionen ausgelöst. Heißt also: Es gab Zeit, um diese Bücher zu lesen, und es gab sogar Zeit, um stundenlang und wiederholt über diese Bücher zu diskutieren, z.T. sogar auf Anleiter-Ebene. Es kann also nicht fehlende Zeit allein gewesen sein, die daran schuld ist, daß man/frau nicht zur Lektüre und Erörterung beispielsweise des „Linken Radikalismus“ von Lenin oder „Über den Widerspruch“ von Mao gekommen ist.

Der springende Punkt scheint mir eher, daß sich an Büchern und Themen wie den zuerst genannten „persönliche Betroffenheit“ festmacht

bzw. entwickelt, an den „Klassikern“ jedoch nicht. Mit der Konsequenz, daß man sich für Bücher und Themen der ersten Art halt die nötige Zeit nimmt, für die „Klassiker“ oder den AK jedoch nicht unbedingt. Anders gesagt: Für die Probleme, die uns am meisten „brennen“, suchen wir Antwort eher bei Firestone und Schwarzer, als bei den „Klassikern“. Oder nochmals anders ausgedrückt: Die Probleme, die uns am meisten „brennen“, sind die der persönlichen Beziehungen, nicht die des politischen Kampfes. Dies wird durch eine ideologisierte „Unterordnung persönlicher Bedürfnisse“ normalerweise dezent verdeckt, bricht aber in solchen Strohfeuern und Gruppenhysterien wie beispielsweise in die Bücher von Shulamit Firestone und Verena Stefan offen aus.

Ich möchte diese Beobachtung noch durch eine kleine Statistik ergänzen. Zu diesem Zweck nenne ich hier (aus der Erinnerung, aber m.W. vollständig) sämtliche Themen, zu denen der AK größere Zahlen (d.h. mehr als drei) von Leserbriefen erhalten hat:

- Palästina – nach dem palästinensischen Kommando-Unternehmen während der Münchner Olympiade (1972) forderten mehrere Stellungnahmen vom AK eine deutliche Verurteilung der Aktion.
- Ereignisse in den Ländern des „realen Sozialismus“ (meist Briefe mit der Tendenz, diese Verhältnisse gegenüber der Kritik im AK in Schutz zu nehmen).
- Walpurgis-Nacht.
- Diskussion um das Thema „Frauenfeindlich“ (am Beispiel der Pop-Sängerin Jutta Weinhold). Dies Thema hat, abgesehen von der jetzt laufenden Diskussion „Wie gehts weiter im KB?“, die größte Zahl von Briefen erreicht.

- Homosexuelle.

- Eine sehr große Zahl primitiver, rein moralisierender und motzen-der anonymer (!) Briefe zum Thema Terrorismus, vor allem nach der Schleyer-Entführung. Ein beträchtlicher Teil davon kam vermutlich von Sympathisanten und Mitgliedern des KB, die innerhalb unserer Organisation sich mit ihrer Meinung nicht hervortrauten und sich dafür auf diesem Weg Erleichterung schafften.

- Eine ebenfalls recht große Zahl von Briefen (im Laufe der Zeit zusammengekommen), in denen die Art kritisiert wurde, wie sich der KB mit anderen Organisationen auseinandersetzt, insbesondere angeblich unsachliche Aussagen über den KBW und ungerechte Behandlung des Trotzismus.

Ich meine, diese Aufstellung zeigt klar, in welche Richtungen das spontane, von LG und AK nicht „dirigierte“, Interesse im KB geht, und wohin es andererseits eben leider nicht geht. Warum kommen nicht beispielsweise zum Thema Betriebsarbeit und Betriebsratswahlen mit derselben Spontanität und Lust 20 Leserbriefe wie zum Thema „Jutta Weinhold“? Warum haben sich bisher Widersprüche in Sachen Terrorismus

(die Spannweite im KB reicht von Sympathie für den Terrorismus bis zu humanitär-pazifistischen Betrachtungsweisen des Problems) nur in Form der erwähnten anonymen, inhaltsleeren Briefchen geäußert? Warum werden nicht Fragen des antifaschistischen Kampfes oder der kommunistischen Taktik zu den bürgerlichen Wahlen ebenso mit einer größeren Zahl schriftlicher Stellungnahmen diskutiert wie Meinungsverschiedenheiten über die Länder des „realen Sozialismus“? Meine These dazu: allgemeine Probleme des politischen Kampfes hierzulande gelten weithin als Pflicht – man behandelt sie, aber vielfach ohne große Begeisterung und inneres Engagement. Persönliche Probleme, „Frauenfrage“, „Schwulenfrage“ oder auch gelegentlich Probleme der ausländischen Politik hingegen bilden eher die „Kür“, haben vielleicht geradezu einen Lust- und Repro-Wert.

Viel hängt ganz bestimmt auch vom Verhalten der Leitung ab. So haben wir z.B. vor den Bundestagswahlen 1972 in der gesamten Organisation, d.h. in sämtlichen Einheiten, eine Diskussion über unser Vorgehen initiiert. Jede Einheit wurde darauf verpflichtet, schriftlich Stellung zu beziehen. Tatsächlich hat das zu über 90 % wirklich „geklappt“.

Verglichen damit ist die „Diskussion“ zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen in diesem Jahr viel zerfahrener und unfruchtbarer verlaufen. Da taktische Fragen bis in die Leitung hinein allzu lange ungeklärt waren, und da in den Einheiten nicht rechtzeitig systematisch und zentralisiert diskutiert wurde, gab es überall eine Vielzahl von Widersprüchen, die nicht weiterdiskutiert wurden, jedenfalls nicht in unserer zentralen Presse diskutiert werden konnten. (Es sind, sogar nachdem im AK dazu ein etwas ausführlicher redaktioneller Artikel erschien, bisher nur zwei Leserbriefe eingegangen).

Bei uns, d.h. beim LG und bei der AK-Redaktion, liegt es, gezielt Fragen aufzuwerfen und zur Diskussion zu stellen. Beispielsweise hat die Diskussion über das Thema „Wie geht es weiter im KB?“, kaum begonnen, schon starke Ergebnisse zu verzeichnen. Diese Ergebnisse liegen nicht nur in der relativ großen Zahl von Einsendungen, sondern vor allem darin, daß ca. 2/3 der Briefe ausführliche Artikel sind. Das ist außergewöhnlich, denn im KB war es bisher leider fast ausnahmslos stets so, daß Artikel zu grundsätzlicheren Themen entweder von der Redaktion oder gegebenenfalls von den speziellen Kommissionen angefertigt werden. Es geht also darum, um zum Abschluß dieses Punkts zu kommen, außer der Einrichtung einer systematischen und verbindlichen Schulung und Weiterbildung auch kontroverse Diskussionen zu allen wesentlichen Problemen unserer Politik (Betriebsarbeit, Wahlen, Bündnispolitik etc.) in unserer zentralen Presse und/oder gegebenenfalls auch über interne Papiere zu organisieren. Die Zeit dafür müssen wir alle uns einfach nehmen, und das derzeit

vorherrschende eingefahrene, routinemäßige Herangehen (Widersprüche werden weggebügelt statt ausdiskutiert), das ein direktes Ergebnis der allgemeinen Überlastung ist, muß aufgebrochen werden.

Anleitung statt Psycho-Terror!

Die Genossin beschreibt in ihrem Bericht, wie sie konkret mit der "Anleitung" für ihre politischen Aktivitäten im Betrieb konfrontiert wurde. Auch in dieser Beziehung schildert sie m.E. die Situation in beträchtlichen Teilen unserer Organisation im Wesentlichen zutreffend: Es kommt allzu oft vor, daß Genossinnen/Genossen für ihre politische Aktivität im Betrieb, in einer BI, einer Frauengruppe etc. eher angemacht und eingeschüchtert, statt tatsächlich angeleitet werden. Das heißt, es werden von ihnen ganz bestimmte Erfolge erwartet (gefordert), die entweder nach Lage der Dinge gar nicht von den betreffenden Genossen "gebracht" werden können (wenn sie z.B. neu im KB sind, politisch selbst unsicher sind, keine Schulung erhalten usw.), oder die – was noch erheblich schlimmer ist – auf sektiererischen Vorstellungen von Massenarbeit aufbauen. Daß "Anleiter" keine Ahnung vom Arbeitsbereich eines von ihnen "Anzuleitenden" haben und sich darum auch gar nicht ernsthaft bemühen, dürfte keine Seltenheit sein. Ich behaupte, daß viele relativ "unqualifizierte" Genossinnen und Genossen sozusagen mit ihrem gesunden Menschenverstand (d.h. mit ihrer praktischen Erfahrung) weitaus besser als ihre "Anleiter" wissen, was ihrem Arbeitsbereich zu machen ist. Was die Genossin z.B. in ihrem Bericht über das Herangehen an die Kollegen sagt, scheint mir im Wesentlichen goldrichtig. Trotzdem verhalten sich doch "Anleiter" allzu oft so, daß sie von den Genossen sichtbare (und natürlich möglichst rasche) "Erfolge" sehen wollen, wie etwa Verkauf des AK an Kollegen, "Kontakt-Gespräche", "Agitation" von Kollegen zu Veranstaltungen und Demonstrationen usw. Selbst wenn dies wohl im allgemeinen nicht als offene Einschüchterung auftritt, so fürchte ich doch, daß das Klima in beträchtlichen Teilen des KB Genossen veranlaßt, in ihrem Arbeitsbereich Dinge gegen ihre eigene Überzeugung zu tun, um nicht in ihrer Zelle etc. als Nieten und Versager dazustehen. Daß dies bei manchen Genossen schließlich einen Druck erzeugt, der sich irgendwann in wilden demagogischen Tiraden gegen den KB und speziell gegen die "Diktatur des LG" entlädt, ist gut verständlich.

Es ist doch bezeichnend, daß es wohl seit ca. 1972/73 in unserer Presse keine öffentliche Auseinandersetzung mehr über Probleme der Betriebsarbeit gegeben hat, und daß auch die interne Diskussion über solche Probleme weitgehend tot ist. Ein Grund dafür ist gewiß auch, daß viele unserer alten Betriebskader inzwischen aus den Betrieben geflogen sind, heute in anderen Bereichen arbeiten und sich daher selbst ganz

andere Schwerpunkte setzen. Das Ergebnis ist jedenfalls, daß die Betriebsarbeit kaum problematisiert wird, und daß von einer wissenschaftlichen Anleitung in s g e s a m t gar nicht und im Einzelfall nur bedingt die Rede sein kann.

Einschüchterung und abgehobene Anforderungen in der "Anleitung" gehen doch meist Hand in Hand mit der Tatsache, daß die betreffende "Anleitung" gar nicht fähig ist, wirklich die betreffende Arbeit anzuleiten, den Genossen echte Hilfen zu geben usw., und daß dies häufig nicht einmal versucht wird. Denn echte Anleitung setzt selbstverständlich konkrete Untersuchungsarbeit voraus, während sich abgehobene Anforderungen losgelöst vom konkreten Fall sehr einfach stellen lassen.

Hierbei möchte ich allerdings auch deutlich sagen: meiner Meinung nach übersteigt die Forderung nach allseitiger Anleitung aller Arbeitsbereiche sämtlicher Genossen durch den KB schlichtweg die aktuellen Möglichkeiten unserer Organisation. Anleitung setzt, wie gesagt, zumindest Untersuchungsarbeit (und am besten auch eigene Erfahrung) voraus. Wie soll z.B. eine Bereichsanleitung es denn schaffen, insgesamt mehr als nur allgemeine, grundlegende Hinweise für die politische Arbeit im betreffenden Bereich zu geben? Und doch kommt es ja oft vor, daß einzelne Genossen oder Kollektive an ihre Anleitung offensiv mit der Forderung herantreten, sie wollten "angeleitet werden" bzw. über ihre Probleme diskutieren. Die Situation verschärft sich noch, wenn – wie es manchmal geschieht – die betreffenden Genossen bzw. Kollektive mit einer reinen Konsumhaltung auf die Anleitung zukommen. Das heißt, diese Genossen scheuen sich beispielsweise, ihre Arbeit schriftlich zusammenzufassen, oder sie schmieren ohne viel Einsatz irgendetwas zusammen, was schon von der äußeren Form her ein detektivisches Herangehen erfordert, und wo inhaltlich weder Schwerpunkte noch Fragestellungen strukturiert sind. Es kommt vor, daß sich Genossen beklagen, sie könnten die Probleme ihrer politischen Arbeit nicht in ihrer Zelle etc. diskutieren – aber bei näherem Nachfragen diese Probleme gar nicht benennen können, gar keine konkreten Fragen angeben können. Man macht es sich meiner Meinung nach allzu einfach, wenn man auch dafür noch die Schuld bei den Anleitern sucht, deren Aufgabe es eben sei, nicht nur Antworten zu geben, sondern zuvor auch noch die Fragen herauszufinden. Hier wäre es ehrlicher, wenn wir tatsächlich klar sagen würden: a) alles und jedes können wir mit unseren derzeitigen Kräften unmöglich anleiten. Schwerpunkt muß die Entwicklung der allgemeinen "Richtlinien" für den betreffenden Bereich sein; b) eine echte Anleitung kann nur unter aktiver Mitwirkung der "Anzuleitenden" funktionieren, wozu u.a. ein sauberes Berichtswesen gehört. Für das Berichtswesen müßten endlich verbindliche Richtlinien aus-

gearbeitet werden, was Form ebenso wie Inhalt angeht, sodaß beispielsweise klar ist, was in einen Bericht hineingehört und was nicht. (Die Situation ist heute so, daß Berichte weitgehend nach Gutdünken angefertigt werden, also überflüssige Details die Berichte belasten, wesentliche Dinge hingegen oft zu kurz kommen).

Die wichtigste Voraussetzung für eine echte kommunistische Anleitung aber ist die prinzipielle Übereinstimmung und die ständige Qualifizierung aller Mitglieder unserer Organisation. Sicher gibt es Fälle, wo es nötig ist, Genossen nötigenfalls auch gegen ihre momentane Überzeugung zu einem bestimmten politischen Verhalten zu verpflichten, beispielsweise bei wichtigen Abstimmungen in einer BI. Das ist kommunistische Organisationsdisziplin auf dem Boden des demokratischen Zentralismus. Aber längerfristig kann man auf diese Weise keine Politik machen. Man kann nicht fortgesetzt Genossen veranlassen, gegen ihre eigene Überzeugung zu handeln bzw. ihre Meinung in sich reinzufressen. Das wirkt sich zwangsläufig auf die politische Arbeit aus, beispielsweise in Form von stillschweigender Sabotage (Verweigerung).

Ohne freimütige Diskussion können wir den Laden dicht machen!

Die Genossin schreibt in ihrem Bericht, daß sie Widersprüche zu wesentlichen Punkten unserer Politik hat, aber diese Widersprüche nicht anzusprechen wagte. Auch das ist keine vereinzelte Erscheinung. Zwar ist es nicht so, wie einige von demagogischen Anwendungen geplagte Ex-Mitglieder des KB herumposau-nen, daß im KB alles "von oben" (vom dämonischen LG) angeordnet werde und Widerspruch dagegen unmöglich sei. Tatsächlich ist es oft sogar ziemlich schwer, bestimmte Sachen "von oben" in der Organisation durchzusetzen. Trotzdem steht derzeit einer freimütigen Diskussion als Grundvoraussetzung gemeinsamen Handelns noch manch Widerstand entgegen:

– Ein Problem ist tatsächlich eine weit verbreitete Anpassung "nach oben". Diese Anpassung nimmt z.T. skurile Formen an. Beispielsweise wurde vor längerer Zeit aus dem Kreis leitender Genossen (von wem genau, weiß ich nicht) die eigentlich ziemlich idiotische Redensart geprägt: "Wir müssen das auf breitere Beine stellen" (gemeint ist: wir müssen das auf mehr Beine stellen, bzw. auf eine breitere Basis stellen). Resultat: Die "breiteren Beine" gehören seither zum Sprachschatz vieler Genossen, denen der Unsinn dieser Formulierung anscheinend gar nicht aufgefallen ist. Anpassung "nach oben" zeigt sich auch darin, daß viele Genossen eigene Standpunkte hinunterschlucken, sobald sich eine "Autorität" geäußert hat. Der Grund dafür ist zum einen autoritäres Verhalten von Anleitern (ich fürchte, keiner von uns

ist davon ganz frei), andererseits aber auch eine Mentalität, die sich weniger aus den Strukturen des KB, als vielmehr aus der kapitalistischen Umwelt ergibt. (In einigen Beiträgen zur laufenden Debatte gibt es die m.E. demagogische Tendenz, den KB bzw. genau genommen das dämonische LG für jedes Fortdauern bürgerlich geprägter Verhaltensweisen im KB verantwortlich zu erklären). Oft ist es selbst bei ehrlichem Bemühen der Anleiter schwierig, bestehende Widersprüche "herauszufragen" bzw. zum eigentlichen Wesen der Widersprüche vorzudringen.

— Zu den Erscheinungsformen der Anpassung "nach oben" gehört im Grunde auch das häufig zu beobachtende totale Umkippen von Standpunkten. Da vertritt z.B. eine Einheit mehrheitlich eine bestimmte Position. Dann gibt es eine Diskussion mit einem leitenden Genossen. Und am Ende nehmen die Genossen der Einheit vielleicht mehrheitlich genau den entgegengesetzten Standpunkt ein wie vorher, d.h. über-treiben jetzt in die andere Richtung. Ursache: Man will es jetzt auf jeden Fall "richtig" machen und zeigen, daß man seinen früheren Fehler begriffen und korrigiert hat. Es besteht in unserer Organisation eine Tendenz, Dinge zu schematisieren, d.h. "klare" (einseitige, dogmatische) Rezepte für bestimmte Verhaltensweisen festzulegen, statt die Dinge allseitig zu erfassen (mit ihren positiven und ihren negativen Aspekten) und eine flexible Taktik zu entwickeln. Häufig wird dann von Genossen auch noch behauptet, dieses Vorgehen sei vom LG so "angewiesen" worden, obwohl es gar keine Anweisung dieser Art gegeben hat. Nach meiner Erfahrung sind die Fälle unheimlich häufig, wo Genossen eigene schematische Rezepte als Anweisung "von oben" ausgeben (was der Sache wiederum Autorität verschafft) und sicher auch selbst auf Grund von Mißverständnissen oder von Gerüchten aus dritter Hand daran glauben. Es handelt sich dabei im Grunde um dieselbe Erscheinung, mit der wir es seit den ersten Anfängen unserer Organisation zu tun haben, und die wir schon frühzeitig mit dem Begriff "Pendelschläge" bezeichneten, also das Umkippen eines rechten Fehlers in einen "linken" (und umgekehrt). Was speziell die Vorliebe für schematische Rezepte angeht, so spielen die wesentliche Rolle dabei wohl politische Unsicherheit (Ergebnis mangelnder Erfahrung und Schulung) und eben auch der Wunsch, die Sache ja "richtig" zu machen, um sich keinen Tadel einzuhandeln. Dies Problem hängt wiederum damit zusammen, daß tatsächlich in der Organisation weit verbreitet ein "ungesundes" politisches Klima anzutreffen ist, wo politisches Vorgehen oft ohne gründliche Untersuchungsarbeit und Diskussion der Betroffenen "von oben" (irgendeiner übergeordneten Instanz) festgelegt und mit Druck "überwacht" wird.

— Zu den Ursachen für die mangelnde Entfaltung der Diskussion im KB

gehören aber auch Konsumverhalten und Trägheit bei vielen Genossen. Daß dies kein neues Problem im KB ist, sei an einem Zitat aus AK 26 (März 1973) gezeigt: "Vor allem für die Presse-Arbeit des KB wirkt es sich negativ aus, daß der größere Teil der Organisation gegenüber ARBEITERKAMPF und UN-SER WEG immer noch die Haltung des passiven Konsumenten einnimmt, der sich von den wenigen Genossen der Redaktion abfüttern läßt."

Der Inhalt unserer Zeitung wird weitgehend geschluckt, als wäre er wirklich in jedem Fall 'der Wahrheit letzter Schluß'...

Eine 'gegensätzliche' Erscheinung ist, daß manche Genossen, wenn es Mißerfolge gibt oder sie mit etwas nicht einverstanden sind, die Schuld automatisch allein bei der Leitung und der Redaktion suchen. Das ist aber nur die andere Seite der Medaille zur Tendenz 'Alles schlucken'. Beide Haltungen entspringen der Mentalität des passiven Konsumenten....

Insgesamt läßt sich sagen, daß viele Genossen immer noch ein falsches Verhältnis zur Leitung und zur Redaktion haben. Sie betrachten diese sozusagen als eine Art Fußball-Team o.ä., dessen Spiel sie von der Tribüne aus mit Beifall oder gelegentlich auch mit Pfiffen verfolgen. Wichtig ist, daß alle Genossen selbst 'mitspielen', selbst mit anpacken — sonst wird die Sache nicht vom Fleck kommen" (Aus dem mal wieder lesenswerten Artikel "Schritt halten").

Das hier beschriebene Verhalten nimmt in einzelnen Fällen direkt unverschämte, demagogische Formen an. So etwa, wenn die Genossin S. aus Nürnberg sich beschwert, der Frauenteil im AK sei "unpolitisch" und ihn total verrießt, selbst aber nie mals einen Artikel geschrieben hat (siehe AK 127, S.20). Oder wenn einige inzwischen aus dem KB ausgetretene Menschen aus Kaiserslautern sich beschweren, der AK würde "auf lebenswichtige Probleme aus südlichen Breiten (Prozesse gegen 30 Leute etc.) zum wiederholten Male nicht eingehen", selbst aber offensichtlich sich für diese Berichterstattung (bzw. ihr Fehlen) nicht verantwortlich fühlen (siehe AK 134, S. 43).

Beispiele, die — wenn auch mit weniger demagogischer Schärfe — in eine ähnliche Richtung gehen, gibt es relativ häufig. Natürlich wird man nicht von jedem, der eine Kritik übt, verlangen können, daß er es dann eben besser machen müsse. Aber wenn Kritik zum einen in Form eines totalen Verrisses geübt wird, und wenn sie außerdem von Genossen kommt, die in unserer Organisation Kaderfunktion haben, wird man schon ein bißchen was Konstruktives von ihnen erwarten dürfen.

Selbst im Bereich der "persönlichen Betroffenheit", wo noch am ehesten Engagement zu finden ist, trifft man häufig noch auf mangelnde eigene Aktivität. Da gab es lange Zeit beispielsweise Schwierigkeiten, im AK eine kontinuierliche Berichterstattung und Auseinandersetzung

zur Situation der Schwulen und zur Schwulenbewegung zu erreichen. Viele Schwule im KB scheinen es sogar für unter ihrer Würde zu halten, sich daran zu beteiligen. Zur Situation lesbischer Frauen kommt überhaupt nichts zum AK, was dann zu dem Versuch führte, dies durch ein "Gespräch mit einer lesbischen ('schwulen') Frau" (AK 132) aufzuknacken: Reaktionen von Frauen aus dem KB gab's darauf aber auch keine.

Anderes Beispiel: Im AK 129 berichteten zwei Frauen, wie sie von ihren Partnern (beides Genossen) geschlagen bzw. gewürgt wurden. Der Artikel enthielt die Aufforderung, andere Frauen sollten über ähnliche Erfahrungen berichten. Es ging kein einziger Bericht daraufhin ein!....

Im AK 133 kritisierte ein Genosse aus Osnabrück, der KB führe mit den verschiedenen örtlichen "kommunistischen" Zirkeln gar keine Auseinandersetzung, sondern schweige sie einfach tot. Der Grund dafür ist: Die politisch-theoretischen Arbeiten und längerfristigen Einschätzungen werden im KB immer noch fast ausschließlich von einer unvorstellbar kleinen Zahl von Genossen geleistet, auf diesem Gebiet wirkt sich die Enthaltsamkeit von gut 95% unserer Organisation besonders scharf aus. Wir wären doch froh, wenn aus der Organisation sich Genossen beispielsweise dranhängen würden, sich mit linken Gruppen am Ort auseinanderzusetzen, Broschüren dazu herauszubringen, eventuell Artikel für den AK zu schreiben. Aber totale Fehlanzeige! Ähnliches gilt für andere Gebiete unserer politisch-theoretischen Arbeit, beispielsweise auch für die Kommissions-Arbeit.

Was speziell die allgemeine politisch-theoretische Arbeit, also eigentlich die Festlegung der "Richtlinien" unserer Politik, angeht, so behaupte ich, daß wir in dieser Hinsicht heute sogar ärmer dran sind als in den Anfängen unserer Organisation: Eine Anzahl von Genossen, auf die sich diese Arbeit früher stützen konnte, ersticken heute derart in praktischen Anleitungstätigkeiten, daß sie kaum noch dazu kommen, z.B. mal einen grundlegenden Artikel für den AK zu schreiben.

— Ein weiterer wesentlicher Grund für den Mangel an Diskussionen im KB liegt in den anfangs beschriebenen Dingen (sozial-demokratische Aufnahme-Politik, fehlende Schulung und Qualifizierung, Vernachlässigung der Lektüre des AK und der "Klassiker"....). Selbstverständlich ist es z.B. nervend, wenn während der Vorbereitung einer wichtigen Aktion Widersprüche einzelner Genossen diskutiert werden müssen, die daraus entspringen, daß die Betreffenden wesentliche KB-Positionen nicht teilen oder z.T. nicht einmal richtig kennen (z.B. "Terrorismus"). Prinzipiell ist es gewiß gar nicht schlecht, wenn eine Einheit durch die vielleicht "naiven" Fragen eines 'Neuen' (oder eines anderen Genossen) dazu provoziert wird, wieder einmal über Fragen zu diskutieren, die scheinbar für die meisten schon

„gegessen“ waren – aber die noch oft sooo klar gar nicht bei allen sind (nehmen wir nochmal das Beispiel „Terrorismus“). Trotzdem glaube ich, daß ein ungleiches „Niveau“ es schwer macht, in den Einheiten sinnvoll zu diskutieren. Dann läuft es entweder so, daß einzelne Genossen mit ihren speziellen Widersprüchen die anderen nerven und tatsächlich die politische Arbeit lähmen oder behindern. Oder es läuft so, daß diese Genossen ihre Widersprüche runterwürgen müssen, nicht mehr ehrlich ihre Standpunkte einbringen mögen und dabei womöglich mehr und mehr frustriert werden. Dies Problem ist aber nur zu knacken, wenn mit der sozialdemokratischen Aufnahme- bzw. Reinschlepp-Methode Schluss gemacht wird, und wenn kontinuierlich an der politisch-theoretischen „Weiterbildung“ aller Genossen gearbeitet wird. Kaum zu knacken ist dieses Problem hingegen, wenn die derzeitige Situation andauert, daß nämlich der AK nicht mehr verbindlich auf das Wesentliche hin durchgearbeitet wird, „Klassiker“ kaum noch gelesen werden usw.

Eine weitere Erscheinungsform des unzureichenden politisch-theoretischen Niveaus ist auch, daß die für Diskussionen aufgewendete Zeit viel-

fach im Grunde „verplempert“ wird. „Verplempert“ nämlich dadurch, daß Diskussionen oft nur um irgendwelche Details geführt werden, statt um die grundsätzliche Ausrichtung einer bestimmten Kampagne, Arbeit etc. Das Problem der vorwiegend „technischen“ Diskussionen („Wer macht dies und wer macht das?“) gehört natürlich dazu. Aber ich meine auch die Diskussionen, die sich z.B. an der Frage festmachen, ob die „Bunte Liste“ vielleicht lieber „Liste Wehrt Euch“ heißen müßte, oder ob sie sich statt nur „demokratisch“ lieber als „demokratisch-antifaschistisch“ definieren sollte, und viele weitere Detail-Fragen dieser Art. Solche Diskussionen kränken meiner Meinung nach daran, daß man sich verzettelt, z.B. nicht zu der Frage nach dem strategischen Ziel unseres Eingreifens in die Wahlen vordringt, und am Ende im Grunde keine Frage wirklich geklärt hat. Dies Problem haben wir – ich verrate wohl kein Geheimnis? – auf allen Ebenen unserer Organisation, einschließlich des LG.

Wir sollten, um dies abschließend noch zu sagen, unbedingt die jetzige Gelegenheit nutzen, unser „Haus“ gründlich von Dach bis Keller aufzuräumen und instand zu setzen. Wir sollten allen Versuchungen (und allen Versuchern) widerstehen, Dreck un-

ter Teppiche oder Betten zu kehren, Gerümpel im Keller zu verstecken usw. Genosse Mao hat uns gelehrt: „Ernsthaft Selbstkritik üben – das ist ein weiteres markantes Merkmal, das uns von anderen Parteien unterscheidet. Man muß die Stube ständig auskehren, sonst wird sich Staub ablagern; man muß das Gesicht regelmäßig waschen, sonst wird das Gesicht schmutzig. Auch in den Köpfen unserer Genossen und in der Arbeit unserer Partei kann sich Staub ablagern, auch hier muß man fegen und waschen... Was uns betrifft, so besteht das einzige wirksame Mittel, um die Köpfe unserer Genossen und den Leib unserer Partei gegen jegliche politische Verunreinigung und allerlei politische Mikroben zu immunisieren, darin, beständig unsere Arbeit zu überprüfen und dabei den demokratischen Arbeitsstil zu fördern, keine Angst vor Kritik und Selbstkritik zu haben, die nützlichen Maximen des chinesischen Volkes zu befolgen: 'Weißt du etwas, so sprich; sprichst du, so sage alles'; 'Dem Sprecher nicht zum Tadel, dem Zuhörer zur Lehre'; 'Hast du Fehler gemacht, korrigiere sie; hast du keine gemacht, sei noch mehr auf der Hut'". („Über die Koalitionsregierung“, 24.4.45, Werke Bd. 3).

MAO TSE TUNG

„BAND V“



Reden und Schriften

Diese Zusammenstellung bildet eine Ergänzung zu den in Peking Verlag erschienenen »Ausgewählten Werken Mao Tse-tungs«. Diese enthalten in den bisher erschienenen vier Bänden Reden und Schriften Mao's bis zur Gründung der Volksrepublik 1949. Ein daran anschließender fünfter Band ist inzwischen in der VR China in chinesischer Fassung in Druck, der aber wahrscheinlich erst den Zeitraum der 50er Jahre umfassen wird.

Für unsere Zusammenstellung haben wir die uns zugänglichen Einzeltexte, die seit 1949 im Peking Fremdsprachen-Verlag erschienen sind, zusammengezogen, außerdem zahlreiche Auszüge und Zitate, anhand der »Peking Rundschau«, Broschüren etc., jedoch ausschließlich aus chinesischen Originalquellen. Insofern unterscheidet sich diese Zusammenstellung grundsätzlich von sensationell aufgemachten Veröffentlichungen sogenannter »unbekannter Mao-Texte«.

Diese Zusammenstellung füllt unserer Meinung nach eine wesentliche Lücke, zumal es noch eine Weile dauern wird, bis sämtliche Texte Mao's aus der VR China in deutscher Übersetzung vorliegen werden – wobei noch zweifelhaft ist, ob nach dem Rechtsputsch vom Oktober letzten Jahres insbesondere die Texte zum Klassenkampf im Sozialismus und zur Kulturrevolution überhaupt vollständig und korrekt veröffentlicht werden sollen.

Erschienen am 1. Mai 1977

DM 9,—

ARBEITERKAMPF Verlag J.Reents Lerchenstr.75, 2000 Hamburg 50

MAO zum Thema

„INNERORGANISATORISCHER DEMOKRATIE“

(Aus „Rede auf der vom ZK der KP Chinas einberufenen erweiterten Arbeitskonferenz“, 30.1.1962)

(...) Es scheint fast so, als hätten einige unserer Genossen den demokratischen Zentralismus, wie ihn Marx und Lenin dargelegt haben, noch nicht begriffen. Manche Genossen sind schon Veteranen der Revolution, Veteranen vom Typ „1938“ oder so, kurz, sie sind bereits seit Jahrzehnten Kommunisten, haben diese Frage aber dennoch nicht begriffen. Sie haben Angst vor den Massen und fürchten, daß die Massen den Mund aufmachen und Kritik üben. Welchen Grund gibt es denn für Marxisten-Leninisten, sich vor den Massen zu fürchten? Du machst Fehler, willst sie aber nicht eingestehen und hast Angst, daß die Massen darauf hinweisen. Je größer deine Angst, desto deutlicher wird, daß du ein schlechtes Gewissen hast. Ich meine, es gibt keinen Grund, sich zu fürchten. Wovor sich denn fürchten? Unsere Haltung ist: An der Wahrheit festhalten und Fehler bereitwillig korrigieren. Die Frage der Unterscheidung zwischen richtig und falsch, zwischen korrekt und unkorrekt in unserer Arbeit ist eine Frage der Widersprüche im Volk. Die Widersprüche im Volk darf man weder durch Beschimpfungen noch mit den Fäusten und schon gar nicht mit Messern und Gewehren lösen. Sie können nur durch Diskussion und Überzeugungsarbeit, Kritik und Selbstkritik gelöst werden, mit einem Wort, durch demokratische Methoden, und indem man die Massen sprechen läßt.

Sowohl innerhalb wie außerhalb der Partei muß es breite Demokratie geben, d.h., der demokratische Zentralismus muß gewissenhaft durchgeführt werden. Die Probleme müssen ganz offen dargelegt werden, und die Massen müssen sich äußern können. Ihr solltet den anderen erlauben, sich zu äußern, auch wenn sie euch beschimpfen. Schlimmstenfalls führen diese Beschimpfungen dazu, daß du gestürzt wirst, deinen Posten verlierst und degradiert oder versetzt wirst. Ist das denn so schlimm? Darf man etwa nur befördert, nicht aber degradiert werden? Kann man nur an diesem Ort arbeiten, nicht auch an einem anderen? Meiner Meinung nach können Degradierung und Versetzung — gleich, ob sie richtig oder falsch sind — durchaus von Vorteil sein. Sie können den revolutionären Willen stählen, geben einem die Möglichkeit, Neues zu untersuchen und zu studieren und sich mehr nützliche Kenntnisse anzueignen. Ich selbst habe in dieser Hinsicht Erfahrungen gemacht, die für mich sehr von Nutzen waren. Wenn ihr es nicht glaubt, versucht es ruhig selbst einmal. (...).

Es gibt jetzt einige Genossen, die große Angst davor haben, daß die Massen Diskussionen entfalten und andere Meinungen als die Führungsorgane und Leiter äußern. In jeder Diskussion unterdrücken sie die Initiative der Massen und verbieten ihnen den Mund. Diese Haltung ist äußerst übel. Der demokratische Zentralismus steht zwar in unserem Parteistatut und in unserer Verfassung, aber durchführen wollen sie ihn dennoch nicht. Genossen, wir sind Revolutionäre. Wenn wir tatsächlich Fehler begangen haben, dann schaden diese Fehler der Sache der Partei und des Volkes. Dann müssen wir die Meinungen der Massen und der Genossen einholen und Selbstkritik üben. Eine derartige Selbstkritik muß manchmal wiederholt werden. Wenn alle damit unzufrieden sind, muß erneut Selbstkritik geübt werden; ist man immer noch nicht damit zufrieden, zum dritten Mal, d.h. bis alle da-

mit zufrieden sind. Manche Provinzpartei Komitees sind entsprechend verfahren. Einige Provinzen sind in gewisser Weise initiativ geworden und lassen die Massen sprechen. Die ersten begannen bereits 1959 Selbstkritik zu üben, andere erst 1961. Einige Provinzen übten gezwungenermaßen Selbstkritik, so Honan, Kansu und Tschinghai. Einige weitere Provinzen, so heißt es, beginnen anscheinend erst jetzt damit. Ob sie nun aus eigener Initiative oder gezwungenermaßen, früher oder später Selbstkritik üben, die Hauptsache ist, sie sehen ihre Fehler ein und sind bereit, sie zuzugeben, zu korrigieren und sich von den Massen kritisieren zu lassen. Eine solche Haltung ist auf jeden Fall zu begrüßen.

Kritik und Selbstkritik ist eine Methode; es ist die Methode zur Lösung der Widersprüche im Volk, und in der Tat die einzige. Eine andere gibt es nicht. Aber wenn es kein umfassendes demokratisches Leben gibt und der demokratische Zentralismus nicht wirklich durchgeführt wird, dann ist Kritik und Selbstkritik nicht möglich.

Haben wir jetzt nicht viele Schwierigkeiten? Wenn wir uns nicht auf die Massen stützen und den Aktivismus der Massen und Kader nicht zur Entfaltung bringen, können wir diese Schwierigkeiten nicht überwinden. Aber wenn man den Massen und Kadern nicht reinen Wein über die Lage einschenkt, ihnen gegenüber nicht offen ist und sie nicht frei ihre Meinungen vorbringen läßt, wenn sie sich sogar vor dir fürchten und nicht zu sprechen wagen, dann ist es unmöglich, ihren Aktivismus zu wecken. 1957 habe ich bereits einmal gesagt, daß es notwendig ist, „eine politische Situation zu schaffen, in der sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl der einheitliche Wille als auch das persönliche Wohlbehagen und die lebendige Aktivität des Einzelnen vereint sind“. Wir müssen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei eine derartige politische Situation schaffen. Wenn es keine derartige politische Situation gibt, kann der Aktivismus der Massen nicht zur Entfaltung gebracht werden. Schwierigkeiten lassen sich ohne Demokratie nicht überwinden. Und ohne Zentralismus erst recht nicht. Aber ohne Demokratie gibt es keinen Zentralismus.

Ohne Demokratie kann es auch keinen korrekten Zentralismus geben, denn der Zentralismus ist unmöglich, wenn alle verschiedener Ansicht sind und wenn keine einheitliche Auffassung herrscht. Was ist unter Zentralismus zu verstehen? In erster Linie muß man die richtigen Meinungen konzentrieren und auf dieser Basis die Ansichten, die Politik, die Planung, die Leitung und die Handlungen vereinheitlichen. Das heißt Zentralismus und Einheit. Wenn sich alle über die Probleme noch nicht im klaren sind, ihre Meinungen nicht äußern und ihrem Herzen nicht Luft machen, wie sollen dann dieser Zentralismus und diese Einheit erreicht werden? Ohne Demokratie können die Erfahrungen nicht richtig zusammengefaßt werden. Gibt es keine Demokratie, hat man nicht die Meinungen der Massen, dann kann man auch keine gute Linie, keine guten Richtlinien, keine gute Politik und keine guten Methoden ausarbeiten. Hinsichtlich der Ausarbeitung von Linie, Richtlinien, Politik und Methoden spielen unsere Führungsorgane nur die Rolle einer Verarbeitungsfabrik. Wie jeder weiß, kann eine Fabrik ohne

Rohstoffe nichts weiterverarbeiten. Ohne quantitativ genügende und qualitativ geeignete Rohstoffe kann sie keine guten Erzeugnisse herstellen. Wenn es keine Demokratie gibt, wenn man sich über die Lage in den unteren Ebenen und über die Verhältnisse nicht im klaren ist und nicht weitestgehend die Meinungen der verschiedenen Seiten einholt, wenn die übergeordneten und untergeordneten Ebenen nicht miteinander in Verbindung stehen und die Probleme allein durch die übergeordneten Organe nach einseitigem oder ungenauem Material entschieden werden, dann wird die Entscheidung unvermeidlich subjektiv sein. Zudem ist es dann unmöglich, die Meinungen und Handlungen zu vereinheitlichen und wirklichen Zentralismus zu erreichen. Ist das Hauptthema unserer Konferenz nicht die Bekämpfung des Dezentralismus und die Stärkung des Zentralismus und der Einheit? Wenn die Demokratie nicht voll entfaltet wird, gibt es diesen Zentralismus und diese Einheit dann tatsächlich oder nur scheinbar, sind sie dann fundiert oder inhaltsleer, korrekt oder unkorrekt? Natürlich können sie nur scheinbar, inhaltsleer und unkorrekt sein.

Unser Zentralismus ist ein Zentralismus, der auf Demokratie beruht. Die proletarische Zentralisation ist Zentralisation auf der Grundlage umfassender Demokratie. Die Parteikomitees aller Ebenen sind Organe, die eine zentralisierte Leitung durchführen. Aber Leitung des Parteikomitees bedeutet kollektive Leitung und nicht alleinige Entscheidungsgewalt des Ersten Sekretärs. Innerhalb des Parteikomitees muß der demokratische Zentralismus praktiziert werden. Für die Beziehungen zwischen dem Ersten Sekretär und den anderen Sekretären und Komiteemitgliedern gilt das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Nehmen wir z.B. den Ständigen Ausschuß oder das Politbüro des Zentralkomitees. Es kommt häufig vor, daß die anderen mit dem, was ich sage, gleich, ob es richtig oder falsch ist, nicht einverstanden sind und ich mich ihrer Meinung fügen muß, weil sie in der Mehrheit sind. Ich habe gehört, daß heute in manchen Provinz-, Bezirks- und Kreispartei-komitees der Erste Sekretär bei allem nur seine eigene Meinung gelten läßt. Das ist grundfalsch. Wie kann jemand nur seine eigene Meinung gelten lassen? Ich meine hier die wichtigen Angelegenheiten und nicht die Routinearbeit, die einem Beschluß folgt. Alle wichtigen Angelegenheiten müssen kollektiv diskutiert werden. Man muß die verschiedenen Meinungen gewissenhaft anhören und die komplexe Lage und die verschiedenen Ansichten genau analysieren. Man muß die verschiedenen Möglichkeiten einer Sache durchdenken und die verschiedenen Aspekte einer Sache, positive wie negative, günstige wie ungünstige, mögliche wie unmögliche, abwägen. Man muß so vorsichtig und umsichtig wie möglich vorgehen. Wer anders handelt, praktiziert Alleinherrschaft. Solchen Ersten Sekretäre sollte man Tyrannen nennen statt „Gruppenleiter“, die den demokratischen Zentralismus praktizieren.

Manche unserer Genossen können andere Meinungen nicht vertragen und dulden keine Kritik. Das ist sehr schlecht. Während unserer Konferenz begann die Gruppendiskussion einer Provinz beispielsweise ziemlich lebhaft. Als sich aber der Provinzpartei-sekretär dazusetzte, hörten alle auf zu sprechen, und es herrschte Totenstille. Genosse Provinzpartei-sekretär, weshalb hast du dich dazugesetzt? Warum bist du nicht in deinem Zimmer geblieben, hast über die Probleme nachgedacht und die anderen frei diskutieren lassen? Da sich nun mal die Haltung eingespielt hat, daß in deiner Gegenwart keiner zu sprechen wagt, hättest du dich der Diskussion fernhalten sollen. Jeder, der Fehler macht, muß Selbstkritik üben. Wir müssen die anderen sprechen und kritisieren lassen. Am 12. Juni letzten Jahres, dem letzten Tag der vom ZK der KP Chinas einberufenen Arbeitskonferenz in Peking, sprach ich über meine Mängel und Fehler. Ich sagte, die Genossen sollten meine Rede an die verschiedenen Provinzen und Orte weitergeben. Später habe ich

dann herausgefunden, daß meine Rede an viele Orte nicht weitergegeben worden war. Es scheint so, als könnten und sollten meine Fehler vertuscht werden. Genossen, man darf sie nicht vertuschen! Wenn das Zentralkomitee Fehler begangen hat, so bin ich für diejenigen verantwortlich, die sich direkt auf meine Arbeit beziehen, und ich bin auch mitverantwortlich für diejenigen, die sich nicht direkt auf meine Arbeit beziehen, denn ich bin der Vorsitzende des Zentralkomitees. Nicht, daß sich die anderen vor der Verantwortung drücken sollen — es gibt auch andere Genossen, die Verantwortung tragen — aber in erster Linie bin ich verantwortlich. Unsere Provinz-, Bezirks- und Kreispartei-sekretäre sowie Distrikt-, Betriebs- und Kommune-partei-sekretäre müssen als Erste Sekretäre die Verantwortung für die Mängel und Fehler bei der Arbeit tragen. Wer keine Verantwortung übernehmen oder sich vor ihr drücken will, wer die anderen nicht zu Wort kommen läßt, wer sich also wie ein Tiger aufführt, dessen Hinterteil niemand zu berühren wagt, der wird auf jeden Fall scheitern. Die Menschen lassen sich den Mund nicht verbieten. Denkt ihr, die Leute würden wirklich nicht wagen, die Hinterteile von Tigern wie euch anzufassen? Sie werden euch was husten! (...)

Um die Einheit der ganzen Partei und des ganzen Volkes herbeizuführen, müssen wir die Demokratie fördern und die Menschen sprechen lassen. Das gilt für innerhalb der Partei wie für außerhalb. Genossen der Provinz-, der Bezirks- und Kreispartei-komitees, nach eurer Rückkehr müßt ihr die Menschen sprechen lassen. Die anwesenden wie die hier nicht anwesenden Genossen müssen so handeln; alle führenden Mitglieder der Partei müssen die innerparteiliche Demokratie entfalten und die Menschen sprechen lassen. Wo liegen die Grenzen? Die eine ist, daß die Parteidisziplin einzuhalten ist, die Minderheit sich der Mehrheit und die ganze Partei sich dem Zentralkomitee unterordnen muß; die andere ist, daß keine geheime Fraktionen organisiert werden dürfen. Wir fürchten keine offene Opposition, nur geheime; solche Leute sagen dir die Wahrheit nicht offen ins Gesicht. Was sie dir gegenüber äußern, ist alles Lug und Trug. Über ihre wahren Ansichten sprechen sie nicht. Solange jemand die Disziplin nicht verletzt und sich nicht auf geheime Fraktions-tätigkeit einläßt, sollten wir ihm zu sprechen erlauben und ihn nicht bestrafen, auch wenn er etwas Falsches sagt. Wer etwas Falsches sagt, kann kritisiert werden, aber die Kritik muß mit überzeugenden Argumenten erfolgen. Was ist, wenn sich jemand nicht überzeugen läßt? Dann laßt ihn seine Meinung beibehalten. Die Minderheit darf ihre Meinung beibehalten, wenn sie den Beschlüssen nachkommt und sich an die von der Mehrheit getroffenen Entscheidungen hält. Es ist vorteilhaft, einer Minderheit innerhalb oder außerhalb der Partei ihre Meinung zu belassen. Wenn man ihr erlaubt, ihre unrichtige Meinung vorläufig beizubehalten, wird sie sie später korrigieren. Oft erweist sich die Meinung der Minderheit doch als richtig. (...)

Man darf anderen auch nicht unüberlegt Hüte aufsetzen. Manche unserer Genossen haben es sich angewöhnt, durch Hutaufsetzen Druck auszuüben. Sobald sie das Wort ergreifen, fliegen schon allerlei Hüte durch die Luft, und die Leute sind so eingeschüchtert, daß sie nicht zu sprechen wagen. Selbstverständlich gibt es Hüte. Enthält der Bericht an die Konferenz nicht eine Menge Hüte? Ist „Dezentralismus“ nicht auch ein Hut? Aber man darf anderen nicht leichtfertig Hüte aufsetzen, nicht diesen als einen Dezentralisten bezeichnen, jenen einen Dezentralisten nennen, bis alle Dezentralisten sind. Es ist besser, der Betreffende setzt sich selbst einen Hut auf — und zwar einen passenden —, als daß ein anderer ihm einen aufsetzt. Wenn sich nun jemand einen Hut aufgesetzt und ihn schon eine Weile getragen hat und alle sich dann einig sind, daß er ihm nicht mehr paßt, dann soll ihm der Hut abgenommen werden. So wird eine gute demokratische Atmosphäre geschaffen. Wir sind dafür, die anderen nicht am Zopf zu ziehen, ihnen keine Hüte aufzusetzen und sie nicht mit dem Knüttel zu schlagen, weil wir er-

reichen wollen, daß die Leute keine Angst haben, ihre Meinung zu äußern.

Gegenüber denjenigen, die Fehler begangen haben, und jenen, die den Leuten nicht zu reden erlauben, muß man eine wohlwollende und hilfsbereite Haltung einnehmen. Wir dürfen nicht eine Atmosphäre schaffen, die den Menschen das Gefühl gibt, sie könnten sich keinen einzigen Fehler erlauben, und jeder Fehler sei eine Katastrophe. Habe man einmal einen Fehler gemacht, so würde man sich niemals mehr davon befreien können. Wenn jemand, der Fehler gemacht hat, sich wirklich besserungswillig zeigt und eine echte Selbstkritik geleistet hat, so müssen wir das begrüßen. An die erste und zweite Selbstkritik dürfen wir nicht zu hohe Anforderungen stellen. Es macht nichts, wenn seine Selbstkritik noch nicht gründlich ist. Wir müssen ihm Zeit zum Nachdenken lassen und geduldig helfen. Jeder braucht die Hilfe der anderen. Wir müssen den in Irrtümern befangenen Genossen helfen, ihre Fehler zu erkennen. Wir müssen sie großzügig behandeln und ihnen gegenüber eine Politik der Milde verfolgen, wenn sie ehrlich Selbstkritik geübt haben und die Fehler korrigieren wollen. Solange ihren positiven Leistungen noch die Hauptseite bilden und sie genügende Fähigkeiten besitzen, laßt sie auf ihren Posten bleiben.

In dieser Rede habe ich einige Erscheinungen und einige Genossen kritisiert, aber nicht namentlich, ich habe nicht diesen oder jenen beim Namen genannt. Ihr wißt genau, was ich meine. (*Heiterkeit*) Für die Mängel und Fehler bei unserer Arbeit in den letzten Jahren muß zuerst das Zentralkomitee die Verantwortung tragen, und im ZK zuallererst ich; an zweiter Stelle kommen die Parteikomitees der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und autonomen Gebiete; an dritter Stelle die Bezirksparteikomitees; an vierter die Kreisparteikomitees und an fünfter die Parteikomitees der Betriebe und Volkskommunen. Mit einem Wort, jeder hat sein Stück Verantwortung zu tragen.

Genossen, ihr müßt den demokratischen Zentralismus verbessern, wenn ihr zurück seid. Die Genossen in den Kreisparteikomitees sollen die Parteikomitees der Kommunen anleiten, den demokratischen Zentralismus zu verbessern. Zuerst muß die kollektive Führung aufgebaut und gestärkt werden. Die Leitungsmethode der „alleinigen Verantwortung in einem zugewiesenen Arbeitsbereich“ für einen längeren Zeitraum darf nicht länger praktiziert werden. Diese Methode führt dazu, daß die Parteisekretäre und Komiteemitglieder jeder für sich

arbeiten, und es kann weder eine wirkliche kollektive Diskussion noch eine echte kollektive Leitung geben. Wir müssen Demokratie pflegen, die anderen zur Kritik anregen und ihre Kritik anhören. Wir müssen imstande sein, uns der Kritik zu stellen. Wir müssen die Initiative ergreifen und zuerst Selbstkritik üben. Man muß sich in all den Punkten kritisieren, in denen man sich geirrt hat, und in einer Stunde, höchstens in zwei Stunden schütet man alle Kisten und Kasten aus — das ist alles. Wenn die anderen dies dann immer noch für ungenügend halten, bitten wir sie, sich weiter zu äußern. Wir nehmen die Kritik an, wenn sie richtig ist. Soll man eine aktive oder eine passive Haltung einnehmen, wenn man die anderen sprechen läßt? Selbstverständlich eine aktive Haltung. Was ist zu tun, wenn man bereits in Passivität verfallen ist? Wenn wir früher nicht demokratisch vorgingen und jetzt in einer passiven Position sind, ist es auch nicht schlimm. Wir bitten alle uns zu kritisieren! Tagsüber sollen sie ihren Unmut ausschütten, und abends deswegen ruhig nicht ins Theater gehen. Kritisiert bitte Tag und Nacht. (*Heiterkeit*.) Dann setze ich mich hin und denke kühl darüber nach. Zwei bis drei Nächte werde ich keinen Schlaf finden. Wenn ich alles durchdacht und begriffen habe, schreibe ich eine ehrliche und anständige Selbstkritik. Ist das nicht der richtige Weg? Also: Laßt die anderen sich aussprechen, der Himmel wird deswegen nicht einstürzen, und auch ihr werdet nicht gestürzt werden. Was aber, wenn ihr sie nicht sprechen laßt? Dann könnt ihr eines Tages wohl schwerlich eurem Sturz entgehen.

Für heute möchte ich meine Rede schließen. Im Mittelpunkt stand die Frage der Durchführung des demokratischen Zentralismus, die Frage der Entfaltung der Demokratie innerhalb und außerhalb der Partei. Ich rate euch, Genossen, diese Frage sorgfältig zu überlegen. Manche Genossen verstehen den demokratischen Zentralismus immer noch nicht. Von nun an müssen sie sich dieses Verständnis aneignen und dieses Problem begreifen lernen. Wenn wir die Demokratie umfassend entfalten, können wir den Aktivismus der breiten Massen innerhalb und außerhalb der Partei in Bewegung setzen und die Volksmassen, die 95% der Bevölkerung ausmachen, zusammenschließen. Wenn wir das erreicht haben, werden wir unsere Arbeit immer besser leisten und die vor uns liegenden Schwierigkeiten schneller überwinden, und unsere Sache wird viel erfolgreicher vorstatten gehen.

GEGEN DIE BUCHGLÄUBIGKEIT

I. WER EINE SACHE NICHT STUDIERT, HAT KEIN RECHT MITZUREDEN

Hast du in irgendeiner Frage keine Untersuchungen vorgenommen, dann verlierst du das Recht, darüber mitzureden. Ist das nicht zu barbarisch? Nein, keineswegs! Hast du nämlich den augenblicklichen Stand der Frage und ihre Geschichte nicht geprüft, dann weißt du nicht, worum es sich handelt, wirst du folglich, wenn du dich zu dieser Frage äusserst, unvermeidlich in den Tag hinein schwatzen. Bekanntlich löst man mit bloßer Fasel keine Fragen. Warum sollte es denn ungerecht sein, wenn dir in diesem Fall das Mitspracherecht entzogen wird? Viele Genossen reden den ganzen Tag lang mit geschlossenen Augen ins Blaue hinein. Für einen Kommunisten

ist das eine Schande. Wie kann denn ein Kommunist vor der Wirklichkeit die Augen verschließen, dafür aber den Mund voll nehmen?

Unmöglich!

Ausgeschlossen!

Das Hauptgewicht auf die Untersuchungen legen!

Schluß mit dem Geschwätz!

II. FRAGEN UNTERSUCHEN HEISST SIE LÖSEN

Kannst du eine Frage nicht lösen? Nun gut, dann untersuche doch ihren gegenwärtigen Stand und ihre Geschichte! Kennst du alle diese Umstände so gut wie deine eigene Tasche, dann findest du auch den Weg zur Lösung der Frage. Jede

Schlußfolgerung ergibt sich, wenn die Untersuchung einer Situation beendet ist, nicht wenn sie anfängt. Nur ein Tölpel zerbricht sich allein oder in Gemeinschaft mit anderen den Kopf, um ohne Untersuchung der Sachlage „sich eine Methode auszudenken“ oder „auf einen Einfall zu kommen“. Doch wohlgemerkt: Er wird sich überhaupt nichts Rechtes ausdenken, nichts Gescheites einfallen lassen. Mit anderen Worten, er wird ganz gewiß auf eine falsche Methode verfallen, einen falschen Entschluß fassen.

Viele Inspektoren, viele Partisanenführer, viele Funktionäre, die ein neues Amt antreten — sie alle lieben es, kaum daß sie an ihrem Bestimmungsort eingetroffen sind, ihre Meinung über die politischen Maßnahmen zum besten zu geben, und, nachdem sie etwas Äußerliches, etwas Belangloses wahrgenommen haben, reden sie schon, eifrig mit den Händen gestikulierend, daher und erklären, dies wäre unrichtig, jenes ein Fehler. Ein solches rein subjektivistisches „Daherreden“ ist doch wirklich abscheulich! Damit kann man der Sache nur schaden, wird man die Unterstützung seitens der Massen verlieren, vermag man keine Frage zu lösen.

Viele führende Funktionäre seufzen nur, wenn sie auf eine schwierige Frage stoßen, und können sie nicht lösen. Verärgert bitten sie, ihnen eine andere Arbeit zuzuweisen, denn für die gegenwärtige seien sie „weniger geeignet“, sie könnten sie „nicht bewältigen“. So sprechen Feiglinge. Lauft euch doch nur die Beine ab, seht euch überall in eurem Arbeitsgebiet um und lernt von Konfuzius „nach jeder Sache fragen“. Dann könnt ihr, wie wenig ihr auch geeignet sein möget, die Fragen lösen. Denn solange ihr euch nicht auf den Weg gemacht habt, bleibt es in euren Köpfen leer. Erst nachdem ihr von draußen zurückgekehrt seid, ist in euren Köpfen keine Leere mehr, habt ihr doch alle für die Lösung der Fragen notwendigen Unterlagen mitgebracht. Und so werden denn auch die Fragen gelöst werden. Muß man da unbedingt sich auf den Weg machen? Nicht unbedingt. Man kann auch die Personen, die sich in der Sachlage auskennen, zu einer Arbeitssitzung zusammenrufen, in der die sogenannten schwierigen Fragen geprüft werden, ihre „Herkunft“ eruiert und ihr „gegenwärtiger Stand“ geklärt wird, und eure schwierigen Fragen finden leicht ihre Lösung.

Eine Frage untersuchen heißt gleichsam „neun Monate schwanger gehen“; die Frage lösen heißt gleichsam „an einem Tag gebären“. In der Untersuchung der Frage liegt ihre Lösung.

III. GEGEN DIE BUCHGLÄUBIGKEIT

Was in einem Buch steht, sei immer richtig — so empfinden noch bis auf den heutigen Tag kulturell rückständige chinesische Bauern. Wer hätte aber gedacht, daß es auch Kommunisten gebe, die bei Diskussionen in der Partei immer wieder sagen: „Her mit den Büchern!“ Wenn wir sagen, die Weisungen der übergeordneten Organisation seien richtig, so keineswegs deshalb, weil sie eben von der „übergeordneten Organisation“ kommen, sondern deshalb, weil der „Inhalt dieser Weisungen“ mit der objektiven und subjektiven Kampflage übereinstimmt und ein Erfordernis des Kampfes darstellt. Weisungen blind befolgen, ohne sie der Realität entsprechend zu diskutieren und zu überprüfen, wäre eine formalistische Haltung, die einfach auf der Konzeption der „Unterordnung“ beruht, wäre daher durchaus falsch. Wenn die taktische Linie der Partei noch immer nicht in den Massen festen Fuß gefaßt hat, so liegt das daran, daß der Formalismus in den Köpfen spukt. Die Weisungen der Leitung blind durchzuführen und den Anschein erwecken, als hätte man überhaupt keine Einwände, bedeutet nicht, sie wirklich zu befolgen. Im Gegenteil: Das ist die geschickteste Methode, sich ihnen zu widersetzen oder sie zu sabotieren.

Auch in der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung ist die buchgläubige Methode ungemein gefährlich. Ja, sie kann sogar dazu führen, daß man den Weg der Konterrevolution beschreitet. Wenn in China viele Kommunisten, die sich mit gesellschaftswissenschaftlichem Studium befaßten, um vom Buchwissen ihr Leben zu fristen, haufenweise zu Konterrevolutionären geworden sind, so ist das der klarste Beweis dafür. Wenn wir sagen, daß der Marxismus richtig ist, so folgt daraus absolut nicht, daß Marx ein „Allwissender“ gewesen wäre, sondern meinen wir, daß sich seine Theorie in unserer Praxis, in unseren Kämpfen bewahrheitet hat. Für unseren Kampf brauchen wir den Marxismus. Wir haben diese Theorie freudig begrüßt, denken aber nicht im entferntesten daran, sie als etwa „Heiliges“ oder gar als eine Art Mysterium zu betrachten. Viele Menschen, die „die Bücher“ des Marxismus gelesen hatten, wurden zu Verrätern an der Revolution; aber Arbeiter, die Analphabeten sind, können oft sehr gut den Marxismus handhaben. „Die Bücher“ des Marxismus sollen studiert werden, doch muß das im Zusammenhang mit der konkreten Situation unseres Landes geschehen. Wir brauchen „die Bücher“, müssen aber mit der von der realen Situation losgelösten Buchgläubigkeit aufräumen.

Wie kann man mit der Buchgläubigkeit aufräumen? Nur dadurch, daß man die wirklichen Verhältnisse untersucht.

IV. VERZICHT AUF KONKRETE UNTERSUCHUNGEN FÜHRT ZU IDEALISTISCHER EINSCHÄTZUNG DER KLASSEN UND IDEALISTISCHER ANLEITUNG DER ARBEIT, WAS ENTWEDER OPPORTUNISMUS ODER PUTSCHISMUS* ZUR FOLGE HAT

Wenn man auf konkrete Untersuchungen verzichtet, dann gelangt man zu einer idealistischen Einschätzung der Klassen und zu einer idealistischen Anleitung der Arbeit, was entweder Opportunismus oder Putschismus zur Folge hat. Glaubst du nicht dieser Schlußfolgerung? Die Tatsachen werden dich zwingen, sie anzuerkennen. Wird die Einschätzung der politischen Lage und die Anleitung zur Durchführung der Kampfaufgaben nicht hohl und idealistisch, wenn du einmal versuchst, auf konkrete Untersuchungen zu verzichten? Werden dann diese hohle idealistische Einschätzung der politischen Gegebenheiten und eine ebensolche Anleitung der Arbeit etwa nicht zu opportunistischen oder putschistischen Fehlern führen? Selbstverständlich werden sie das. Nicht weil man es verabsäumt hätte, vor seinen Handlungen einen sorgfältigen Plan zu machen, sondern weil man, wie dies in den Partisanenabteilungen der Roten Armee oft vorgekommen ist, nicht vor der Ausarbeitung des Plans die realen gesellschaftlichen Verhältnisse sorgfältig untersucht hat. Es gibt Offiziere, die, wenn Soldaten Fehler begangen haben, in der Art eines Li Kui² unbesehen und unbedacht die Sache erledigen. Infolgedessen kommen die Soldaten nicht zur Einsicht ihrer Fehler, es entstehen zahlreiche Zwistigkeiten, und auch die führenden Personen büßen zur Gänze ihr Ansehen ein. Trifft man derartiges nicht des öfteren in der Roten Armee an?

Man kann die Aufgabe, die Massen zu gewinnen, den Feind zu besiegen, erst dann vollbringen, wenn der Geist des Idealismus beseitigt und jedweder Fehler der Opportunismus und des Putschismus vermieden wird. Der idealistische Geist kann aber erst beseitigt werden, nachdem man viel Mühe für konkrete Untersuchungen aufgewendet hat.

V. WIR STUDIEREN DIE WIRTSCHAFTLICHEN VERHÄLTNISSE, UM EINE RICHTIGE EINSCHÄTZUNG DER KLASSEN ZU GEWINNEN UND SODANN EINE RICHTIGE KAMPFTAKTIK FESTZULEGEN

Warum ist es nötig, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gesellschaft zu studieren? Wir

antworten: Weil wir eine richtige Einschätzung der Klassen gewinnen und sodann eine richtige Kampftaktik festlegen wollen. Deswegen hat unser Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse die verschiedenen Gesellschaftsklassen und nicht vereinzelte gesellschaftliche Erscheinungen zum Gegenstand. In jüngster Zeit haben zwar im allgemeinen die Genossen der 4. Armee der Roten Armee einer solchen Untersuchungsarbeit Beachtung geschenkt,³ doch arbeiten viele von ihnen nach einer falschen Methode. Infolgedessen gleicht das Ergebnis ihrer Untersuchungen dem, was einer laufend in ein Kassabuch eingetragen, oder was ein Bäuerlein an Neuigkeiten auf der Straße aufgeschnappt oder was jemand von einem hohen Berg aus in der Stadt wahrgenommen hat. Solche Untersuchungen sind von geringem Nutzen, mit ihnen können wir nicht zu unserem Hauptziel gelangen. Unser Hauptziel besteht darin, uns in der politischen und wirtschaftlichen Lage aller Klassen der Gesellschaft zurechtzufinden. Das Ergebnis, zu dem wir bei den Untersuchungen kommen wollen, soll Blüte und Verfall, Ruhm und Schmach der verschiedenen Klassen, in Gegenwart und Vergangenheit, zeigen. Wenn wir zum Beispiel die soziale Lage der Bauern untersuchen, dann wollen wir nicht nur ihre Gruppierung hinsichtlich der Eigentums- und Pachtverhältnisse wissen, d. h. erfahren, wieviele von ihnen auf eigenem Boden wirtschaften, wieviel Halbpächter, und wieviel Vollpächter es gibt, sondern wir wollen vor allem ihre klassen- oder schichtenmäßige Differenzierung kennenlernen, also die Zahl der reichen, der mittleren und der armen Bauern erfahren. Wenn wir die soziale Lage der Händler studieren, wollen wir nicht nur ihre Gruppierung nach Branchen wissen, d. h. erfahren, wieviele Kaufleute mit Getreide bzw. mit Bekleidungsartikeln, Pharmazeutika usw. Handel treiben, sondern wollen vor allem ermitteln, wieviele von ihnen kleine Händler sind, wieviele mittlere und wieviele Großkaufleute. Wir wollen nicht bloß die Sachlage hinsichtlich der einzelnen Geschäftszweige untersuchen, sondern vor allem die inneren Klassenverhältnisse in den verschiedenen Zweigen studieren. Wir wollen nicht allein die Wechselbeziehungen zwischen den Branchen, sondern vor allem die Wechselbeziehungen zwischen den Klassen untersuchen. Die Hauptmethode, deren wir uns bei dieser Arbeit bedienen, ist die Analyse der verschiedenen Gesellschaftsklassen, und das Endziel, das wir damit verfolgen, ist, die Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Klassen zu erkennen und zu einer richtigen Einschätzung der Klassen zu gelangen, damit wir dann eine richtige Kampftaktik ausarbeiten und feststellen können, welche Klassen die Hauptkräfte im revolutionären Kampf bilden, welche

* Putschismus ist das gleiche wie Abenteuerium.
D. Übers.

Klassen wir als Verbündete gewinnen sollen, welche Klassen wir niederschlagen müssen. Einzig und allein hierin liegt unser Ziel.

(Welche Gesellschaftsklassen müssen wir bei den Untersuchungen ins Auge fassen? Es sind dies folgende:

Industrieproletariat
Handwerksarbeiter
Landarbeiter
arme Bauern
arme Stadtbewohner
Deklassierte
Handwerker
Kleinhändler
Mittelbauern
Großbauern
Großgrundbesitzer
Handelsbourgeoisie
Industriebourgeoisie

Bei unseren Untersuchungen müssen wir unser Augenmerk auf die Lage aller dieser Klassen (beziehungsweise Schichten) lenken. In den Gebieten unserer augenblicklichen Tätigkeit fehlen nur das Industrieproletariat und die Industriebourgeoisie, während die übrigen Klassen und Schichten hier immer anzutreffen sind. Auf diese zahlreichen Klassen und Schichten bezieht sich eben unsere Kampfpolitik.

Die Untersuchungen, die wir früher angestellt hatten, wiesen noch einen weiteren großen Mangel auf: Wir wandten nämlich unsere Aufmerksamkeit einseitig nur den Dörfern zu und ließen die Städte aus den Augen. Infolgedessen war vielen Genossen die bezüglich der armen Stadtbewohner und der Handelsbourgeoisie einzuschlagende Taktik von Anfang bis Ende unklar. Mit der Entwicklung des Kampfes sahen wir uns veranlaßt, vom Gebirge in die Ebene hinabzusteigen⁴; körperlich haben wir wohl das Gebirge schon längst verlassen, geistig aber sind wir noch immer droben geblieben. Wir müssen das Dorf kennen, aber auch die Stadt, andernfalls werden wir den Erfordernissen des revolutionären Kampfes nicht gerecht werden.

VI. DER SIEG IM REVOLUTIONÄREN KAMPF CHINAS HÄNGT DAVON AB, DASS SICH UNSERE GENOSSEN IN DEN CHINESISCHEN VERHÄLTNISSEN AUSKENNEN.

Das Ziel unseres Kampfes ist der Umschlag der demokratischen Revolution in die sozialistische Revolution. Der erste Schritt bei der Durchführung unserer Aufgabe besteht darin, die demokratische Revolution zu vollenden, indem wir die Mehrheit der Arbeiterklasse für uns gewinnen, die Massen der Bauern und der armen Stadtbewohner in Bewegung setzen, die Groß-

grundbesitzerklasse niederringen, den Imperialismus schlagen und das Kuomintang-Regime stürzen. Aus der Entwicklung dieses Kampfes geht die Aufgabe hervor, anschließend die sozialistische Revolution durchzuführen. Diese grandiosen revolutionären Aufgaben zu lösen ist keine einfache und leichte Sache, der Erfolg hängt in jeder Hinsicht davon ab, daß die politische Partei des Proletariats eine richtige und entschlossene Kampfpolitik hat. Wenn ihre Kampfpolitik falsch oder zögernd und schwankend ist, wird die Revolution einer zeitweiligen Niederlage nicht entgehen können. Man darf nicht vergessen, daß auch die politischen Parteien der Bourgeoisie Tag für Tag über ihre Kampfpolitik diskutieren, darüber, wie sie einen reformistischen Einfluß auf die Arbeiterklasse ausüben können, damit diese betrogen wird und sich von der Führung durch die Kommunistische Partei lossagt, wie die Großbauern dafür zu gewinnen seien, daß sie die Rebellion der Kleinbauern niederschlagen, wie man Banden organisiert, welche die Revolution unterdrücken sollen, usw. usw. Unter diesen Umständen, da die scharfen Auseinandersetzungen im Klassenkampf täglich näherrücken, muß sich das Proletariat, wenn es siegen will, vollends darauf verlassen können, daß die Kampfpolitik seiner Partei — der Kommunistischen Partei — richtig und entschlossen ist. Eine richtige und unerschütterliche Kampfpolitik der Kommunistischen Partei wird niemals von einigen wenigen Personen am grünen Tisch ausgearbeitet; sie kann erst im Verlaufe des Kampfes der Massen entstehen, also nur aus den praktischen Erfahrungen hervorgehen. Deshalb müssen wir uns jederzeit bezüglich der Lage, in der sich die Gesellschaft befindet, auskennen, jeweils konkrete Untersuchungen vornehmen. Jene Genossen, die starr, konservativ, formell und sorglos-optimistisch zu denken pflegen, meinen, daß die jetzige Kampfpolitik die allerbeste wäre, daß durch die Herausgabe des „Buches“ über den VI. Parteitag⁵ der Sieg für alle Ewigkeit gewährleistet würde, daß man nur nach einer festgelegten Methode zu handeln brauche, um den Sieg zu erringen. Eine solche Denkweise ist völlig falsch, sie entspricht absolut nicht der ideologischen Linie der Kommunisten, wonach man durch den Kampf eine neue Situation schafft, sie ist eine durch und durch konservative Linie. Wenn man diese konservative Linie nicht restlos aufgibt, kann sie der Revolution großen Schaden zufügen beziehungsweise den betreffenden Genossen selbst zum Nachteil gereichen. Augenscheinlich gibt es in der Roten Armee manche Genossen, die, ohne sich in Einzelheiten zu vertiefen, den bestehenden Zustand zufrieden hinnehmen und mit unbekümmertem Optimismus die falsche

Ansicht, „das Proletariat sei eben so“, propagieren, sich tagelang den Magen vollstopfen und in ihren Büros schlummern, sich jedoch nie vom Fleck rühren, um unter die Massen zu gehen und einmal Untersuchungen anzustellen. Sie wiederholen stets die alten Plattheiten, deren die Menschen schon überdrüssig sind. Wir wollen diese Genossen wachrufen:

Macht schnell Schluß mit eurer konservativen Denkweise!

Ersetzt sie durch die fortschrittliche, kämpferische Denkungsart der Kommunisten!

Auf in den Kampf!

Geht unter die Massen und nehmt konkrete Untersuchungen vor!

VII. DIE TECHNIK DER UNTERSUCHUNGEN

1. Arbeitssitzungen sind einzuberufen, um Untersuchungen in Form von Diskussionen vorzunehmen

Nur so kann man der Wahrheit näherkommen und entsprechende Schlußfolgerungen ziehen. Geht man nach der Methode vor, daß nur ein Einziger auf Grund seiner eigenen Erfahrungen redet, ohne daß man Sitzungen einberuft und die Fragen durch Diskussionen prüft, dann begeht man leicht Fehler. Wenn man nur wann es einem gerade einfällt und wie es einem beliebt herumfragt, statt die Kardinalprobleme in Sitzungen zur Diskussion zu stellen, dann ist das eine Methode, mit der man nicht zu möglichst richtigen Schlußfolgerungen gelangen kann.

2. Wer soll zu den Arbeitssitzungen kommen?

Es sollen jene Personen kommen, denen die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse genau bekannt sind. Den Jahren nach sind ältere Leute dazu am besten geeignet, denn sie verfügen über einen reichen Erfahrungsschatz und kennen nicht nur die gegenwärtige Lage, sondern wissen auch über Ursache und Wirkung Bescheid. Jüngere Menschen mit Kampferfahrung brauchen wir auch, denn sie sind ideologisch fortschrittlich und haben einen scharfen Blick. Dem Beruf nach benötigen wir sowohl Arbeiter wie Bauern, Kaufleute und Intellektuelle, ja mitunter auch Berufssoldaten und Vagabunden. Selbstverständlich erübrigt es sich, daß an dem Studium einer bestimmten Frage Personen teilnehmen, die mit dieser Frage nichts zu tun haben. So ist zum Beispiel bei Untersuchungen über das Handelswesen die Anwesenheit von Arbeitern, Bauern oder Studenten unnötig.

3. Ist eine größere oder eine kleinere Zahl von Teilnehmern an den Arbeitssitzungen vorzuziehen?

Das hängt von den Fähigkeiten des Veranstalters ab. Wer fähig ist, eine solche Sitzung

zu leiten, kann zu ihr bis zu einem oder zwei Dutzend Personen einladen. Wenn mehr Leute an einer Sitzung teilnehmen, hat es seine Vorteile: Man könnte dadurch etwa bei statistischen Untersuchungen (z. B. bei der Ermittlung des Prozentanteils der Kleinbauern an der gesamten Bauernschaft) und bei der Ziehung von Schlußfolgerungen (z. B. bei der Entscheidung, ob eine gleichmäßige oder eine unterschiedliche Aufteilung des Bodens günstiger sei) zu verhältnismäßig richtigeren Ergebnissen kommen. Selbstverständlich hat die Anwesenheit einer größeren Anzahl von Personen auch ihre Nachteile: Ein Veranstalter, der nicht die Fähigkeit hat, eine Sitzung zu leiten, wird deren ordnungsgemäßen Verlauf nicht sichern können. Ob mehr oder weniger Personen einer Sitzung beiwohnen, hängt eben letzten Endes von den Fähigkeiten des Veranstalters ab. Doch muß es mindestens drei Anwesende geben, denn andernfalls wird man nur begrenzte und einseitige Informationen erhalten, die der Realität nicht entsprechen.

4. Man muß ein detailliertes Untersuchungsprogramm festlegen

Zunächst muß ein detailliertes Programm ausgearbeitet werden, damit der Veranstalter punktwise Fragen stellen und die Teilnehmer sie beantworten können. Das, was nicht klar oder zweifelhaft ist, wird geklärt. Ein „Untersuchungsprogramm“ enthält nicht nur die allgemeine Angabe des Themas, sondern auch dessen ins Einzelne gehende Aufgliederung. Ist beispielsweise das „Handelswesen“ Gegenstand der Untersuchung, dann werden etwa „Textilwaren-“, „Getreide-“, „Gemischtwaren-“ und „Medikamentenhandel“ die Hauptpunkte bilden, wobei der Punkt „Textilienhandel“ sich wieder in die Abschnitte „maschinengewebte Baumwollstoffe“, „handgewebte Baumwollstoffe“ und „Seidenge-webe“ unterteilen wird.

5. Man muß persönlich ans Werk gehen

Vom Vorsitzenden einer Gemeindeverwaltung bis zum Vorsitzenden der Zentralregierung Chinas, vom Mannschaftsführer bis zum Oberbefehlshaber, vom Parteisekretär einer Grundorganisation bis zum Generalsekretär — alle für die Anleitung der Arbeit verantwortlichen Personen müssen sich persönlich mit praktischen Untersuchungen der ökonomischen Verhältnisse der Gesellschaft beschäftigen und dürfen sich nicht lediglich auf schriftliche Berichte verlassen; denn persönliche Untersuchung und schriftlicher Bericht sind zweierlei Dinge.

6. Man muß den Dingen auf den Grund gehen

Wer sich zum erstenmal mit Untersuchungsarbeiten befaßt, muß wiederholt in tiefeschürfender

Weise den Dingen auf den Grund gehen, das heißt sich über alle Einzelheiten eines bestimmten Ortes (z. B. eines Dorfes, einer Stadt) oder einer bestimmten Frage (z. B. Getreidefrage, Währungsfrage) orientieren. Wenn man einen Ort oder eine Frage gründlich kennengelernt hat, wird man späterhin beim Studium eines anderen Ortes oder einer anderen Frage leicht Aufschluß finden.

7. Persönlich Protokoll führen

Bei den Untersuchungen ist es nicht nur notwendig, selbst den Vorsitz zu führen und dafür Sorge zu tragen, daß sich die Teilnehmer in der Sitzung geschäftsordnungsgemäß verhalten; man muß auch selbst das Protokoll führen und die Ergebnisse der Untersuchungen schriftlich festhalten. Es geht nicht, daß jemand anderer das für ihn tut.

ZU EINIGEN FRAGEN DER FÜHRUNGSMETHODEN

1. Es gibt zwei Methoden, die wir Kommunisten bei jeder Arbeit, die wir in Angriff nehmen, anwenden müssen: erstens die Verbindung des Allgemeinen mit dem Einzelnen und zweitens die Verbindung der Führung mit den Massen.

2. Bei jeder Aufgabe ist es ohne allgemeine Appelle, die sich an alle wenden, unmöglich, die breiten Massen zu mobilisieren. Aber wenn Personen an leitender Stelle sich auf allgemeine Aufrufe beschränken, ohne sich selbst konkret und gründlich mit der Arbeit, zu deren Durchführung sie aufrufen, in einigen Organisationen zu befassen, um, nachdem sie dort einen Durchbruch erzielt und Erfahrungen gesammelt haben, diese Erfahrungen dann bei der Leitung anderer Organisationen auszunutzen, werden sie nicht nachprüfen können, ob ihre Aufrufe richtig sind; sie werden auch den Inhalt dieser Aufrufe nicht bereichern können, und es entsteht die Gefahr, daß die allgemeinen Appelle in der Luft hängen bleiben. So erzielte man beispielsweise im Verlauf der Bewegung für die Verbesserung des Arbeitsstils im Jahre 1942 dort Erfolge, wo man die allgemeinen Aufrufe mit einer detaillierten Anleitung verband; und umgekehrt gab es dort, wo man sich dieser Methode nicht bediente, keine Erfolge. In der Bewegung für die Verbesserung des Arbeitsstils im Jahre 1943 müssen die verschiedenen territorialen und lokalen Büros des Zentralkomitees sowie die Gebiets- und Bezirkskomitees der Partei, um Erfahrungen zu sammeln, neben der Ausgabe allgemeiner Aufrufe (Jahrespläne für die Bewegung zur Verbesserung des Arbeitsstils), innerhalb des eigenen Wirkungsbereiches sowie unter den in der Nähe befindlichen Institutionen, Lehranstalten und Truppeneinheiten je zwei bis drei Stellen (es brauchen nicht viele zu sein) auswählen und diese gründlich studieren; sie müssen sich dort bis ins einzelne mit der Entfaltung der Bewegung zur Verbesserung des Arbeitsstils sowie mit der politischen Vergangenheit, der ideologischen Charakteristik, dem Grad des Eifers beim Studium und den bei

der Arbeit zutage tretenden Vorzügen und Schwächen einiger repräsentativer Funktionäre (es brauchen ebenfalls nicht viele zu sein) vertraut machen; dabei müssen sie den dortigen verantwortlichen Funktionären persönliche Anleitung bei der konkreten Lösung der praktischen Fragen, die in deren Wirkungsbereich auftauchen, geben. Jede Institution, Lehranstalt oder Truppeneinheit setzt sich wiederum aus einer Anzahl von Abteilungen zusammen, und die leitenden Funktionäre dieser Institutionen, Lehranstalten und Truppenteile müssen in bezug auf deren Abteilungen ebenso handeln. Das ist auch eine Methode, bei der die führenden Funktionäre Anleitung mit Studium kombinieren. Kein einziger leitender Funktionär kann, ohne bei Mitarbeitern einzelner ihm unterstehender Institutionen und bezüglich einzelner Fragen konkrete Erfahrungen gesammelt zu haben, allen seinen Institutionen eine allgemeine Anleitung geben. Diese Methode muß weitgehend gefördert werden, damit die leitenden Funktionäre aller Ebenen sie anzuwenden lernen.

3. Die Erfahrungen der Bewegung für die Verbesserung des Arbeitsstils im Jahre 1942 beweisen ebenfalls, daß man im Zuge der Bewegung in jeder Institution usw. um den Hauptleiter eine führende Gruppe aus wenigen Aktivisten bilden und enge Verbindung zwischen dieser führenden Gruppe und den in die Schulung einbezogenen Massen sicherstellen muß. Nur unter dieser Voraussetzung kann die Bewegung für die Verbesserung des Arbeitsstils ihr Ziel erreichen. Gibt es ausschließlich eine Aktivität der führenden Gruppe ohne Verbindung mit einer Aktivität der Massen, dann wird es bei fruchtlosen Bemühungen einer Handvoll Menschen bleiben. Aber auch die Aktivität der breiten Massen kann sich ohne eine starke führende Gruppe, die diese Aktivität auf geeignete Weise organisiert, weder lange halten noch in richtiger Richtung entwickeln oder ein höheres Niveau erreichen. Die Massen bestehen in der Regel überall aus drei Arten von Menschen: relativ aktiveren, inaktiven und relativ rückstän-

digieren. Deshalb müssen die Führer die kleine Anzahl Aktivisten geschickt zu einer führenden Gruppe zusammenschließen und, auf diese gestützt, die Aktivität der mittleren Gruppe heben und die rückständigen Menschen gewinnen. Nach und nach muß sich im Kampf der Massen eine wirklich fest zusammengeschlossene und mit den Massen verbundene führende Gruppe herausbilden; diese kann nicht losgelöst vom Kampf der Massen entstehen. Wenn sich ein großer Kampf entfaltet, darf die Zusammensetzung der führenden Gruppe meistens während seines gesamten Verlaufs, d. h. in der Anfangs-, der Mittel- und der Endetappe, nicht ganz dieselbe sein, und sie kann ja auch nicht unverändert bleiben; man muß die Aktivisten, die im Laufe des Kampfes gewachsen sind, unaufhörlich fördern und durch sie jene Teilnehmer der führenden Gruppe ersetzen, die ihnen gegenüber weniger geeignet sind oder aus der Art schlagen. Eine der grundlegenden Ursachen dafür, daß es in vielen Gegenden und Institutionen nicht gelingt, die Arbeit vom Fleck zu bringen, ist das Fehlen einer solchen stets gesunden führenden Gruppe, die fest zusammengeschlossen und mit den Massen eng verbunden ist. Wenn es in einer Lehranstalt mit hundert Lehrkräften, Angestellten und Studierenden keine führende Gruppe gibt, die sich aus ihrer Mitte den tatsächlichen Umständen entsprechend herausgebildet hat (und nicht künstlich zusammengezimmert wurde) und die aus einigen oder einem Dutzend der aktivsten, standhaftesten und geschicktesten Menschen besteht, wird eine solche Lehranstalt zweifellos schlecht arbeiten. Wir müssen die neunte der zwölf Bedingungen für die Bolschewisierung einer Partei, über die J. Stalin gesprochen hatte, nämlich die Schaffung eines führenden Kerns,¹ in allen großen und kleinen Institutionen, Lehranstalten, Truppeneinheiten, Betrieben und Dörfern beherzigen. Als Kriterium für eine solche führende Gruppe müssen die vier von Georgi Dimitroff aufgezählten Kriterien der Kaderpolitik gelten (vollkommene Hingabe, Fühlung mit den Massen, die Fähigkeit, sich selbständig in jeder Situation zu orientieren, Disziplin)². In allen Fällen, unabhängig davon, ob man zentrale Aufgaben, die mit dem Krieg, der Produktion, der Erziehung (einschließlich der Bewegung für die Verbesserung des Arbeitsstils) verbunden sind, zu lösen hat oder ob eine Kontrolle der Arbeit, eine Überprüfung der Kader usw. im Gang ist, muß man neben der Verbindung der allgemeinen Aufrufe mit der detaillierten Anleitung auch die Methode der Verbindung der führenden Gruppe mit den breiten Massen anwenden.

4. In unserer gesamten praktischen Parteiarbeit muß eine richtige Führung die Ideen stets aus den Massen schöpfen und in die Massen

hineintragen. Das heißt: die Meinungen der Massen (vereinzelte und nichtsystematische Meinungen) sind zusammenzufassen und (nachdem sie studiert und in konzentrierte und systematisierte Form gebracht worden sind) wieder in die Massen hineinzutragen, zu propagieren und zu erläutern, bis die Massen sie als ihre eigenen betrachten und sie in die Tat umsetzen; dabei wird die Richtigkeit dieser Meinungen in der Praxis überprüft. Dann gilt es, die Meinungen der Massen erneut zusammenzufassen und sie erneut in die Massen hineinzutragen, damit diese sie beharrlich verwirklichen. Und so geht es unendlich spiralförmig weiter, wobei diese Meinungen mit jedem Mal richtiger, lebendiger und reicher werden. Das ist die marxistische Erkenntnistheorie.

5. Die Auffassung von einer richtigen Beziehung zwischen der führenden Gruppe und den breiten Massen in einer Organisation oder in einem Kampf, die Auffassung, daß die richtigen Ansichten der Führung nur aus den Massen kommen können und wieder in die Massen getragen werden müssen, und die Auffassung, daß allgemeine Aufrufe, wenn die Ansichten der Führung in die Tat umgesetzt werden, mit detaillierter Anleitung zu verbinden sind — alle diese Auffassungen muß man im Verlauf der gegenwärtigen Bewegung für die Verbesserung des Arbeitsstils weitestgehend propagieren, um falsche Auffassungen unserer Funktionäre in dieser Frage zu korrigieren. Viele Genossen messen dem Zusammenschluß der Aktivisten zu einem führenden Kern keine Bedeutung bei und verstehen sich nicht darauf; sie messen der Herstellung einer engen Verbindung dieses führenden Kerns mit den Massen keine Bedeutung bei und verstehen sich nicht darauf. Dadurch wird ihre Führung bürokratisch und von den Massen losgelöst. Viele Genossen messen der Verallgemeinerung der Kampferfahrungen der Massen keine Bedeutung bei und verstehen sich nicht darauf; sie äußern gern mit tiefsinniger Miene alle möglichen subjektivistischen Ansichten, und infolgedessen werden ihre Ansichten zu leerem Geschwätz und entbehren jedes Realismus. Viele Genossen begnügen sich damit, allgemeine Aufrufe zur Erfüllung von Aufgaben zu erlassen, achten nicht darauf, eine

ins einzelne gehende konkrete Anleitung zu geben, und sie verstehen es nicht. So bleiben ihre Aufrufe wirkungslos, sie stehen bloß auf dem Papier, in den Versammlungsprotokollen, und ihre Führungsmethoden werden bürokratisch. In der augenblicklichen Bewegung für die Verbesserung des Arbeitsstils muß man diese Mängel unbedingt abstellen, muß man im Laufe des Studiums, der Kontrolle der Arbeit und der Überprüfung der Kader lernen, die Führung mit den Massen, das Allgemeine mit dem Einzelnen zu verbinden, und diese Methoden künftig in der gesamten

Tätigkeit anwenden.

6. Die Methode, die Ansichten der Massen zusammenzufassen, sie dann wieder in die Massen zu tragen und zu deren eigenen Meinung zu machen, wodurch die Auffassung der Führung zu einer richtigen wird — das ist die grundlegende Führungsmethode. Ein Bestandteil dieser Methode ist die Forderung, daß bei ihrer Anwendung die allgemeinen Aufrufe mit detaillierten Anleitungen zu verbinden sind. Aus vielen detaillierten Anleitungen ist eine allgemeine Ansicht (allgemeiner Aufruf) herauszubilden, diese sodann in den einzelnen Institutionen zu überprüfen (das soll man nicht nur selber tun, sondern auch andere dazu anregen); hierauf sind die neuen Erfahrungen zusammenzufassen (Verallgemeinerung der Erfahrungen) und zu neuen Direktiven für die allgemeine Anleitung der Massen zu machen. So sollten unsere Genossen bei dieser Bewegung für die Verbesserung des Arbeitsstils handeln, sowie auch bei jeder anderen Arbeit. Je besser das verstanden wird, desto besser ist die Führung.

7. Wird an untergeordnete Stellen eine Aufgabe (betreffe es den revolutionären Krieg, die Produktion oder das Bildungswesen, die Bewegung zur Verbesserung des Arbeitsstils, die Kontrolle der Arbeit oder die Überprüfung der Kader, die Propaganda, die Organisation oder die Liquidierung der Konterrevolution usw.) weitergeleitet, müssen die oberen Organe und ihre Abteilungen über die Hauptleiter der entsprechenden unteren Organe wirken, damit diese Leiter die Verantwortung tragen; auf diese Weise wird das Ziel: Arbeitsteilung bei einheitlicher Führung (Vereinheitlichung) erreicht. Man darf nicht zulassen, daß eine Abteilung der höheren Ebene nur mit der entsprechenden Abteilung der unteren Ebene (beispielsweise die Orgabteilung oder die Agitpropabteilung eines übergeordneten Komitees mit der Orgabteilung bzw. Agitpropabteilung eines untergeordneten Komitees, die Abteilung zur Liquidierung der Konterrevolution auf höherer Ebene mit der entsprechenden Abteilung auf unterer Ebene) verkehrt, wodurch der allgemein Verantwortliche der untergeordneten Institution (wie Sekretär, Vorsitzender, Direktor, Schulleiter usw.) in Unkenntnis gehalten wird und daher keine Verantwortung tragen kann. Sowohl der allgemein Verantwortliche als auch die Leiter der einzelnen Abteilungen müssen über die gestellte Aufgabe informiert und für deren Erfüllung verantwortlich sein. Eine solche Methode der Vereinheitlichung — Arbeitsteilung bei einheitlicher Führung — macht es möglich, durch jene Person, die für das Ganze die Verantwortung trägt, viele Funktionäre, zuweilen sogar den

gesamten Mitarbeiterstab, zur Erfüllung einer bestimmten Aufgabe zu mobilisieren und somit den Kadermangel in einzelnen Abteilungen zu überwinden sowie viele Menschen zu Funktionären zu machen, die aktiv an der betreffenden Arbeit teilnehmen. Auch das ist eine Form der Verbindung der Führung mit den Massen. Wird beispielsweise die Überprüfung der Kader von wenigen Mitarbeitern eines leitenden Organs wie der Orgabteilung isoliert vorgenommen, dann wird die Arbeit zweifellos nicht gut durchgeführt; wird das aber durch die administrativen Leiter einer Organisation oder einer Schule erfolgen, die zahlreiche Mitarbeiter oder Schüler oder gar alle Mitarbeiter bzw. Schüler zur Teilnahme an der Überprüfung mobilisieren, wobei leitende Funktionäre der Orgabteilung der höheren Ebene diese Überprüfung richtig anleiten und das Prinzip der Verbindung der Führung mit den Massen anwenden, dann wird das mit der Überprüfung der Kader verfolgte Ziel zweifelsohne zufriedenstellend erreicht werden.

8. In jedem Gebiet können nicht gleichzeitig mehrere Schwerpunktaufgaben bestehen; innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts kann es nur eine Schwerpunktaufgabe geben, die durch andere, zweit- und drittrangige Arbeiten ergänzt wird. Deshalb muß der allgemein Verantwortliche unter Berücksichtigung der Geschichte und der Umstände des Kampfes in seinem Arbeitsgebiet jeder Arbeit ihren Rang zuweisen; er darf nicht völlig planlos handeln, sich nicht einer Aufgabe nach der anderen widmen, wie gerade die Weisungen von oben eintreffen, was zu einer Vielfalt von „Schwerpunktaufgaben“, zu Verwirrung und Unordnung führen würde. Die übergeordneten Organe dürfen ihrerseits den untergeordneten Stellen nicht eine ganze Reihe von Arbeiten gleichzeitig übertragen, ohne sie nach ihrer Wichtigkeit und Dringlichkeit zu differenzieren und ohne auf die Schwerpunkte hinzuweisen, weil das die Arbeit der untergeordneten Stellen desorganisiert und es ihnen unmöglich macht, die vorgesehenen Ergebnisse zu erzielen. Es gehört zur Führungskunst, daß der leitende Funktionär in Übereinstimmung mit den historischen Bedingungen und jeweiligen Umständen im betreffenden Gebiet sowie unter Berücksichtigung der Gesamtsituation für jeden Zeitabschnitt den Schwerpunkt und die Reihenfolge der Aufgaben richtig bestimmt und konsequent danach handelt, um unter allen Umständen die gesteckten Ziele zu erreichen. Das ist auch eine Frage der Führungsmethoden, die bei der Durchsetzung der Prinzipien der Verbindung der Führung mit den Massen, der Verbindung des Allgemeinen mit dem Einzelnen zu beachten und zu lösen ist.

9. Die Einzelheiten der Fragen der Führungsmethoden werden hier nicht erschöpfend

behandelt; wir hoffen, daß die Genossen im ganzen Land auf der Grundlage der oben beschriebenen Prinzipien diese Einzelheiten selber gewissenhaft durchdenken und ihre eigene Schöpferkraft entwickeln werden. Je schwerer der Kampf, desto dringender ist es, daß die Kommunisten die Führung, die sie innehaben, mit den Forderungen der Massen, die allgemeinen Aufträge, die sie erlassen, mit ins einzelne gehenden Anleitungen eng verbinden, um so die subjektivistischen und bürokratischen Führungsmethoden vollkommen zu liquidieren. Alle leitenden Genossen unserer Partei müssen den subjektivi-

stischen und bürokratischen Führungsmethoden stets die marxistischen, wissenschaftlichen Führungsmethoden entgegenstellen und mit Hilfe der letzteren die ersteren überwinden. Die Subjektivisten und Bürokraten, die die Prinzipien der Verbindung der Führung mit den Massen und des Allgemeinen mit dem Einzelnen nicht verstehen, erschweren außerordentlich die Entfaltung der Parteiarbeit. Zur Bekämpfung der subjektivistischen und bürokratischen Führungsmethoden müssen die marxistischen, wissenschaftlichen Führungsmethoden allgemein verbreitet und emsig gefördert werden.

GEGEN. DEN LIBERALISMUS

Wir sind für einen aktiven ideologischen Kampf, denn er ist die Waffe, mit der wir die Einheit innerhalb der Partei und innerhalb der revolutionären Organisationen im Interesse unseres Kampfes herbeiführen. Jeder Kommunist und jeder Revolutionär muß zu dieser Waffe greifen.

Der Liberalismus aber verzichtet auf den ideologischen Kampf und tritt für einen prinzipienlosen Frieden ein; das Ergebnis sind ein modriges, spießbürgerliches Verhalten und die politische Entartung gewisser Einheiten und Mitglieder der Partei und der revolutionären Organisationen.

Der Liberalismus hat verschiedene Erscheinungsformen:

Wenn man genau weiß, daß jemand im Unrecht ist, und sich doch mit ihm nicht prinzipiell auseinandersetzt, sondern um des lieben Friedens und der Freundschaft willen darüber hinwegsieht, weil es sich um einen Bekannten, einen Landsmann, einen Schulkameraden, einen intimen Freund, einen, den man liebhat, einen alten Arbeitskollegen oder einen alten Untergebenen handelt, oder wenn man, um das gute Einvernehmen mit ihm zu wahren, die Frage nur flüchtig streift, ohne ihre gründliche Lösung anzustreben — aus all diesem ergibt sich dann ein Schaden sowohl für das Kollektiv wie für den Einzelnen —, so ist das eine der Erscheinungsformen des Liberalismus.

Andere hinter ihrem Rücken verantwortungslos kritisieren, statt sich mit positiven Vorschlägen an die Organisation zu wenden; jemandem seine Meinung nicht offen ins Gesicht sagen, sondern hinter seinem Rücken klatschen oder statt in der Versammlung das Wort zu ergreifen, dafür hinterher schwatzen; keine Grundsätze des Gemeinschaftslebens achten und sich völlig frei

gehen lassen — das ist eine zweite Erscheinungsform.

Möglichst weit von sich weg schieben, was einen nicht selbst betrifft; am besten möglichst wenig sagen, selbst wenn man genau weiß, was falsch ist; um die eigene Haut besorgt sein, nur darauf achten, daß man nicht getadelt wird — das ist eine dritte Erscheinungsform.

Weisungen nicht befolgen und die eigene Meinung allem voranstellen; an die Organisation nur Ansprüche stellen, von ihrer Disziplin aber nichts wissen wollen — das ist eine vierte Erscheinungsform.

Anstatt um der Einheit, um des Fortschritts, um der guten Erledigung einer Sache willen eine falsche Auffassung zu bekämpfen oder sich mit ihr auseinanderzusetzen, andere persönlich angreifen, einen Streit vom Zaun brechen, seinem Groll Luft machen oder Rache nehmen — das ist eine fünfte Erscheinungsform.

Gegen falsche Auffassungen, die man hört, keine Einwände machen und sogar über die Äußerungen von Konterrevolutionären nicht berichten, sondern alles ruhig mit anhören und so tun, als ob nichts geschehen wäre — das ist eine sechste Erscheinungsform.

Wenn man unter den Massen weilt, aber keine Propaganda macht, nicht agitiert, nicht zu den Massen spricht, den Dingen nicht nachgeht, sich nach nichts erkundigt, sich um das Wohl und Wehe der Massen nicht kümmert und sich ihnen gegenüber gleichgültig verhält; wenn man vergißt, daß man ein Kommunist ist, und sich so verhält, als ob ein Kommunist dasselbe wäre wie ein x-beliebiger Bürger, so ist das eine siebente Erscheinungsform.

Sich über eine Verletzung der Interessen der Massen nicht entrüsten, den Schuldigen nicht er-

mahnen, ihm nicht Einhalt gebieten und das Unrecht seiner Handlungsweise erklären, sondern ihn gewähren lassen — das ist eine achte Erscheinungsform.

Die Arbeit nicht gewissenhaft leisten, sie ohne einen bestimmten Plan, eine bestimmte Orientierung verrichten, alles formell und oberflächlich erledigen und nach dem Spruch „Solange einer Mönch ist, läutet er die Glocke“ in den Tag hinein leben — das ist eine neunte Erscheinungsform.

Sich für einen verdienstvollen Revolutionär halten und auf sein Veteranentum pochen; wichtigen Aufgaben nicht gewachsen sein, weniger wichtige aber ablehnen; Gleichgültigkeit bei der Arbeit und Nachlässigkeit beim Studium zeigen — das ist eine zehnte Erscheinungsform.

Einen Fehler, den man begangen hat, zwar erkennen, aber nicht daran denken, ihn zu korrigieren; eine liberale Haltung sich selbst gegenüber einnehmen — das ist eine elfte Erscheinungsform.

Man könnte noch andere aufzählen, diese elf aber sind die wichtigsten.

Das alles sind Erscheinungsformen des Liberalismus.

In revolutionären Kollektiven ist der Liberalismus äußerst schädlich. Er ist ein Ätzmittel, das die Einheit anfrißt, den Zusammenhalt lockert, Passivität in der Arbeit sowie Zwistigkeiten hervorruft. Er raubt den revolutionären Reihen die straffe Organisation und Disziplin, verhindert die gründliche Durchführung der politischen Richtlinien und führt eine Entfremdung zwischen der Parteiorganisation und den von ihr geführten Massen herbei. Das ist eine ernstzunehmende üble Tendenz.

Der Liberalismus hat seinen Ursprung in der Selbstsucht des Kleinbürgertums, die das persönliche Interesse an die erste und das der Revolution an die zweite Stelle setzt, wodurch ein Liberalismus auf ideologischem, politischem und organisatorischem Gebiet entsteht.

Liberalen betrachten die Grundsätze des Marxismus als abstrakte Dogmen. Sie erklären sich zwar

für den Marxismus, sind aber nicht bereit, ihn in die Praxis umzusetzen oder dies in vollem Maße zu tun; sie sind nicht bereit, anstelle ihres Liberalismus den Marxismus zu setzen. Diese Leute haben einiges sowohl vom Marxismus als auch vom Liberalismus: Sie führen den Marxismus im Mund, handeln aber im Sinne des Liberalismus; ändern gegenüber sind sie marxistisch, sich selbst gegenüber aber liberal. Sie führen beide Sorten von Waren, und jede hat ihren eigenen Verwendungszweck. Das ist die Denkweise gewisser Leute.

Der Liberalismus ist eine Äußerung des Opportunismus und gerät von Grund auf in Kollision mit dem Marxismus. Er ist etwas Negatives und hilft objektiv dem Feind; deshalb würde der Feind es begrüßen, wenn wir den Liberalismus in unserer Mitte konservierten. Weil der Liberalismus seinem Wesen nach so beschaffen ist, darf es in den Reihen der Revolution keinen Raum für ihn geben.

Wir müssen den negativen Liberalismus kraft des positiven Geistes des Marxismus überwinden. Ein Kommunist soll offenherzig, ehrlich und aktiv sein, das Interesse der Revolution muß ihm teurer sein als sein eigenes Leben, er hat seine persönlichen Interessen den Interessen der Revolution unterzuordnen; er soll immer und überall an den richtigen Grundsätzen festhalten und einen unermüdlichen Kampf gegen alle falschen Ideen und Handlungen führen, um so das kollektive Leben der Partei und die Verbindung zwischen der Partei und den Massen zu festigen; er muß sich mehr um die Partei und um die Massen kümmern als um die eigene Person, mehr um andere Menschen als um sich selbst. Nur dann kann er als Kommunist angesehen werden.

Alle der Partei treu ergebenen, offenherzigen, aktiven und aufrechten Kommunisten müssen vereint gegen die liberalen Tendenzen gewisser Menschen auftreten, um sie auf den richtigen Weg zu bringen. Das ist eine der Aufgaben an der ideologischen Front.

ÂZIM HIKMET: „MENSCHENLANDSCHAFTEN“



Der Volksdichter Nazim Hikmet (1902 - 1963) gilt als einer der bedeutendsten Schriftsteller, nicht nur in der Türkei sondern auch in der Weltöffentlichkeit, die ihn mit Namen wie Pablo Neruda oder Brecht nennt...

Über 17 Jahre seines Lebens mußte Nazim Hikmet unter schlimmsten Bedingungen in türkischen Kerkern verbringen. Hier entstanden die meisten seiner Gedichte und Schriften,

die Zeit seines Lebens verboten waren und teilweise der Vernichtung zum Opfer fielen. Sein fünfteiliger Roman in Versform „Menschenlandschaften“ konnte vertrieben werden.

„Menschenlandschaften“ schildert die gesellschaftlichen Verhältnisse in der Türkei aus der Sicht der Armen und Unterdrückten und ihren Widerstand. Diese Romanreihe wird im Herbst dieses Jahres exklusiv für die Bundesrepublik im j. reents - verlag erscheinen.

Der bekannte türkische Maler und Freund Nazim Hikmet's Abidin Dino entwarf den vierfarbigen Cover und illustrierte die einzelnen Bände reichhaltig.

120 Seiten Paperback



Rotbuch
zum Rotwerden...

Rotbuch
zu den
Gewerkschaftsausschlüssen

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift „DASDA“ zu diesem Buch:
„...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

650 Seiten, Paperback
DM 22,-

BESCHLAGNAHMT, WIEDER FREIGEgeben !

Anti-faschistische
RUSSELL - REIHE **5**

Nach Schleyer:
„Sonderkommandos“ in der BRD-
Zügiger Ausbau der neuen GeStaPo



Der Journalist
Hendryk. M. Broder
in der „Frankfurter Rund-
schau“ vom 15.8.1977
zu diesem Buch:

„...Die Justiz maßt sich wieder an, darüber zu bestimmen, wieweit Kritik an den gegenwärtigen Verhältnissen gehen darf und welche Stücke der Vergangenheit sie aussparen muß. Das sollte jeder bedenken, dem das Buch, um das es hier geht, selbst keinen Protest wert ist...“

240 Seiten, Paperback,
dreifarbiges Cover, reich-
haltige Bild- und Doku-
mententeile....

j. reents
verlag